Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre ...

Albrecht Wirth

Dr. Albrecht Wirth

Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre auswärtige Politik.

Bonn 1899.
Universitäts-Buchdruckerei
von
Carl Georgi.

Das Wachstum

der

Vereinigten Staaten von Amerika

und ihre

auswärtige Politik.

Von

Dr. Albrecht Wirth.

Bonn, 1899.

Universitäts-Buchdruckerei von Carl Georgi.

Inhalt.

Freistaat und Eroberung.

Der einschneidende Gegensatz zwischen den Freistaaten vor und denen nach 1774 beruht auf der Machtverteilung. Früher lag die Macht in der Hand des Adels und der Bürgerschaft. Sklaven und Bauern hatten keine Rechte. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten aber thaten sich Freistaaten auf, die auf alle Mitglieder des Staates die Machtbefugnis ausdehnten, die allgemeines Stimmrecht einführten. Auch hatte es sich früher lediglich um Herrschaft und Gewaltgebot gehandelt, die neuzeitlichen Freistaaten aber stellten als maßgebende Lehre auf, Gerechtigkeit und Glück zu bringen. Sie forderten Menschenrechte für Alle.

Der Übergang von enger zu weiter und zuletzt allgemeiner Herrschaftsbeteiligung hatte Jahrhunderte erfordert. Meist wurde die Königsgewalt des Alleinherrschers oder die Befugnis des Statthalters zunächst an eine verwaltungsgewohnte Gruppe alter Geschlechter übertragen. So in den griechischen Städten, in Rom, in der Schweiz, in Oberitalien und in den Niederlanden. Auch wo keine Einzelherrschaft die Entwicklung des Staates einleitete, wie in Venedig, kam die Regierung in die Hände von Wenigen. Die Adelsgeschlechter mußten sodann hervorragenden Bürgern einen Teil von ihren Rechten einräumen und wichen zuletzt auf der ganzen Linie der Bürgerschaft. Bei diesen Wandlungen blieb es bis zur neuesten Zeit. Jetzt aber erhebt auch die Bauern- und Arbeiterschaft den Anspruch, bei der Verteilung der Macht berücksichtigt zu werden.

Nicht blos in Freistaaten, sondern auch in mancher verfassungsmäßigen Einzelherrschaft, wie Belgien und Norwegen, ist im wesentlichen die Macht von dem ersten zum zweiten und dritten Stand übergegangen und ist daran, mit dem vierten geteilt zu

werden. Oft zwar scheint es, als ob auch in der weitestgehenden Volksherrschaft blos die Namen getauscht wären und Tyrannei, Diktatur, Oligarchie, Rechtsverweigerung, Unterdrückung und Sklaverei unter veränderten Formen und Bezeichnungen einfach fortbestünden. Ein europäischer Fabrikarbeiter, ja ein Matrose wird von einem afrikanischen Sklaven bemitleidet; der „Boß" einer Yankeestadt steht einem griechischen Tyrannen in nichts nach. Ein unüberbrückbares Hindernis völliger Rechts- und Machtgleichheit wird vor allem für immer die Ungleichheit der Rassen bilden. In den Burenfreistaaten kann kein Farbiger Bürgerrecht erlangen, und in den Vereinigten Staaten werden die Schwarzen jetzt so gut zu Boden gehalten, wie vor dem großen Krieg, der um ihre Befreiung ausgefochten wurde.

Die Unzerstörbarkeit menschlicher Leidenschaften, Neigungen und Einrichtungen zeigt sich ebenso wohl in der äußeren Politik, wie in der Verwaltung und Verfassung. Die Vergrößerung einer Republik unterscheidet sich in nichts von der einer Monarchie, und die Eroberungspolitik eines neuzeitlichen Freistaats in nichts von der eines alten oder mittelalterlichen. Athen und Rom und Cromwells England sind als Freistaaten ebenso und mehr gewachsen als unter Kaisern und Königen. Venedig, Bern und die Hansastädte führten ihre Kriege in demselben Geiste und mit denselben Mitteln wie der Papst oder der Kaiser. Die Freistaaten der Gegenwart (und einige Monarchien) behaupten zwar, sie wollten ihre Nachbarn blos deshalb sich angliedern, um ihnen gerechte Verwaltung und Förderung ihrer Interessen, ihres Wohlstandes zu bringen, kurz um sie zu zivilisieren, im Grunde aber unterscheidet diese Gebietsausdehnung sich in nichts von den Obmacht- und Herrschaftsgelüsten früherer Zeiten.

Sind die treibenden Kräfte, die Vorbedingungen und Begleitverhältnisse der Eroberung heute dieselben wie im Altertum und Mittelalter, so müssen sich auch dieselben Folgen aus ihnen ergeben. Es hat sich herausgestellt, daß äußere Ausdehnung von Freistaaten regelmäßig auf die inneren Zustände, auf die Verfassung zurückwirkt. Die Interessen der Bevölkerung sind in einem weitgestreckten Reiche viel mannigfaltiger als in einem engbeschränkten; soll anders ein Lockern oder Zerfallen verhütet werden, so muß die Regierung straffer zusammengefaßt, muß in die Hände weniger Kundiger und Willensmächtiger gelegt werden. Ein neu

gewonnenes Gebiet wird gern einem einzigen Statthalter oder einer bevorzugten Freibriefgesellschaft überantwortet, ein erweitertes Reich wird von einem Direktorium, einem Kabinet oder Kronrat oder endlich einem Diktator regiert. Als die Kitai Nordchina eroberten, wandelte sich ihr Präsident in einen Kriegsherzog und zuletzt in einen „Himmelssohn". Die demokratischen Araber verfielen dem Machtgebot von Khalifen und der Willkür praetorianischer Wesiere. Die Blütezeit der römischen Republik war zur Zeit des Kampfes um Italien. Als die römischen Generale ihre Legionen nach Spanien und Makedonien führten, da wandelte sich allmählich die Republik zu einer Oligarchie; als auch Nordafrika und Vorderasien und Mitteleuropa in den Bannkreis des Imperiums gezogen wurden, da erhob sich, von tumultuarischen Demagogen getragen, der Thron der Cäsaren. Das äußere Moment der territorialen Expansion war stets das nämliche, allein die eigene Landesregierung der Eroberer ward durch die Rückwirkung ihrer Eroberungen in ihrem innersten Wesen beständig umgestaltet. Ähnlich folgte in Frankreich auf die gesetzgebende Versammlung der engere Konvent, auf diesen das noch beschränktere Direktorium, und als die äußere Politik immer schwieriger wurde und immer mehr Länder umspannte, das Konsulat und das Kaisertum.

Blos die Schweiz, die zwar auch Jahrhunderte hindurch einer gebieterweiternden Erobererpolitik gehuldigt hatte, um jedoch gesättigt an dem Punkt stillzustehen, den sie während des dreißigjährigen Krieges erreicht hatte, scheint dauernd von solcher Wandlung frei zu bleiben.

Genuas freie Bürger[1]) waren genötigt, sich dem Adel, der aus der Stadt und den Burgen der Umgegend glücklich vertrieben worden war, wieder in die Arme zu werfen, denn sie waren für die Kriegführung auf Hauptleute angewiesen, die, wie jene Adeligen, den Krieg ihr Leben lang als Handwerk betrieben hatten. Venedig vergaß über seinen Waffenthaten zu Wasser und zu Land, seinen Bündnissen und Entzweiungen, dem äußeren Glanz seiner Weltmachtstellung und den Vorteilen, die damit für die herrschende Klasse verbunden waren, Alles, wodurch es groß geworden war: den politischen Gemeinsinn, die Gemeinthätigkeit und seine Lebens-

---

1) Vgl. Lombroso, Zukunft. 20. 8. 1898.

bedingungen als Handelsstadt. Je mehr die Venetianer Kriege führten und eroberten, desto mehr wuchsen die Bedürfnisse des Staates und damit auch Steuern und Lasten, desto unmenschlicher ward ihre Staatskunst, desto mehr seufzten die bedrückten Landschaften und desto seltener wurden unter den Bedrückern Charaktere und Talente. Nicht durch die Entdeckung Amerikas, schreibt Romanin in seiner venetianischen Geschichte, ist die Beherrscherin der Adria entthront worden. Die Ausbreitung auf dem Festlande war es, die eine Verlegenheit nach der anderen mit sich brachte, den Blick von der Seeherrschaft abzog, ungeheure Summen verschlang und die Arbeit des Kapitals hemmte. Jeder Berittene kam mit Pferd und Ausrüstung der Republik auf nicht weniger als eintausend Dukaten zu stehen. Die Plackereien und der Steuerdruck wurden unerträglich, den Bauern nahm man den Putz ihrer Weiber, ja, die Schlösser von den Thüren weg, die Bewohner ganzer Ortschaften flüchteten vor den Praktiken administrativer Ausbeutung, etwa wie es heute noch in der Türkei geschieht, und allein im Jahre 1590 nahm die festländische Bevölkerung um achtzigtausend Menschen ab. Die äußeren Verwickelungen aber, die endlosen Kriege mit anderen Seestaaten, mit den Ungläubigen, dann die Konflikte mit Spanien, Florenz, dem Papst, den verbündeten Großmächten, überstiegen schließlich die Kräfte des Staates, führten zu Niederlagen und hinterließen nichts als eine Politik der Gebrochenheit, der Schwäche und Zweideutigkeit. Da schwand auch die einst unerschöpflich scheinende Fülle des Reichtumes.

Es ist schwer, sich dem Rückschluß zu entziehen, daß Gebietsausdehnung für freistaatliche Verfassung verderblich sei. Ein Unterschied muß jedoch gemacht werden. Solange eine Bevölkerung zum Anschluß gezwungen wird, die in Rasse, Sprache, Religion, Sitte und Bildung den Eroberern gleich oder ähnlich ist, solange bedeutet die Vergrößerung des Staates auch einen Zuwachs an Macht und Blüte. Die Berner haben durch den Erwerb anderer Kantone nur gewonnen und die Chilenen durch die Besetzung einer peruanischen Provinz wenigstens nichts verloren; ebenso ist Reichtum und Macht der Vereinigten Staaten durch Louisiana und die dünnbevölkerten mexikanischen Provinzen, wo den Niederlassungen der Yankees keine wesentlichen Hindernisse sich entgegenstellten, unendlich gewachsen. Der verhängnisvolle Umschwung beginnt erst dann, wenn ein freistaatlich lebendes Volk über seine natürlichen

Grenzen hinausgeht und derartige Bürger sich angliedert, die ihm in Rasse, Sprache und Weltanschauung fern stehen.

Die Geschichte wiederholt sich jedoch niemals. Der Rückschluß aus ähnlichen Ursachen auf ähnliche Folgen ist zwar berechtigt, allein nicht unbedingt. Die Verhältnisse sind sich eben immer blos ähnlich, gleich nie. Auf die geschichtliche Entwicklung kann weder chemische Analyse, noch arithmetische Berechnung, noch geometrische Messung mit Erfolg angewandt werden. Die größte Überzahl einer fremdrassischen Bevölkerung gibt nicht den Ausschlag, wenn die kleine Minderheit genug Geist und Willen hat, um ihre Eigenart der Mehrheit aufzuzwingen. Andererseits aber sind auch die geistigen Kräfte am Ende nicht allgewaltig und nicht dauernd imstande, natürliche Verhältnisse nach Willkür zu kneten. Es kann daher das eine wenigstens für bestimmt gelten, daß die Vereinigten Staaten durch ihre jüngste Gebietsausdehnung Verfassungsstürme und Rassenkämpfe heraufbeschworen haben. Die Yankees sind über ihre natürliche Grenze hinausgegangen und haben eine Bevölkerung in ihren Staat aufgenommen, die in jeder Beziehung himmelweit von ihren Obsiegern abweicht.

Der Krieg um Kuba bedeutet den Abschluß einer langen Kette äußerer Ausdehnung und innerer Entwicklung und den Anfang ganz neuer Formen. Zum ersten Male tritt die Union aus der gemäßigten Zone heraus in die Tropen, zum ersten Male verlegt sie ihre Eroberungen von der neuen Welt nach Asien, zum ersten Male übernimmt sie die Verwaltung über Millionen, die fremder Rasse und Kultur angehören. Der Vorgang scheint neu, ist jedoch blos ungewöhnlich seiner großen Ausdehnung halber: daß die Union unaufhörlich auf Eroberung bedacht war und dabei stets auch mit Europa zusammenstieß, soll die nachfolgende Darstellung zeigen. Zum ersten Male ferner sieht sich die Union Gebieten gegenüber, an deren Einverleibung und rechtliche Angliederung sie nicht denken kann, zum ersten Male erwirbt sie Kolonien. Allein daß auch dies blos die Folge einer langen einleitenden Entwicklung ist, wird ebenfalls aus einer einfachen Aneinanderreihung von Thatsachen von selber klar werden. Nicht minder wird daraus erhellen, daß auch die Änderung der Verfassung, die jetzt, ob eingestanden oder nicht, notwendig wird, bereits vor langen Jahren durch den Gang der Dinge vorbereitet war.

Der staatliche Hochgedanke, der den Vätern der Union vor-

schwebte, hatte seine Wurzeln in zwei geradezu entgegengesetzten Grundbegriffen, in überlieferungstreuem Historismus und neuerungssüchtiger Revolution. Altgermanischer Selbstverwaltung waren die Verfassungen Großbritanniens und Hollands entsprungen, die dem amerikanischen Staatsideal die Form gaben; die revolutionäre Sehnsucht nach schrankenloser Freiheit und die[1]) Lehre Rousseaus von der Herrlichkeit des durch Menschensatzungen und Tyrannei unbehelligten Naturzustandes gab den Gehalt und die treibende Kraft. In ein neues, von altweltlicher Kultur kaum berührtes Land versetzt, wollte man ein ganz neues, ursprüngliches Staats-Gebilde errichten, ein unter bisherigem Drucke unerreichbares Hochbild der Gesellschaft ausgestalten oder, was schließlich auf dasselbe hinauslief, den uranfänglichen Idealzustand, den nicht nur Rousseau und viele seiner Zeitgenossen, sondern den auch das Dogma der christlichen Kirche annahm, wiederherstellen. Man wollte eine Utopie. Daß diese als eine solche auch thatsächlich empfunden wurde, das beweisen die enthusiastischen Beifallsrufe, mit denen poetisch veranlagte Europäer das Entstehen der Transatlantischen Gesellschaft begrüßten. Nicht nur lieh der leicht entzündbare, phantastisch schwankende Lafayette dem jungen Gemeinwesen seinen Degen, sondern auch Goethe pries Amerika, weil es keine Schlösser habe und kein unnütz Erinnern an verrostete Traditionen, keinen vergeblichen Streit um verknöcherte Gesetze. Wie ja gerade Goethe des Oefteren die brennendste Sehnsucht gefühlt hat, die Ueberlieferung, die zur Plage gewordenen Konventionen, das Epigonentum loszuwerden und ganz original zu sein, unter Südseeinsulanern voraussetzungslos das Leben „rein menschlich" durchzukosten. Daß ferner die Utopie auch praktisch dem amerikanischen Staatsgedanken nicht fremd ist, das beweisen die zahlreichen utopistischen Versuche, die seit der Zeit Rapps auf dem Boden der Vereinigten Staaten unternommen worden sind. Ja, auch Penns und Zinzendorfs Ansiedelungen kann man als utopistisch beeinflußte Bestrebungen auffassen. Nun ist aber von vornherein der gährende Most politischer Ideale von Washington und seinen Freunden und Nachfolgern in die sicheren, unzerbrechlichen Gefäße langerprobter Staatsformen eingeschlossen und dadurch die europäische Tradition nur

1) Das folgende nach meinem Aufsatze: Das Wachsthum der Vereinigten Staaten von Amerika (Preuß. Jahrbücher 1898 Dez.), der im ganzen vorliegenden Buch mit benutzt ist.

weiter fortgeführt worden. Gleichermaßen konnte man weder im Erziehungswesen, noch im gemeinen bürgerlichen Rechte, noch endlich in kirchlichen Dingen ganz abgesondert und unabhängig eine neue Entwicklung beginnen, sondern mußte notgedrungen zu den Errungenschaften und Vorbildern der alten Welt zurückgreifen. Kurz, eine Vermählung von geschichtlichem Recht und Natur- oder Vernunftrecht.

Der Ideen-Dualismus, der durch den Widerstreit von Wollen und Können, von Revolution und Tradition entstand, hat sich in Amerika bis zum heutigen Tag erhalten. Noch jetzt glaubt ein Theil des Ostens und fast der ganze Westen, daß den Interessen des Landes umso besser gedient werde, je freier sich dasselbe von allen europäischen Einwirkungen halte: selbst akademische Lehrer erachten es für möglich, eine ideale, von alter Ueberlieferung unabhängige, rein vernunftgemäße Universität zu schaffen, und die Goldwährung wird verdammt, weil sie die freie Union europäischem Vorbilde, der tyrannischen Schablone einer altersschwachen Welt unterwerfen wolle. Ebenso glaubte bis vor Kurzem die überwiegende Mehrheit auf unserem Kontinent, daß in Wahrheit die Union, wie für den Einzelnen, so für das ganze Volk ein neues Lebensideal biete; daß, in Mißbilligung unseres verderblichen und aufreibenden Militarismus, sie bloß die Künste des Friedens pflege; daß sie in der Freiheit des geselligen Verkehrs zwischen den verschiedenen Ständen und Geschlechtern orginale, bisher unbekannte Formen ersonnen habe. Tieferblickende jedoch erinnerten sich des Spruches: Coelum, non animum mutant, qui trans mare currunt und wiesen auf den Zusammenhang kolonialer Bildung mit der Kultur des Mutterlandes, wiesen auf die zunehmende Europäisirung Amerikas hin. Der Dualismus äußerte sich besonders auffallend in militärischen Dingen. Der Soldatenstand war in den Vereinigten Staaten weder angesehen noch sonderlich beliebt, trotzdem waren und sind die Anreden: Hauptmann, Major, Oberst, General im Schwange, um die gesellschaftliche Bedeutung eines Yankee zu kennzeichnen. Nach dem Krieg mit Spanien aber ist vollends der gefürchtete und geschmähte Militarismus des „altersschwachen" Europa mit fliegenden Fahnen in den Vereinigten Staaten eingezogen.

Die Utopie selbständiger Neubildung ist nun gänzlich zerstört und der Prozeß des Europäisirens ist vollendet. So ist die Niederlage Spaniens ein Sieg des alten Europa. Zugleich ein Sieg der geschichtlichen Entwicklung über das Naturrecht.

Aufgabe und Quellen.

Der indianische Ausdruck Yankee, den wir im folgenden durchgängig für Unionsbürger gebrauchen werden, bezieht sich ursprünglich blos auf die Bewohner der Neuenglandstaaten. Der Ausdruck hat im Munde Vieler etwas Herabsetzendes, Spöttisches an sich. Allein auch der Ehrenname der Geusen bedeutete ursprünglich „Lump". Sodann ist noch immer eine Nation nach dem vorherrschenden oder bestbekannten Stamme genannt worden. Wir sprechen von Briten, Russen und Böhmen, obwohl die alten Britanier, Ros und Bojer so ziemlich ausgestorben sein dürften. Die Deutschen heißen Allemand, Schwob, Njemez (vom Stamm der Nemeti), Sax bei den Esthen, Ferenghi bei den Orientalen, Dutchmen bei den Angelsachsen nach dem führenden oder nächstbenachbarten Stamme. Nicht minder bezogen sich die Ausdrücke Italia, Asia, Afrika zuerst auf einen kleinen Strich Landes, um erst im Laufe der Zeit auf eine ganze Halbinsel und ganze Erdteile ausgedehnt zu werden. Da nun die Notwendigkeit vorliegt, den Unionsbürger von dem Kanadier, Mexikaner, Brasilier, Chilenen und Argentinier zu unterscheiden, so ist es mit Freude zu begrüßen, daß so ein eigenartiger Name wie Yankee die Möglichkeit bietet, dem verschwommenen und irreführenden „Amerikaner" auszuweichen. Auf der Börse hat man denn auch für Wertpapiere der Vereinigten Staaten den Sammelnamen „Yankees" eingeführt. Übrigens nennt z. B. der amerikanische Schriftsteller Elerop Curtis die Japaner, um sie zu ehren, „The Yankees of the East", und so erwarten wir, daß Niemand uns wegen des bequemen Ausdrucks Yankee übelwollende Absicht unterschiebe[1]).

Der Gewinn überseeischer Kolonien und die daraus entspringende Notwendigkeit eines größeren stehenden Heeres und neuer auswärtiger Beziehungen kam den Nordamerikanern selbst ganz unerwartet. Sie hatten vorher in dem ruhigen Glauben dahingelebt, die Union hätte gar keine äußere Politik und bedürfe keiner solchen. Infolge dessen findet man in amerikanischen Geschichtswerken fast keine Erwähnung von Thaten, die von Yankees außerhalb ihres Vaterlandes verrichtet wurden, mit Ausnahme des mexikanischen Krieges und etwa noch des unbedeutenden Zuges

1) Der byzantinische Republikaner Poultney Bigelow sagte in lobender Absicht vom Deutschen Kaiser, daß er einen Yankee-Kopf auf deutschen Schultern trage.

gegen den Dey von Algier. In Europa vollends wird diesen Dingen noch weniger Aufmerksamkeit geschenkt, und von einer zusammenfassenden Darstellung der amerikanischen Expansionsversuche ist erst recht keine Rede. Wenn daher zum ersten Male hier der Versuch unternommen wird, über die Vergrößerungspolitik der Vereinigten Staaten eine geschichtliche Übersicht zu geben, so möge man die Unvollkommenheit dieser Übersicht mit dem bedauerlichen Mangel an Quellen entschuldigen.

Es gibt zahlreiche Werke über das innere Wachstum der Union, den wirtschaftlichen Fortschritt, die Kriege mit England und Mexiko, die Angliederung der einzelnen Staaten und Territorien, allein uns ist es hier in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, um die auswärtigen Unternehmungen der Vereinigten Staaten zu thun, namentlich insofern sich diese über die vor 1898 bestehenden Grenzen hinaus erstreckten. Zu einer Darstellung dieser fast nie abbrechenden Versuche von Gebietsvergrößerung gibt es schlechterdings keine Vorarbeit, weder ein Quellenwerk noch ein zusammenfassender Überblick. Abgesehen von der im Druck vorliegenden Diplomatic Correspondence habe ich daher meist nur sekundäre Quellen benutzen können. Ein richtiges Quellenwerk würde ein halbes Menschenleben erfordern. Nützlich ist mir das grundlegende Werk von Hopp, Bundesstaat und Bundeskrieg, und Hittell, History of California (vier Bände) gewesen; wie bei Sallust ist bei Hittell Vieles zu finden, das zum Gegenstand in keinem Verhältnis steht, das man aber sonst nirgends erführe.

Von Washington bis Monroe.

Im Jahre 1774 hat die aus dreizehn Staaten zusammengesetzte Union ihre Unabhängigkeit erklärt. Die Freiheit wirklich zu erringen, bedurfte man aber fremder Hilfe. Die Franzosen verbündeten sich mit den Yankees. Spanien und Holland erklärten an die Engländer den Krieg. Katharina von Rußland errichtete die bewaffnete Neutralität. Deutsche Offiziere wie Steuben und Kalb und deutsche Truppen thaten die Hälfte der Kriegsarbeit zu Lande; auch bewahrte Friedrich der Große eine der Union freundliche Haltung.

Die Franzosen halfen, teils aus Liebe zur Freiheitssache, angestachelt von Ideen Rousseaus und Voltaires, teils aus Haß

gegen England. Sie haben ihren Verbündeten große Opfer gebracht, ohne einen Nutzen davon zu haben. Später, als sie den Italienern zur Unabhängigkeit verhalfen, haben sie mit ihrem Lohn sich besser vorgesehen.

Nach neunjährigem, wechselvollem Kampfe war endlich 1783 die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten gesichert. Allein vier weitere Jahre verflossen, bis die Verfassung errichtet werden konnte, und wieder zwei Jahre, bis Washington sein neues Amt antrat und den Präsidentenstuhl bestieg. Man hätte erwarten sollen, daß die langen Wirren und Wehen, die der endgültigen Gründung und Befestigung der Union voraufgingen, dem jungen Staate keine Muße noch Kraft übrig lassen konnten, um auswärtige Beziehungen von Belang anzuknüpfen. Allein wir finden, daß Washingtons klarer, weitschauender Geist schon während des Krieges auf eine Ausdehnung des amerikanischen Einflusses bedacht war, die sofort den Yankees einen gleichberechtigten Platz unter den Kulturnationen zu sichern geeignet wäre. Handelsverträge wurden zunächst mit dem treuen, aufopfernden Freunde der Union, mit Frankreich, dann mit Holland, Schweden und Preußen geschlossen (1778 bis 1785). Den Verträgen lag das Prinzip zu Grunde, daß in den Fehden der europäischen Seemächte die Union sich neutral verhalte, daß sie ihre Kräfte nicht durch Unterhaltung einer Kriegsflotte vergeude, sondern all ihr Streben auf die Ausfuhr von Rohprodukten richte, worin eine Freihandelszusicherung der anderen Kontrahenten ihr entgegenkam. Nur wenig später nach diesen glücklichen Erfolgen an den Höfen Europas entfaltet sich der Unternehmungsgeist der Yankees auf einem weit größeren Gebiete, auf dem Stillen Meere. Dort war seit der russischen Besetzung von Kamtschatka ein Pelzhandel mit China aufgeblüht. Der Handel, der einstweilen bloß von Engländern und Russen betrieben wurde und der ungeheuren Nutzen abwarf, bis 1000 und 1400 %, nahm einen neuen Aufschwung, als gegen Ende des 18. Jahrhunderts die pelzreichen Gestade des Pugetsundes und des jetzigen Britisch-Columbia erforscht und in der Folge häufig angelaufen wurden. Die Pelzkäufer verweilten meist zwei bis drei Jahre, bis sie volle Ladung hatten, brachten den Winter, sich zu erholen und zu verproviantiren, auf den Sandwich-Inseln oder gar in Chile zu und begaben sich dann mit ihrer kostbaren Fracht nach Kanton. An diesem einträglichen Betriebe nimmt nun schon 1784 eine ameri-

kanische Bark Teil, die „Empreß“; sie fährt von New-York um das Kap Horn und gelangt nach China. Drei Jahre darauf kommen von Boston die „Columbia“ und der „Washington“ über die kapverdischen Inseln und das Kap Horn nach Kanada, und die „Columbia“ ist das erste Schiff, welches das Sternenbanner um die Erde trägt.

Zwei Gebiete auswärtiger Bethätigung waren somit gleich von Anfang für die Vereinigten Staaten festgelegt, die auch in aller Zukunft die wichtigsten bleiben sollten: Europa und der Stille Ozean. Kaum hatten die Yankees im eigenen Hause sich eingerichtet, das damals noch recht klein war und wenig mehr als den Küstensaum zwischen St. Lorenz-Strom und Florida umfaßte, da warfen sie sich schon mitten in die gefährlichsten internationalen Verwicklungen hinein. Mit Frankreich kam es während des Direktorates beinahe zum Kriege und von England wurden Yankeeschiffe gekapert. Am Stillen Meer stieß die Union auf nicht weniger als drei Nebenbuhler. Der Bostoner Kapitän Gray entdeckte 1792 die Mündung des Columbia. Im selben Jahre hatten die Engländer durch die erste nördliche Durchquerung des Erdteils unter Mackenzie den Frazerfluß und die Ufer des Stillen Meeres erreicht und beanspruchten die ganze Küste bis mindestens zur Columbia-Mündung. Das Problem verwickelte sich durch die Ausdehnung der Spanier von Süden und das Vorrücken der Russen von Norden. Die Spanier hatten, von Mexico ansegelnd, Ende des achtzehnten Jahrhunderts mehrere Punkte von der San Juan de Fuca-Straße bis Nutka besetzt, waren jedoch vor den Briten zuletzt zurückgewichen, denen sie während der Wirren der französischen Revolution ihre nördlichen Außenposten übergaben. Die Russen aber, die in wenig mehr als einem halben Jahrhundert Sibirien bis zum Ochotskischen Meere erobert hatten (1584—1643), brauchten anderthalb Jahrhunderte, ehe sie östlich weiter vordrangen. Um 1800 faßten sie in Alaska Fuß, eine eigene Gesellschaft zur Ausbeutung des amerikanischen Pelzreichtums that sich auf, und bald darauf waren die Russen in ihren Streifereien bis nach Nordkalifornien vorgerückt. So kreuzten sich die verschiedenen Interessen, als die Ausdehnung der Yankees am Stillen Meere durch den Louisianakauf unendlich gefördert wurde. Die französischen Besitzungen am Mississippi und darüber hinaus waren an Spanien geraten, jedoch 1799 von Frankreich zurückgewonnen worden. Na-

poleon sah aber nachgerade ein, daß er die ferne Besitzung doch nicht vor den Engländern schützen könne; zugleich wollte er diesen neue Feinde erwecken. Als solche boten sich am erwünschtesten die Yankees. Ohnehin hatten diese bereits zu drohen begonnen.

Es erhoben sich damals viele Stimmen gegen Gebiets-Erwerbung, weil sie der Verfassung widerliefe; allein welchen Werth der kaum zwanzigjährige Staat auf Expansion legte, geht am besten aus einer erbitterten Note des franzosenfreundlichen Jefferson hervor. Er schrieb nach Paris: „Auf dem Erdball giebt es einen einzigen Punkt, dessen Besitzer unser natürlicher Feind ist, nämlich New-Orleans. Die Vereinigten Staaten und Frankreich können keine guten Freunde bleiben, wenn sie an einem so heiklen Punkt aufeinander treffen. Der Tag, an dem Frankreich sich New-Orleans' bemächtigt, besiegelt das Bündnis zweier Nationen, die, wenn vereint, den ausschließlichen Besitz des Ozeans behaupten können. Von dem Tage an müssen wir uns mit der britischen Flotte und der britischen Nation vermählen." Also schon damals der Gedanke der vielberegten englisch-amerikanischen Allianz und englisch-amerikanischer Weltherrschaft! Jefferson erlangte indeß, wonach er strebte und die Verbindung mit England ward in weite Ferne gerückt. Er erlangte obendrein nicht blos das strategisch so wichtige New-Orleans, sondern den unermeßlichen Länderstrich im Nordwesten, der die Überland-Verbindung der Union mit dem Großen Ozean herstellte. Dabei war die eigentliche Besiedelung der Union noch kaum über $^1/_{10}$ der ganzen Breite des Kontinents vorgeschritten. Wahrlich eine geniale, weitausblickende Staatskunst!

Der Erwerb von Louisiana kostete die Vereinigten Staaten blos sechzig Mill. Franken. Das so bezeichnete Gebiet war um so wertvoller, je schwankender und ungewisser seine Grenzen: eine unendliche Vergrößerung schien verbürgt. Jefferson sandte eine große Expedition überland unter Lewis und Clarke ab, die das nördliche Felsengebirge erforschte und 1805 an der Mündung des Columbia ankam. Die Entdeckungen von Gray und den beiden eben genannten Offizieren bildeten später die Grundlage für alle Gebietsansprüche im Nordwesten.

Drei andere Gebiete auswärtiger Bethätigung wurden rasch nacheinander Anfang des 19. Jahrhunderts von den Yankees betreten: das Mittelländische Meer, Mexiko und Ost-Kanada. Der Raubstaat Tripolis, der sich an amerikanischen Kauffahrteischiffen

vergriffen und die Bemannung in die Sklaverei verkauft hatte, ward 1801 gedemütigt. Aaron Burr, ein irischer Politiker und Abenteurer katilinarischen Schlages, wollte im spanischen Amerika eine Napoleonsrolle spielen und am unteren Mississippi und in Mexiko ein großes Reich sich erobern. Die Regierung schritt zwar noch rechtzeitig ein und verhaftete 1805 Burr und einige seiner Anhänger, die sämtlich Irländer waren, aber konnte es nicht durchsetzen, daß irgend ein Gerichtshof den gefährlichen Intriguanten für schuldig erklärte. Ein anderer Expansionsversuch über die jetzigen Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus, fiel in die Zeit des englisch-amerikanischen Krieges, als mehrfach Einfälle nach Kanada platzgriffen, die jedoch sämtlich zurückgeschlagen wurden.

Der am 14. Dezember 1814 zu Gent abgeschlossene Frieden machte dem Kriege zwischen England und Amerika ein Ende, aber nicht dem Blutvergießen; in den Zeiten dauerte es lange, bis Nachrichten von Europa nach Amerika gelangten, und noch am 8. Januar 1815 griffen die Engländer unter General Pakenham die bei New Orleans unter General Jackson in einer stark verschanzten Stellung stehenden Amerikaner an und wurden mit furchtbaren Verlusten, siebenzehnhundert Mann an Todten und Verwundeten, von zwölftausend Mann zurückgeschlagen, während die Amerikaner nur acht Todte hatten. Trotz dieser glänzenden Schlußscene wurde der Abschluß des Friedens in den Vereinigten Staaten mit der größten Freude begrüßt, obgleich der Friedens-Vertrag für die Union nicht allzu günstig war. Handel und Gewerbe waren für lange Zeit lahm gelegt, die öffentliche Schuld bedeutend angewachsen, und die Folgen des Krieges machten sich in allen Verhältnissen auf das Empfindlichste fühlbar; trotzdem datiren amerikanische Politiker und Publicisten die Befreiung von allem englischen Einfluß und den Ursprung des nationalen Selbstgefühls der Vereinigten Staaten von dieser Zeit her, und der Krieg von 1812 wird daher oft als der zweite Unabhängigkeitskrieg bezeichnet[1]).

Drei Episoden des Krieges verdienen noch besondere Beachtung. Die Spanier gestatteten englischen Kriegsschiffen die Benutzung des Hafens Pensacola, in Nordwest-Florida. General

1) Vgl. v. Brandt, Deutsche Rundschau, Mai 1898.

Jackson kümmerte sich nicht darum, daß Florida spanisch war, sondern bemächtigte sich ohne weiteres des Platzes und vertrieb die Engländer. Gleichzeitig mit dieser That Jacksons ging ein Flibustierzug nach dem spanischen Texas, ohne jedoch wesentliche Ergebnisse zu zeitigen. Ein anderer Vorstoß der Yankees richtete sich nach der Südsee. Commander (= Korvettenkapitän) David Porter zerstörte die dort befindlichen britischen Walfischfänger und hißte das Sternenbanner in Nukahiva, einer Insel der Markesasgruppe. In feierlicher Proklamation erklärte der Commander die Insel, die hinfort Madison island heißen sollte, für ein unveräußerliches Besitztum der Vereinigten Staaten. Sehr bald jedoch brachen Fehden mit den Eingeborenen aus. Obwohl diese das Pulver noch nicht kannten, ließen sie sich doch von den Weißen nicht einschüchtern, sondern wehrten sich mannhaft. Die Yankees blieben zuletzt zwar siegreich, zogen aber 1814 ihre Flagge zurück.

Als Porter in den Stillen Ozean gelangte, war dort kein einziges britisches Kriegsschiff. Das änderte sich, als der Wettbewerb um den Pelzhandel sich zuspitzte. Der Deutsche Astor hatte eine Expedition um das Kap Horn und eine andere überland — die dritte, die Amerika nördlich des 40° durchquerte — nach der Mündung des Columbia geschickt, um dort eine Pelzfaktorei zu erbauen und Handel mit Russisch-Amerika und China zu pflegen. Die Niederlassung Astoria wurde gegründet. Der Verkehr mit den Russen, zu denen durch Verhandlungen in Petersburg die Wege geebnet waren, ging glatt vonstatten. Ein Schiff mit Pelzwerk war bereits nach Kanton abgesegelt. Da langte eine Schar in Astoria an, die der Astronom Thomson im Dienste der Hudsonbai-Gesellschaft überland geführt hatte. Die Pläne und Erfolge Astors wurden in London bekannt, und die beregte Gesellschaft verlangte, daß eine englische Flotille, die unterdes ins Stille Meer beordert war, Astoria nehmen sollte. Das geschah. So wurden die Briten Herren des Pelzhandels, der hinfort in London seinen Mittelpunkt fand. Das Columbiabecken aber blieb englisch, bis die Monroe-Lehre und die seit 1836 einsetzende Yankee-Einwanderung nach Oregon und Washington-Territory der Frage der Nordwestgrenze wiederum ein anderes Gesicht verlieh.

Eine andere Unternehmung, die keine weiteren Folgen nach sich zog, war die 1816 gegen den Dey von Algier ins Werk gesetzte, jedoch wurde dazu die größte Flotte verwandt, die je einen

amerikanischen Hafen verlassen. Die Flotte, die von Admiral Decatur und Porter befehligt wurde, erreichte ohne sonderliche Mühe die Erfüllung aller Forderungen von Algier und erwirkte auch von Tunis und Tripolis die Auslieferung vieler europäischer Gefangener.

Der Sieg rief in Amerika großes Frohlocken hervor, allein schon damals erhoben sich Stimmen, die auf das Verhängnisvolle einer etwaigen übermäßigen Kriegslust hinwiesen. Zugleich kam die Furcht vor einem damit verknüpften Anwachsen der Steuern zum Ausdruck[1]).

Die Fortschritte der Hudsonbai-Gesellschaft nötigten zu einem Übereinkommen wegen der Nordwestgrenze. Man einigte sich 1818 dahin, den 49° bis zum Felsengebirge als Grenzscheide anzunehmen,

1) So in folgender, humoristisch gefaßten, aber ernst gemeinten Ermahnung (The Nation, 22. XII. 1898): „David Porter and Stephen Decatur are very brave men, but they will prove an unspeakable misfortune to their country if they inflame Jonathan into a love of naval glory, and inspire him with any other love of war than that which is founded upon a determination not to submit to serious insult and injury.“

„We can inform Jonathan what are the inevitable consequences of being too fond of glory: Taxes upon every article which enters into the mouth, or covers the back, or is placed under the foot—taxes upon everything which it is pleasant to see, hear, feel, smell, or taste—taxes upon warmth, light, and locomotion—taxes on everything on earth, and the waters under the earth, on everything that comes from abroad, or is grown at home—taxes on the raw material—taxes on every fresh value that is added to it by the industry of man—taxes on the sauce which pampers man's appetite, and the drug that restores him to health—on the ermine which decorates the judge, and the rope which hangs the criminal—on the poor man's salt, and the rich man's spice—on the brass nails of the coffin, and the ribands of the bride—at bed or board, couchant or levant, we must pay. The schoolboy whips his taxed top—the beardless youth manages his taxed horse, with a taxed bridle, on a taxed road—and the dying Englishman, pouring his medicine, which has paid 7 per cent., into a spoon that has paid 15 per cent., flings himself back upon his chintz bed, which has paid 22 per cent., and expires in the arms of an apothecary who has paid a license of a hundred pounds for the privilege of putting him to death. His whole property is then immediately taxed from 2 to 10 per cent. Besides the probate, large fees are demanded for burying him in the chancel; his virtues are handed down to posterity on taxed marble, and he is then gathered to his fathers—to be taxed no more.“

während ein Jahrzehnt hindurch das Gebiet vom Felsengebirge bis zum Meere einstweilen für gemeinsam gelten sollte. So war der endgiltige Entscheid über das nordpazifische Ufer hinausgeschoben.

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zum lateinischen Amerika ward in neue Bahnen geleitet, als die spanischen Kolonien gegen das Mutterland revoltierten. Die Washingtoner Regierung hatte eine Neutralitätserklärung erlassen, allein die Gefühle der überwiegenden Mehrheit der Nordamerikaner waren für die um ihre Unabhängigkeit streitenden Kolonisten, und so manches Piratenschiff ward in den Vereinigten Staaten gegen die Spanier ausgerüstet. Seeräuber und Flibustier, die zuerst von den unabhängigen Kolonien Buenos-Ayres und Venezuela Vollmacht zu haben vorgaben, dann die Regierung in Washington anriefen, setzten sich an der Nordgrenze von Florida fest. Ohne die Zustimmung der Regierung zu haben, rückte zuletzt sogar ein Bundesoffizier, General Jackson, 1818 in Florida ein. Jackson wurde getadelt, aber Florida behalten. Zugleich nahmen nordamerikanische Freischärler eifrigen Anteil an der Losreißung Mexikos, die 1822 vollendet wurde.

Im gleichen Jahre gründeten die Amerikaner eine überseeische Kolonie in Westafrika, die Negerrepublik Liberia. Schon 1796 hatte der Quäker Hopkins aus Baltimore eine Niederlassung an der Pfefferküste geschaffen. Die wurde von der American Colonisation Society dazu ausersehen, freigelassene oder freigekaufte Schwarze dort anzusiedeln. Die Negerkolonie, die unter den Schutz der Union gestellt wurde, blühte zwar ziemlich auf, aber es ergab sich sehr bald, daß die nach Freiheit dürstenden Farbigen gegen die unwissenden, nicht englisch redenden Eingeborenen ihrerseits den Herrn spielten. Als die sklavereifreundliche Strömung später in den Vereinigten Staaten erstarkte, warfen die Liberianer das Protektorat ab und erklärten sich für ganz frei und unabhängig, allein mit ihrer Blüte ging es, als sie nunmehr allein und sich selbst überlassen waren, rasch bergab. Vor einigen Jahren (1895) wurde zwar unter dem farbigen Bischof Turner von Neuem ein Versuch gemacht, eine Massenauswanderung von Negern, die in Amerika doch nicht voll sich ausleben könnten, doch nicht ganz als gleichberechtigt gölten, nach Liberia zu lenken; jedoch die mit beträchtlichem Aufwand ausgeführte Kolonisation hat sich als ein

schwerer Fehlschlag erwiesen. Für die Verminderung der Farbigen in Amerika hat jedenfalls Liberia so gut wie keinen Einfluß gehabt. Die Zahl der Unionsneger vermehrte sich von 0,8 Millionen im Jahre 1790 auf 1,8 Millionen im Jahre 1820 und wird gegenwärtig über neun Millionen betragen.

Von Monroe bis zum mexikanischen Kriege.

Mexiko war, wie kurz darauf Brasilien, ein unabhängiges Kaiserreich geworden. Don Agostinos de Iturbide, Sohn eines spanischen Edelmannes und einer Kreolin, diente zuerst als spanischer Offizier, war aber dann zu den Insurgenten übergetreten. Er schwang sich rasch an ihre Spitze, ward zum Kaiser gekrönt, jedoch nach kurzer Frist abgesetzt und verbannt (1823). Bürgerkrieg folgte. Spanien hatte seinen Einbruchspunkt in Mexiko, die Hafenstadt Veracruz, noch nicht verloren und hatte noch nicht daran verzweifelt, das aufständische Kronland zurückzuerobern. Nun hatten damals auf Anstiften der heiligen Allianz die Franzosen Spanien besetzt, um die einheimische Dynastie zu stützen. Diese Stärkung des legitimen Gedankens war für die Allianz der Ausgangspunkt für den Plan, auch Mexiko wieder unter seinen legitimen Obherrn zu zwingen.

An den nordpazifischen Gestaden hatten unterdessen Engländer und Russen Fortschritte gemacht, durch welche die Yankees sich in ihrer Ausdehnung nach dem Stillen Meere zu bedroht sahen. Die Engländer benutzten das Abkommen von 1818, das wie eine Art Waffenstillstand anzusehen war, um das ganze Kolumbia-Becken mit Niederlassungen der Hudsonbai-Gesellschaft zu belegen. Die Russen rückten nach Kalifornien, das damals von spanischen zu mexikanischen Besitzern überging, und besiedelten die Gegend von Petaluma am „Russenflusse", nordöstlich vom jetzigen San Franzisko. Die Absicht der russischen Regierung war lediglich die, ihre Leute in Alaska und dort kreuzende russische Kriegsschiffe mit Fleisch und Getreide auf eine billigere und bequemere Weise zu versorgen, als das bisher möglich gewesen, da man früher gelegentlich, um sich zu verproviantieren, bis Chile hatte gehen müssen. Es scheint nicht, daß an dauernde Gebietsausdehnung gedacht wurde.

So lagen die Dinge, als Canning, zum Teil von handelspolitischen Erwägungen geleitet, zum Teil aus wirklicher oder vorgeblicher Liebe zum volkstümlichen Liberalismus, es für angezeigt erachtete, England von der heiligen Allianz loszulösen. Englands Handel konnte durch aufstrebende Freistaaten in Süd- und Mittelamerika besser gefördert werden, als durch das dem Handel alle möglichen Hindernisse bereitende Spanien. Um aber die Union für diesen besondern Zweck zu seiner Unterstützung zu haben, zugleich, um durch das Bekennen antidespotischer Gesinnung die noch vom letzten Krieg her verstimmten Yankees den Engländern wieder freundlicher zu machen, veranlaßte Canning die Unionsregierung[1]), mit Entschiedenheit gegen die heilige Allianz vorzugehen. Die Yankees verwerteten den Wink sehr geschickt und faßten ihre Meinung so, daß deren Ursprung nicht leicht erkannt werden konnte.

Am 2. Dez. 1823 erließ Präsident Monroe seine weltberühmte Botschaft[2]). „Auf den Vorschlag der kaiserlich-russischen Regierung, wie ihn der hier residierende Gesandte des Kaisers vorgelegt hat, sind dem Gesandten der Vereinigten Staaten zu St. Petersburg Vollmachten und Instruktionen übermittelt worden, um durch freundschaftliche Unterhandlung die betreffenden Rechte und Interessen der beiden Staaten an der Nordwestküste des Erdteils zu ordnen. Ein ähnlicher Vorschlag war von Sr. Kaiserlichen Majestät der Regierung Großbritanniens unterbreitet worden, und diese ist demselben gleicherweise nähergetreten. —— Die Gelegenheit ist für geeignet erachtet worden, als einen Grundsatz, der die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten enthält, zu erklären, daß die amerikanischen Kontinente in Anbetracht der freien und unabhängigen Lage, die sie angenommen, hinfort nicht als Gegenstände für zukünftige Kolonisation durch irgend welche europäischen Mächte zu betrachten sind." Ähnliche Ansichten hatten schon Powell, Washington, Jefferson, Madison, Adams und Gallatin ausgesprochen. Die Botschaft erklärte weiter, daß man mit den Südamerikanern wegen deren republikanischer Neigungen durchaus sympathisiere; daß die Union niemals an den Kriegen der

1) In einer tüchtigen Arbeit, Grenzboten 1899, 1, stellt W. Winter die Sache so dar, als ob umgekehrt Cannings Gedanke erst von den Yankees ausgegangen wäre. Dagegen vgl. unten S. 44.

2) Hopp 432.

europäischen Mächte und den Angelegenheiten, die sich auf dieselben beziehen, teilgenommen habe noch teilnehmen wolle, daß man aber „irgend welchen Versuch, ihr System auf irgend einen Teil der transatlantischen Hemisphäre auszudehnen", als eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Union betrachten würde. Unter dem europäischen System war klärlich bewaffnete Einmischung verstanden. Was man aber gegen eine solche thatsächlich unternehmen werde, darüber drückt sich die Botschaft ganz unklar, ja widersprechend aus. „Wir werden Einmischung in irgend welcher Gestalt nicht gleichgültig ansehen können", heißt es an der einen Stelle, und „es ist die richtige Politik der Vereinigten Staaten, die Parteien sich selbst zu überlassen" an einer anderen Stelle. Die Botschaft begnügt sich schließlich mit der Hoffnung, daß „die südlichen Länder" schon von selbst ihre Unabhängigkeit zu behaupten verstehen würden.

Die Aussprüche Monroes, die erst später zu einer allgemeingültigen Lehre erhoben wurden, hatten zunächst nur den Augenblickszweck, Spanien von Mexiko wegzudrängen. Der Zweck ward erreicht. Wenn die beiden Flotten, die englische und die amerikanische, sich vereinigten, da konnte keine festländische europäische Flotte es wagen, Truppen über das atlantische Meer zu schaffen. Ein weiterer Erfolg war der, daß Rußland seine Niederlassung in Nordkalifornien aufgab und 1824 sich verpflichtete, kein Land südlich von Alaska (südlich vom 54° 40′) erobern zu wollen. Der Grenzvertrag mit England ward 1828 auf weitere zehn Jahre verlängert.

Nachdem alle lateinischen Staaten Mexikos ihre Unabhängigkeit erstritten hatten, wurde ein panamerikanischer Kongreß nach Panama berufen. Treibende Kraft war der Geist der Monroe-Lehre; die äußere Anregung ging jedoch von den südamerikanischen Staaten aus; die Beteiligung der Union war anfänglich durchaus nicht sicher. Der Süden war dagegen. Allein Henry Clay, der bereits länger die Utopie hegte, „einen Freiheitsbund zu gründen, der von der Hudsonbai bis zum Kap Horn reiche", setzte die Beteiligung durch. Der Kongreß verlief nicht gerade friedlich. Der Vorschlag, die Negerrepublik Hayti als gleichberechtigtes Mitglied in die amerikanische Völkerfamilie aufzunehmen, rief bei den Sklavenhaltern der Südstaaten heftigen Widerstand hervor. Weitere Uneinigkeit verursachte ein Versuch, die kubanische Frage aufzurollen. Im

allgemeinen hatten die lateinischen Staaten nichts dagegen, daß die Union als die stärkste Schwester der ganzen Reihe die Verhandlungen leite. Es ergab sich jedoch sehr bald, daß die Geschäftsinteressen der Union über ihre Freundschaft und Solidarität mit den jüngeren Schwestern durchaus das Übergewicht hatten. Als die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht die Länder westlich des Mississippi den Bürgern aller amerikanischen Republiken zur Besiedelung gleichmäßig offen sein sollten, da erklärten die Yankees mit unzweideutiger Entschiedenheit, daß sie diese ausschließlich für sich behalten würden. Es wurden lediglich Verträge abgeschlossen, deren Grundlage Freiheit und Gegenseitigkeit des Verkehrs war. Ähnliche Handelsverträge ging man jedoch mit Schweden, Dänemark, den Hansestädten, Preußen, Sardinien, Oldenburg, der Türkei, Rußland und Brasilien ein. Das Bestreben hierbei war im Grunde nur das, von den Fesseln der damaligen europäischen Handelspolitik sich loszumachen, also Amerika auch in einen scharfen zollpolitischen Gegensatz zu der alten Welt zu bringen.

Seit der Erwerbung Floridas richteten sich bis zur jüngsten Gegenwart weitaus die meisten Vorstöße der Vereinigten Staaten gegen das lateinische Amerika, dem doch ihrer ausdrücklichen Erklärung gemäß Monroe und seine Freunde so große Sympathie entgegengebracht. Es war eben ein Kampf ums Dasein und zugleich ein Kampf der germanischen Rasse gegen die romanische. Das Bezeichnende bei diesem Kampfe ist, daß alle Parteien des Landes für Expansion waren, sowohl die Sklavenhalter des Südens, wie die Wighs des Nordens. Jahrzehnte später haben zwar einmal die Demokraten unter Cleveland jeder Territorialvergrößerung widerstrebt, aber nur, um in der jüngsten Zeit wiederum mit den Republikanern in Expansionslust zu wetteifern. Andererseits waren während der Epoche, welche den erbitterten Streit um die Sklaverei sah, insofern die Südleute die Eifrigeren, als sie von jedem Zuwachs spanischer Länder einen Zuwachs ihrer Parteimacht erwarteten, weil ja in allen lateinischen Republiken die Sklaverei noch bestand. Keineswegs aber sind, wie dies fast immer geschieht, alle und jede Grenzüberschreitungen von Unionsbürgern den Südstaaten allein zur Last zu legen. Das geht schon aus dem ersten Fall hervor, in dem das welthistorische kubanische Problem behandelt wurde. Denn es war gerade Adams, der Feind der Sklaverei, der 1823 nach Madrid schrieb: „Es ist kaum möglich, der Überzeugung zu

widerstehen, daß die Annexion Kubas durch unsern Bundesstaat für den Fortbestand und die Erhaltung der Union notwendig sein wird.“ Derselbe Adams bot 1827 Mexiko eine Million Dollars für die schon von Burr und in der Folge (1812/19) von einigen anderen Amerikanern angestrebte Abtretung von Texas. Adams' demokratischer Nachfolger auf dem Präsidentenstuhle, van Buren, nahm die Sache auf und bot fünf Millionen. Durch Houston ward dann 1836 eine unabhängige Republik Texas gegründet, die von Frankreich und England anerkannt wurde.

In Kanada brach 1837 ein Aufstand aus. Auf amerikanischem Gebiete bildeten sich irische Banden, die, den Aufstand benutzend, in kanadisches Gebiet einbrechen wollten. Präsident van Buren ließ indeß die Grenze militärisch besetzen und erklärte in einer Proklamation, daß kein amerikanischer Bürger, der sich an dem Aufstand beteilige, auf Regierungsschutz hoffen dürfe.

1838 lief das einmal bereits erneuerte Abkommen mit England wegen der Nordwestgrenze ab. Yankee-Siedler begannen damals nach Montana und Oregon zu ziehen, aber einstweilen in sehr geringer Zahl. So ward das Abkommen wieder verlängert.

Der neue Freistaat Texas machte viel von sich reden und zog auch die Augen der Deutschen auf sich. Siedlungsgesellschaften bildeten sich, um in Texas ein Klein-Deutschland zu gründen. So schon 1839 die „Germania“ in New-York und wenige Jahre darauf die große Adelsgesellschaft, bei der auch der Prinz von Preußen beteiligt war. Leider hatte das schlecht eingeleitete Unternehmen der Adelsgesellschaft einen nur sehr dürftigen Erfolg. Französische Abenteurer machten zur selben Zeit einen Versuch, in Mexiko ein Klein-Frankreich zu stiften.

Die vierziger Jahre bilden auf ein halbes Jahrhundert hinaus den wichtigsten Markstein für den Landzuwachs der Vereinigten Staaten. Am bedeutsamsten war das Vordringen am Stillen Meere. Amerikanische Missionare begannen eine halb politische Thätigkeit auf den Südseeinseln zu enfalten, auf Hawaii, auf den Marschall- und Gesellschaftsinseln, auf den Ladronen; sie faßten in Kanton festen Fuß und durchstreiften Borneo und Australasien. Gelegentlich liefen ihrem Wirken Versuche vorauf oder parallel, die von amerikanischen Kaufleuten und Kapitänen ausgingen. So war 1837 King, ein zu Kanton lebender Yankee-Kaufmann, nach den Liukiu und nach Yeddo (Tokio) unter Segel gegangen,

um Japan dem Handel seines Vaterlandes zu erschließen. Kings verwegener Plan scheiterte jedoch an der japanischen Hartnäckigkeit; er ward allenthalben mit Kanonenschüssen empfangen. Die Bundesregierung begann indessen bereits selber ihre Augen auf den Großen Ozean zu werfen. Namentlich die Sandwichinseln, wo dank den zahlreichen Missionaren die eingeborenen Kanaka abnahmen, „civilized out of existence“, wie der prägnante, grimmen Humors volle Ausdruck eines unbefangenen Historikers lautet, und der amerikanische Einfluß beständig im Wachsen war, betrachteten die Yankees allmählich als zu sich gehörig. Schon 1842 erklärte man den Engländern, daß britische Absichten auf die Sandwichinseln einer Unfreundlichkeit gegen die Vereinigten Staaten gleichkämen. Einige Jahre später dachte man sogar an eine Kolonie im fernen Borneo und leitete Schritte ein, um eine Kohlenstation bei Brunei auf Nord-Borneo zu erwerben. Zu den wachsenden Interessen in der Südsee kam noch eine gesteigerte Überlandwanderung nach Oregon und Kalifornien, die es wünschenswert machte, einen breiteren und festeren Halt am Ostufer des Stillen Meeres zu gewinnen, als dies bisher der Fall gewesen. Großbritannien aber mochte die gewünschte Grenze 54° 40′ nicht anerkennen und schien es auf einen Krieg ankommen lassen zu wollen. Nun war damals bereits ein Krieg mit Mexiko in nächster Nähe. Den Yankees war es doch nicht ganz geheuer in der Aussicht, zwei Kriege auf einmal ausfechten zu müssen, sie gaben nach und überlieferten an England alles Gebiet zwischen 54° 40′ und 49°, ein Gebiet, das zu jener Zeit verhältnismäßig nicht allzu viel Wert hatte, und warfen sich mit aller Macht gegen Mexiko. Einen Tag nach dem friedlichen Abkommen mit England brach der Krieg mit Mexiko aus, am 24. April 1846.

Genau zur selben Zeit taucht die kubanische Frage wieder auf. Das Bestreben des Volks und der Regierung der Vereinigten Staaten, Kuba zu erwerben, ist kein neues; es beginnt bereits, nach den dem Kongresse zu Washington am 14. Juni 1852 vorgelegten Briefschaften, im zweiten Jahrzehnt unsers Jahrhunderts. Die Regierung zu Madrid wollte nämlich zu der Zeit erfahren haben, Freimaurer zu Philadelphia ständen mit ihren Brüdern zu Havana in Verbindung, um die Insel zu revolutionieren und sie dann dem nordamerikanischen Staatenbunde einzufügen. Damals schon fürchteten die südlichen Staaten der Union die Freilassung der

Negersklaven auf Kuba, was für sie ein gar gefährliches Beispiel wäre und suchten dem in aller Weise zuvorzukommen. Hierzu kam noch, daß man sichere Kunde haben wollte, England wünschte Kuba zu erwerben und hätte selbst Gibraltar dafür geboten. Die Gesellschaften zur Abschaffung der Negersklaverei entwickelten hierbei die größte Thätigkeit. „Mit der Befreiung der 600000 Schwarzen und Farbigen auf Kuba, in Verbindung mit den bereits befreiten 800000 Schwarzen im englischen Westindien, gedenken sie einen Todesstreich gegen die Sklaven der Vereinigten Staaten, gegen ihren Handel und Wohlstand zu führen." Diese Umstände bewirkten eine Spannung zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, welche durch die Anerkennung der Selbstständigkeit der spanischen Kolonien auf dem amerikanischen Festlande noch vermehrt wurde. Man verweigerte im Jahre 1825 den Konsuln der Regierung von Washington den Zutritt auf Kuba und Portorico. „Die Agenten und Minister der Vereinigten Staaten auf dem Kontinente sprechen allenthalben dem Aufruhr das Wort, ein ähnliches Verfahren werden sie auf den Inseln einschlagen." Einige Jahre später mußte sich Spanien doch zur Zulassung amerikanischer Konsuln auf Kuba verstehen. Dagegen suchte Spanien eine Bürgschaft für Kuba und Portorico zu erlangen. Everett, zu der Zeit nordamerikanischer Minister, antwortete (1827): „Verbindlichkeiten solcher Art sind unserm Staatsprinzipe entgegen, welches in folgenden Worten eines unserer Präsidenten (Washington) besteht: Friede und Freundschaft mit allen Völkern, verwickelnde Allianzen mit Niemand" [1]).

Viele bei den Aufständen auf Kuba, im Beginne der vierziger Jahre, beteiligte Kreolen flüchteten in die Vereinigten Staaten, und in New-York ward, vorzüglich durch diese Flüchtlinge, ein Verein gebildet, angeblich zur Förderung der staatlichen Interessen Kubas (Junta promovedera de los intereses politicos de Cuba), in Wahrheit aber zur Losreißung der Insel von Spanien. Man gründete zu dem Zweck eine Zeitung „La Verdad", welche seitdem heimlich in Kuba eingeführt und massenhaft verbreitet ward. Viele amerikanische Angelsachsen erklärten: „Was man Völkerrecht nennt,

1) „Correspondence between the United States, Spain, and France, concerning alleged projects of conquest and annexation of the Island of Cuba." Dem Hause der Abgeordneten vorgelegt auf ihre Adresse vom 11. April 1853.

ist nur Fürstengewalt; es ist die Knechtschaft der Menschheit zum Vorteil sonderrechtlicher Klassen. Diese Fürstengewalt und die Knechtschaft, ihr Ausfluß, muß aber, das ist die Aufgabe, das ist die Bestimmung der echten Söhne Washingtons, vernichtet werden. Die Centralregierung, die Regierungen der einzelnen Staaten können nicht in dieser Weise hervortreten. Darum müssen sich freie Häuptlinge, gleichwie Henghist und Horsa, erheben, welchen sich ein tapferes Gefolge anschließen wird, um das schlaff gewordene Römertum unserer Tage zu zerbrechen, um die Feiglinge einer sogenannten Civilisation, die Augendiener und Söldlinge der Willkür, die gedankenlosen Prasser und Müßiggänger, mit einem Worte, jenes ganze windige Gesindel gewaltsam der Arbeit und Thätigkeit, der Vermenschlichung entgegenzuführen."

Beim Panama-Kongreß hatte ein Vertreter der Sklaverei, der Virginier Powell erklärt: das Gesetz der Selbsterhaltung, das Unions-Interesse und Erwägungen der Menschlichkeit erforderten es, daß die Lage Kubas nicht geändert würde. Und jetzt kam im Senate zu Washington ein Antrag ein, mit Spanien wegen Abtretung der Insel in Unterhandlung zu treten. Anfang 1846 bildete sich eine Gesellschaft, der auch reiche Kubaner beitraten, mit dem Zwecke, den Ankauf Kubas um zweihundert Millionen Dollars zu betreiben. Eine starke Partei bestand auf der Insel, die einerseits dem drückenden Steuersystem Spaniens entrinnen, andererseits an der Sklaverei festhalten wollte. Also gerade, was die Südstaaten brauchten. Kaum regte sich ein Zweifel, ob das Kaufanerbieten auch angenommen werden würde, allein die stolzen Hidalgos lehnten rundweg ab. Man mußte sich wieder dem langsamen und wenig versprechenden Wege der Unterhandlungen zuwenden, doch hieß es auch in verantwortlichen Kreisen ganz offen, daß im Bedarfsfalle man einfach Kuba mit Gewalt nehmen würde. Geheime Gesellschaften in Süd- und Nord-Amerika rüsteten Expeditionen für einen gewaltsamen Handstreich aus, und die Unionsregierung setzte dem kein Hindernis entgegen.

Den Sklavenhaltern war es lediglich um die Stärkung ihrer eigenen Parteimacht, nicht um die Gebietsausdehnung der Union zu thun. Sie lehnten Kuba ab, sobald die Sklaven dort Schwierigkeiten zu machen drohten; sie beförderten dagegen jede Vergrößerung im Südwesten des Festlandes, weil sie dort Gleichgesinnte zu finden hofften. Im Jahre 1845 ward Texas von der Union einverleibt.

Der spätere Staatssekretär Blaine hat dies Vorgehen als rechtlos bezeichnet, es aber durch die politische Notwendigkeit erklärt, Einmischungen von Europa, namentlich von England zu vermeiden[1]). Das Jahr darauf ward ohne Kriegserklärung[2]) mexikanisches Gebiet besetzt. Die Mexikaner verteidigten sich und töteten eine Anzahl von Yankee-Reitern. Nun hatte das Washingtoner Kabinet den gewünschten Vorwand und begann, obwohl gegen starken Widerspruch, den Feldzug.

Aufrichtige Unionsbürger wie Mahan[3]) gestehen offen ein, daß nicht nur die Angliederung von Florida, sondern auch die der mexikanischen Gebiete rechtlich sehr schwach begründet gewesen sei. In keinem Falle aber hätte die machtvoll vorwärts drängende Entfaltung der Einwanderer aus den Vereinigten Staaten sich aufhalten lassen. Die Kriegführung bestätigte zunächst die alte Beobachtung Tocquevilles, daß von Republiken geleitete Feldzüge durch Eifersucht zwischen der Regierung und den Generalen gestört werden. Die beiden kommandierenden Generale der Invasionsarmee waren Whigs (Republikaner), während die Veranstalter des ganzen Streits und die Regierung in Washington die Sklaverei beförderten. Der Grund für diesen auffallenden Gegensatz war einfach der, daß im ganzen südstaatlichen Lager im Augenblick eben kein tüchtiger Offizier zu haben war. So suchte man wenigstens durch hundert Intrigen von Washington aus Scott und Taylor lahm zu legen, allein mit geringem Erfolge. Trotz aller Hindernisse und Kabalen in ihrem Rücken und trotz der gewaltigen Ueberzahl ihrer Feinde in der Front hat sich die Bundesarmee ganz ausgezeichnet geschlagen und hat Sieg auf Sieg errungen. Mit Ausnahme des äußersten Südens fiel ganz Mexiko nebst seiner Hauptstadt in die Hände der Yankees. Zugleich ward Kalifornien gewonnen. Auch diese Gebietsausdehnung ist in recht bedenklicher Weise eingeleitet worden. Fremont, der noch vor dem Ausbruch des Krieges eine Erhebung bei Petaluma veranstaltete, ist von seinen eigenen Landsleuten oft und scharf genug verurteilt worden; auch hat unser eigener Landsmann, Sutter, nicht immer die glänzendste Rolle bei diesen Wirren gespielt[4]).

1) Vgl. Hopp 584 f. 2) Hopp 576.

3) Harpers Monthly 1898 June.

4) Vgl. Hittel, nach dem die auf unzulänglicher Quelle beruhende Darstellung von Treitschke (Politik) zu berichtigen ist.

Unter den kalifornischen Mexikanern waren nämlich Parteikämpfe ausgebrochen. Die Zentralregierung in der Stadt Mexiko war zu entfernt, um sofort entscheidend einzuwirken; wie sie jedoch mit beträchtlicher Energie die Sekularisierung der kalifornischen Missionen durchgesetzt hatte, so würde sie auch dem Kriege zwischen den Prätendenten um die kalifornische Statthalterschaft schon noch gesteuert haben. Allein die zahlreichen Yankee-Einwanderer erhoben sich und verkündeten eine Republik nach dem Muster von Texas. Die Flagge der neuen Republik sollte einen Bären führen, daher die ganze, in ihren Einzelheiten an die Jamesoniade erinnernde Bewegung die Bärenflaggen-Revolution genannt wird. Die Sache war schon halb gescheitert, als Hauptmann Fremont, der sich auf einer wissenschaftlichen Expedition befand, eingriff und mit seinen Mannen und dem Gewichte seiner amtlichen Stellung der völkerrechtswidrigen Erhebung neue Stärke verlieh. Es wäre Fremont schlimm gegangen, wenn nicht inzwischen der allgemeine Krieg mit Mexiko ausgebrochen wäre. Genug, was kommen mußte, kam. Über Land rückte der tapfere Kearney in die Grafschaft Los Angeles ein, zur See erschienen die Admiräle Sloat und Stockton und hißten in Monterey, St. Francisco und St. Diego das Sternenbanner (Juli 1846). Das eigentliche Mexiko wurde schließlich wieder herausgegeben, aber Texas, Neu-Mexiko, Arizona und Kalifornien verblieben hinfort bei den Vereinigten Staaten.

Der glänzende Erfolg dieses Krieges, der abgesehen von Schlappen Kearneys und Fremonts bei St. Bernardino fast keinen Mißschlag zeitigte, stachelte die Yankees zu erhöhtem Selbstwußtsein und neuer Expansion an. Namentlich aber erhielt der Rassenstolz dadurch neue Nahrung. England mit der ersten und die Union mit der zweiten Handelsmarine der Erde fühlten sich als die führenden Nationen der Welt. Spanien war ein gemeinsamer Feind beider; auch fand man, daß ihr beiderseitiges Staatsleben auf denselben Grundsatz der Selbstregierung gegründet; daß sie dasselbe Kirchenwesen, dasselbe Privatleben, dieselben nationalen Tugenden und Fehler hätten, dazu umschlingt beide das mächtige Band derselben Sprache und Litteratur.

While the manners, while the arts,
That mould a nation's soul,
Still cling around our hearts,
Between let ocean roll,
Our joint communion breaking with the sun:
Yet, still, from either beach,
The voice of blood shall reach,
More andible than speech,
'We are one!'

So ruft ein amerikanischer Dichter schon vor 1850 den Engländern zu, und ein englischer antwortet:

Englishmen everywhere! brethren all!
By one great name on your millions I call, —
Norman, American, Gael, and Celt,
Into this fine mixed mass ye melt,
And all the best of your best I trace
In the golden brass of the Saxon Race!
Englishmen everywhere! faithful and free!
Lords of the land, and kings of the sea, —
Anglo-Saxons! honest and true,
By hundreds of millions my word is to you, —
Love one another! as *brothers* embrace!
That the world may be blest in the Saxon Race!

Der Nationalcharakter der Engländer und Amerikaner war in der That bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts angelsächsisch und hat die verschiedenen zu ihm getretenen Elemente, das keltische römische, dänische, selbst das normännische verschlungen, ohne in seinem innern Kern verändert worden zu sein.

Zum Teil infolge des mexikanischen Krieges und der dadurch hervorgerufenen kriegslustigen Stimmung, zum Teil durch den ungeheuren Verkehr nach den kalifornischen Goldfeldern veranlaßt, richteten die Yankees ihre Blicke nach dem mittelamerikanischen Isthmus. Dort war nach der Befreiung vom spanischen Joche ein Bund der fünf mittelamerikanischen Republiken zustande gekommen, der von 1823—1833 dauerte. Während dieser Zeit waren nicht weniger als 396 Präsidenten der einzelnen Staaten, wie des Gesamtbundes zur Regierung gelangt. Seit der Auflösung des Bundes herrschte vollends Revolution und Anarchie. Nun kam der Gedanke wieder auf, den schon Cortes und Göthe gehabt, nämlich durch den Isthmus einen Kanal zu legen. Eine derartige Schiffahrtsverbindung erschien damals um so wichtiger, als ein Eisenweg nach Kalifornien weder bestand noch in Aussicht war.

England aber begriff sofort, daß der Bau eines Kanals zugleich politisches Übergewicht mit sich bringe und schloß 1850 mit Nicaragua und der Union den Clayton-Bulver-Vertrag, kraft dessen kein Staat die ausschließliche Kontrole über einen in Zukunft zu bauenden Kanal ausüben sollte.

Kuba[1]).

Das glückliche Ende des mexikanischen Krieges und die Einverleibung Kaliforniens beförderten die Anschläge auf Kuba in hohem Grade. Auch waren entlassene Krieger genug vorhanden, welche nach neuen Thaten, nach neuer militärischer Beschäftigung strebten. Ein Mitglied der Regierung zu Washington, erzählt General Concha, welcher damals Statthalter auf Kuba war, hat nicht blos Geld, sondern selbst dem Staate gehörende Waffen zur Unternehmung hergegeben[2]). Ein Oberst White sammelte 1500 Freibeuter, aber die Regierung von Washington verhinderte den Zug. Dann trat ein Kreole aus Venezuela, General Narciso Lopez, ein Mann von geringer militärischer Fähigkeit und noch geringerer Einsicht, welcher früher bereits in einen Aufstand (1848) auf Kuba verwickelt, flüchtig und zum Tode verurteilt war, im Jahre 1849 an die Spitze der „Schanzengräber der Freiheit", wie sich das Gefolge des neuen Henghist nannte, um die Insel vom spanischen Joche zu befreien. Lopez landete am 19. Mai 1850 mit 500 Mann zu Cardenas, östlich von Havana, gewann die kleine Stadt, zog sich aber, als von allen Seiten spanische Truppen (die Insel zählte damals eine Garnison von 25000 Mann) herbeikamen, zurück. Er gelangte so mit einem Reste seines Gefolges nach Florida zurück und weiter nach Savannah, der blühenden Hafenstadt im Staate Georgia, um, wie er laut verkündete, ein größeres Heer zu sammeln. Die gegen ihn begonnene gerichtliche Untersuchung von Seiten der Behörde in den Vereinigten Staaten war ein leerer Schein. Lopez ward bald freigegeben und vom Volke wie ein Triumphator be-

1) Vgl. Die Gegenwart, Leipzig 1855.

2) Eine geschichtliche Darstellung der ersten und zweiten Expedition gegen Kuba, von Concha selbst verfaßt, erschien in der „Revista militare" zu Madrid, und daraus im „New York Herald" (1854).

grüßt. Selbst die Sprache der Centralregierung zu Washington war derart rücksichtslos und drohend, daß Spanien es für ratsam hielt, die gefangenen Begleiter des Lopez ohne weitere Bedingung freizugeben.

Die Vorbereitungen zum neuen mächtigern Befreiungszuge waren noch nicht vollendet, als im August 1850 die Erhebung eines geringen Teils der Kreolen auf Kuba gegen die spanische Regierung erfolgte. Zwei angesehene Familien, die Armenteros und Agueros, standen an der Spitze. Eine Menge Proklamationen wurden verbreitet. „Die letzte Stunde der spanischen Zwingherrschaft habe geschlagen; Kuba werde, müsse frei werden, alle Spanier, namentlich die Truppen, welche zur Seite der Freiheit treten, würden als Brüder und Genossen aufgenommen.“ Die Aufständischen errangen anfangs einige Vorteile und schickten dann glühende Schreiben an Lopez: „Kommen Sie eilig, Alles steht bereit Ihnen zuzufallen.“ Lopez zögerte oder mußte zögern. Der Kreolenaufstand war bereits niedergeschlagen, als er am 13. Aug. 1851 zu Kubanos bei Bahia-Hondo, 8—9 deutsche Meilen westlich von Havana mit 433 Mann landete[1]). Unter ihm befehligten mehrere angesehene amerikanische Offiziere, welche sich im Kriege gegen Mexico einen ehrenvollen Namen erworben hatten; so die Obersten Kelly und Crittenden, ein Neffe des damaligen Generalanwaltes der Vereinigten Staaten. Ausgewanderte und Flüchtlinge aus allen Weltgegenden, Italiener, Deutsche, Franzosen, Ungarn nahmen Anteil am Zuge. Unter Letztern auch General Pragay, ein Adjutant Klapkas, des Befehlshabers in Komorn während der ungarischen Revolution. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte zwar eine Proklamation gegen die Unternehmung erlassen, aber ein wirksames Hindernis, was leicht möglich gewesen wäre, setzte sie ihr nicht entgegen.

Lopez war über die Stimmung und die Feigherzigkeit der kubanischen Bevölkerung schlecht unterrichtet. Nach der Landung teilte er seine kleine Truppe, womit er die von spanischen Truppen überschwemmte Insel erobern wollte, in zwei Haufen. Mit dem größern zog er selbst nach Las Rosas; den kleinern ließ er unter Crittenden am Landungsplatze zurück, um das Schiff, die Munition

1) Kontre-Admiral Plüddemann, Der Krieg um Kuba (Berlin 1899) S. 17 gibt an, daß Lopez mit 500 Mann am 31. Juli in Morillo gelandet sei.

und Bagage zu bewachen. Gleich nach seinem Abzuge ins Binnenland erschien eine zahlreiche spanische Truppe, nahm Kubanos und verhinderte jede Vereinigung der beiden Flibustierabteilungen. Crittendens Leute suchten nach verschiedenen Richtungen hin zu entfliehen; aber fünfzig wurden ergriffen, nach Havana abgeführt und auf Befehl des Generalkapitäns Concha alsbald erschossen. Unter ihnen befanden sich vierzig Amerikaner, vier Irländer, zwei Kubaner, zwei Deutsche oder Ungarn, ein Italiener und ein Schotte. Lopez selbst irrte einige Zeit in den wilden Gegenden der Insel umher und mußte endlich, von Hunger getrieben, bei einem Kreolen, José Castanedo, Zuflucht suchen, der ihn verriet und der Regierung auslieferte. Lopez starb am 1. Sept. 1851 zu Havana auf dem Schaffot durch die Garotta und trat ruhig und besonnen dem Tode entgegen. „Ich sterbe für die Freiheit meiner schönen Insel Kuba", waren seine letzten Worte. Dieser unglückliche Ausgang des Unternehmens rief allenthalben in den Vereinigten Staaten große Bestürzung und Rachegedanken hervor. In Neuorleans zog eine Masse niedern Volks durch die Straßen, zerstörte die Cigarrenläden der Spanier, demolierte die Wohnung des spanischen Konsuls. Der Konsul selbst mußte sich, um sein Leben zu erretten, ins Stadtgefängnis flüchten. Die Beschädigten haben später zum Teil wenigstens von der Centralregierung Ersatz erhalten. Der Todestag des Generals Lopez ward seitdem von dem, großenteils aus geflüchteten Kreolen bestehenden Kubaverein zu New-York durch kirchliche Ceremonien, Reden und andere Festlichkeiten gefeiert, und der Verräter Castanedo ist endlich, nach vielen wiederholten Mordversuchen, am hellen Tage zu Havanna in einem öffentlichen starkbesuchten Kaffeehause erschossen worden. Der Mörder konnte sich, obgleich dreihundert Personen bei der That gegenwärtig waren, der Verhaftung und der richterlichen Strafe entziehen.

Die gefangenen Genossen des Lopez sandte man nach Spanien, wo sie menschlich behandelt, hernach aber, wohl aus Furcht vor neuen Volksausbrüchen in der Union, freigelassen wurden. Der Generalkapitän Concha beklagt sich über die Undankbarkeit dieser Leute; sie hätten viel Lügenhaftes über ihn und Kuba in den öffentlichen Blättern berichtet. Namentlich sei es durchaus ungegründet, wenn die Amerikaner behaupten wollten, die Masse der kubaner Bevölkerung sei dem Mutterlande feindlich gesinnt. Im

Gegenteil, die Insassen Kubas haßten aus angeborenem Triebe spanischer Nationalität die Fremdherrschaft nicht minder als die Spanier in Europa. Concha, welcher durch sein entschiedenes Auftreten nicht blos Kuba rettete, sondern umsichtig jeden weitern Zwist mit Amerika beseitigte, ward von der Regierung zu Madrid mit Undank belohnt. Seine Reformen mißfielen, namentlich der Königin-Mutter Maria Christina, welche selbst beim kubanischen Sklavenschmuggel und andern menschenfeindlichen Spekulationen beteiligt war. Concha wurde darum zurückgerufen. An seine Stelle kam Canedo, der sofort zum Hohn aller Verträge die Sklaveneinfuhr begünstigte und für das spanische Hofgesinde sowie für sich selbst große Summen erbeutete. Als Canedo nach einer Verwaltung von kaum achtzehn Monaten, eben der Begünstigung des Sklavenhandels wegen, auf Andringen Englands abgerufen werden mußte, kehrte der Generalkapitän nach Europa zurück, wie behauptet wird, mit einem Vermögen von $1^1/_2$ Million Dollars. Auf ihn folgte kein viel besserer Mann, Marquis de la Pezuela, welcher bis zur spanischen Revolution vom Juli 1854 in seiner Stellung verblieb. Auch er soll die heimliche Sklaveneinfuhr begünstigt haben. Dabei wurden aber mehrere Reformdekrete erlassen: so eines in Betreff der Herbeischaffung freier Arbeiter, Chinesen und Hindu, sowie deren Stellung zu den Arbeitgebern. Nach einem andern Dekrete mußten alle Sklaven verzeichnet werden und die verheimlichten sollten frei sein. Die infolge der spanischen Staatsumwälzung neu eingesetzte liberale Regierung hat, um zu zeigen, daß sie Reformen wünscht, zu gleicher Zeit aber bereitsteht, Aufstände von innen wie von außen mit rücksichtloser Gewalt niederzuschlagen, General Concha an der Spitze frischer Truppen zum zweiten male nach Kuba gesandt. Gleich beim Antritt seines Amtes, am 1. September 1854, erließ der Generalkapitän mehrere reformatorische Decrete, und eine Anzahl Kreolen wurde zu höhern Stellen erhoben, was einen sehr guten Eindruck machte. Alle diese Vorgänge trugen aber nur dazu bei, die Annexionsbestrebungen der Nordamerikaner noch mehr aufzustacheln. Man sann auf Rache wegen der verunglückten Expeditionen des Lopez und fürchtete den friedlichen ruhigen Fortschritt, welcher die Bevölkerung Kubas mit dem spanischen Regimente aussöhnen könnte.

Nach dem unerwartet starken Wahlsieg der demokratischen Partei und der Einsetzung der neuen Regierung des Präsidenten

Franklin Pierce begannen demnach in der Union die Vorbereitungen zu einem neuen Sachsenzuge nach Kuba. Die Bevölkerung erwartete auch von den Demokraten ein entschiedeneres Auftreten, als von der abgetretenen Whigverwaltung. Die alsbaldige Ernennung Soulés zum Gesandten in Madrid, eines Mannes, welcher im Kongresse der Aneignung Kubas immer das Wort redete und das spanische Regiment in den düstersten Farben schilderte, ermutigte noch mehr. Bis zum Herbste 1854 waren alle Vorbereitungen zu einem Unternehmen getroffen. General Quitman, der sich im amerikanisch-mexikanischen Kriege ausgezeichnet hatte, ward an die Spitze dieses neuen Kubazuges gestellt, der jedoch wegen verschiedener Umstände, vorzüglich aber aus Mangel an Geldmitteln nicht zustande kam.

Zur schärferen Beleuchtung damaliger Zustände und Stimmungen dient das Tagebuch, das ein unparteiischer Beobachter, der französische Contre-Admiral Réveillère, über seine kubanischen Erfahrungen geführt hat[1]).

Ueber das politische Leben teilt der junge Marineoffizier folgende Beobachtungen mit:

Täglich werden Verschwörer arretiert, ohne daß die Verschwörung ermatte. Die Kolonisten brennen danach, sich vom Joche Spaniens, das sie unbarmherzig ausbeutet, zu befreien. Die Kolonie ist der schönste Stein aus der Krone Ihrer sehr katholischen und sehr notleidenden Majestät. Die Insel unterhält auf ihre Kosten eine zahlreiche Flotte, mehr als 25000 Mann Truppen und ein Heer gut bestellter Beamten. Die Kreolen sind, von gesetzeswegen, von allen Ämtern auf der Insel ausgeschlossen, diese fallen nur den geborenen Spaniern zu.

Die gerechte, durch das schamlose Ausbeutungssystem, verursachte Unzufriedenheit hat das kühne Unternehmen des General Lopez inspiriert. Das Einverständnis der amerikanischen Regierung mit den Flibustiern ist eine beglaubigte Thatsache; sie hatte für den Fall eines ersten Erfolges ihre Mithilfe versprochen — mit dem Vorbehalt, im Fall des Mißerfolges, jede Teilnahme an der Unternehmung abzuleugnen. An der Spitze von vierhundert Abenteurern aller Nationen, aber größten-

1) Veröffentlicht durch B. von Suttner in der Frankfurter Zeitung 17. VII. 1898.

teils Amerikanern, mit vorzüglichen Waffen versehen, landete Lopez zwölf Meilen weit von Havana. Eine Armee marschierte gegen diese vierhundert Mann. Durch die Überzahl besiegt, flohen die Amerikaner in die Berge, wo sie einen Guerillakrieg begannen, immer in der Erwartung, daß die Bewohner der Insel, die so fleißig konspiriert hatten, sich erheben würden, aber sie rührten sich nicht. Endlich mußte die kleine Truppe, die auf 50 Mann herabgesunken war, General Lopez und die Trümmer seines Generalstabs mit einbegriffen, verfolgt, umzingelt, erschöpft und halb verhungert, die Waffen niederlegen. Nach Havana überführt, wurden die Gefangenen zum Tode verurtheilt. Sie schritten ungebeugt zum Richtplatz. Man erschoß sie, immer zehn auf einmal; nicht Einer zeigte Schwäche.

Die Kubaner sehen nicht ein, daß, während sie von Spanien ausgebeutet werden, sie ihrerseits die Schwarzen ausbeuten; sie verstehen nicht, daß es Sklavenhaltern schlecht zukommt, die Worte „Unabhängigkeit, Freiheit“ so pathetisch auszurufen, und daß im Falle eines Konfliktes zwischen den Spaniern und Amerikanern die Schwarzen auftreten und sagen würden, daß nun für sie die Stunde gekommen sei, die Herren im eigenen Lande zu sein. Spanien ist entschlossen — so sagt man — an dem Tage, wo es sich unfähig fühlen würde, Kuba vor einer amerikanischen Invasion zu schützen, den Schwarzen die Freiheit zu geben, und damit würden sie den Amerikanern einen Vulkan überlassen. Heute oder morgen wird es doch dazu kommen müssen. In den Vereinigten Staaten ist die Eroberung Kubas sehr populär, besonders in den Sklavenstaaten, die auf diese Weise ihren Einfluß im Kongreß vermehrt sähen. Der künftige Präsident Pierce hat sich in seinem Programm verpflichtet, neue Unternehmungen à la Lopez zu begünstigen.“ —

In den Vereinigten Staaten hat sich kürzlich ein Verein gebildet unter dem Namen „Der einsame Stern“, dessen Zweck die Annektierung Kubas ist. „Der einsame Stern“ verfügt über ein beträchtliches Vermögen und über vierzigtausend Mann, die bereit sind, zu den Waffen zu greifen; die Dampfschiffgesellschaften sind mit dem Verein verbunden und stellen den Verschworenen die größten und schnellsten Schiffe der Welt zur Verfügung.

Spanien erfaßt den Ernst der Lage. Es macht sich keine Illusion über seinen Kredit und weiß, daß es am Tage, da Amerika seinen Anspruch auf Kuba erheben würde, keinen Heller auszuleihen

fände. Es kennt die Größe der Hilfsquellen und die Kühnheit seiner Mitbewerber und kennt auch den Haß der Kolonie, welche von der Metropole siebenzehn Tage weit entfernt ist, während nur siebenzehn Stunden sie von Amerika trennen. Was nun? Das beste wäre wohl, die Protektion Englands zu verlangen, indem man sich verpflichtete, den Pfad zu einer klugen Abschaffung der Sklaverei zu betreten. Frankreich würde sich anschließen, getrieben durch den Wunsch, sich als Beschützer der europäischen Interessen in der neuen Welt zu zeigen, und so könnte Kuba mit seinen dreißigtausend Mann alter spanischer Truppen, mit der Stütze Frankreichs und Englands zum Schutze der Küsten, ruhig die Ankunft der Flibustier abwarten.

Jedes politische Verbrechen trägt seine Strafe in sich — nichts beweist dies so deutlich, wie die Sklaverei. Wenn man in einem Lande Negersklaven aufkauft, so verurteilt man sich zu folgender Alternative: entweder ist dieses Regime der Grausamkeit, der Vertierung und der Unmoral stets aufrecht zu erhalten, oder man wird die Herrschaft von der weißen auf die schwarze Rasse übergehen sehen. Darüber sind sich auch die Südstaaten ganz klar, und der drohende Niedergang ihrer Rasse bekümmert die Sklavenbesitzer viel leidenschaftlicher als ihre Geldinteressen. Wenn die Südstaatler ihre Schwarzen weiß machen könnten, so würden sie ihnen sicher die Freiheit schenken. Die Aussicht auf einen Niedergang der weißen Rasse im Süden wirbt auch im Norden der Sklaverei zahlreiche Anhänger. Die Lage der Vereinigten Staaten ist wirklich kritisch. Sie sind verurteilt, die „dem Süden eigentümliche Institution" (wie die offizielle Benennung lautet) beizubehalten, oder das Verdrängen der weißen Rasse durch die viel zahlreichere schwarze zuzulassen. Man darf sich also nicht wundern, daß die Verfechter des Sklaventums die Doktrin der Emanzipation als ein Sakrilegium betrachten. So wurden die Südstaatler auch ganz logisch zu der Erklärung getrieben, daß sie sich um jeden Preis der Aufhebung der Sklaverei in Kuba widersetzen würden, und daß sie in ihrer Nachbarschaft keine „afrikanische Kolonie" dulden wollen. Und so wollen denn die Vereinigten Staaten Kuba's sich bemächtigen: 1. Im Interesse ihres Handels. 2. Im Interesse der strategischen Verteidigung, da die Insel immer eine Drohung Europas auf der entblößten Flanke darstellt. 3. Im Interesse der Sklavenbesitzer, die keine Berührung mit den Schwarzen wünschen, welche

ja, unter dem Drucke Frankreichs und Englands, in einer mehr oder minder nahen, aber sicheren Zukunft ihre Freiheit erlangen würden. 4. Die Sklavenstaaten legen auf die Annexion Kubas besonderen Wert, um ihren Einfluß im Kongreß zu verstärken."

Nach einer besorgniserregenden Spannung haben sich die Beziehungen zwischen Spanien und Amerika wieder gebessert; doch wenn auch die Regierungen ihre drohende Haltung aufgegeben haben, so nehmen die Verschwörungen ihren Fortgang. Im verflossenen Februar wäre bald eine Insurrektion zum Ausbruch gelangt und dabei hat sich ein ganz besonders starker Charakter geoffenbart. Es war dies der von französischen Eltern in Kuba geborene Estampes. Schon in eine vorhergehende Verschwörung verwickelt, hatte er rechtzeitig fliehen können und wurde in contumaciam zum Tode verurteilt. Eine Amnestie gestattete ihm die Heimkehr, und sein Erstes war, eine neue Verschwörung anzuzetteln. In Kuba fehlt es den Verschwörern niemals an Geld. Die Kreolen sind diesen gegenüber von unerschöpflicher Großmut. Estampes erhielt bedeutende Summen und begab sich nach den Vereinigten Staaten, wo er fünfundsiebenzigtausend Gewehre anschaffte. Er wurde aber, nachdem er deren zwölftausend gelandet hatte, verraten, gefangen und abermals zum Tode verurteilt. Der Kommandant, der einstmals in der Heimat an einem Pronunciamento teilgenommen, besuchte ihn im Gefängnis.

„General," sagte Estampes zu ihm, „Sie haben gegen die Königin konspiriert, ich gegen Spanien. Sie haben die Partie gewonnen, ich habe sie verloren; und so sind Sie Gouverneur — ich bin zum Tode verurteilt . . . Es ist in der Ordnung."

„Und wenn man Sie begnadigte?"

„Dann müßte es bedingungslos sein . . . . Denn ich schwöre Ihnen bei meiner Ehre, wenn Sie mich verschonen, so konspiriere ich aufs Neue . . . Ich habe der Freiheit mein Leben geweiht. Was liegt mir daran, zu sterben, da ich überzeugt bin, daß mein Tod dem Siege meiner Sache nützlich ist . . . Ich glaube an die Macht meines Märtyrerblutes — was will ich mehr?"

Estampes wurde garrottiert und rief vom Richtblock aus mit starker Stimme: „Es lebe die Freiheit!" —

Die durch die Hinrichtung Estampes verursachte Erregung hatte sich noch kaum gelegt, als die Polizei eine neue Verschwörung entdeckte. Diese hatte an ihrer Spitze einige vermeintliche Freunde

des Gouverneurs, nämlich den Direktor der Eisenbahnen, den des Gymnasiums und den Theaterdirektor. Letzterer hatte eine ganz besondere Galavorstellung vorbereitet, zu welcher der General-Gouverneur und alle Spitzen der Behörden eingeladen waren. Die Verschwörer würden sich im Saale unter diese Persönlichkeiten, mit denen sie alle in mehr oder minder intimen Beziehungen standen, mengen. In einem bestimmten Augenblick, auf ein von einem Schauspieler unbewußt gegebenes Signal würde das Gas abgedreht werden und die Verschworenen sollten ihre Nachbarn in der Dunkelheit erdolchen. Hervorzuheben ist, daß die Mehrzahl der Verschwörungsleiter aus Spanien stammten. Am Vorabend der Vorstellung gab der General-Gouverneur einen großen Ball, zu welchem die Verschworenen eingeladen waren. Der Gouverneur behandelte sie mit der auserlesensten Liebenswürdigkeit — bis um Mitternacht; um diese Stunde wurden sie scharenweise verhaftet."

Soweit die Tagebuchauszüge.

Die europäischen Regierungen, namentlich die Seemächte England und Frankreich, dann vor allem Spanien, sahen die nordamerikanische Volksströmung, mit steigender Unbehaglichkeit. Man griff nun, ungeachtet der ersten mißlungenen Versuche, nochmals zu dem Antrage einer Garantie Kubas. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich sollten sich zu einem Triplevertrage einigen, um Spanien für ewige Zeiten den Besitz Kubas und Portoricos zu verbürgen. Es wünschte nämlich die spanische Regierung, wie man aus den ersten der dem englischen Parlamente vorgelegten Schriftstücken über Kuba ersieht (9. Jan. 1852), England und Frankreich möchten die Vereinigten Staaten zu solch einer Erklärung vermögen. Die Beantwortung des zugleich von England und Frankreich dem Kabinete zu Washington vorgelegten Entwurfs eines Triplevertrags solchen Inhalts zeichnet die Stellung und die künftigen Geschicke des nordamerikanischen Staatensystems im übrigen Amerika und der ganzen Welt so schlagend, daß dieses beredte historische Dokument (datiert vom 1. Dez. 1852) im wesentlichen hier folgen mag[1]).

[1]) Der Verfasser dieser Staatsschrift des Kabinets von Washington war Edward Everett, der sich, gleichwie andere hervorragende Amerikaner, der höhern wissenschaftlichen Ausbildung wegen, einige Zeit in Göttingen aufhielt. Everett studierte ursprünglich Theologie, ergab sich später der klassischen Philologie und ward Professor der griechischen Sprache an der Harward-Universität zu

Der wichtigste Teil der vorgeschlagenen Übereinkunft war in einem einzigen Artikel enthalten: „Die hohen contrahierenden Mächte, jede für sich und alle vereint, erkennen für jetzt und für alle Folgezeit Niemand das Recht zu, Besitz von der Insel Kuba zu nehmen, und verbinden sich gegenseitig, alle Versuche zu diesem Zweck zu verhindern, mögen sie nun von einem Staate oder einem einzelnen Individuum ausgehen. Dieselben Mächte erklären, jede für sich und alle vereint, daß sie weder insgesamt noch einzeln irgend eine ausschließliche Aufsicht über die genannte Insel, noch die Herrschaft über den geringsten Teil derselben in Anspruch nehmen."

„Der Präsident", erklärt dagegen das Kabinet von Washington, „stimmt durchaus seinen Vorgängern bei, welche bei mehr als einer Gelegenheit die Erklärung gaben, daß es den Vereinigten Staaten nicht gleichgültig sein könne, wenn Kuba in die Hände einer andern europäischen Regierung fallen würde, jedoch nicht aus dem Grunde, weil ein Zuwachs von Land und Macht von Seiten Frankreichs oder Englands uns mißfallen würde. Frankreich hat in den letzten 20 Jahren eine bedeutende Herrschaft an der Nordküste Afrikas errungen und hat die Aussicht, sie um vieles zu erweitern. Die Vereinigten Staaten fühlen sich dadurch nicht beunruhigt. In gleicher Weise haben auch die Vereinigten Staaten ihren Länderbesitz in diesem Zeitraume erweitert; am meisten durch die Erwerbung Louisianas, das wir durch Kauf von Frankreich an uns brachten. Dieses Wachstum hat gewiß auch bei den großen europäischen Mächten keine Unruhe erregt, da der Grund hierzu in der natürlichen Entwickelung lag, und Alles geschah ohne alle Störung der internationalen Beziehungen unter den Hauptstaaten. Eine be-

---

Cambridge bei Boston. In Verbindung mit seinem ältern Bruder, dem als Schriftsteller und Staatsmann bekannten Alexander Henry, übernahm er zu gleicher Zeit die Leitung der „North-American Review" und schrieb selbst mehrere der schärfsten Artikel zur Verteidigung seines Vaterlandes, vorzüglich gegen die Anklagen und Entstellungen englischer Touristen. Im Beginne der vierziger Jahre erhielt Everett den wichtigen Posten eines Gesandten in England (1841—46), und unter der Präsidentschaft Fillmores ward ihm (Oktober 1852) das Amt eines Staatssekretärs an der Stelle seines verstorbenen Freundes und Gesinnungsgenossen Daniel Webster übertragen, dessen Tod die Antwort des Kabinets von Washington auf die Anträge Frankreichs und Englands um einige Monate verzögerte.

deutende Zunahme des Handels zwischen Amerika und Europa war die wohlthätige Folge. Wird Kuba jedoch einer anderen europäischen Macht als Spanien unterthan, so ist dies ein ganz anderer Fall. Dieses Ereignis könnte nicht geschehen, ohne die bestehenden internationalen Verhältnisse in ernstlicher, gefährlicher Weise zu erschüttern; solch ein Vorhaben würde in Betreff unserer Hemisphäre Pläne vermuten lassen, welche die Vereinigten Staaten höchlich beunruhigen müßten. Uns erscheint jener Erwerb in demselben Lichte, im welchem England und Frankreich ein Ereigniß betrachten würden, wodurch wir eine bedeutende Insel im Mittelländischen Meere erlangen könnten, jedoch mit dem Unterschied, daß ein Versuch der Amerikaner, sich in Europa anzusiedeln, etwas ganz Neues wäre, während die Erscheinung einer europäischen Macht in unserm Weltteil zu den gewöhnlichen Ereignissen gehört. Die beiden Fälle sind jedoch nur historisch verschieden; in politischer Beziehung kann unsere Besorgniß nicht minder sein, wenn eine europäische Macht in einer neuen Richtung Amerikas sich auszubreiten sucht. Herr von Turgot (der französische Gesandte) erklärt, Frankreich könne nicht gleichgültig zusehen, wenn eine andere Macht als Spanien Kuba besitze, und fügt ausdrücklich hinzu, Frankreich habe weder den Wunsch noch die Absicht, sich dieses Landes zu bemächtigen. Der englische Minister erklärt dasselbe von seiner Regierung. Herr von Turgot und Lord Malmesbury (der britische Gesandte) haben ganz Recht, wenn sie sagen, die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in demselben Sinne auszusprechen. Der Präsident hat kein Verlangen zur Erwerbung Kubas für die Vereinigten Staaten; zu gleicher Zeit betrachtet er aber diese Angelegenheit vorzüglich als eine amerikanische und nur bis zu einem gewissen Grade als europäische Frage. Die vorgeschlagene Übereinkunft beruht auf einem verschiedenen Princip, welches annimmt, Amerika habe kein anderes und größeres Interesse als Frankreich und Spanien. Ein einziger Blick auf die Karte reicht hin, zu sehen, wie gering schon der Entfernung wegen die Berührungen Europas mit dieser Insel sind, wie häufig hingegen die Amerikas. Der Präsident erkennt die Freundlichkeit, mit welcher er zur Teilnahme an dem Vertrage zwischen Frankreich und England eingeladen wurde; er fühlt auch die Wichtigkeit eines guten Einverständnisses der drei Mächte in Bezug auf Kuba. Dessenungeachtet ist es ihm

nicht möglich, der Convention beizustimmen und zwar aus folgenden Gründen: Erstens ist es nach seiner Einsicht ganz klar, soweit der Präsident nämlich von einer Entscheidung überhaupt im voraus wissen kann, daß ein solcher Vertrag von dem Senat ungünstig aufgenommen wird. Spricht sich nun der Senat ganz bestimmt dahin aus, die Übereinkunft zu verwerfen, so ist die kubanische Angelegenheit noch unsicherer geworden, als sie gegenwärtig ist. Dieser Grund allein würde jedoch den Präsidenten nicht vermocht haben, die Zustimmung zum Vertrage zu verweigern, hätte nämlich die Überzeugung von der Nützlichkeit einer solchen Maßregel es ihm zur Pflicht gemacht, soweit die Executivgewalt reicht, seine Einwilligung zu geben. Die Sache verhält sich aber ganz anders. Der Vertrag würde unnütz sein, wenn er nicht von Dauer wäre; deshalb ist er auch in Ausdrücken abgefaßt, welche eine ewige Verpflichtung aussprechen. Nun kann es wohl sehr bezweifelt werden, ob die Verfassung der Vereinigten Staaten irgend einer vertragschließenden Gewalt gestatte, der amerikanischen Regierung eine für alle Zukunft bleibende Unmöglichkeit aufzubürden und sie zu hindern, bei veränderten Umständen das zu thun, was oft in vergangenen Zeiten geschehen ist. Im Jahre 1803 kauften wir Louisiana von Frankreich, 1819 Florida von Spanien. Die vertragschließende Macht ist nicht berechtigt, im Jahre 1852 einen Vertrag einzugehen, durch welchen die Regierung thatsächlich und in allen ihren Abteilungen für ewige Zeiten gebunden wäre, Kuba nicht auch in derselben Weise an sich zu bringen. Eine gleiche Bemerkung kann vielleicht auch in Betreff Frankreichs und Englands gemacht werden, obgleich dort die vertragschließende Gewalt weniger der Kontrolle der übrigen Zweige der Regierung unterworfen ist. Ein anderes wichtiges Hindernis der Übereinkunft liegt in der Abneigung, welche zu den ältesten Traditionen der Vereinigten Staaten gehört, mit den europäischen Mächten politische Bündnisse zu schließen. Präsident Washington sagt in seiner merkwürdigen Abschiedsrede: „Die Hauptregel unseres Benehmens gegen die fremden Mächte besteht darin, unsere Handelsverbindungen auszudehnen und in politischer Beziehung ihnen so fern als möglich zu bleiben. Die bis jetzt eingegangenen Verbindlichkeiten müssen wir mit gewissenhafter Treue erfüllen; hiermit möge es sein Bewenden haben.“ Präsident Jefferson[1])

1) Nach anderer Überlieferung bereits Washington.

warnte 1801 in seiner Antrittsrede das Land vor verwickelnden Allianzen. Diesen Ausdruck, seitdem sprüchwörtlich geworden, gebrauchte Jefferson ohne Zweifel in Bezug auf das Bündnis mit Frankreich im Jahre 1778. Zu jener Zeit war das Bündnis eine unberechenbare Wohlthat für die Vereinigten Staaten, aber nach Verlauf von nicht ganz 20 Jahren zog es uns in die Kriege der Französischen Revolution und ward der Grund zu großen Anforderungen an den Kongreß, unter denen wir noch heutigen Tags leiden. Besonders ist zu bemerken, daß gerade ein Artikel es war, auf dessen Grund Frankreich unsere Hülfe in Anspruch nahm, nämlich seine westindischen Besitzungen gegen England zu verteidigen, welcher diese Übel veranlaßte. Nur der außerordentliche Einfluß Washingtons rettete die Union aus den Gefahren dieser Krisis und bewahrte uns unsere Neutralität. Der Präsident hat aber noch gewichtigere Gründe, auf den vorgeschlagenen Vertrag nicht einzugehen: er will sein Gefühl nicht verbergen, daß der Vertrag, wenn auch gleich in Worten, dem Wesen nach sehr verschieden sein würde. Gehen Frankreich und England den Vertrag ein, so verzichten sie dadurch auf den Besitz einer Insel, fern vom Sitze ihrer Regierung, welche einer andern europäischen Macht angehört, deren natürliches Recht, die Insel zu besitzen, immer so gut sein muß wie ihr eigenes, eines weitentlegenen Landes in der andern Hemisphäre, welches im gewöhnlichen oder friedlichen Lauf der Dinge wohl schwerlich jemals einer der beiden Mächte zufallen wird. Wird das Gleichgewicht der europäischen Mächte gestärkt, kann Spanien sich nicht mehr im Besitz der Insel behaupten, geraten Frankreich und England in tötlichen Kampf mit einander, so mag Kuba wohl der Preis des Siegers sein. Bis solche Begebenheiten eintreten, kann der Präsident die Möglichkeit nicht einsehen, daß Kuba einer andern Macht als Spanien zufallen könne. Andererseits verzichten die Vereinigten Staaten, wenn sie dem Vertrage beitreten, auf eine Erwerbung, welche stattfinden kann, ohne die bestehenden Beziehungen mit dem Auslande zu stören, die in der natürlichen Ordnung der Dinge begründet ist. Die Insel Kuba liegt an unsern Thoren; sie beherrscht den Eingang zum Golf von Mexico, der die Ufer von fünf unserer Staaten bespült; in ihrer Macht steht es, den Eingang zu dem großen Flusse zu sperren, welcher das halbe nordamerikanische Festland durchströmt und mit seinen Zuflüssen das ausgebreitetste System inländischer Wasser-

verbindung bildet auf Erden; sie steht Wache am Eingange unseres Verkehrs mit Kalifornien auf der Isthmusstraße. Besäße die spanische Krone eine Insel wie Kuba, welche den Eingang zur Themse oder Seine beherrschte, und schlüge Amerika Frankreich und England einen ähnlichen Vertrag vor, so würden diese Staaten sicherlich fühlen, daß sie dabei viel mehr zu verlieren hätten als wir."

„Ob die Erwerbung Kubas für die Vereinigten Staaten wünschenswert sei, darüber sind die Meinungen der amerikanischen Staatsmänner zu verschiedenen Zeiten und unter veränderten Verhältnissen verschieden gewesen. Ihrer Lage wegen wäre die Insel für unsern Handel von unschätzbarem Werte; unter gewissen Umständen könnte sie uns sogar wesentlich notwendig für unsere Sicherheit erscheinen. Dessenungeachtet glaubt der Präsident innerer Verhältnisse wegen, daß eine Einverleibung der Insel in die Union, würde sie auch mit Zustimmung Spaniens geschehen, zur jetzigen Zeit eine sehr zweifelhafte Maßregel wäre; eine gewaltsame Erwerbung aber, ausgenommen in einem rechtmäßigen Kriege mit Spanien — könnte ein so allgemein gemißbilligtes Ereignis stattfinden — würde er für eine Schmach der Civilisation unserer Tage halten. Der Präsident hat Beweise genug gegeben, mit welcher Treue er diesen Ansichten nachkommt, er hat die ganze Kraft seiner konstitutionellen Macht wider die gesetzlosen Angriffe gegen die Insel aufgeboten. Ohne seine Pflicht scheinbar im geringsten zu verletzen, wäre es ihm ein Leichtes gewesen, die Unternehmungen durch seine Nachsicht zu einer gewissen Stärke heranwachsen zu lassen. Weder das böse Gerede in der Heimat, noch die Verlegenheiten, veranlaßt durch die Unbesonnenheit der Kolonialregierung zu Kuba, vermochten ihn von dem Pfade der Pflicht abzulenken. Der Oberbefehlshaber der Insel, gewiß ein Beamter redlichen, friedlichen Charakters, aber wahrscheinlich mehr dafür gemacht, Soldaten zu befehligen, als bürgerliche Geschäfte zu leiten, verbot einer ganz unbedeutenden Streitigkeit wegen mit dem Zahlmeister eines Privatdampfschiffes, welcher, wie es scheint, an den ihm zur Last gelegten Ereignissen gar nicht schuld war, den Passagieren und der Post der Union, die sich auf einem Schiffe befanden, jede Verbindung mit dem Lande. Sicherlich ist dies eine höchst sonderbare Weise, den vermeintlichen Mißbrauch der Presse, begangen durch den Unterthan einer fremden Macht, im eigenen

Lande zu bestrafen. Der Oberbefehlshaber ist trotz einer Entfernung über dreitausend Meilen von seiner Regierung nicht ermächtigt, einen diplomatischen Verkehr mit den Vereinigten Staaten zu unterhalten. Er ist in keiner Beziehung der Leitung des spanischen Ministers in Washington untergeordnet, und dem Präsidenten blieb nur die Wahl, entweder mit Gewalt die Handelsverbindung wiederherzustellen, was leicht zu einem Kriege führen könnte, oder die Unterhandlungen mit Madrid abzuwarten, welche Wochen und Monate erfordern. In dieser Zwischenzeit sind wir allen möglichen Vorfällen ausgesetzt, die höchst beklagenswerte Folgen haben könnten, und dies Alles einer Kleinigkeit wegen, welche leicht durch einen Notenwechsel zwischen Washington und Havana hätte beseitigt werden können. Der Präsident hat indessen das Ungemach geduldig ertragen und ließ Cuba fortwährend mit aller Gewissenhaftigkeit alle die Vortheile der Gesetze des öffentlichen Rechts angedeihen, denen man sich in diesem Falle entzogen hatte. Die Ereignisse jedoch, welche ich hier berühre, und manche andere, welche immer fortdauern, müssen notwendig eine Änderung unserer Beziehungen zu Kuba herbeiführen. Der Präsident glaubt, Englands und Frankreichs Einfluß sei gut angewendet, wenn sie Spanien dazu vermögen, die Verwaltung Kubas anders einzurichten, sodaß die Inselregierung selbst die Mittel hätte, solchen Übeln abzuhelfen, welche sehr viel dazu beitragen, das Streben nach ungesetzlichen Unternehmungen zu vermehren. Eine Übereinkunft, wie die vorgeschlagene, kann jedenfalls nur vorübergehender Natur sein; sie muß in dem unwiderstehlichen Wellenschlag eines jungen Landes notwendig zugrunde gehen, was nach der Ansicht des Präsidenten so offenkundig daliegt, daß man gar keine ausführlichen Beweise anzuführen braucht. Solch ein Projekt, wenn überhaupt, ist blos in einem Lande wie Europa auszuführen, dessen internationale Beziehungen auf der Basis eines hohen Altertums beruhen, die sich nach und nach den Verhältnissen gemäß gestalteten. Amerika, vor kurzem noch eine Wüste, wächst mit ungeheurer Schnelligkeit heran: es verändert die Territorialbeziehungen, welche bei seiner Entdeckung sehr zufälliger Art waren, nach ganz natürlichen, einfachen Prinzipien. Derlei Vorkehrungen sind eine Anomalie in dieser Hemisphäre. Dies wird schon durch Vergleichung der Geschichte Amerikas und Europas in einem einzigen Jahrhundert vollkommen bestätigt. Die politische Stellung Frankreichs, Eng-

lands und Spaniens im Jahre 1752 ist von der jetzigen im wesentlichen nicht verschieden. Sie waren alte, herangereifte, befestigte Staaten und hatten ihre herkömmlichen Beziehungen sowohl untereinander als mit der übrigen Welt — die leitenden Mächte des westlichen und südlichen Europa. Gänzlich verschieden ist der Stand der Dinge in Amerika. Die Vereinigten Staaten waren als ein Volk nicht vorhanden, sondern bestanden aus einer Reihe englischer Kolonien, die sich längs der Küste hinzogen und nicht über eine Million Einwohner zählten. Frankreich erstreckte sich von der Bucht des St. Lorenz bis zum Golf von Mexiko, von den Alleghanies zum Mississippi; weiter gegen Westen war das Festland eine Wildnis, von wandernden Wilden bewohnt, der Gegenstand streitiger Ansprüche zwischen Frankreich und Spanien."

„In Europa war verhältnismäßig Alles festgesetzt, in Amerika Alles provisorisch und für den Augenblick, ausgenommen das Gesetz des Fortschritts, welches mit der Jugend der Staaten so innig verwachsen ist wie mit der Jugend der Individuen. Ein Streit zwischen den Provinzialobrigkeiten Frankreichs und Englands über den Besitz eines unbedeutenden Pfahlwerks am Zusammenflusse des Monongahela und Alleghany entzündete den siebenjährigen Krieg!"

„Die großen europäischen Mächte, dadurch nicht wesentlich berührt in ihren heimatlichen Beziehungen, haben auf unserm Kontinente erstaunliche Veränderungen erfahren. Frankreich ist ganz aus Amerika verschwunden, dessen innerste einsamste Gegenden von seinen eifrigen Missionaren wie von seinen beherzten und tapfern Abenteurern besucht worden sind. England fügte die Kanadas zu seinen überseeischen Besitzungen, und Spanien erhielt die Herrschaft über Louisiana. Zwölf Jahre nach dem Pariser Frieden ist eine andere Veränderung vorgefallen, die mit noch größern Veränderungen schwanger geht für die Zukunft."

„Die amerikanische Revolution war ausgebrochen. Sie verwickelte Frankreich, England und Spanien in einen furchtbaren Kampf, und mit ihrem Ende haben die Vereinigten Staaten ihre Stellung in der Familie der Nationen eingenommen. In Europa sind die alten Staaten, der Hauptsache nach, zu ihrem früheren Gleichgewichte zurückgekehrt; aber ein neues Element, von unberechenbarer Wichtigkeit in Beziehung auf territoriale Anordnungen, ist in Amerika anerkannt. Gerade zwanzig Jahre nach dem Schluß

des amerikanischen Revolutionskrieges hat Frankreich durch einen Vertrag mit Spanien, dessen Einzelheiten niemals bekannt wurden, Louisiana in Besitz genommen; dies geschah aber nur, um es den Vereinigten Staaten abzutreten. In demselben Jahre haben Lewis und Clarke ihre Expedition angetreten, um die Flagge der Vereinigten Staaten an den Ufern des Stillen Oceans aufzupflanzen. Im Jahre 1819 verkaufte Spanien Florida an die Vereinigten Staaten[1]), deren Territorialbesitz auf diese Weise in einem halben Jahrhundert um das Dreifache vermehrt wurde. Der letzte Erwerb lag so sehr in der Natur der Dinge, daß Graf Aranda, der Premierminister Spaniens, ihn schon im Jahre 1783 vorausgesehen hat. Nun waren aber diese außerordentlichen Begebenheiten nur Vorläufer neuer territorialer Revolutionen in noch größerem Maßstabe."

„Ein Dynastienkampf zwischen dem Kaiser Napoleon und Spanien, der im Jahre 1808 begann, erschütterte die ganze Halbinsel. Die weitgestreckten Besitzungen der spanischen Krone auf diesem Kontinente, die Vizekönigreiche und Oberstatthalterschaften, welche den ganzen Raum einnahmen zwischen Kalifornien und Kap Hoorn — ein Land nach dem andern hat seine Unabhängigkeit erklärt. Keine freundschaftliche Macht in Europa war zu jener Zeit im Stande, oder wenn im Stande, geneigt, Spanien beizustehen, die zusammenstürzenden Pfeiler seines Kolonialreichs zu stützen. Im Gegenteile! Als Frankreich im Jahre 1823 hunderttausend Mann nach Spanien warf, um die einheimischen staatlichen Verhältnisse unter seine Obhut zu nehmen, hielt es England für notwendig, dieser Bewegung durch die Anerkennung der Unabhängigkeit der spanischen Provinzen in Amerika entgegenzutreten. In der denkwürdigen Sprache des ausgezeichneten Ministers C a n n i n g jener Tage hieß es: „Um das Gleichgewicht der Macht in Europa wiederherzustellen, haben wir eine neue Welt im Westen ins Dasein gerufen" — Worte, welche vielleicht um etwas das Maß der Veränderung in der Alten Welt überschätzten und die Lage der Vereinigten Staaten in Amerika, ihren Einfluß auf die Geschichte der Schwesterrepubliken auf diesem Kontinente nicht gehörig beachteten. So hat Spanien in den sechszig Jahren seit

1) Der Kaufpreis ist aber bis zum heutigen Tage (1899) nicht bezahlt worden.

dem Schluß des siebenjährigen Krieges alle seine festländischen Besitzungen in dieser Hemisphäre verloren. Die Vereinigten Staaten haben in derselben Zeit, durch die Künste des Friedens und den gesunden Fortschritt in allen Dingen, ihre Herrschaft nach außen schnell erweitert und ihre Macht nach innen befestigt.“

„Die große Entwickelung der Begebenheiten schreitet immer weiter voran. Einige der neuen Republiken, mag es nun an der Mischung der Rassen oder am Mangel der Erziehung in freisinnigen Institutionen liegen, zeigten sich unfähig der Selbstregierung. Die Provinz Texas erklärte sich unabhängig von Mexiko, mit demselben Rechte, mit welchem sich Mexiko unabhängig erklärte von Spanien. In der denkwürdigen Schlacht von San-Jacinto, im Jahre 1836, hat das Land die große Feuerprobe beginnender Staaten bestanden: ihre Unabhängigkeit ward von unserer Regierung, von Frankreich, England und anderen europäischen Mächten anerkannt. Mit einer Bevölkerung, zum großen Teile aus den Vereinigten Staaten, suchte die Republik natürlich in die Union aufgenommen zu werden. Um einen Zusammenstoß mit Mexiko zu vermeiden, ward das Begehr wiederholt zurückgewiesen. Endlich fand die Einverleibung doch statt . . . In betreff des öffentlichen Rechts ist niemals die Ausdehnung eines Landes auf natürlicherem und gerechterem Wege vorgenommen worden. Unsere Stellung zu Mexiko ist aber dadurch gestört worden. Krieg erfolgte, und das Ergebnis war der Erwerb anderer ausgedehnter Länder für eine große Geldentschädigung von seiten der Vereinigten Staaten.“

„Ohne jetzt in die verschiedenen Ansichten in betreff eines Krieges einzugehen — dies ist bei großen Maßregeln in freien Staaten immer der Fall —, so kann Niemand, der die Begebenheiten mit dem umsichtigen Auge eines Staatsmannes überschaut, in dem haupsächlichen Ergebnis den gesetzlichen Verlauf unseres staatlichen Daseins verkennen. Die Folgen liegen da vor der Welt. Ausgedehnte Provinzen, welche drei Jahrhunderte lang unter dem bleiernen Joche des Stillstandes schmachteten, sind unter den Einfluß einer thätigen Zivilisation gekommen. Freiheit der Rede und der Presse, das Schwurgericht, religiöse Gleichheit und Volksvertretung sind durch die Verfassung der Vereinigten Staaten in weite Gegenden getragen worden, wo sie vorher ganz unbekannt waren. Durch die Niederlassung in Kalifornien ist der große Gang der Intelligenz um die Welt vollendet. Die Entdeckung des Goldes

in jenem Lande, welche zu einer ähnlichen Entdeckung in Australien führte, hat alle Kräfte der Industrie auf dem ganzen Erdboden von neuem belebt. Jeder Zuwachs des Länderbesitzes der amerikanischen Union hat dem europäischen Mangel Gärten und der europäischen Armut eine Heimat gegeben. Aus jedem Teile des vereinigten Königreichs (Großbritannien), von Frankreich, der Schweiz und Deutschland, ja von dem äußersten Norden Europas strömt eine Flut der Einwanderung herein, wie sie die Welt vorher niemals gesehen hat."

„Die Vereinigten Staaten sind in dieser Weise zu ihrer jetzigen Ausdehnung emporgewachsen. Nur etwas weniger als eine halbe Million der Bevölkerung der Alten Welt kommen mit jedem Jahre herbei [1]), um alsbald irgend einem industriellen und glücklichen Gemeinwesen einverleibt zu werden, in dessen Mitte sie politische und religiöse Freiheit, eine bürgerliche Stellung, Beschäftigung und Brot findet. Wäre es nicht das Ergebnis einer amtlichen Untersuchung, so möchte man es kaum glauben, daß die aus Irland allein nach den Vereinigten Staaten Ausgewanderten, neben ihrem eigentlichen Unterhalt, während der letzten drei Jahre jährlich nahe an fünf Millionen Dollars ihren Verwandten in die Heimat geschickt haben — in drei Jahren das Doppelte des Ankaufspreises für Louisiana" [2]).

„Das ist die territoriale Entwickelung der Vereinigten Staaten im letzten Jahrhundert! Ist es wohl möglich, daß Europa dies mit unfreundlichem oder mit eifersüchtigem Auge ansehen kann? In welche Lage würde Europa in diesen schlimmen Jahren kommen, wenn wir keinen Abzugskanal für seine hungernden Millionen bereitet hätten? Spanien hat unterdessen von allen seinen ausgedehnten Herrschaften auf unserer Hemisphäre blos die Inseln Kuba und Portorico behalten. Ehrfurchtsvolle Sympathie mit dem Geschick eines alten tapfern Volkes, mit welchem die Vereinigten Staaten immer die freundlichsten Beziehungen unterhielten, würden, wenn auch gar keine Gründe vorhanden wären, es uns zur Pflicht machen, Spanien im ungestörten Besitz dieses kleinen Restes seines transatlantischen Reiches zu lassen."

1) 379000 im Jahre 1851. Die halbe Million wurde erst 1881 erreicht.

2) Der doch 12 Mill. Dollars gewesen.

„Der Präsident wünscht dies in der That. Von seiner Seite wird niemals weder ein Wort noch eine Handlung das Recht des spanischen Besitzes in Frage stellen oder erschüttern. Aber kann man erwarten, daß Spanien ihn wirklich noch lange behauptet, kann es dem mächtigen Strome der Weltgeschichte widerstehen, und ist es selbst zu wünschen, daß dies geschehe? Kann es im Interesse Spaniens liegen, sich an eine Besitzung anzuklammern, welche nur durch eine Garnison von fünfunzwanzig bis dreißigtausend Mann erhalten wird und durch eine Seemacht, mit einer jährlichen Ausgabe von wenigstens zwölf Millionen Dollars für beide Waffengattungen? Kuba kostet in diesem Augenblick Spanien mehr, als alle Marine- und Militäranstalten der Centralregierung unsern Vereinigten Staaten kosten.“

„Weit entfernt, daß Spanien in der That durch den Verlust der Insel einen Schaden erleiden würde, so kann im Gegenteil kein Zweifel obwalten, daß, wird die Insel in friedlicher Weise den Vereinigten Staaten übergeben, ein blühender Handel zwischen Kuba und Spanien entstehen könnte — eine Folge der alten Verbindung, der gemeinsamen Sprache und Sitten, was viel einträglicher wäre als alle Kolonialabgaben. Bekannt ist, daß die Errichtung der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von solchen Folgen gewesen ist für Großbritannien. Das Sinken Spaniens von der Stellung, welche das Land zu den Zeiten Karls V. einnahm, geschah zu gleicher Zeit mit der Begründung seines Kolonialsystems, während innerhalb der letzten fünfundzwanzig Jahre, seit dem Verlust der meisten ihrer Kolonien, die (spanische) Nation den Pfad schneller Verbesserung betreten hat — ganz unbekannte Dinge seit der Abdankung jenes Kaisers.“

„Ich will nur noch ein Übel erster Größe berühren. Ich meine den Sklavenhandel, an dessen Unterdrückung Frankreich und England so lebhaftes Interesse nehmen — ein Übel, welches immer noch ein großer Vorwurf ist für die christliche Civilisation und die Barbarei in Afrika verewigt. Solange Kuba eine spanische Besitzung bleibt, fürchte ich, wird es für dieses Übel kein gründliches Heilmittel geben. Mag man über diese Andeutungen denken wie man will, so wird es doch Jedem unmöglich sein, welcher die hier übersichtlich mitgeteilten Begebenheiten überdenkt, das Gesetz des amerikanischen Wachstums und Fortschritts zu verkennen; es wird

ihm unmöglich sein zu glauben, daß eine Übereinkunft, wie die vorgeschlagene, die Natur der Dinge in der That aufhalten könnte.“

„Nach der Ansicht des Präsidenten wäre es ebenso leicht, vom Kap Florida nach Kuba einen Damm zu ziehen, in der Hoffnung, die Bewegung des Golfstroms zu stauen, als den Versuch zu unternehmen, durch einen solchen Vertrag das Geschick Kubas für die Mit- und Nachwelt bestimmen zu wollen (pour le présent comme pour l'avenir), das heißt für alle kommenden Zeiten. Die Geschichte der jüngsten Vergangenheit gibt keine Versicherung darüber, ob wohl Frankreich und England nach einem Verlauf von zwanzig Jahren selbst noch wünschen können, daß Spanien im Besitz Kubas verbleibe. Nach Ablauf eines Jahrhunderts werden die Verhandlungen über diesen Vorschlag, gleichwie der Familienvertrag zwischen Frankreich und Spanien, nur für den Altertümler einiges Interesse darbieten. Der Präsident bezweifelt nicht, daß Frankreich und England jetzt schon irgend einen Wechsel in der Lage Kubas dem vorziehen, was am meisten zu befürchten ist, nämlich einem Zusammenstoß im Innern, welcher alle Schrecknisse San-Domingos erneuern würde. Nun noch einen Einwurf gegen die vorgeschlagene Übereinkunft!“

„Herr von Turgot und Lord Malmesbury geben als Grund eines solchen Vertrags die Angriffe an, welchen Kuba vor kurzem von gesetzlosen Abenteurern der Vereinigten Staaten ausgesetzt war, mit der bestimmt ausgesprochenen Absicht, die Insel in Besitz zu nehmen. Der Präsident ist überzeugt, das Eingehen eines solchen Vertrages würde, anstatt diese gesetzlosen Bewegungen zu hemmen, ihnen nur einen neuen und kräftigeren Vorschub leisten. Es wäre ein Todesschlag für die konservative Politik, welche wir bis jetzt gegen Kuba beobachtet haben. Keine Verwaltung dieses Staates, möge sie sich auch in anderer Beziehung noch so sehr des öffentlichen Vertrauens erfreuen, könnte sich einen Tag lang unter dem Haß einer Übereinkunft mit den großen europäischen Mächten aufrecht erhalten, die zum Inhalt hätte, zu keiner künftigen Zeit, unter keinem Wechsel der Umstände, durch kein freundschaftliches Abfinden mit Spanien, durch kein Ereignis eines gesetzlichen Krieges, durch keine Zustimmung der Inselbewohner selbst, im Fall diese, wie die Besitzungen Spaniens auf dem amerikanischen Kontinent, im Stande wären, ihre Unabhängigkeit zu behaupten, endlich durch

keine gebietende Notwendigkeit der Selbsterhaltung, nun und nimmermehr in den Besitz zu kommen."

„Aus diesen Gründen, welche ich in Betracht der Wichtigkeit des Gegenstandes auf Befehl des Präsidenten in einiger Ausführlichkeit dargestellt habe, ist er gezwungen, die Einladung Frankreichs und Englands, Teilnehmer der vorgeschlagenen Konvention zu werden, ehrfurchtsvoll abzulehnen. Er ist überzeugt, daß die befreundeten Mächte diese Weigerung nicht einem Mangel an richtigem Gefühl für die großen Vorteile zuschreiben, welche eine Übereinkunft über einen so wichtigen Gegenstand unter den großen Seestaaten darbieten würde. Ebenso wenig wird Spanien aus dieser Weigerung einen ungünstigen Schluß ziehen, umsoweniger, als die in dieser Note entschieden ausgesprochene Zurückweisung aller Anschläge gegen Kuba von Seiten dieser Regierung alle die Sicherheit gewährt, welche der Präsident nur immer nach der Verfassung zu geben vermag, um thatsächlich mit Frankreich und England darin übereinzustimmen, daß diese spanische Besitzung nicht zu gefährden sei."

Das englische Ministerium konnte natürlich solche Zurechtweisungen und Vorwürfe nicht übersehen. Lord John Russells Antwort ist in gereiztem, ärgerlichem Tone gehalten.

„Die Regierungen Englands und Frankreichs", sagt der Lord (16. Febr. 1853), „wissen, welche Machtentwickelung, welche Ausdehnung an Länderbesitz in den Vereinigten Staaten stattgefunden hat seit den Tagen ihrer Unabhängigkeit. Es war nicht notwendig, sie hieran zu erinnern, noch viel weniger an die Ereignisse im siebenjährigen oder im amerikanischen Kriege. Wollte man aber hiermit andeuten, daß die Vereinigten Staaten an dem Besitze Kubas ein Interesse haben, welches England und Frankreich nicht in Anspruch nehmen können, so muß die Regierung Ihrer Majestät dem entschieden widersprechen. Frankreich wird wohl von seiner Seite dasselbe thun. Die Besitzungen Englands in Westindien, geben, abgesehen von der Wichtigkeit, welche die Verteilung der Macht für Mexico und andere befreundete Staaten hat, Ihrer Majestät bei dieser Frage ein Interesse, das sie niemals aufgeben kann, noch aufgeben wird." Um seinem Unmute Luft zu machen, ergreift der Lord die Gelegenheit, der Centralregierung ihre Schwäche vorzurücken und dem nordamerikanischen Staatsmann zu gleicher Zeit eine Lection des europäischen Völker-

rechts zu geben. „Die Erklärung des Präsidenten, daß ein solcher Bürgschaftsvertrag über Kuba die Piratenbanden der Vereinigten Staaten zu noch größerm, noch häufigerm Bruch aller Gesetze der Ehrenhaftigkeit und guten Nachbarschaft herausfordern würde: dies ist wahrlich ein sehr trauriges Bekenntnis für das Oberhaupt eines Staates. Ihrer Majestät Regierung befindet sich nicht in der Lage, die Wahrheit dieses Bekenntnisses anzufechten; sie will sich nur der Hoffnung hingeben, daß solche Zustände nicht fortdauern mögen. Während die Bürger der Vereinigten Staaten sich mit Recht ihrer Institutionen rühmen, mögen sie zu gleicher Zeit immer eingedenk bleiben des Wertes jener ewigen Gesetze von Recht und Unrecht, von Frieden und Freundschaft und von Pflicht gegen unsere Nachbarn, welche jede christliche Nation leiten sollten. Solch ein erleuchtetes Volk wird wohl auch die Nützlichkeit jener Normen in den gegenseitigen nationalen Beziehungen nicht verkennen, welche seit Jahrhunderten unter dem Namen des Völkerrechts bekannt sind." Mit Recht wurde im Senate zu Washington dagegen bemerkt, daß England in der Behandlung der ehemaligen indischen Reiche, in der Behandlung Birmas und Chinas sich der Normen des Völkerrechts nicht erinnert habe. Gebe es etwas Schmachvolleres als der mit Zustimmung der Regierung und des Parlaments von Großbritannien betriebene Opiumschmuggel, zur Vergiftung der Millionen von Chinesen? Mit der Überreichung der Antwortsnoten an den Minister des Auswärtigen zu Washington (18. April 1853) endete der diplomatische Verkehr von England und Frankreich in Betreff der kubanischen Angelegenheiten. Der Verkehr ward aber fortgeführt durch die nordamerikanische Gesandtschaft in Madrid, worüber wir durch die am 3. März 1855 dem Kongresse zu Washington vorgelegten Papiere vollständig und in amtlicher Weise unterrichtet sind. Diese Papiere, welche alle Noten des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu Washington, Staatssekretärs W. L. Marcy, dann des außerordentlichen Gesandten und amerikanischen Bevollmächtigten zu Madrid, Soulé, enthalten, sowie den Bericht über die Ergebnisse des ersten amerikanischen Diplomatenkongresses in Europa, gehören zu den wichtigsten Aktenstücken der neueren Weltgeschichte. Wir sagen Weltgeschichte; denn diese an zweihundert enggedruckte Seiten umfassenden Berichte beziehen sich nicht blos auf Amerika und Kuba: sie handeln von vielem Andern, von Spanien und den hervorragenden Reichen Europas;

sie besprechen alle Fragen der höheren Politik und des Völkerrechts, die Stellung der verschiedenen Staaten und Regierungsprinzipe gegeneinander.

„Nicht blos der Abtretung Kubas an irgend eine andere europäische Regierung sind wir entgegen“, schreibt Marcy, „sondern auch dem Schutzverhältnisse, welches England und Frankreich während der letzten Jahre in Anspruch nahmen und noch in Anspruch nehmen. Der Beschützer ist der Herr, namentlich wenn der Schützling schwach ist. Was Protektorat bedeutet, das haben wir erst vor kurzem in Mittelamerika gesehen. Das Schutzverhältnis Englands und Frankreichs zeigt sich nicht blos in ihrem vereinigten Geschwader, welches immerdar in den Gewässern Kubas kreuzt, sondern auch in den Verhandlungen, die sie mit uns über diese Besitzung Spaniens begonnen, gleichwie in den uns übersandten Noten. Mein Vorgänger im Amte (Everett) hat den Antrag eines dreiteiligen Bürgschaftsvertrags mit gutem Grunde abgelehnt. Die beiden Mächte haben dies übelgenommen und Antworten eingereicht, welche Dinge enthalten, wogegen wir später in einer eigenen Schrift Verwahrung einlegen werden. Die Union steht bereit, alle ihre Handlungen an das Tageslicht zu ziehen und sie der genauesten Untersuchung zu unterwerfen. Sie hat keine alten Dynastien ihres Erbes beraubt; sie hat keine bestehenden Regierungen umgestoßen und ihr Land an sich gerissen; sie hat keine Volksrechte zu Boden getreten; sie hat alle ihre Erwerbungen mit klingender Münze bezahlt[1]) und in ehrlicher Weise erhalten. Wir erinnern an Louisiana und Florida, wir erinnern an Texas, welches freiwillig unserm gesegneten Staatenbunde beigetreten ist, und an die von Mexiko abgetretenen Länder. Wir haben teuer bezahlt, was wir hätten als Eroberungen in Anspruch nehmen können.“

„Wenn die Willkürherrschaft, sei es über eine Kolonie oder über irgend eine andere Besitzung, derart unerträglich wird, daß sich die Einwohner gegen ihre Tyrannen erheben, so haben die Unterdrücker sicherlich kein besseres Recht fremde Hülfe anzurufen, als die Opfer jener schlechten Regierungen haben, um von fremder Seite Beistand zu erhalten! Als wir vernahmen, daß Spanien die alliierten Mächte um Unterstützung anging, damit es seine emancipierten Kolonien in Amerika wiedererlangen könne, hat die

1) Dagegen vgl. oben S. 44, 1.

Regierung der Vereinigten Staaten alsbald in den entschiedensten Ausdrücken gegen solch ein Verfahren Einspruch erhoben. Wären diese Einsprüche ohne Erfolg geblieben, dann würden wir sicherlich zu andern Mitteln gegriffen haben, um solch eine Einmischung zurückzuweisen. Großbritannien, welches gewiß Gründe genug hat, die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen mit unserm Staate zu wünschen, sollte diese nicht dadurch der Gefahr aussetzen, daß es sich Kubas wegen an Maßregeln beteiligt oder gar zu Maßregeln räth, welche der Wohlfahrt und der Ruhe der Union widerstreben. Als solche müssen wir auch die unaufhörliche Einfuhr neuer Sklaven oder freier Afrikaner auf Kuba betrachten, sowie jeden Versuch, das bestehende Rassen- und Arbeitsverhältnis grundsätzlich zu ändern. Kuba darf kein afrikanischer Staat, kein zweites Haiti werden: dies ist eine Lebensfrage für unsere südlichen Staaten, für den ganzen Bestand der Union." So lautete der wesentliche Inhalt der Instruktionen für den neuen Gesandten.

Pierre Soulé, ein geborener Franzose, gehörte zu derjenigen Partei in Frankreich, welche nach der Vertreibung der ältern Bourbons eine Republik errichten wollte. Der junge, feurige und talentvolle Mann beteiligte sich bei mehreren Verschwörungen gegen die Dynastie Orléans, mußte flüchtig werden und kam, im Beginne der dreißiger Jahre, nach Amerika. Er trat nun zu Neuorleans als Advokat auf und erfreute sich bald in ganz Louisiana bei den französischen Kreolen eines solchen Einflusses, daß er für diesen Staat zum Mitglied des Senats der Union gewählt wurde. Als Abgeordneter der Baltimore-Convention von 1852 stimmte Soulé im Senate für Franklin Pierce; auch gehörte er zu dem Ausschuß, welcher diesem seine Ernennung zum Präsidenten anzeigen sollte. Zwischen Pierce und Soulé besteht seitdem ein inniges Freundschaftsbündnis, welchem der ehemalige französische Flüchtling seine Ernennung als bevollmächtigter Minister zu Madrid verdankt. Soulé hat bei allen Gelegenheiten das Interesse der Sklavenstaaten mit großer Entschiedenheit verfochten. Er ist der Aufnahme Kaliforniens in die Union, weil dessen Konstitution die Sklaverei verbietet, entgegengetreten; er gehörte selbst zu den zwölf südlichen Senatoren, die einen Protest gegen diese Aufnahme einlegten, als sie bereits zum Gesetze erhoben war. Überdies hatte sich Soulé bei verschiedenen öffentlichen Angelegenheiten im Interesse des

Südens für die Erwerbung Kubas ausgesprochen, möge sie nun durch Kauf oder in gewaltsamer Weise geschehen. Selbst dem Flibustierwesen hat er wiederholt das Wort geredet. Und dieser Mann ging nun als Gesandter nach Spanien!

Man meinte anfangs in Europa wie in Amerika, die spanische Regierung würde diesen mißliebigen Mann nicht annehmen, und in der That war hiervon, wie man aus einer Depesche Soulés an Marcy ersieht (Madrid, 23. Dez. 1853), im Kabinet zu Madrid die Rede. Turgot, der französische Gesandte am spanischen Hofe, der Unterzeichner des projektierten Bürgschaftsvertrags — ein sehr thätiger, wenn auch untergeordneter Teilnehmer am Staatsstreiche vom 2. Dez. in Frankreich — bot Alles auf, um die Zurückweisung Soulés zustande zu bringen, und wurde auch hierbei von der Gräfin von Montijo, der Schwiegermutter Napoleons III., dann dem österreichischen und dem mexikanischen Gesandten eifrig unterstützt. Drouin de l'Huys, zu der Zeit Minister des Auswärtigen in Paris, nahm zwar Soulé, der ihn auf der Durchreise besuchte, gar freundlich auf. Als bei dieser Zusammenkunft der französische Amerikaner im Verlaufe des Gesprächs auf den Vorteil eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und der Union hinwies, welcher die freie Einfuhr des amerikanischen Getreides, des Ochsen- und Schweinefleisches u. s. w. gewähren sollte, während die Amerikaner französische Erzeugnisse und Stoffe eintauschen würden, antwortete Drouin sogar mit scheinbarer Freude und Offenherzigkeit: „Das ist ganz meine Politik, diesen Prinzipien habe ich immer das Wort geredet.“ „Und doch“, so fährt Soulé in seiner Depesche fort, „habe ich jetzt einen Brief in der Tasche, welcher mich über die geringsten Einzelheiten der Intriguen unterrichtet, die gesponnen wurden, um meine Zurückberufung zu bewirken .... Frankreich ist uns nicht weniger entgegen wie England, mag es hier und da auch anders sprechen und einen freundlichen Ton annehmen — Heuchelei ist Alles, Heuchelei und Lüge. Solange Frankreich seinen Nacken unter das Joch des Mannes beugt, welcher es jetzt mit seiner Zuchtrute geißelt, wird sich dieser Staat bei jedem Kreuzzug, welcher gegen uns entstehen könnte, beteiligen. Ich möchte nicht das geringste Vertrauen in die Versicherungen der gegenwärtigen Machthaber in Paris setzen, und wären sie auch auf die feierlichste Weise gegeben. Sie würden sie

in der schamlosesten Weise Lügen strafen, sobald es ihr Vorteil erheischt, ja sobald es ihrer Laune zusagt."

Die Regierung von Washington beklagte sich bei dem spanischen Kabinet über Unbilden, unter welchen die Kauffahrer der Union auf Kuba zu leiden hätten, und verlangte Schadenersatz. Dies war namentlich in Betreff der Konfiskation des Dampfers Warrior der Fall. Die Beziehungen zwischen der Union und Spanien zeigten sich bereits sehr gespannt; es herrschte von beiden Seiten große Erbitterung. Man ermangelte jedoch zu Madrid des Mutes und der Macht, einen Bruch hervorzurufen. Soulé, der Verteidiger, der geheime Teilnehmer an den Flibustierunternehmungen gegen Kuba, mußte als Gesandter der Union angenommen werden. Er galt jedoch als mißliebige Person, und man ließ ihn dies bei jeder Gelegenheit fühlen. Gleich die Antrittsrede, die Soulé vor der Königin halten wollte, wurde vom Ministerrate, dem sie herkömmlicher Weise zuerst vorgelegt werden mußte, zurückgewiesen.

Soulé erkannte alsbald den unhaltbaren Zustand des unglücklichen Landes. Alles dränge, erklärte er, zu einer Krisis; die Königin und ihre Kamarilla wollen die Verfassung aufheben und absolut regieren; das Ministerium gedenke vorderhand noch den Scheinkonstitutionalismus aufrecht zu erhalten. Das Reich werde nur durch die herkömmliche Gewohnheit zusammengehalten. Verwirrung, Unordnung und Anarchie herrschen in allen Zweigen der Verwaltung. Man mißachte einen Artikel der Verfassung nach dem andern, und Niemand wage es, gegen solchen Rechtsbruch die Stimme zu erheben. Der Haß gegen die Amerikaner sei ganz gewaltig. Man betrachte sie als eine neue Sorte von Barbaren, welche der Nation ihr geerbtes Besitztum rauben wollen. England und Frankreich haben ihr Möglichstes dazu beigetragen, um dieses Gefühl zu befestigen und zu steigern. Fürchtete man sie nicht, so würden die Beamten gern alle nur ersinnliche Schmach über die Amerikaner ausgießen. „Nicht blos deshalb habe ich hier eine gar schwierige Stellung, sondern weil der Autokrat von Frankreich, dem meine Anwesenheit in Europa gerade jetzt höchst unangenehm ist, alle Hebel ansetzt, um mich aus der Stellung zu bringen, wo ich seinen Plänen hindernd entgegentreten könnte."

Buchanan, der amerikanische Gesandte zu London, und Mason, der amerikanische Gesandte zu Paris, hatten den Auftrag erhalten,

die Bestrebungen Soulé's, irgend ein Verständnigung über die kubanischen Angelegenheiten zu bewirken, bei den accreditierten Höfen zu unterstützen. Bald zeigte sich jedoch das Vergebliche aller dieser Bemühungen. Auch die spanische Julirevolution (1854), welche so Vieles umgestaltete, brachte diese Angelegenheit um keinen Schritt weiter. Die neuen Machthaber, mit Espartero an deren Spitze, sprachen und handelten in der Weise ihrer Vorgänger. Unter diesen Umständen hielt es der Staatssekretär zu Washington, Marcy, für geeignet (Depesche vom 18. Aug. 1854), den drei Gesandten eine Zusammenkunft anzuraten, um ihre gegenseitigen Erfahrungen auszutauschen und einen Beschluß zu fassen, welcher dem Präsidenten Pierce als Grundlage zur fernern Handlungsweise in Betreff Spaniens und Kubas dienen könnte. Marcy hatte Paris vorgeschlagen und seinen Unterstaatssekretär, Dudley Mann, zu diesem Ende nach Europa gesandt. Die Gesandten gingen jedoch hiervon ab und wählten Ostende zu ihrem Kongreßort, wo sie Anfang Okt. 1854 tagten. Als sie sich auch hier behindert fühlten, siedelten sie nach Aachen über und verhandelten daselbst vom 12. bis zum 18. Oktober. Vom letztern Tage ist ihre vereinigte Depesche an Marcy datiert, welche nicht blos in der spanisch-kubanischen Angelegenheit, sondern gewißermaßen selbst in der europäisch-amerikanischen Geschichte einen Abschnitt bildet. Buchanan, Mason und Soulé haben sich schon damit einen Namen erworben, weil sie die ersten amerikanischen Diplomaten waren, welche in Europa bei einer hierzu eigens angeordneten Zusammenkunft die Weltangelegenheiten besprachen und hierüber in ausführlicher Weise an ihre Regierung berichteten. Sickles, Sekretär bei der Londoner Gesandtschaft, überbrachte dieses in seiner Art erste und einzige Aktenstück nach Washington.

„Der vollkommene und rücksichtslose Austausch unserer Erfahrungen und Ansichten", so schreiben die Gesandten aus Aachen, „hat das angenehme Ergebnis einer herzlichen Übereinstimmung über den schweren und wichtigen Gegenstand, welcher unserer Beratung anheimgegeben wurde, zur Folge gehabt. Wir sind zu dem Schlusse gekommen und sind hiervon ganz durchdrungen, daß es notwendig, sogleich einen ernstlichen Versuch zu machen, um Spanien zu vermögen, uns Kuba für irgend einen Preis zu überlassen. Wir können hierfür 120 Millionen Dollars geben, aber

nicht mehr[1]). Der Vorschlag soll in solcher Weise geschehen, daß er den nächst zusammentretenden konstituierenden Kortes vorgelegt werden kann und uns zur Ehre gereicht. Kuba ist so notwendig für die amerikanische Republik wie irgend ein anderes ihrer Glieder; die Insel gehört durch ihre natürliche Lage zu der großen Staatenfamilie, von der die Union providentielle Trägerin ist. Sie beherrscht die Mündungen des Mississippi und den jährlich ins Unermeßliche steigenden Handel, welcher hier seinen Ausfluß sucht in den Ozean. Auf den zahlreichen schiffbaren Flüssen, deren sämtliches Fahrwasser dreißigtausend Meilen übersteigt, die sich mittels des herrlichen Flusses in den Golf von Mexiko ergießen, beträgt die Zunahme der Bevölkerung während der letzten zehn Jahre mehr als die Bevölkerung der ganzen Union war, zur Zeit, als Louisiana erworben wurde. Der natürliche und vorzüglichste Ausgang der Erzeugnisse dieser Bevölkerung, die Straße ihrer unmittelbaren Verbindung mit den atlantischen Staaten und dem Stillen Ozean ist niemals gesichert, ist immer in Gefahr, solange Kuba einer andern Macht gehört, in deren Besitztum die Insel eine Quelle beständiger Hindernisse ist, eine Gegnerin unserer Interessen. Wahrlich die Union kann sich niemals der Ruhe erfreuen, noch hinlänglich gesichert sein, solange Kuba nicht innerhalb ihrer Grenzen eingeschlossen wird. Ihre alsbaldige Erwerbung durch unsere Regierung ist von überragender Wichtigkeit; wir zweifeln auch nicht daran, daß dies der innige Wunsch aller Bewohner der Union. Die Nähe der Insel an unsern Küsten hat im Verlaufe der Zeit zwischen ihren Einwohnern und den Bürgern der Vereinigten Staaten eine solche innige Verbindung hervorgerufen, die Interessen und Geschicke sind derart verbunden, daß sich beide wie Ein Volk betrachten. Das System der Einwanderung freier Arbeiter, welches vor kurzem dort eingeführt wurde, die Tyrannei und der Druck, welche die Machthaber dort ausüben, können jeden Augenblick einen Aufstand hervorrufen, welcher für das amerikanische Volk die nachteiligsten Folgen haben möchte. Die Einwohner Kubas leiden jetzt unter der schlechtesten aller Regierungen, unter

---

1) Zuerst (1845) wurden 50 Mill., während der Verwaltung des Präsidenten Polk (1848) wurden hundert Millionen Dollars geboten. Um 1860 war man zu Washington geneigt, selbst zweihundert Millionen Dollars zu zahlen.

einer Zwingherrschaft, welche von einer fremden Macht unverantwortlichen Beamten übertragen ist, die nach großem Zwischenraum abgerufen werden und demnach der Versuchung ausgesetzt sind, diese kurze Zeit dazu zu verwenden, durch die verwerflichsten Mittel die größten Reichtümer anzuhäufen. Solange dieses System dauert, wird die Menschlichkeit vergebens die Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels auf der Insel verlangen. Dies ist unmöglich, solange dieser schändliche Handel ein unwiderstehliches Reizmittel darbietet, eine Quelle unermeßlichen Gewinnstes für die schlecht bezahlten und geizigen Beamten, welche, um ihr Ziel zu erreichen, die heiligsten Grundsätze mit Füßen treten. Die spanische Regierung der Heimat mag noch so gute Gesinnungen hegen: die Erfahrung hat gelehrt, daß sie nicht im Stande ist, diese entfernten Inhaber ihrer Macht zu kontrollieren."

„Spanien selbst wird die größten Vorteile von dem Verkaufe Kubas ziehen. Mit dem Gelde, welches wir anbieten, ist man im Stande, die großen natürlichen Hülfsquellen des Landes zu eröffnen. Wenn zwei Dritteile der Summen auf die Herstellung eines Eisenbahnnetzes verwendet werden, so werden dem spanischen Volke größere Quellen des Reichtums fließen, als Cortez und Pizarro eröffnet haben. Frankreich hat seine Eisenbahnen bereits zu den spanischen Grenzen ausgedehnt und erwartet mit Sehnsucht den Tag, wo Spanien selbst in Stand gesetzt ist, diese Straßen über seine nördlichen Provinzen nach Madrid, Sevilla, Cadiz, Malaga zu den portugiesischen Grenzen auszudehnen. Ist diese Aufgabe vollendet, so wird das Land ein Mittelpunkt der Anziehungskraft für die reisende Welt werden; es wird einen dauernden und gewinnreichen Absatz für seine verschiedenen Erzeugnisse erhalten. Spanien wird alsbald wieder, wozu es die gütige Vorsehung bestimmt hat, sich zu den ersten Nationen des kontinentalen Europa zählen; es wird reich, mächtig und zufrieden werden. Auch in den glücklichsten Zeiten hat Kuba nach Abzug der Kosten für die Regierung und Verwaltung dem Mutterlande niemals mehr als $1^1/_2$ Million Dollar getragen. Die Ausgaben haben aber in der letzten Zeit derart zugenommen, daß Kuba jährlich dem spanischen Schatze 600000 Dollars kostet. Die Insel ist demnach für das Mutterland eine Last und keine Quelle des Gewinnstes. Aber unter keinen erdenkbaren Umständen kann Kuba Spanien ein Prozent der großen Summe

tragen, welche wir anbieten. Überdies schwebt man in großer Gefahr, Kuba ohne irgend ein Entgelt zu verlieren. Außerordentlicher Druck berechtigt jedes Volk, wie jetzt allgemein anerkannt wird, zu dem Bestreben, sich vom Joche der Unterdrücker zu befreien. Die Drangsale, welche die verdorbene willkürliche und gewissenlose örtliche Verwaltung über die Einwohner Kubas verhängt, muß notwendig einen Geist des Widerstandes und der Revolution gegen Spanien, wie sich dies so oft während der letzten Jahre zeigte, rege erhalten. Man kann erwarten, daß die Bürger der Vereinigten Staaten unter solchen Umständen das regste Mitgefühl für ihre unterdrückten Nachbarn empfinden. Wir wissen wohl, daß der Präsident Alles aufbietet zur Erhaltung der Neutralitätsgesetze. Sollten aber die Kubaner selbst sich gegen ihre Unterdrücker erheben, so würde keine menschliche Macht im Stande sein zu verhindern, daß die Bürger der Vereinigten Staaten und freisinnige Männer der andern Länder zu ihrer Hülfe herbeieilten. Man muß überdies bedenken, daß wir in einem Zeitalter der Abenteuer leben. Unruhige und kühne Männer gibt es in Fülle allenthalben auf Erden. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß Kuba durch eine Revolution von Spanien getrennt wird, und in diesem Falle wird das Mutterland die Insel und die Summen verlieren, welche wir jetzt anbieten. Größere sind niemals von einem Volke einem andern für die Überlassung einer Provinz geboten worden."

„Würde nun aber Spanien, würde sein eigensinniger Stolz und ein falsches Gefühl von Ehre es abhalten, Kuba an die Vereinigten Staaten zu verkaufen, dann entstände die Frage, welchen Weg die amerikanische Regierung unter solchen Umständen einschlagen sollte. Selbsterhaltung ist das erste Gesetz der Natur, bei Staaten wie bei Individuen. Alle Nationen haben zu verschiedenen Zeiten nach diesem Grundsatz gehandelt. Obgleich er für die größten Ungerechtigkeiten zum Vorwande diente, wie bei der Teilung Polens und in andern ähnlichen Fällen geschehen, so ist doch der Grundsatz, wenn auch häufig mißbraucht, immer und allenthalben anerkannt worden. Haben wir nun Spanien einen Preis für Kuba geboten, der den Wert weit übersteigt, und wird dieses Angebot zurückgewiesen, dann ist es Zeit die Frage zu untersuchen: G e f ä h r d e t K u b a in dem Besitze von Spanien in ernster Weise unsern innern Frieden und die E x i s t e n z u n s e r e r

geliebten Union? Würde diese Frage bejahend entschieden, dann sind wir durch jedes menschliche und göttliche Gesetz gerechtfertigt, die Insel den Spaniern zu entreißen, wenn wir die Macht dazu besitzen. Es wäre dies derselbe Grundsatz, welcher ein Individuum berechtigt, das brennende Haus seines Nachbarn einzureißen, wenn es kein anderes Mittel gibt, die Flammen von seiner eigenen Wohnung fernzuhalten. Unter diesen Umständen dürfen wir weder die Unkosten bedenken, noch die Massen beachten, welche Spanien gegen uns aufbringen könnte. Wir wollen jetzt nicht untersuchen, ob der augenblickliche Zustand der Insel eine solche Handlungsweise rechtfertigt. Wir würden aber unsere Pflicht verkennen, wir würden unwürdig sein unserer tapfern Vorfahren und niedrigen Verrat gegen unsere Nachkommen begehen, sollten wir die Afrikanisierung Kubas zugeben, sollten wir zugeben, daß es ein zweites San-Domingo werde mit all dem Gefolge von Gräueln für die weiße Rasse. Dann würden die Flammen über die nachbarlichen, über unsere Ufer sich verbreiten, das ganze herrliche Gebäude unserer Union ernstlich bedrohen, vielleicht gar verzehren. Wir fürchten in der That, daß der Strom der Begebenheiten gar schnell solch eine Katastrophe herbeiführt; wir müssen uns für das Schlechteste, für das Gefährlichste bereit halten. Die spanischen Beamten in Kuba haben über unsere Mitbürger eine lange Reihe von Ungerechtigkeiten und Missethaten verhängt, und eine Sühne ist uns, ungeachtet unserer häufigen Reklamationen, niemals geworden. Die Vereinigten Staaten haben bis jetzt Alles ertragen; man wollte zu keinen extremen Maßregeln schreiten. Solch ein Verfahren kann nicht lange mehr dauern; es widerstreitet der Würde einer unabhängigen Nation. Der Verkauf Kubas würde allen Parteien zum Vorteil gereichen. Haben wir dies doch schon bei dem Erwerb anderer Länder gesehen; wir wollen blos an Florida erinnern."

Präsident Pierce war anderer Ansicht. Es sei nicht notwendig, so antwortete Marcy (13. Nov. 1854), zu Gewaltmaßregeln zu greifen. Die neue spanische Regierung zeige sich willig, den Klagen der Vereinigten Staaten abzuhelfen und für alle frühere Unbill Schadenersatz zu leisten. Soulé glaubte aber unter solchen Umständen und Voraussetzungen nichts Ersprießliches leisten zu können. Er bat um seine Zurückberufung, welche auch alsbald gewährt wurde. Die Unterhandlungen in betreff eines Einverständnisses

über die kubanischen Angelegenheiten wurden darum nicht abgebrochen, nahmen aber unter der Leitung des stellvertretenden Legationssekretärs Perry, der überhaupt Soulé der Einsendung parteiischer und übertreibender Berichte an das Kabinet von Washington beschuldigte, einen ungleich friedlichern Charakter an. An die Stelle Soulés ward endlich ein neuer Gesandter, General Dodge, nach Spanien geschickt, der Mitte Juni 1855 am Hofe der Königin Isabella eintraf und vollends die Verwicklungen erledigen sollte, welche die jüngsten Vorgänge auf Kuba in bezug auf Staatsangehörige der Union nach sich gezogen hatten.

Die sklavenhaltenden Kreolen auf Kuba waren der Sklavenemanzipation und der Einführung freier Arbeiter, mögen es Afrikaner, Indianer[1]), Chinesen oder Deutsche sein, ebenso entgegen wie ihre Nachbarn in den südlichen Staaten der Union. Nun wurden der Regierung solche Emanzipationsbestrebungen zugeschrieben, ein Verdacht, welcher durch mehrere Verordnungen einen Anhaltepunkt fand. Dies war ein Hauptgrund der Unzufriedenheit und der wiederholten Verschwörungen. Die Aufstandsversuche wurden gewöhnlich von den ausgewanderten Kreolen, welche in New-York eine Kubaner-Junta gebildet haben, geleitet, von amerikanischen Schiffen und Flibustiern unterstützt. Dies ist auch bei der in den ersten Tagen des Februar 1855 auf Kuba entdeckten Verschwörung der Fall gewesen. Die Junta hatte auf verschiedenen Punkten der Insel mittels Emissare Verbindungen angeknüpft.

---

1) Santana, der Diktator Mexikos, hatte mit dem bairischen Konsul zu Havana, Titus Visino, einen Vertrag abgeschlossen, wonach dieser für eine bestimmte Summe eine Anzahl Indianer erhalte, die als sogenannte freie Arbeiter auf Kuba eingeführt, dort aber verkauft werden sollten. Santana ließ zu dem Endzwecke in der Provinz Yucatan, wie ehemals Mehemed-Ali von Ägypten in den oberen Nilgegenden zu thun pflegte, förmliche Sklavenjagden halten, um die Indianer einzufangen und sie dann den Agenten des deutschen Konsuls zu übersenden. Am 7. Jan. 1855 brachte der mexikanische Schooner Jacinta die ersten vierzig Stück solcher Yucatanindianer nach Havana. Der englische Konsul nahm sich der Unglücklichen an, und General Concha hat die Einfuhr solcher Indianer, wenn ihre freiwillige Übersiedelung irgend einem Zweifel unterliege, verboten. Ausführliche ins Einzelne eingehende Berichte über diese schmachvolle Angelegenheit bringt der „Weekly New York Herald“ (vom 24. Jan. 1855), dem man jedoch entgegenhalten mag, daß zur selben Zeit die Yankees in Kalifornien Indianersklavenjagden abhielten. Der Herald beutete die Angelegenheit gegen die Deutschen aus!

Der Statthalter, General Concha und sein erster Adjutant, General Manzano, sollten ermordet werden, und zu gleicher Zeit sollte zu Trinidad, Villa-Clara, Remedios und an andern Orten der Aufruhr losbrechen. Der amerikanische Flibustier, General Quitman, würde dann mit einer Truppe zwischen 3—4000 Mann landen und zum Kommandanten Kubas ernannt werden. Angesehene Männer, wie Pinto, Caalzo und Pinelo, waren die Leiter der insurrectionellen Junta zu Havana, von welcher die anderen über die Insel verbreiteten ihre Befehle erhielten. Gonzales, ein geheimer Agent der Kubaner-Junta von New-York, verriet indessen den wohlangelegten Plan, sodaß General Concha alsbald die energischsten Maßregeln ergreifen konnte. Die Insel ward am 12. Febr. 1855 in Belagerungszustand erklärt, und eine Art Miliz „aller patriotischen Spanier von achtzehn bis dreißig Jahren", dann von Mulatten und freien Negern, zur Unterstützung der an 30000 Mann zählenden Besatzung, unter die Waffen gerufen. Englische und französische Schiffe und Dampfer mit ihren Mannschaften standen allenthalben zur Hülfe bereit und brachten Truppen von einem Orte zum andern. Kriegsgericht trat an die Stelle der bürgerlichen Gerichtshöfe. Pinto und mehrere seiner Genossen, worunter auch ein naturalisierter Amerikaner, Estampes, wurden als Majestätsverbrecher hingerichtet [1]). Andere, und zwar in großer Anzahl, hat man zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt oder des Landes verwiesen. Mehrere Kreolen verließen freiwillig das Land ihrer Väter, um in Nordamerika ein freies Dasein zu genießen. Unter solchen Umständen mußte Quitmans Expedition unterbleiben, und alle die hierauf verwendeten Summen (es ward zu diesem Endzwecke in der Union, vorzüglich in den südlichen Staaten, ein Anlehen negoziiert) waren, vorderhand wenigstens, verloren. Die amerikanische Presse nahm entschieden Partei für die Kubaner-Junta und ihren Anhang. Jetzt, hieß es, müsse die Centralregierung ein entscheidendes Wort sprechen. Gebraucht Spanien, wie gewöhnlich, Ausflüchte, so solle ihm alsbald der Krieg erklärt werden. Die Umstände, meinte man, sind günstig. England und Frankreich sind durch den Krimkrieg in Europa und Asien beschäftigt; sie werden, sie müssen die Amerikaner in ihrem Erdteile gewähren lassen. Kommt es anders, so verbinden wir uns mit

1) Vgl. oben S. 35.

ihren Feinden, mit den Russen. Die gewaltige Strömung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten für Rußland wurzelt in diesen amerikanisch-kubanischen Wirrnissen, freilich nur zum Teil.

Präsident Pierce war jedoch nicht geneigt, diesen gewaltsamen, kriegerischen Gelüsten zu folgen. Die Instruktionen des neuen Gesandten zu Madrid und der verschiedenen Agenten der Union auf Kuba waren friedlicher, versöhnender Natur. Man darf freilich hierauf kein großes Gewicht legen. In Nordamerika regiert das Volk; die gewählten Behörden sind blos die Vollzieher seines Willens. Ein andauernder Gegensatz zwischen Regierung und Volk war bis jetzt wenigstens unmöglich. Das amerikanische Volk hat aber niemals einen ernstlich gefaßten Vorsatz fahren lassen; seine Ausdauer und Beharrlichkeit bei allen Unternehmungen ist ein vorzüglicher Hebel seiner Größe. Durch neue Ereignisse, durch augenblickliche Umstände kann ein Bestreben auf eine Zeit lang in den Hintergrund treten — aber nur auf eine Zeit lang. Auch handelte es sich nicht blos um Spanien und Kuba. Es war der Gegensatz zwischen Europa und Amerika, zwischen der alten und der neuen Welt, zwischen der volkstümlichen Gleichheit und den bevorrechteten Klassen. Andeutungen hierüber, selbst bestimmte Äußerungen und Thatsachen könnten in großer Anzahl aufgezählt werden: wir begnügen uns mit einigen. „Kurz vor der Ausführung des französischen Staatsstreichs vom 2. Dez.“, so erzählt Soulé in einer Depesche (Madrid, 10. Nov. 1853) an Marcy, „sollte Napoleon Bonaparte, der Sohn Jérômes, des ehemaligen Königs von Westfalen, mit einer eigentümlichen Mission betraut werden. Die französische Regierung scheint nämlich seit einiger Zeit den Plan gefaßt zu haben, die Vereinigten Staaten in der Absicht untersuchen zu lassen, um zu erfahren, inwiefern sie, in politischer wie in militärischer Beziehung, verwundbar seien. Im Ministerium des Auswärtigen wurden demnach Instruktionen vorbereitet, bestimmt, einem geheimen Agenten übergeben zu werden, welcher unter irgend einem Vorwande Amerika bereisen sollte. Dieser sollte mit überaus reichen Mitteln ausgestattet werden, welche er dazu verwenden möchte, um die Ursachen der Unzufriedenheit, die in den einzelnen Staaten gegen die Centralregierung obwaltet, zu erforschen; dann um die ganze Union auszukundschaften, ihre Hülfsquellen und Verteidigungsmittel kennen und würdigen

zu lernen. Der Ton dieser Verhaltungsbefehle lautete gar drohend; der Kampf, dem sie als Vorläufer dienen sollten, ward als ein Prinzipienkampf dargestellt. Es könne keine feste Ordnung der Dinge, keine Regierung bestehen, solange der vergiftende Einfluß der amerikanischen Institutionen und der Wohlhabenheit, welche das amerikanische Volk unter ihnen genießt, diesseit des Atlantischen Ozeans gefühlt werden. Diese von den Behörden in aller Form unterzeichneten Instruktionen wurden Napoleon Bonaparte übergeben, mit dem Anerbieten, er könne alle die Summen begehren, welche er nur immer zur Ausführung derselben zu bedürfen glaube. Der Prinz nahm die Instruktionen mit sich und brachte sie alsbald einem Manne, in dessen Urteil und Diskretion er das unbedingteste Vertrauen setzte. Der Prinz bat diesen Mann (dessen Name im Abdruck der Depesche nur durch drei Sternchen bezeichnet ist) um seinen Rat. Die Instruktionen wurden mit Aufmerksamkeit gelesen. Der Prinz Napoleon war anfangs geneigt Lärm zu schlagen; er betrachtete solch einen Auftrag für einen Schimpf, da er sich als Demokrat aufspielte. Sein Freund gab ihm in betreff des Charakters der Instruktionen vollkommen Recht, riet aber stille zu sein, um keinen Bruch zwischen den Vettern herbeizuführen. Er möge blos die Instruktionen mit einer entschieden abschlägigen Antwort zurückgeben. Und so geschah es auch. Napoleon Bonaparte ging zu seinem Vetter, dem Präsidenten und erklärte: er sei der Mann nicht für solch ein Geschäft; er sei ein Demokrat und würde es eher mit den Vereinigten Staaten als mit ihm halten. Man ließ hierauf den Gegenstand fallen, und er wurde nicht wieder aufgenommen."

Flibustier und republikanische Propaganda.

Alle die diplomatischen Verhandlungen über Kuba wiederzugeben oder gar alle Volks-Stimmungen zu schildern, wie sie sich in der Presse offenbarten, das wäre une mer à boir. Wir übergehen daher die Beschlagnahme des Yankee-Dampfers Black Warrior[1]) und andere Zwischenfälle. Genug damit, daß die Einla-

1) Vgl. oben S. 54. Näheres in der „Gegenwart" X. 205, von deren Darstellung Zabel, Kuba (Berlin 1898) 61 f. irrtümlich abweicht.

dung der Mächte zur Garantie des spanischen Besitzes abgelehnt wurde. „Wir achten die Rechte Spaniens", hieß es bei den damaligen Senatsverhandlungen, allein wir wissen, daß die Frucht, wenn reif, uns von selbst in den Schoß fallen wird. Einmischung von außen mag das Ereignis beschleunigen, aber die vereinigte Macht Europas wird unfähig sein, es zu verhindern! Niemand kann daran zweifeln, daß die Amerikanisierung Kubas im Laufe der Zeit unvermeidlich ist. — — Wenn die Stunde schlägt, da wir in loyaler Weise und mit gebührender Rücksicht auf die Nationalehre Kuba unter die Vereinigten Staaten aufnehmen können, so wird es geschehen, und Europa wird wohl daran thun, sich still zu verhalten."

Das Selbstbewußtsein der Yankees hat wohl in dieser Erklärung seinen Höhepunkt erreicht. Ueberhaupt sind die Jahre 1852—1856 durch eine Reihe von Kundgebungen ausgezeichnet, die den weltgeschichtlichen Charakter der Vereinigten Staaten, ihren utopistischen Ursprung und ihre zukünftige Mission Allen klar vor Augen zu führen bestimmt waren. Schon bei dem Aufstand der Griechen gegen das Türkenjoch hatten in löblichster Weise die Yankees Gelegenheit genommen, den Hellenen, die in der That Arges erduldeten, offiziell ihre Sympathie auszusprechen. Jetzt, 1852, nahmen sie Kossuth mit Begeisterung auf. Als kurz darnach ein als Yankee naturalisierter Österreicher, Koszta, in Smyrna von österreichischen Beamten verhaftet wurde und es darüber zu scharfen Noten kam, schrieben die Washingtoner, es sei lächerlich, wenn ein Zwergstaat wie Österreich sich gegen den jungen Riesen des Westens stemmen wolle. Als die Dänen den Sundzoll auch von Yankee-Schiffen verlangten, schlug man das rundweg ab und drohte, falls der Zollanspruch aufrechterhalten würde, die amerikanischen Kauffahrer durch Kriegsschiffe begleiten zu lassen. Und Seward, der phantasievollste und glänzendste Staatsmann, den Nordamerika je gehabt, beantragte einen Protest gegen das Vorgehen Rußlands in Ungarn „als einen frevelhaften und tyrannischen Bruch des Völkerrechtes", mit der weiteren Erklärung, daß die Vereinigten Staaten in Zukunft nicht mehr gleichgültig sein werden gegen derartige Handlungen volklicher Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Usurpation, wann und wo sie auch immer begangen werden mögen. Seward prophezeite ferner in einer begeisterten Rede, daß binnen Kurzem das Stille Meer

zum „Welttheater", zum Hauptschauplatz der Geschichte werden, die Union aber zur maßgebenden Nation der Erde anwachsen würde[1]). Die Idee gewann damals festen Boden in weiten Kreisen, daß die Vereinigten Staaten dazu berufen seien, nicht nur der Freihafen der Bedrückten aller Länder zu sein, sondern auch mit Gewalt den Tyrannenstaaten der alten Welt die Freiheit aufzunötigen. Ganz wie einst die erste französische Republik. Und zum Ausdruck dieser Anschauungen ward im selben Jahre 1852 eine weltumspannende Gesellschaft von Deutsch-Amerikanern gegründet, meist politischen Flüchtlingen, die es sich zur Aufgabe stellten, zunächst Australien zu nehmen, dann Ostasien zu kolonisieren und zuletzt in Europa dem republikanischen Gedanken zum Siege zu verhelfen. Die so reformierte Welt aber sei mit deutschem Geiste zu durchdringen[2]).

„Dieses fortwährende Kreuzen und Kämpfen der verschiedensten Richtungen, Einzelner sowohl als ganzer Volksstämme, muß notwendig auf die endliche Bildung eines Universalvolkes hinauszielen, dem jene kränkliche, durch Abschließung hervorgebrachte Einseitigkeit europäischer Völker fremd bleibt." In diesen Worten ist formuliert, was viele Amerikaner und Deutsche als die „amerikanische Weltmission" betrachten. Dann wird, teilweise richtig, hinzugefügt: der Einfluß der in Massen einwandernden verschiedenen Volksstämme müsse zersetzend auf das starre puritanische Yankeetum wirken, nehme aber von diesem wieder die republikanische Selbständigkeit in sich auf; und so werde sich nach und nach aus den heterogensten Teilen ein harmonisches Ganze bilden. Der Deutsche trete als vermittelndes Glied zwischen die schreienden Gegensätze. „Wir müssen Mexiko erobern, und dann Kuba, und dann Europa annexieren, und einige Jahre später die Welt. Sei es mit was immer für Waffen! Wir haben keine Zeit für griechische Tänze oder Untersuchungen über die Schönheitslinie." In einem der vielen Aufrufe, welche erlassen wurden, um Teilnahme für die „Weltmisssion" zu erregen, heißt es unter Anderem: „Verbreitet die Idee der Annexation an Amerika durch die Länder der niedergebeugten Nationen Europas; richtet ihr Herz auf

1) The North-American Review, 1898, Juli.

2) Vgl. Americana Germanica, eine Vierteljahrsschrift, deren Aufsätze sämtlich von Universitätsprofessoren geschrieben sind, Philadelphia 1897, Juli.

durch klaren Nachweis, daß in der Mission Amerikas die Garantie ihrer Freiheit liege, und das unbestimmte Sehnen nach Westen, der verzweifelte Protest des Auswanderers aus den Gefilden seiner Geburt wird sich in ein mutiges Streben verwandeln, die Hindernisse hinwegzuräumen, welche der Erfüllung der Weltbestimmung, des Staatenbundes unter Amerikas Führung entgegenstehen. Gegenüber den großen Fragen, welche die höchsten geistigen und materiellen Interessen betreffen und deren Befriedigung nur in der Weltrepublik gegeben ist, erscheinen die Reste der alten Weltkultur und ihrer privilegierten Klassen als leicht zu beseitigende Überbleibsel, die vor dem gewaltigen Drange eines jugendlichen, in der Bahn seiner Entwickelung unaufhaltsam fortstürmenden Volkes, wie das amerikanische ist, weichen werden, wie die Spreu vor dem Hauche des Windes. Bereitet die Nationen vor für jene Eröffnung des großen Weltdrama, in dem das Volk der Vereinigten Staaten die Heldenrolle haben wird. Amerika ist das Land der Verheißung, das Land der Zukunft; in seiner Zukunft liegt die Zukunft der Welt!" Diese Äußerungen sind einem deutsch-amerikanischen Blatte vom Jahre 1852 entlehnt. In einer anderen Erklärung heißt es: „Mit der Idee: Anknüpfung der ganzen Welt an Amerika, ist der Schwerpunkt und der praktische Rückhalt gefunden, welcher die phantastisch-schweifenden ratlosen Politiker auf das praktische Gebiet reeller Beziehungen zurückführt. Das amerikanische Prinzip wird seinen Donnergang über das Erdenrund antreten, nicht dem Joche eines Fremden die Nationen unterwerfend, sondern sie annexierend dem Prinzipe der Freiheit." Bezeichnend für diese Bestrebungen erscheint noch folgender Satz: „Rußland ist das Rückgrat des europäischen Despotismus, an welches sich alle verwandten Elemente anlehnen. Amerika ist bestimmt, ein zweites Rußland, aber ein Freiheitsrußland zu werden." Zu Ende 1853 bildete sich in New-York der „Verein des universellen demokratischen Republikanismus", in welchem der italienische Flüchtling Foresti eine Rolle spielt und der Abolitionistenhäuptling Hale und andere Repräsentanten sozialdemokratischer Vereine den vorragenden Einfluß ausübten. Der Zweck des Vereins ging dahin, den Republikanismus möglichst schnell über die Welt zu verbreiten und eine Universaldemokratie zu schaffen. „Die Aufgabe soll sein, Alle, gleichviel ob Amerikaner oder Fremde, welche den Triumph der Universaldemokratie wünschen, zu vereinigen und zu befreunden, durch jedes in ihrer Macht

stehende und von den Gesetzen der Vereinigten Staaten nicht verbotene Mittel jedes Volk zu unterstützen, welches sich erhebt, um dieses Prinzip zu erreichen."

Es ist erklärlich, daß bei solcher Stimmung der Gemüter Gottfried Kinkel auf seiner revolutionären Rundreise durch die Vereinigten Staaten großen Anklang fand, ohne übrigens irgend erhebliche Geldsummen zur Verfügung seiner Zwecke erhalten zu können, und daß Kossuth sich einer enthusiastischen Aufnahme gewärtigen konnte. Bald darauf hat der Streit um die Türkei die Flüchtlinge und Universaldemokraten zu gesteigerter Thätigkeit veranlaßt. Die Polen feierten in New-York am 29. November 1853 den Jahrestag ihrer Revolution unter dem Vorsitze amerikanischer Universaldemokraten; die Ungarn hielten Versammlungen, in welchen sie ihre Sympathie „für die stammverwandte türkische Nation" erklärten, mit dem Versprechen, derselben mit den Waffen zu dienen. Johannes Ronge erließ als „Vorsitzender des Deutschen Volksvereins in London" unterm 29. Nov. 1853 einen langen schwülstigen Aufruf an die Deutschen in den Vereinigten Staaten über den „Vorabend des Völkerkampfes", in welchem der adlerkühne Geist des türkischen Feldherrn Omer-Paschah gepriesen wird. „Wie ein Eiskoloß vor den Strahlen der Frühlingssonne, so wird der Kosackenschwarm vor dem Andrange der revolutionären Heerscharen zerstieben. Der Völkerkrieg ist losgebrochen und mit dem Siege der Türken über die Russen hat die Revolution ihren Triumphzug begonnen. Wir wollen handeln und wir werden es. Wo die Revolution ist, da ist jetzt unser Vaterland; Deutsche Amerikas, steht uns bei!" Aber schon einige Wochen vorher hatte sich unter Willichs Leitung eine Militärkommission gebildet, welche der Ungeduld vieler jungen Deutschen, die durch den russisch-türkischen Krieg erregt worden sei, entgegentrat und vor einem abenteuerlichen Zug nach dem Orient warnte. Sie sollten ihre Kräfte nicht einzeln im Orient verzetteln, sondern zu gelegener Zeit in Deutschland selbst die Revolution mit den Waffen unterstützen. Zu diesem Behufe sollten sie von Willich, einem vormaligen Offizier (aus Darmstadt), sich einüben lassen. Der Gang der Dinge in der Türkei und die späteren Konstellationen in der Politik der europäischen Kabinete haben dann die Pläne der Flüchtlinge in England und Amerika durchkreuzt und ihnen ein ferneres Zuwarten aufgezwungen. Ebenso hat der irische

Flüchtling John Mitchell, der sich von Australien nach Amerika rettete, mit einem Aufrufe zur Eroberung Kanadas keinen Anklang gefunden. — —

Auch ohne ihr Gebiet über die erst kürzlich im mexikanischen Krieg erweiterten Grenzen noch mehr auszudehnen, stand die Union kräftig und achtunggebietend genug da. Wie klar man dies in Europa erkannte, zeigt folgender, 1855 verfaßter Überblick[1]):

„Die Nordamerikaner sind in ihrem eigenen Erdteile die vorwiegende politische Macht, und bei allen Gelegenheiten schärfen sie der Welt die bekannte Monroe-Doktrin ein, derzufolge sie keinem europäischen Staate erlauben wollen, neue Kolonien auf amerikanischem Boden zu gründen und seine Besitzungen auszudehnen. Sie selbst aber treten erobernd auf und erklären, daß nach und nach Amerika vom Eismeere bis zum Isthmus von Panama dem „manifest destiny", der Einverleibung, Annexation, nicht entgehen werde. Das liege nun einmal im Zuge der Dinge, und weder Russen noch Franzosen dürften etwas dagegen einwenden; am allerwenigsten aber könne England Einsprache erheben, das ja recht eigentlich „der Großmogul der Annexation" sei. Zu gleicher Zeit halten sie selbst den Blick nach ihrem Westmeere und den Ostküsten Asiens gerichtet, und in der That haben sie, nachdem Kalifornien und Oregon Teile der Union geworden, gewichtige Interessen im Stillen Ocean. Schon zu Anfang des vorigen Jahrzehnts wurde ihr Handelsverkehr mit China, Indien und dem Indischen Archipelagus sehr bedeutend; die beiderseitige Handelsbewegung ist gegenwärtig auf die Ziffer von mehr als dreißig Millionen Dollars gestiegen. Australien hat auch für die Nordamerikaner großen Belang gewonnen. Sie haben zwischen New-York und Sydney eine monatliche Postpacketfahrt errichtet, und in den Meeren zwischen Ostasien und Amerika sind von der chilenischen Küste bis zur Behringsstraße zu allen Jahreszeiten einige Hundert amerikanischer Fahrzeuge mit dem Walfischfang beschäftigt, die zu Honolulu auf Oahu, einer der Inseln der Hawaigruppe (Sandwichsinseln), ihren Hauptsammel- und Erfrischungsplatz haben. Diese prächtige Eilandflur liegt in der Fahrbahn von Kalifornien nach China, auf ihr sind tausende von Amerikanern angesiedelt und die Regierung ist völlig in ihren Händen. Zu gelegener Zeit werden diese Eilande ihnen wie eine

1) Gegenwart X. 208.

reife Frucht von selbst in den Schoß fallen: sie können dem Schicksal, „angeknüpft“ zu werden, gar nicht entgehen. Die Amerikaner erlangen demnach eine wichtige Seestation, um deren Erwerb Russen, Franzosen (diese noch im August 1849) und Engländer sich vergeblich bemühten, und Kalifornien gewinnt an ihnen ein maritimes Vor- und Außenwerk. Eben jetzt bemühen sich die Yankees sehr eifrig, auch auf den Inseln des Indischen Archipelagus festen Fuß zu gewinnen, und ihre Späher und Agenten sind den Holländern so zudringlich erschienen, daß mehrere derselben, namentlich ein Kapitän Walter Gibson, gefangen genommen und in Weltevreden bei Batavia längere Zeit in Haft gehalten wurden.“

Ein Zerwürfnis mit England entstand wegen der Fischereien an der Küste der britischen Provinzen Neuschottland, Neubraunschweig, Kap Breton, Prinz Eduard und Kanada, bei welchem übrigens die Engländer in vollem Rechte waren. Durch eine im Jahre 1818 geschlossene Übereinkunft war den Schiffern der Vereinigten Staaten das Recht zugestanden, Fische an den unbesiedelten Teilen der West- und Südküste von Neufundland und auf Labrador zu fangen und zu trocknen; den übrigen britischen Besitzungen durften dagegen amerikanische Fischerfahrzeuge sich nur bis auf eine Strecke von drei englischen Seemeilen nähern. Diese Bestimmung wurde häufig außer Acht gelassen, und die amerikanischen Fischer erlaubten sich namentlich in Neuschottland und Neubraunschweig, insbesondere in der Fundybai, so viele Übergriffe, daß endlich die englische Regierung einschritt und am 5. Juli 1852 durch ihren Gesandten in Washington erklären ließ: sie werde in den Fischereigewässern ein Kriegsgeschwader kreuzen lassen, um Überschreitungen des Vertrags zu verhindern. Diese Angelegenheit erregte namentlich in den nordöstlichen Staaten viel böses Blut. Diese rüsteten jährlich an zweitausend kleine Schiffe von dreißig bis hundertzwanzig Tonnen Gehalt auf den Fischfang aus, meist nach jenen britischen Gewässern: 1851 hielt die Flotte zusammen 196 154 Tonnen und gewann weit über anderthalb Millionen Zentner Stockfisch. Eine beträchtliche Anzahl von Schiffen wurde von den Engländern zurückgewiesen oder aufgebracht, doch wieder freigegeben. Da die britische Regierung im Rechte war und große Mäßigung bewies, so kam es nicht zu Feindseligkeiten, sondern man suchte sich zu verständigen.

Im Juni 1854 brachte Lord Elgin mit dem Kabinet zu Washington einen Vertrag zu Stande, wonach die Fischereifrage, anscheinend zur Zufriedenheit beider Parteien, wesentlich also geregelt wurde: Die Fischereien des britischen Nordamerika, mit Ausnahme von Neufundland, der Salm-, Else- und Schollfischereien, werden freigegeben. Dagegen gestatten die Amerikaner den Engländern das Recht zu Fischereien bis zum 36° nördlicher Breite, und Streitigkeiten hierüber sollen durch besondere Schiedsgerichte geschlichtet werden. Erschlossen wird für amerikanische Schiffe der Lorenzstrom und die kanadischen Kanäle; ein Gleiches soll später den Engländern auf den Flüssen und Kanälen der Union zugute kommen.

Auch ein Streit mit Peru über die Guanoinseln fand bald seine Erledigung. Nordamerikanische Schiffer holten alljährlich von den Chinchainseln vor der peruanischen Küste nahezu 50—60000 Tonnen Vogeldünger, von welchem an dem peruanischen Gestade und den vorliegenden Eilanden eine so ungeheure Masse lagerte, daß man dieselbe Mitte des Jahrhunderts noch auf zweihundert Mill. Tonnen schätzte. Die peruanische Regierung betrachtete die Guanolager als ihr Monopol, hatte über den Verkauf einen Vertrag mit einem Londoner Hause abgeschlossen und bezahlte aus dem Erlös die Zinsen ihrer Staatsschuld. Es ist richtig, daß dadurch der Preis dieses für den Ackerbau so wichtigen Artikels ungemein verteuert ward (er stellte sich in London auf etwa neun Pfund Sterling die Tonne, in Baltimore und Richmond auf fünfundvierzig bis fünfzig Dollars); aber ebenso unbestreitbar bleibt, daß die peruanische Regierung im Rechte war. Nun hatte im Jahre 1823 ein amerikanischer Kapitän, Morell, die Lobosinseln besucht, welche etwa fünfundvierzig Meilen von der peruanischen Küste entfernt liegen. Auch diese sind reich an Guano, und als dieser eine immer mehr gesuchte Ware wurde, fuhren amerikanische Schiffe dorthin und nahmen Ladungen ein, ohne sich um die Regierung in Lima und deren Monopol zu kümmern. Die Peruaner erhoben Einsprache gegen die Eingriffe in ihr Eigentumsrecht, während das Washingtoner Kabinet geltend machte: die so weit von der Küste entfernten Lobosinseln könnten mit den dicht vor derselben liegenden und allerdings zu Peru gehörenden Chinchaeilanden nicht in dieselbe Kategorie gestellt werden, seien vielmehr, als keinem Eigentümer angehörend, Gemeingut aller seefahrenden Nationen, und

dürften eventuell auch als im nordamerikanischen Besitz befindlich angesehen werden, da zuerst ein nordamerikanischer Seemann sie besucht und beschrieben habe. Diese Auffassung fand Widerspruch in Lima wie in London. Die englische Regierung erkannte die Souveränetät Perus auch über die Lobosinseln ausdrücklich an; die übrigen Seemächte äußerten sich in demselben Sinne. Das Washingtoner Kabinet ließ am Ende seinen Widerspruch fallen (15. Nov. 1852), freilich erst nach einigen Drohungen, da ein im südlichen Stillen Weltmeere kreuzendes Geschwader Befehl erhalten hatte, die amerikanischen Interessen zu schützen. Im März 1854 langten in Washington Mitteilungen des amerikanischen Geschäftsträgers an, denen zufolge die peruanische Regierung überhaupt nicht geneigt war, ihr Monopol und den mit einem Londoner Handelshause geschlossenen Vertrag aufzugeben.

Während der Vorstöße gegen die Romanen im Südosten (Kuba) war man im Südwesten nicht müßig gewesen. Zwei französische Edelleute, der Marquis Pindray und Graf Raoul Banisset-Boulbon hatten von S. Franzisko aus Züge nach den nordmexikanischen Provinzen Sonora und Hermesillo gemacht, um dort auf der Spitze ihres Schwertes ein französisches Reich zu gründen. Sie gingen beide unter, aber ihr kühnes Wagen reizte die kalifornischen Yankees zu ähnlichem Vorgehen. Walker, ein verbummeltes Genie, der 1824 in Nashville (Tenessee) geboren war, Medizin und Jura studiert und in Europa gereist hatte, ward der Jason eines neuen Argonautenzugs[1]). In San Franzisko hatte sich Walker als eine Art Volkstribun aufgethan, befehdete die reichen Monopolisten, wurde, da die medizinische und juristische Laufbahn verunglückt, Zeitungsschreiber und errang sich durch seine Angriffe auf das Kapital eine beträchtliche Volkstümlichkeit. Er führte 1853 eine Flibustierschar nach Niederkalifornien, hatte aber keinen Erfolg. Sein Unternehmen gab jedoch der Bundesregierung den Anlaß, mit Mexiko wegen weiterer Gebietsabtretungen sich ins Benehmen zu setzen. Der Bundesgesandte in Mexiko, Gadsden, bewirkte, daß ein Stück Landes, das jetzt den Südwesten von Arizona ausmacht (gewöhnlich „Gadsden purchase" genannt),

1) Die beste und ausführlichste Quelle über Walker ist das selbst in Amerika wenig bekannte Monumentalwerk des Deutsch-Pennsylvaniers Hittell, **History of California.**

für zehn Mill. Dollars der Union verkauft wurde. Walker war indessen zurückgegangen, aber nur, um sich in San Franzisko zu verstärken. Mit einem größeren Gewalthaufen wiederholte er das Spiel, die armen Nordmexikaner dem Druck einer despotischen, korrupten und unfähigen Regierung zu entreißen und mit den Segnungen amerikanischer Kultur bekannt zu machen. Diesmal lächelte ihm anfänglich das Glück. Er bemächtigte sich der wichtigsten Plätze und proklamierte eine Republik von Niederkalifornien, die er später durch die umfassendere von Sonora ersetzte. Er versäumte nicht, großartige Aufrufe an die Bevölkerung zu erlassen: ihre Religion, ihr Eigentum und alle ihre verbrieften Rechte und Sonderprivilegien sollten sorgfältig gewahrt werden. Den trägen Mexikanern war es ziemlich gleichgültig, welcher Regierung sie huldigten, sie hielten sich ruhig. Erst als die Flibustier, von Nahrungsmangel getrieben, die Viehherden der Rancheros und ihre Vorräte sich zulegten, da griffen die Mexikaner zu den Waffen und vertrieben die verwegenen Eindringlinge. Walker marschierte durch die wüsten, wasserlosen Llanos nach Yuma in Arizona, dem heißesten und gottverlassensten Ort ganz Nordamerikas (am Zusammenfluß der Gila und des Colorado) und ward von der dort befindlichen Bundeskavallerie entwaffnet. Er wurde vor Gericht gestellt, aber die Sklavenhalter, die eine Ausdehnung nach Süden zu wünschten, schützten ihn, und so ward er wohl zu einer Geldstrafe verurteilt, hat dieselbe aber nie bezahlt. Noch nicht entmutigt durch den zweifachen Fehlschlag, rüstete Walker eine dritte Expedition aus, diesmal nach Nicaragua. In Nicaragua, wo alles drüber und drunter ging, wollten sich zwei große New-Yorker Handelsfirmen zu Herren des Landes machen. Die von Vanderbilt veranlaßte die Liberalen des Staates, Walker zur Hilfe zu rufen. Er landete im Sommer 1855 in Realejo, nahm mit seinen Abenteurern die Stadt Granada, schloß dann aber einen Vergleich mit seinem Gegner General Corral, durch welchen dieser Präsident, Walker aber Obergeneral wurde. Als letzterer 1856 Verstärkungen erhielt, ließ er Corral ohne Umstände erschießen und machte sich selbst zum Präsidenten. Walker genoß dabei fortwährend der ununterbrochenen moralischen Unterstützung der damals in Washington überwiegenden Freunde der Sklaverei, die sich zugleich wiederum gegen Kuba regten. Denn die spanische Kolonialregierung hatte, offenbar um die Reihen der Unzufriedenen

zu verringern, den Farbigen beträchtliche Freiheiten und Rechte gewährt, die dem ganzen Süden der Vereinigten Staaten lebhaftes Mißvergnügen verursachten. Der Staatskongreß von Louisiana brachte sogar einen Beschluß durch, der die Annexion Kubas der Bundesregierung empfahl. Da wurde noch ein Yankee-Dampfer, der „Black Warrior", in Havana angehalten und beschlagnahmt, weil er der Zollhinterziehung sich schuldig gemacht hatte. Die Erregung stieg aufs Höchste. Man sprach allenthalben von Krieg. Man wiegelte die spanienfeindliche Partei auf der Perle der Antillen auf. Neue Freibeuterzüge erfolgten, die von reichen Kubanern ausgiebig unterstützt wurden. Während nämlich früher Unzufriedenheit über den unhumanen Despotismus der Kolonialverwaltung die rechtlosen Kubaner zum Abfall von Spanien gereizt hatte, war es jetzt gerade die Emanzipation der Sklaven, die den Zorn der großen kubanischen Pflanzer erregte. Die Emanzipation geschah allerdings größtenteils nur deshalb, um Englands Gunst für sich zu gewinnen. Mitten in diese weitgehende Gährung auf den Antillen und in der südlichen Union fiel nun Walkers Abenteuer in Nicaragua. Den Südstaaten wäre nichts erwünschter gewesen, als nahe dem Isthmus von Panama, der seit der Völkerwanderung der Goldgräber nach Kalifornien erheblich die Aufmerksamkeit von New-Yorker Kapitalisten auf sich gezogen, als im Herzen von Mittel-Amerika eine Hochburg der Sklaverei inne zu haben. Sogar der in Managua, der Hauptstadt von Nicaragua, residierende Bundesgesandte, Wheeler, lieh bereitwillig das Ansehen seines Amtes dazu her, um Walkers Pläne zu fördern und ihn zum Diktator Nicaraguas zu erheben. Die Nachricht von dem Glücke des Ex-Journalisten Walker verbreitete sich rasch vom Goldenen Thore bis an die Chesapeake-Bay und von allenthalben, von Kalifornien, von Kansas, von Louisiana strömten Goldgräber, rauhe Grenzer (border ruffians), entlassene Soldaten, bankerotte Ausländer, kubanische Flibustier, unter denen Schlesinger hervorragte, kurz Abenteurer jeder Art nach Nicaragua, um dem Diktator ihre Dienste als Obersten und Generale anzubieten. Alles ging herrlich von statten, über siebentausend Mann langten, meist über New-Orleans kommend, allmählich an, und die Yankee-Tochtergründung in Mittelamerika schien gesichert. Inzwischen verhandelte die Bundesregierung über den Ankauf von Kuba in Madrid. „Wir wollen Kuba und werden es haben; wir sind entschlossen, dafür jedes Opfer zu bringen, militärisch, falls nötig, oder pekuniär.

Wir werden 700 Millionen, ja eine Milliarde geben, wenn es sein muß, aber wir werden zum Ziele gelangen.“ So lautete der Ausdruck der öffentlichen Meinung im Süden der Union. Wir haben oben ausführlich dargelegt wie die Yankee-Botschafter von London, Paris und Madrid sich in Ostende vereinigten und eine Denkschrift über den Erwerb Kubas nach Washington sandten. Die Insel gefährde die Ruhe und Existenz der Union. Sie müsse angegliedert werden. Ihr Wert sei auf 120 Millionen Dollars zu schätzen. Die Denkschrift erregte jedoch in der Heimat der Gesandten selbst großes Mißfallen. Der Norden erblickte in dem beabsichtigten Schritte blos eine Verstärkung der demokratischen Partei und klagte bitter über deren „Wegelagererpolitik“. Des Weiteren forderte der Norden dazu auf, gegen den Friedensstörer Walker einzuschreiten. Dieser hatte nämlich, von seinem märchenhaften Glücke bethört, das ihn aus dem Pfuhl auf den Herrschersitz gehoben, aller Vorsicht vergessen und hatte übermütig die Nemesis herausgefordert. Er zerstörte Schienen und Güterschuppen der nicaraguanischen Isthmus-Bahn, die dem reichen Vanderbilt und anderen New-Yorker Millionären gehörte. Regierungen durfte der Freibeuter ungestraft stürzen, aber Kapitalisten anzutasten, das war sein Verderben. Das Vanderbilt-Syndikat besaß auch die Dampferlinie von New-Orleans nach Nicaragua. Nachdem die Überlandbahn nach Managua in ihrem Betrieb gestört, hatte die Linie keinen Daseinszweck mehr, die Auswanderung wandte sich der Konkurrenzlinie über Panama zu, und Vanderbilt und seine Freunde erlitten schwere Verluste. Voll Ingrimms wandten sie sich daher gegen den Urheber ihrer Verluste, Walker, und denunzierten ihn in Washington. Zugleich waren Walker ob seines selbstherrlichen Verfahrens in unmittelbarer Nähe Feinde erwachsen. Guatemala und Salvador rückten gegen den Usurpator zu Felde und auch Großbritannien wurde aufmerksam. Nach langwierigen Kämpfen ward endlich 1858 Walker verjagt, aber von einem britischen Kriegsschiffe gegen seine Verfolger geschützt und dem nordamerikanischen Kommodore Paulding übergeben. Dieser ehrliche Seebär betrachtete Walker und seine Genossen als Piraten und Mörder und lieferte sie als Gefangene der Bundesregierung aus. Walker wurde indessen nicht einmal vor Gericht gestellt, sondern ward wie später Dr. Jameson als Held und Märtyrer gefeiert. Als eingefleischter Flibustier konnte er das einmal liebgewonnene Handwerk nicht

lassen und wagte 1860 einen neuen Freibeuterzug. Diesmal nach Honduras. Allein das Ende kam schnell. Er ward besiegt, flüchtete auf ein britisches Schiff, ward von dessen Kapitän verräterisch ausgeliefert und in Truxillo standrechtlich erschossen.

Ostasien.

Großbritannien hat nicht, wie häufig behauptet wird, das Mittelreich für alle Völker geöffnet, sondern der chinesische Bevollmächtigte Kijing war es, welcher verlangte, die Engländer möchten sich nicht widersetzen, wenn den andern westlichen Nationen gleiche Freiheiten gestattet würden. Die Chinesen hörten nämlich zu der Zeit bereits, daß jene mit ähnlichen Forderungen herbeikommen würden. Sir Henry Parkes, wohl wissend, daß es bei dem Andrange der andern Staaten unmöglich sei, im Verkehre mit China Sonderrechte zu behaupten, gab seine Zustimmung, mit dem Vorbehalte, daß alle den andern Völkern gewährten Vorrechte auch England zugute kämen. Die Vereinigten Staaten, welche nach England sich des größten Verkehrs mit dem östlichen Asien erfreuen, stellten alsbald die Forderung eines besonderen Handelsvertrags. Der Hof zu Peking schien anfangs angenehm überrascht, daß sich der Gesandte hiermit begnüge; denn das chinesische Volk und seine Regierung glaubten, die fremden Barbaren würden sämmtlich herbeikommen und ebenfalls Millionen und Inselgruppen verlangen. Nur begriffen sie nicht, wozu ein besonderer Vertrag notwendig sei, da doch den westlichen Völkern gleiche Rechte gestattet wären. Kalifornien gehörte damals noch nicht zur Union; von dem Goldreichtum und der schnellen Entwickelung der Gestadelandschaften längst des Stillen Oceans konnte man zu der Zeit noch keine Ahnung haben. Und doch deutete bereits Präsident Tyler, in einem denkwürdigen Schreiben an den Himmelssohn (12. Juli 1843) auf die Unternehmungen Amerikas gegen Asien, deren Beginn wir jetzt bereits sehen. „China“, sagt der Präsident, „ist ein großes Reich, und die Chinesen sind sehr zahlreich. Die 26 Staaten unserer Union sind so groß wie China, wenn auch nicht so stark bevölkert. Die aufgehende Sonne blickt auf die großen Berge und großen Flüsse eures Reichs; die untergehende beleuchtet die gleich großen Berge und Ströme unseres Landes.

Unser Gebiet erstreckt sich von Ocean zu Ocean; im Westen trennt das Weltmeer unsere beiden Staaten. Verlassen wir die Mündungen unserer großen Flüsse und ziehen gen Westen, so kommen wir nach Japan und zum Gelben Meere. Zwei so mächtige benachbarte Nationen müssen freundlichen Verkehr miteinander pflegen; es ist der Wille des Himmels, daß sie sich mit Achtung begegnen und verständig handeln. Dazu bedarf es aber fester Normen, bestimmter Gesetze. Einer der Weisen und Gelehrten unsers Landes, Caleb Cushing, hat den Auftrag nach Peking zu gehen um dort das Nötige zu besprechen und festzusetzen. Ist der Vertrag von Ihrer Hand unterzeichnet, so werde auch ich, hierzu bevollmächtigt von dem großen Rathe unserer Nation, dem Senate, meinen Namen darunter setzen."

Die Verhandlungen zwischen dem jugendlich-kräftigen Freistaate und der altersschwachen Monarchie sind voll von anziehenden und lehrreichen Einzelheiten. „Die orientalisch-despotische Etikette mußte der menschlich freien Sitte weichen; das frische Leben trug den Sieg davon über die abgestorbenen Formen". Jedes Wort, jeder Brauch, welcher auf Unterwürfigkeit, auf eine Tribut bringende Gesandtschaft gedeutet werden konnte, mußte beseitigt werden. Selbst die Namen ihres Landes, ihrer Fürsten und Großen durften sie nicht, wie es die alte Sitte will, über die Zeilen hinausrücken. Geschenke, die allgemeine Gewohnheit des Morgenlandes, wurden weder gegeben noch angenommen. Solche Nichtigkeiten seien ungeeignet in dem Verkehre zwischen großen Staaten. „Die fremden Gesandten", so belehrt Cushing den Statthalter der beiden Kreise Kuangtung und Kuangsi, „vertreten die Stelle ihrer souveränen Nationen. Jede Misachtung, die ihnen widerfährt, wird von den Staaten gerochen. Die Gesandten haben das Recht, zu kommen und zu gehen nach Belieben. Nach der westlichen Sitte kommen sie ungehindert an den Hof, begrüßen den Fürsten und unterhandeln mit seinen Ministern. Werden die Gesandten, die Mittler des Friedens, zurückgewiesen, so bleiben blos die Truppen und Schiffe, die Werkzeuge des Kriegs." Diese Sprache erschreckte den Bevollmächtigten Taokuang der Art, daß er zu seinem einsichtsvollen Verwandten, dem Mandschu Kijing, seine Zuflucht nahm. Der Minister ward zum Stellvertreter des Kaisers erhoben, ging nach Kanton, und bot Alles auf, um Cushing von der Weiterreise nach Peking abzuhalten und einen Frieden zu er-

mitteln. Freilich meinte der Hof immer noch, man sei ja mit Amerika nicht im Kriege und bedürfe keines Vertrags; die Unterthanen dieses Staats hätten sich auch gehorsam und ordentlich betragen, was von den aufrührerischen, schlechten Engländern nicht gesagt werden könnte.

Kijing fügte sich am Ende allen Forderungen, und wo er nicht helfen konnte, da mußte die aufrührerisch gesinnte, verdorbene Bevölkerung Kantons die Schuld tragen. „Es seien dies gar unbändige, heftige Leute, die tausend Streiche im Kopfe führen. Seitdem die englischen Soldaten herbeikamen, haben sie sich in Bünde zusammengethan, die unter dem Vorwande, vom Vaterlande die Schmach zu nehmen, rauben und plündern und allerlei sonstigen Unfug treiben. Sie sind es, welche die Fremden beleidigen und immer und immer Unruhen erregen.“ So schildert der Bevollmächtigte die Patrioten des Mittelreichs, welche die Bureaukratie des Verraths beschuldigten und die Ehre des Landes vertheidigen wollten. Cusching hielt es unter den bestehenden Verhältnissen für geeignet, die Gesandtschaft nach Peking aufzugeben, mit dem Stellvertreter zu unterhandeln und den Vertrag abzuschließen (3. Juli 1844). Es ist dies der Frieden von Wanghia, so genannt von einem Dorfe unfern Macao, in der dortigen Mundart Mongha geheißen, wo er unterzeichnet wurde. Die Amerikaner bestanden darauf, daß sie sich im Falle einer Beschwerde, an den Hof wenden dürften. Nun fragte es sich, vermittelst welcher Behörde? Der Staat besaß kein auswärtiges Ministerium. Das Lifan-juen, die Behörde für die Fremden, war zur Regierung der nördlichen und nordwestlichen, unter China stehenden Völkerschaften eingesetzt, für die Mongolen, Türken und Tübetaner; das Sittentribunal verkehrte blos mit den Tribut bringenden Völkern, den Siamesen und Anamiten, mit Korea, Rußland und den Liukiu. Mit solchen Stellen wollten die Amerikaner nicht verkehren. Kijing verordnete, daß ihre Schreiben, welche von den Statthaltern der Provinzen empfangen werden müßten, an den Geheimen Rath zu richten wären. Die Union genießt alle Begünstigungen, welche mit den Engländern vereinbart wurden. Auch wurde festgesetzt, daß ohne Zustimmung Amerikas keine neuen Monopolien eingeführt, keine neue Ordnung über Ein- und Ausfuhr getroffen und eine Änderung der Zollsätze nicht vorgenommen werden dürfe. Die Amerikaner sind überdies wie alle Fremden in China, blos

ihren eigenen Behörden unterworfen, sowohl in peinlichem wie in bürgerlichem Rechte.

Im Dienste der holländischen Kompagnie waren schon im achtzehnten Jahrhundert Yankee-Schiffer von Java nach Nagasaki gekommen. Amerikanische Walfischfänger hatten umsonst mit Jesso einen Verkehr anzubahnen gesucht und amerikanische Schiffbrüchige waren stets mit Härte vom Bakufu[1]) behandelt und eingekerkert worden. Auch der oben berührte Plan Kings, das Mikadoreich aufzuschließen, war völlig gescheitert. Ein Brief des Präsidenten Polk, den 1846 Kommodore Biddle dem Mikado übermittelte, hatte gleichfalls keinen Erfolg.

Kommodore James Biddle segelte im Auftrag der Regierung zu Washington mit den Schiffen „Columbus" und „Vicennes" nach Japan, und gelangte am 20. Juli 1846 in die Bucht von Jedo. Der Hafenbeamte erschien in Begleitung eines holländischen Dolmetschers und fragte, was die Fremden wollten. „Die Vereinigten Staaten", entgegnet der Kommodore, „wünschten in Erfahrung zu bringen, ob nicht Japan, gleichwie China, seine Uferlandschaften dem auswärtigen Verkehre geöffnet habe? In diesem Falle gedenkt Amerika mit den Gebietern des Landes, unter denselben Bedingungen wie im Mittelreiche geschehen, einen Handels- und Freundschaftsvertrag abzuschließen." Zu gleicher Zeit wollte Biddle dem Japanesen Abschriften der englischen, französischen und amerikanischen Tractate mit China überreichen. Sie wurden in artiger, aber entschiedener Weise zurückgewiesen. Die Schiffe blieben während ihres siebentägigen Aufenthalts ebenfalls mit einer dreifachen Reihe von Boten umgeben, und Niemanden ward die Landung gestattet. „Japan verkehre blos", so lautete am 27. Juli 1846 die Antwort der Regierung, „mit den Holländern und Chinesen und dies blos zu Nangasaki; man denke nicht daran, von dieser Sitte abzuweichen, man werde keine neuen Häfen eröffnen und niemals einen Handelsvertrag schließen." Der Kommodore kehrte nun unverrichteter Dinge zurück, und man mußte in den Vereinigten Staaten auf neue Künste sinnen, um Japan auszukundschaften und zu berücken.

Die Nachkommen der Sachsen in Amerika lieben es, die Thaten ihrer Ahnen aus den Zeiten der verfallenden Römerherr-

1) Schogunatsregierung

schaft zu erneuern; sie berühmen sich dieses Namens der Sachsen und wollen damit manches unwürdige Getriebe beschönigen. „Wir sind", so hörte man sie sagen, „die ebenbürtigen Söhne der Altvordern. Wie ehemals Hengist und Horsa gethan, so überziehen jetzt unsere Häuptlinge, unsere Seekönige mit ihrem allenthalben zusammengerafften Gefolge die Länder der Nachbarn; wiederholt zurückgewiesen, wiederholt zurückgeschlagen, erscheinen sie immer wieder von neuem; Niederlagen schrecken sie nicht; frische Scharen ersetzen die Reihen der Gefallenen. So auf dem Festlande Amerika, so auf den Inseln Kuba und Japan." Im Juli 1848 landeten in Japan fünfzehn Amerikaner, vorgebend, sie seien von dem Walfischfänger „Ladoga" wegen schlechter Behandlung entflohen. Einige Monate später ließ sich ein anderer „Neusachse", Archibald M'Donald, ein Mann von Vermögen und Einfluß — er bekleidete eine bedeutende Stelle bei der Hudsonsbai-Gesellschaft — an der Küste Japans aussetzen, um die Sprache dieses Ostlandes, seine Produktionsfähigkeit und Handelsverhältnisse kennen zu lernen. Alle diese Kundschafter wurden gefangen genommen. Im Beginne des folgenden Jahres kam die Kriegsschaluppe „Preble" nach Nagasaki, um über das Schicksal der Abenteurer Kundschaft einzuziehen. M'Donald und die anderen wurden gerne losgelassen, und das amerikanische Fahrzeug brachte sie wohlbehalten nach Hongkong zurück.

Nun war durch den Anfall Kaliforniens der Gedanke an ostasiatische Handelsverbindungen noch näher gerückt, und 1848 sprach der Schatzsekretär von der Notwendigkeit, mit Japan Verträge abzuschließen. Auch war, wie mehrfach erläutert, das Selbstbewußtsein der Union seit der Mitte des Jahrhunderts gewaltig gestiegen. Die Yankees wünschten, im Innern befestigt, durch glückliche Kriege ihr Territorium ausdehnend, nach außen hin angesehen, ihre Kräfte einmal an einen größeren Wurf zu wagen; sie wünschten der ganzen Welt zu zeigen, was der junge Aar vermöchte. Da kam ihnen die japanische Frage sehr gelegen. Russen, Engländer, Franzosen hatten vergebens Anschläge ersonnen, um das Inselreich dem Weltverkehr und dem Welthandel zu eröffnen. Was den Europäern mißlungen, würden die Amerikaner vollbringen. Kommodore Perry ward demgemäß mit einer prächtigen Flotte ausgesandt, der mächtigsten, die je bis dahin in ostasiatischen Gewässern erschienen, mit dem Auftrag, freundschaftliche Beziehungen mit Japan anzubahnen. Perry kam

um das Kap der guten Hoffnung zunächst nach Formosa und erhielt einen tiefen Eindruck von dessen strategischer und kommerzieller Wichtigkeit, kraft deren es für eine Kohlenstation, sowie für tropischen Plantagenbau und ausgebreiteten Handel nach den Philippinen, Siam, China und Japan vorzüglich geeignet sei; er empfahl, aus Formosa eine von Washington aus regierte Kolonie zu schaffen. Aehnliche Entwürfe hat Perry in Ansehung der Liukiu- und der Bonin-Inseln gehegt. Die nebenbei aufkeimenden Kolonisationspläne wurden zwar nie verwirklicht, allein der Hauptzweck von Perrys Sendung ward erreicht und Japan 1854 zu einem Handelsvertrag veranlaßt, der nicht nur die Vereinigten Staaten durchaus befriedigte, sondern auch den europäischen Mächten in ihren Verhandlungen mit dem Bakufu den Weg ebnete. Dank dem energischen, ja rücksichtslosen Vorgehen des Kommodore, hat die Union in japanischen Verhältnissen oft die erste und stets eine hervorragende Stellung behauptet. Missionäre, Minen- und Eisenbahn-Ingenieure, Juristen, Lehrer, Ärzte und Kaufleute strömten aus den Vereinigten Staaten nach Japan, und mehr als einmal wurden in den wichtigsten Staatsangelegenheiten amerikanische Berater von den Ministern des Mikado zugezogen. Zugleich wuchs der amerikanische Einfluß in China und auf den Philippinen[1]). Im Nov. 1856 bombardirte Kommodore Armstrong, in Erwiderung einer rechtswidrigen Beschießung durch die Chinesen, die Befestigungen bei Kanton.

Der amerikanische Gesandte in Peking, Reed, trug dazu bei, den ersten Hafen Formosas, Taiwan, zu eröffnen; ein Yankee, Herr Martin, gründete die „Universität" in Peking; in den Seezolldienst wurden viele amerikanische Beamte aufgenommen, und Yankees waren es, darunter Ward der bedeutendste, die in den Reihen der Kaiserlichen und gegen die Taipings fochten. Es wird sogar behauptet, daß diese Freischärler aus der neuen Welt kein geringeres Verdienst um die Erhaltung des Reiches der Mitte sich erworben hätten als General Gordon. Auf den Philippinen waren es vorläufig nur Handelsinteressen, die sich bemerkbar machten, doch so groß war anfang der sechsziger Jahre dort der Zauber des amerikanischen Namens, daß der Deutsche Jagor schon damals mit Sicherheit die Amerikanisierung der Philippinen prophezeien zu

1) Vgl. meine Geschichte Formosas 118.

können glaubte[1]). Für die Gesamtpolitik der Yankees in Ostasien galt übrigens von Anfang an der Grundsatz, der namentlich von den Bundesgesandten in Tokio, Townsend Harris und Bingham, ausdrücklich festgelegt wurde, daß es Aufgabe der Vereinigten Staaten sei, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Reiche des fernen Ostens auf jede Weise zu fördern und zu behaupten. In dem Maße aber wie völkerrechtliche Prinzipien, die vorzugsweise durch die Union vertreten waren, in Ostasien allmählich sich durchrängen und zur Herrschaft gelangten, in demselben Maße würden, so war die Hoffnung, die hochzivilisirten ostasiatischen Staaten zu Amerika hinübergravitiren, in dem sie dankbar ihren besten Freund und Beschützer zu verehren hätten, und würden so ganz von selber zuletzt ein Uebergewicht in ostasiatischen Dingen den Amerikanern vindiziren. Eine derartige Politik brachte die Vereinigten Staaten in Gegensatz zu der Eroberungssucht der europäischen Mächte, von der die Ostasiaten jährlich so abschreckende Proben erhielten. Die Yankee-Gesandten verhehlten sich diesen Gegensatz nicht, weit entfernt! sie wünschten ihn vielmehr und versäumten nicht, von Zeit zu Zeit eigens darauf hinzuweisen, um die Humanität und Liberalität ihrer Regierung, die allen Nationen Leben und Freiheit gönne, in das beste Licht zu stellen.

Der Bürgerkrieg und seine Folgen.

Die Schwierigkeiten der inneren Lage der Union wuchsen indessen ins Gigantische. Seit dem Kansas-Ausgleich war der Bruch des Südens und des Nordens vollkommen. So ruhte für einige Zeit die äußere Politik, es sei denn, um auswärtige Hilfe für den Bürgerkrieg gegen einander anzurufen. Der Süden hielt es beispielsweise einen Augenblick lang für möglich, sich mit Rußland, Kuba oder Brasilien zu verbünden[2]). Eine recht artige Zusammenstellung! Von Kuba war es sonst stille geworden. Anhänger der Sklaverei hatten zwar 1858 dort einen Aufstand angestiftet, infolge dessen die Insel in Belagerungszustand erklärt

---

1) Jagor, Reisen auf den Philippinen 299.
2) Hopp, Bundesstaat und Bundeskrieg 636.

wurde, allein die Vereinigten Staaten bezeugten keine Lust mehr zur Einmischung. Der allmächtige Zucker fing bereits an, seinen Einfluß auf die Geschicke der Völker auszuüben. In Louisiana blühte die Zuckerindustrie auf, und man fürchtete, durch Einverleibung Kubas, die zollfreie Zuckereinführung nach sich zöge, diese Industrie zu vernichten[1]).

Der Bürgerkrieg brach vollends die Lust und Kraft der Vereinigten Staaten zu auswärtigen Abenteuern. Sobald aber der Krieg beendet war, wurde sofort der Expansionsgedanke wieder aufgenommen. Seward war Staatssekretär geworden und versuchte nunmehr, seine hochfliegenden Entwürfe in Wirklichkeit umzusetzen.

Nach dem Bürgerkrieg erwartete Europa, daß die Vereinigten Staaten mit ihren siegreichen Heeren die Länder Amerikas vom Kap Horn bis zum nördlichen Eismeer der Union einverleiben würden und sprach bereits von Kriegen mit England und Frankreich und einer amerikanischen Revolutionierung Irlands. Auf diese Erwartungen und Anschauungen hat der berühmte Historiker Motley, damals Gesandter in Wien, in einem historisch merkwürdigen Briefe an den Staatssekretär Seward ausdrücklich hingewiesen[2]). Ernstere Gestalt nahmen jedenfalls die Entwürfe auf Mexiko an. Sheridan wollte mit 50 000 Mann Mexiko besetzen, und Maximilian vertreiben, der — ein ausgesprochener Deutschtümler! — von Louis Napoleon dazu ausersehen war, die romanische Rasse und Kultur in Amerika gegen die angelsächsische zu stärken. Wie übrigens besonnene Staatsmänner in Europa den unerwarteten Aufschwung beurteilten, den die Union durch die glückliche Beendigung des Bürgerkrieges zu nehmen sich anschickte, zeigt am besten eine Rede Disraeli's vom März 1865, von der wir einen Auszug folgen lassen[3]).

I cannot conceal from myself that very great changes have taken place in America of late years, and these changes I have reason to believe are not regarded in this House with sufficient seriousness, while, in my opinion, they amount to no less than a revolution. I will ask honorable members to recall to themselves the state of North America when we met in this House

1) Zabel, Kuba 62.

2) Papers relating to Foreign Affairs. Washington, 1866, S. 7.

3) Diplomatic Correspondence 1865 part. I 223 ff. (Washington 1866).

four years ago. That portion of the world was then divided among what we may call three great powers: first, the United States of America; secondly, Canada and the settlements and dependencies belonging to our own sovereign; and, thirdly, Mexico, a country which certainly did not possess much political power, but which in extent, resources, fertility of soil, and mineral wealth was almost unequalled in the world. In every one of these three divisions there have been immense changes. In the United States a civil war has raged for four years, and I cannot believe that we shall see the same society and form of government established, or even, if the form be the same, certainey the spirit will be altered, as existed before the civil war commenced. [Hear.] We must recollect that even if the federal government should be triumphant, it will have to deal with most perplexing questions and 'with a discontented population. I need not dwell much upon the then state of the southern community, but the slave population will then be no longer slaves; there will be several millions of another race emancipated and invested with all the rights of freemen, and, so far as the letter of the law is concerned, they will be upon an equality with the Saxon race, with whom they can possibly have no sympathy. Nothing tends more to the discontent of a people than that they should be in possession of privileges and rights which practically are not recognized and which they do not enjoy. These are the elements of political discontent, and it is possible that when this war is over the American government may have to deal with great masses of discontented population. To do this successfully you must have a strong government. What does that mean? Why, you must have a centralizing government; and the American government have found it necessary to have recourse to the centralizing principle during these events. The government must have an army at its command in order to maintain the order and unity that it is bound to uphold. These are the elements that cannot fail to produce great difficulties in the United States, even if they come triumphant out of the struggle in which they are engaged. But what is the position of the colonies and dependencies of her Majesty in that country? Four years ago, when this struggle broke out, there was very little in common between them. The tie that bound them to this country was almost one

of formality; but what has been the consequence of this great change in North America? You have now a powerful federation, with the element of nationality strongly evinced in it; they count their population by millions, and they are conscious that they have a district more fertile and an extent of territory equal to the unappropriated reserves of the United States. These are the elements and prognostics of new influences that have changed the character of that country. Nor is it without reason that they do not feel less of the ambition which characterizes new communities than the United States, and that they may become, we will say, the Russia of the New World[1]). Well, what is also the condition of Mexico? Four years ago, when this war broke out, Mexico was a republic, with a weak government. It is now an empire, and it has become so by the interposition of two of the most ancient states of Europe—France and Austria. When we see all these immense changes it is impossible to deny that in North America a great revolution is occurring, and that when this struggle is over, when peace reappears, and tranquillity is re-established, you will find these communities governed by very different influences, and aiming at very different objects. I have often heard statesmen, and distinguished statesmen, mumbling over the balance of power in Europe. It has appeared to me always to be a great mistake when we look to the distribution of power to confine our views to Europe, because we shall find, and, perhaps, speedily find, that there are other influences in other quarters of the globe, which will interfere to disturb our calculations. It seems to me that this war in America has rapidly precipitated the change. It shows us that the proper meaning of „balance of power" is security for communities in general against a predominant and particular power, and that you have to take into your consideration states and influences that are not to be counted among the European powers. It is impossible, notwithstanding what honorable gentlemen may say about the character of the United States, to conceal that there is a feeling among those influential land-owners with regard to Europe, of a peculiar character. I will not say that they look to old Europe with feelings of jealousy or vindictiveness, because epithets and words

1) Vgl. oben S. 66.

of that kind ought not to be unnecessarily used with respect to the relations between nations; but it is undeniable that the United States look to old Europe with a want of sympathy. They have on by sympathy with a country that is created and sustained by tradition, and the only country to which they look with sympathy is that part of old Europe which is new. I have always observed this in their conduct. [Hear.] It is quite clear, then, it is impossible to know what relations may exist between the United States, this country, and her Majesty's dependencies on the other side of the Atlantic. Taking these larger views, then, we ought to consider that, not to-morrow or next-year, but that we are on the eve of events of very great importance. The question we have to ask ourselves is, is this country prepared to renounce her American dependencies and colonies, or are we to retain that tie? Now, if these colonies expressed a wish to separate the connexion, and if they preferred to be absorbed by the United States, we might terminate our connexion with dignity and without disaster. But if, on the other hand, those views are just which are more generally accepted—if there should be on the part of Canada and the other North American colonies a sincere and deep desire to form a considerable state and develop its resources, and to preserve the patronage and aid of England until that mature hour when we shall lose our dependency, but gain a permanent ally and friend —then it would be the greatest political blunder that can be conceived for us to renounce, relinquish and avoid the responsibility of maintaining our interests in Canada at the present moment. If, from considerations of expense, we were to quit the possessions that we now occupy in North America, it would be ultimately, as regards our resources and wealth, as fatal and disastrous a step as could possibly be taken. Our prosperity would not long remain a consolation to us, and we might then prepare for the invasion of our country and the subjugation of our people. I infer that honorable gentlemen opposite do not express these views, which have, however, found utterance in other quarters, but that they take a truly patriotic and English view of this subject—namely, not to force our connexion on any dependency; but if, at a moment of revolution in North America, we find our colonies asserting the principle of their nationality,

and if, foreseeing a glorious future, we find them still depending on the faithful and affectionate assistance of England, it would be the most short-sighted and suicidal policy to shrink from the duty that Providence has called upon us to fulfil.

Die Besorgnisse der Engländer vor der Ausdehnung der Yankees waren nicht unberechtigt. Seward's Ideal war in der That, die theoretische Forderung, die in dem offiziellen Titel „Vereinigte Staaten von Amerika" (nicht Nord-Amerika, wie es so oft heißt, sogar in Fachwerken wie Ratzel's und Hopp's) deutlich genug ausgesprochen ist, zur Praxis zu erheben. Zunächst trug Seward viel dazu bei, die französische Expedition nach Mexiko scheitern zu lassen. Sodann unterhandelte er mit dem früheren dänischen Kriegsminister, General Rosloff, über den Ankauf der Insel St. Thomas, die Dänemark nur unnütze Kosten verursachte. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. In der Botschaft, die Präsident Johnson nach dem Kriege erließ, lautete die Stelle über das Verhältnis zum Auslande: „Die große Ausdehnung unseres Gebiets und die Mannigfaltigkeit des Klimas, welches beinahe alles, was den Bedürfnissen und der Behaglichkeit entspricht, hervorbringt, macht uns ganz besonders unabhängig von der wechselnden Politik des Auslandes und schützt uns gegen jede Versuchung „verstrickender Allianzen", während im gegenwärtigen Augenblick die Wiederherstellung der Eintracht, und die Kraft, welche dieser entspringt, unsere beste Sicherheit sein wird gegen Nationen, die sich ihrer Macht bewußt sind und des Rechts vergessen." . . . . Die Gewährung der Rechte einer kriegführenden Partei an die Insurgenten sei ohne Beispiel gewesen und habe sich durch den Ausgang auch nicht gerechtfertigt. England habe die Insurgenten in jeder Weise unterstützt, dadurch den Krieg verlängert und den amerikanischen Handel vom Meere verjagt. Man habe zur Ausgleichung der sich erhebenden Fragen ein Schiedsgericht vorgeschlagen, was abgelehnt worden sei. England habe dagen eine Kommission zur Ordnung gegenseitiger Ansprüche, jedoch mit Ausschluß der Beraubungen durch die in Englang gebauten Kaperschiffe, z. B. „Alabama" vorgeschlagen. Ein Vorschlag von so unbefriedigender Natur habe abgelehnt werden müssen. Eine Geldentschädigung sei nicht der Hauptzweck des Verlangens der Vereinigten Staaten; allein im Interesse des

Friedens und der Gerechtigkeit sei es, wichtige Grundsätze des Völkerrechts festzustellen.

In denselben Zusammenhang gehörte es, daß gegen Ende des Bürgerkrieges südstaatliche Parteigänger von Kanada aus den Boden der Union betraten, und daß, was allerdings nur mittelbar gegen die Vereinigten Staaten gerichtet war, England das neue Kaiserthum Mexiko anerkannte. Im Februar 1865 verlangte die Regierung vom Parlament eine ansehnliche Summe, um Quebec, die Hauptstadt von Kanada, zu befestigen und derselben Angst vor den grollenden Vettern jenseits des Oceans entsprang es, daß man Pläne begünstigte, welche bestimmt waren, eine engere Vereinigung und straffere Zusammenfassung der nordamerikanischen Kolonialgebiete Englands herbeizuführen. Das Blatt hatte sich jedoch endgiltig zu Gunsten der Nordstaaten gewendet. Es war Zeit, daß die englische Regierung einlenkte, aber es half nicht viel, daß im Mai das englische Parlament sein Beileid über den Tod des Präsidenten Lincoln aussprach, daß Lord John Russel behauptete, die Sympathieen der Mehrheit des englischen Volkes seien von Anfang an den Nordstaaten zugewendet gewesen, was er höchstens von sich selbst und einer Anzahl anderer ehrlicher Liberaler, nicht aber von der Mehrheit der leitenden Klassen Englands mit gutem Gewissen sagen konnte. Indeß wie dem war, man beeilte sich wenigstens jetzt seinen guten Willen zu zeigen. Eine Depesche Russels nach Washington (2. Juni) zeigte an, daß man jetzt den Krieg als thatsächlich beendigt ansehe und mithin den vormaligen Konföderierten das Recht Kriegführender entziehe; als im November das südstaatliche Schiff Shenandoah in Liverpool einlief und sich den englischen Behörden ergab, wurde die Mannschaft auf freien Fuß gesetzt, das Schiff aber dem amerikanischen Konsul zur Verfügung gestellt. Dies Alles machte drüben wenig Eindruck; schon am 7. April (1865) hatte die Union, getreu ihren Erklärungen zu Anfang des Krieges, die Forderung auf Entschädigung erhoben für die von südstaatlichen, in britischen Häfen ausgerüsteten Kaperschiffen verursachten Verluste; nur vergeblich wies Russel am 30. August diese Ansprüche zurück; nicht so leichten Kaufs sollte man den unbequemen, bald wieder in seiner vollen Kraft sich fühlenden Mahner los werden.

Sehr peinlich wurde dieses Mißverhältnis durch eine Erscheinung, welche sich in demselben Jahre der öffentlichen Aufmerksam-

keit sich aufdrängte und die möglicherweise in einem inneren Zusammenhange mit demselben stand. Dies war eine geheime Verbindung, welche von irischen Unterthanen der Königin im Verein mit ihren zahlreich in den Vereinigten Staaten lebenden Landsleuten angezettelt war und die, unter dem räthselhaften Namen des Fenierbundes, nichts Geringeres als Losreißung Irlands von Großbritannien bezweckte und diesem Ziele vorläufig durch das in Irland seit lange einheimische Mittel der Ermordung englischer Gutsbesitzer zustrebte. Unheimlich wurde die Sache durch die augenblickliche Spannung mit Amerika, wo die gereizte Stimmung der Bevölkerung aus Allem Nahrung ziehen konnte; an und für sich war der Bund nur durch seine verbrecherischen Anschläge gegen Einzelne, durch seine wirksame Organisation und durch die Sympathieen gefährlich, welche ihm die unversöhnliche Bevölkerung Irlands entgegenbrachte, deren Haß jeden Frevel guthieß, wenn er nur an einem Sachsen, und noch besser einem protestantischen Sachsen, verübt wurde. Die Regierung sah sich genötigt, im September Stadt und Grafschaft Cork, einige Monate später Stadt und Grafschaft Dublin in Belagerungszustand zu erklären, und am 17. Febrar (1866) wieder einmal, mit Genehmigung des Parlaments, die Habeas-Corpus-Acte für Irland zu suspendiren. Daß damit gegen den alten Fluch- und Rachegeist, der in immer neuen Gestalten umging, nichts geschafft sei, verhehlte man sich nicht. Bei den verschiedenen Gelegenheiten, wo die Verhältnisse Irlands im Parlamente zur Sprache kamen, wurde auf den Schaden aller Schäden, das noch immer fortbestehende Unrecht einer protestantischen Staatskirche auf katholischem Boden und auf katholische Kosten, und auf die agrarischen Verhältnisse hingewiesen; indeß stockte hier, wie sonst, die Reformgesetzgebung. Man begnügte sich, mit Genugthuung Act zu nehmen von dem vielbeneideten Zustand der englischen Finanzen, welche Millionen von Überschüssen zeigten.

Die Gesellschaft der Fenier, die sich von Finn (Fingal, dem Vater Ossians) oder Fennius, dem mythischen Gemahl der Scota und Vater Gaels, ableiteten, hatte ihren Hauptsitz in den Vereinigten Staaten, wo sie rasch eine ziemliche Verbreitung gewann. Als die Verschwörung weit genug gediehen, beschloß man, die verhaßten Engländer zunächst an ihrer Peripherie anzugreifen und sich Kanadas zu bemächtigen. Eine Reihe von Fenierzügen drang

infolgedessen 1866 gegen und über die kanadische Grenze vor, allein das Glück heftete sich nicht an die Fersen der Verschwörer. Sie wurden teils von den kanadischen Truppen, teils von der Bundesmiliz entwaffnet, wie denn überhaupt die Bundesregierung bei dem ganzen Vorfall sich durchaus korrekt und loyal benommen hat. Das Feniertum war hiermit jedoch nicht ganz ausgestorben. Eine zweite Expedition gegen Kanada fand 1870 statt, und noch 1895 forderte der Ire Donovan in großer, öffentlicher Versammlung zu Chicago zum Kriege gegen England auf.

Die Hartnäckigkeit, mit welcher Juarez aushielt, gründete sich hauptsächlich auf die Versicherungen, die er von Washington aus erhielt. Dort hatte man nie aufgehört, Juarez als den rechtmäßigen Präsidenten der Republik Mexiko zu betrachten, und als dessen Gesandter im Februar 1865 in einer Mittheilung an den Staatsminister Seward Protest einlegte gegen jede von dem Ex-Erbherzog Maximilian im Namen Mexikos an den Kaiser der Franzosen schon gemachte oder noch zu machende Abtretung von Rechten oder mexikanischem Gebiet u. s. w., antwortete ihm der Minister: „Es macht mir Freude, Ihnen in Erwiderung mitzuteilen, daß der erwähnte Protest im Archiv dieses Ministeriums niedergelegt werden wird, damit er dort verbleibe als ein Zeugnis für Ihr Verfahren in gedachter Angelegenheit und als ein neuer Beweis Ihrer eifrigen und patriotischen Pflichterfüllung als Gesandter für Mexiko in den Vereinigten Staaten, und zu solch weiteren Zwecken und Verwendungen, wie zukünftige Begebenheiten sie etwa erfordern sollten."

Obwohl der französische Gesandte in Washington sehr gut wissen konnte, daß jetzt nach Besiegung der Rebellion nicht die geringste Aussicht dafür vorhanden war, daß die Regierung der Vereinigten Staaten das Kaisertum Mexiko anerkennen würde, hielt es doch Napoleon für zweckdienlich, unterm 18. Oktober 1865 diese Anerkennung ausdrücklich zu verlangen. Seward instruierte seinen Gesandten in Paris, dieses Ansinnen in höflicher Form aber bestimmt zurückzuweisen.

Am 12. Dezember faßten beide Häuser des Kongresses folgende Resolution: „1. Wir blicken auf die gegenwärtige Lage der Dinge in der Republik Mexiko mit tiefer, besorgter Teilnahme. 2. Der Versuch, eine der amerikanischen Republiken durch eine auswärtige Macht gewaltsam zu zerstören, und auf ihren Trümmern

eine nur durch europäische Bajonette aufrecht erhaltene Monarchie zu errichten, steht im Widerspruch mit der oft verkündeten Politik der Vereinigten Staaten, ist unserm Volk im hohen Grade zuwider und ein Attentat auf den Geist unserer Staatseinrichtungen. 3. Der Präsident wird ersucht, in dieser wichtigen Angelegenheit Schritte zu thun, um die anerkannte Politik unser Republik zu vindizieren, um die Ehre und Interessen derselben in Kraft zu setzen."

Infolge dieser bestimmten Erklärung des Kongresses schrieb Herr Seward seinem Gesandten, der französischen Regierung mitzuteilen, „daß die Vereinigten Staaten den innigen Wunsch hätten, aufrichtige Beziehungen zu Frankreich aufrecht zu halten und zu pflegen, daß aber diese Politik in drohende Gefahr geraten würde, wenn Frankreich es nicht mit seinen Interessen und seiner Ehre vereinbar finden könnte, abzustehen von der ferneren bewaffneten Intervention in Mexiko." Zugleich erhielt der Gesandte auch die Weisung, nochmals zu wiederholen, daß von einer Anerkennung Maximilians nicht die Rede sein könne.

Unter diesen Umständen war Napoleon schnell entschlossen; er sandte den Baron Seillard in außerordentlicher Mission nach Mexiko, um Maximilian mitzuteilen, daß er auf fernere Hülfe nicht rechnen könne und die Franzosen Mexiko in drei Abteilungen räumen würden. Dieser Entschluß wurde später dahin abgeändert, die ganze französische Armee im Frühjahr 1867 abziehen zu lassen.

Das Stille Meer.

Verhältnismäßig spät ist das Ostbecken des Stillen Meeres besiedelt worden. Um 600 n. Chr. setzt man die Ankunft der Polynesier in Samoa. Gegen 1400 erreichten dieselben Hawaii und noch später die Markesas und die Osterinsel. Eine Vermittlung zwischen Asien und Amerika haben die Polynesier schwerlich zustande gebracht. Man[1]) will zwar malayische Spuren in ganz Westamerika entdeckt haben, allein vorläufig sind dieselben ebenso wenig wissenschaftlich nachgewiesen als die chinesische Wanderung nach Mexiko[2]).

1) Horatio Hale, Frobenius, Campbell u. A.

2) Vgl. meine Bemerkungen in den Preuß. Jahrb. 1899 Febr. S. 244.

Die ersten geschichtlichen Vermittler zwischen der neuen und alten Welt waren wie im Atlantischen, so im Stillen Meere die Europäer. Die Spanier erreichten die Ostgestade des Großen Ozeans in Mittelamerika und Peru; Magellan durchkreuzte im Dienste Karls V. die Südsee und entdeckte die Philippinen; im Westen segelten die Portugiesen bis nach Japan und Jesso; seit dem Ende des 16. Jahrh. erschienen englische Flibustier und plünderten alle Küsten und Inseln des Großen Meeres. Die einzige dauernde Verbindung zwischen Amerika und Asien, die sich aus diesen Entdeckungs- und Plünderungsfahrten ergab, war der amtliche Verkehr und der blühende Handel, der zwischen Mexiko und den Philippinen entstand, und der bis 1815 dauerte. Gut zweihundert Jahre lang war, wenn auch nicht ohne Störungen, das Stille Meer eine spanische See. Beständig bestritten war ihre Herrschaft nur im Westen, durch Portugiesen, Holländer und Chinesen. In Japan und Formosa mußten sie vor ihren europäischen Nebenbuhlern zurückweichen, auf den Philippinen hatten sie unaufhörlich mit chinesischen Seeräubern[1]) und Aufständen chinesischer Kuli zu thun. Der Austausch von chinesischer Seide gegen mexikanisches Silber warf Millionen ab. Anfang des 18. Jahrh. kamen jedoch wieder holländische und englische Seeräuber, die den von Akapulko abgehenden Silbergallonen nachstellten und eine Zeit lang allen Verkehr unmöglich machten. 1762 wurde Manila zeitweilig von den Briten erobert. Ende des 18. Jahrh. entwickelte sich ein reger Pelzhandel zwischen Nordwestamerika und Kanton. Russen, Briten, Spanier, Franzosen und Yankees suchten an den pazifischen Gestaden von der Behringsstraße bis nach Kalifornien Fuß zu fassen und Stützpunkte für den Handel mit China zu gewinnen. Zugleich aber wuchs der europäische Verkehr mit Ostasien, der über das Kap der Guten Hoffnung ging. Eine eigene Compañia de Filipinas ward 1784 gegründet, durch die der Verkehr mit Mexiko schwere Einbuße erlitt. Auch wurden 1814 die philippinischen Häfen allen Nationen eröffnet.

1) Seltsam sind die Zeitangaben, welche eine Autorität über die Philippinen, Herr Hilder, in dem sehr geschätzten National geogr. magazine (1898 Juni S. 282) zum besten gibt. Der Räuber Limahon habe 1754 (statt 1574), die Engländer 1752 (statt 1762) Manila angegriffen. Daß die Zahlen nicht verdruckt, beweist ihre Wiederholung durch denselben Hilder im Forum, Juli 1898.

Die Yankees erschienen im Stillen Meere, sofort nachdem die Union gegründet. 1784 fährt die „Empreß" von New-York nach China, 1787 beginnt die „Columbia" in Boston ihre Weltumsegelung, 1792 entdeckt Gray die Columbiamündung[1]); 1793 werden die Markesas, welche der peruanische Vizekönig Marques[2]) nach sich benannt hatte, durch einen Bostoner Skipper in „Washington-Gruppe" umgetauft. Um die Wende des Jahrhunderts segeln amerikanische Walfischfänger bis nach Jesso, und Yankee-Schiffbrüchige gelangen nach Nagasaki. 1811 wird Astoria gegründet. 1812 kreuzt Porter in der Südsee, entwickelt zuerst Absichten auf die Galapagos und besetzt dann die Markesas[3]).

1) Vgl. oben S. 11.

2) Im 16. Jahrh.

3) Die Besatzungsurkunde lautet: „It is hereby made known to the world that I, David Porter, a Captain in the navy of the United States of America, and now in command of the United States frigate the Essex, have on the part of the said United States taken possession of the island called by the natives Nukahiva, generally known by the name of Sir Henry Martin's Island, but now called Madison Island. That by the request and assistance of the friendly tribes residing in the valley of Tienhoy, as well as of the tribes residing on the mountains whom we have conquered and rendered tributary to our flag, I have caused the village of Madison to be built, consisting of six convenient houses, a ropewalk, bakery and other appurtenances, and for the protection of the same as well as for that of the friendly natives I have constructed a fort calculated for mounting sixteen guns whereon I have monted four, and called the same Fort Madison."

„Our rights to this island being founded on priority of discovery, conquest and possession cannot be disputed: but the natives to secure to themselves the friendly protection which their defenceless condition so much required have requested to be admitted into the great American family, whose pure republican policy approaches so near their own; and in order to encourage these views to their own interest and happiness, as well as to render secure our claim to an island valuable on many considerations, I have taken on myself to promisse that they shall be so adopted; that our chief shall be their chief; and they have given assurances that such of their brethren as may hereafter visit them from the United States shall enjoy a welcome and a hospitable reception among them and be furnished with whatever refreshment and supplies the island may afford that they will protect them against all their enemies, and that, as far as lies in their power, they will prevent the subjects of Great Britain (knowing them to be such) from coming among them until peace shall take place between the two nations."

Infolge eines Aufstandes der Eingeborenen wurde letzterer Kolonialbewerb schon 1814 wieder aufgegeben[1]), allein die Bewohner hielten noch ein Menschenalter an dem Schutzverhältnis fest, verhinderten die Engländer daran, Holz und Wasser zu holen, bis sie nach zehn Jahren hörten, daß Friede geschlossen, und versicherten 1842 den Franzosen, die Inseln seien amerikanisch. Erst als der französische Gesandte in Washington die Erklärung erhalten, daß die Besetzung der Markesas durch Porter blos eine Kriegsmaßregel gewesen und jetzt nicht mehr gültig sei, da wurde ein französisches Protektorat über die Gruppe verkündet. Im selben Jahre aber machten die Yankees bereits in deutlicher Weise ihre Rechte auf Hawaii gegen Franzosen und Engländer geltend.

Durch die Thatkraft der Engländer ward China, durch die der Yankees Japan dem Welthandel erschlossen. Die Yankees dachten ernstlich an Erwerbungen auf Borneo, sie bedrohten die Galapagos, Formosa, die Liukiu- und die Boningruppe[2]) und strebten seit 1859 nach Alaska. Durch den Bürgerkrieg trat ein Stillstand ein. Zur Einmischung in Mexiko, dessen Westküste für die Südsee so wichtig ist, lag kein Grund mehr vor, da die Franzosen sich zurückzogen.

Da wandte sich Seward wieder dem verheißungsvollen Nordwesten zu und setzte im März 1867 den Ankauf Alaskas durch. Rußland erhielt 7,2 Millionen Dollars für 577000 englische Geviertmeilen. Jetzt betragen die Einkünfte aus Alaska in einem einzigen Jahre mehr als 10 Millionen, damals aber wurde Seward von seinen eigenen Landsleuten heftig angegriffen und weidlich verspottet, weil er eine unbrauchbare Eis- und Steinwüste um solchen Preis erhandelt. Der Gesichtspunkt, von dem Seward ausging, war ein rein nationaler. Er wollte, wie oben ausgeführt, ein republikanisches Panamerika und begrüßte mit Freuden die Gelegenheit, die Zahl der fremden Kolonien in Amerika zu vermindern. Die ausdrückliche Voraussetzung bei dem Kaufabschluß war übrigens die, daß die Union freie Hand in ihrem Erdteil

---

1) Eine ausführliche, äußerst malerisch und flott geschriebene Schilderung dieser Ereignisse giebt Porter selber in seinem „Journal" 1815 und (besser und reichhaltiger) 1822. Porter wurde später, infolge eines Streits mit seinen Vorgesetzten Haupt der mexikanischen Flotte und starb 1846 als Gesandter in Konstantinopel.

2) Vgl. oben S. 76.

haben solle, um Rußland freie Hand in Ostasien zu lassen, und war insofern eine Bestätigung und Bekräftigung der Lehre Monroes. Vermutlich hoffte Seward auch auf besondere Handelsvortheile in Sibirien, das vor Kurzem durch den von Ignatieff zu Peking abgeschlossenen Vertrag (1860) um einen Teil der Mandschurei vergrößert worden war. In der That erwuchsen den amerikanischen Händlern aus den freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland nicht unbedeutende Vorteile. Die vom Frankfurter Sloß gegründete Alaska Commercial Company, die ihren Sitz in S. Francisco hat, dehnte ihre Faktoreien über die Kommandorski-Inseln bis nach Petropawlowsk in Kamtschatka aus und pachtete für Jahre verschiedene Handelsmonopole von der Regierung in Petersburg. Die Company ist auch jetzt noch die mächtigste Gesellschaft im nördlichsten Pazifik, aber die Faktoreien auf russischem Gebiet sind eingezogen und die Hoffnungen auf Sibirien sind keineswegs in Erfüllung gegangen. Der Übergang von Alaska in die Hände der neuen Besitzer fand Oktober 1867 zu Sitka statt, wo General Rousseau das Sternenbanner entfaltete. Der Erwerb hatte 2 cents der Morgen gekostet, während bei dem Louisianakaufe der Morgen auf beinahe 3 cents kam. Ein beträchtlicher Teil des neuen Gebietes, 31000 Geviertmeilen, besteht aus Inseln, die eine zusammenhängende Brücke nach Asien schlagen. Seward aber äußerte, er betrachte den Erwerb für die wichtigste Handlung seiner Amtsthätigkeit; es werde jedoch zwei Geschlechter währen, bis man dies gebührend erkenne.

Im Jahre 1867 versuchten die Yankees, auch Korea zu eröffnen. Die Brigantine „General Sherman“ fuhr den Tatong in Nordkorea hinauf und ankerte vor Ping Yang, der durch die Oktoberschlacht von 1894 berühmten Stadt. Als die Mannschaft aber landete, ward sie mit Steinwürfen begrüßt und des Nachts ihr Fahrzeug in Brand gesetzt. Lange blieb der schnöde Überfall ungerächt. Im selben Jahre scheiterte der „Rover“ an der Südspitze Formosas, von dessen wilden Bewohnern, den Botan, die Schiffbrüchigen niedergemacht wurden. Die amerikanische Regierung hätte hier so gut mit Waffengewalt einschreiten können, wie es später in ganz ähnlichem Falle die japanische gethan hat, zog es jedoch vor, friedlich mit den Botan zu verhandeln, was denn durch den Bundeskonsul in Amoy, General Legendre, in befriedigender Weise ausgeführt wurde. Wenige Jahre darauf reiften wiederum

Pläne auf Borneo. Dann ward eine Erwerbung der Fidji-Inseln in Betracht gezogen. Einige kleine Inselchen unbedeutender Südseegruppen, wie Fanning Island, Craig Island, wurden von einzelnen Händlern in Besitz genommen. 1873 ward Pago Pago auf Samoa von der Regierung okkupiert. Dann ist die Frage von Hawaii, die durch die chinesische und japanische Einwanderung und das starke Aufblühen der Zuckerindustrie sich neuerdings verwickelte, wiederum in den Vordergrund gerückt.

Das Stille Meer wurde nun rasch aufgeteilt. Frankreich hatte inzwischen Tahiti und Neukaledonien erworben, England besetzte die Fidji-Inseln und Hamburger Häuser, namentlich Godeffroy & Cie., gewannen Handelsniederlassungen in der ganzen Südsee. 1878 schlossen die Vereinigten Staaten einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Samoa. Das Jahr darauf wurde eine gemeinsame Schutzherrschaft Deutschlands, Englands und der Union über Samoa errichtet[1]).

Artikel 2 des amerikanisch-samoanischen Freundschaftsvertrages lautet in seinen beiden ersten Absätzen wie folgt:

„Die Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten sollen das Recht haben, in den Hafen von Pago-Pago einzulaufen und denselben zu benutzen und dort und an seinen Ufern eine Niederlage für Kohlen und andere Schiffsbedürfnisse für ihre Kriegs- und Handelsmarine zu errichten, und die Samoa-Regierung wird in der Folge in diesem Hafen keine diesen Rechten der Vereinigten Staaten zuwiderlaufende oder dieselben einschränkende Hoheitsrechte ausüben oder zugestehen.

Die besagten Schiffe sollen auch das Recht haben, in andere Häfen der Samoa-Inseln einzulaufen."

Am 23. Dezember 1879 trat eine Versammlung von Samoa-Häuptlingen an Bord des „Bismarck" zusammen und vereinbarte einen neuen Vertrag, durch welchen Malietoa-Falavon zum Könige auf Lebenszeit und Malietoa-Laupepa zum Regenten ernannt wurde, um die Arbeiten des Königs zu besorgen. Der Vertrag bestimmte die Landesflagge, setzte einen Staatsrat (Taimua) ein, bestehend aus je zwei Häuptlingen von jeder Provinz, sowie eine Volksvertretung (Faipule), bestehend aus einer der Größe der

---

1) Zum folgenden vgl. H. von Kusserow, Zur Samoafrage, in Deutsche Kolonialztg. 1899 Nr. 7 und 8.

Provinz entsprechenden Anzahl von Häuptlingen; auch skizzierte der Vertrag die Kompetenz der verschiedenen Gewalten, während das Nähere durch eine nach kurzer Frist einzuberufende erste gesetzgebende Versammlung bestimmt werden sollte.

Auf seiner Reise um die Welt, 1879—80, hatte Grant Gelegenheit, auf die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten in Ostasien einzuwirken. Er ward in Tokio und Peking aufs Ehrenvollste empfangen und als Schiedsrichter und Gesetzgeber der Völker betrachtet. Seinem persönlichen Einflusse ist die Versöhnung Japans und Chinas in der Liukiu-Frage zu danken, die erst damals endgültig zu Gunsten des Mikadoreiches entschieden ward. Auch verfehlte Grant nicht, seine ostasiatischen Freunde auf die Gefahr hinzuweisen, die ihrer Selbständigkeit von Seiten Europas drohe. Der Gefahr entgegenzuwirken und Ostasien von Singapur bis nach Korea zu neutralisieren, das bezeichnete er des Öfteren als die nächste und wichtigste Aufgabe der Vereinigten Staaten. Russell Young, der Grant auf seiner Weltreise begleitete, hat, als er später Gesandter in Peking wurde, diese Anschauungen in sein diplomatisches Amt übertragen, und die zahlreichen Anhänger Grants in den Vereinigten Staaten haben es stets lebhaft bedauert, daß ihm nicht durch eine dritte Präsidentschaft Gelegenheit gegeben wurde, seine Ideen praktisch durchzuführen und den überwältigenden Einfluß, den er auf die Seelen Itos und Li hung tschangs gewonnen, politisch zu verwerten. In der Union war man indessen den Ostasiaten gar nicht günstig. Man erließ sogar 1880 ein Einwanderungsverbot gegen die Chinesen, die sich namentlich in Kalifornien bedenklich mehrten und die sich bereits in Kolorado und New-York als Arbeiter und Kaufleute festsetzten.

Im Jahre 1882 ward Korea endlich dem Welthandel erschlossen. Die Vereinigten Staaten, die zu diesem Ergebnis viel beigetragen, erlangten sofort bedeutenden Einfluß auf die Geschicke der Halbinsel. Die Zahl der amerikanischen Missionare überragte bald die der französischen und englischen zusammengenommen, die Ärzte und Ärztinnen der amerikanischen Mission gewannen Einlaß im Königspalast und die Publikationen, die der amerikanische Missionär Hulbert herausgibt, die politische Zeitung „Independent“ und die gelehrte Monatsschrift „Korean Repositary“, sind bis jetzt die einzigen Organe westlicher Bildung im Lande des Morgenstrahles geblieben. Der König bediente sich ferner lange Jahre hindurch

amerikanischer Hilfe beim Staatsrat und zum Kommando seiner Palastwache. Sein bester Berater war Clarence Greathouse, ein sehr gewandter, feiner Patentanwalt und Journalist aus Kentucky, auch zog der König öfters den phantastischen General Legendre bei. Der Yankee-Einfluß ist auch heute noch keineswegs erloschen, er hält dem russischen und dem japanischen durchaus die Waage.

Seit 1884 trat Deutschland energischer als Kolonialmacht im Stillen Meere auf; es stellte den Nordwesten Neuguineas und die angrenzenden Inselgruppen unter seinen Schutz. Australien und die Union wurden dadurch sehr erbittert. Die Zwistigkeiten mit Australien wurden bald beigelegt, aber die mit den Vereinigten Staaten spitzten sich so zu, daß 1889 die Yankees uns wegen Samoas den Krieg drohten. Durch die Berliner Generalakte von 1889 ward jedoch ein neuer modus vivendi gefunden.

Nachdem die beiden Kriegsparteien in Samoa die Entscheidung der Mächte in der Königswahl angenommen und Malietoa-Laupepa in die Königswürde eingesetzt hatten, erfolgte die öffentliche Anerkennung desselben seitens der Vertreter der drei Vertragsmächte durch Proklamation vom 5. Dezember 1889.

Nach erfolgter Ratifizierung der Generalakte durch die Vertragsmächte erklärte König Malietoa die vorbehaltene Zustimmung der Samoa-Regierung zu derselben am 19. April 1890.

Die Verordnungen der drei Konsuln wie der Regierung des Königs Malietoa, durch welche die Einfuhr und der Verkauf von Waffen und Munition verboten wurden, blieben toter Buchstabe. Der Samoa-Regierung fehlte es an eigener Macht, und den Konsuln an ausreichenden Vollmachten zur Durchführung dieser Verordnungen. Die Ermächtigung der fremden Konsuln, die Kriegsschiffe ihrer Nationen zu requirieren, war auf Fälle dringender Gefahr für Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen beschränkt, erstreckte sich aber nicht auf Maßnahmen zur Unterstützung der von den drei Mächten wieder eingesetzten und geschützten Regierung des Königs Malietoa-Laupepa.

Auf Grund der Berichterstattung des Kaiserlichen Generalkonsulats in Apia war die deutsche Regierung vergeblich bemüht, ein gemeinsames kräftiges Einschreiten mit den beiden anderen Regierungen herbeizuführen. Ein einseitiges Vorgehen Deutschlands in dieser Hinsicht verbot sich aber durch die früheren Erfahrungen und durch die Bestimmungen der Berliner Generalakte.

Malietoa bat hiernach im Dezember 1891 den deutschen Reichskanzler um Hilfe gegen den Thronforderer Mataafa. Wir ersuchten England und die Vereinigten Staaten um Mitwirkung. Allein der deutsche Gesandte in Washington berichtete unter dem 16. Januar 1892, daß Staatssekretär Blaine einer bestimmten Antwort auf seine Frage, welche Mittel zur Kräftigung der Regierung Malietoas amerikanischerseits für geeignet gehalten würden, ausgewichen sei und lediglich seinem Unmuth über den unverhältnismäßigen Aufwand an Zeit und Arbeitskraft Ausdruck gegeben habe, welche die Störenfriede auf Samoa den Regierungen dreier Großmächte bereitete. Wie aus einem Telegramm des Auswärtigen Amts an die Kaiserliche Botschaft in London vom 14. Februar 1892 hervorgeht, konnte der Kaiserliche Geschäftsträger in Washington bald darauf melden, daß Präsident Harrison für den Fall der Zustimmung Deutschlands und Englands bereit sei, dem Antrage König Malietoas auf Unterstützung durch Kriegsschiffe zu entsprechen; ein kriegerisches Eingreifen solle aber nur äußersten Falls auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der drei Konsuln erfolgen dürfen.

Ähnlich bemerkte Staatssekretär Forster, dem Kabinet von Washington liege die Herstellung von Ruhe und Ordnung auf Samoa und die Aufrechterhaltung der Autorität Malietoas in gleicher Weise wie der Kaiserlichen Regierung am Herzen, und sei es daher im Prinzip bereit, sich einer gemeinsamen Aktion anzuschließen. Die Berichte des amerikanischen Konsuls in Apia ließen jedoch das momentane Bedürfnis einer gemeinsamen Offensive nicht erkennen, und könne der Staatssekretär den Vorschlägen der Kaiserlichen Regierung daher für den Augenblick weder beistimmen, noch sich denselben gegenüber ablehnend verhalten. Der letzte aus Apia den 8. Oktober datierte Bericht des dortigen amerikanischen Konsuls enthalte die Worte: „. . daß keinerlei Anzeichen darauf hindeuten, daß ein unmittelbarer Ausbruch von Unruhen unter der Eingeborenen-Bevölkerung bevorstehe".

Unterdeß war König Malietoa um die Mitte 1893 genötigt, zur Aufrechterhaltung seiner Regierung gegen Mataafa einen Kriegszug zu unternehmen. Dank dem Umstande, daß sich gleichzeitig 2 deutsche und 1 englisches Kriegsschiff in den samoanischen Gewässern befanden, war es möglich, unter Zustimmung des amerikanischen Konsuls, Malietoa zu unterstützen, zumal die

Mataafa-Leute sich auch an fremdem Eigentum vergriffen. Nachdem Mataafa im Kampf unterlegen war, ergab er sich den Konsuln und wurde auf einem Kaiserlichen Kriegsschiffe nach den Marschall-Inseln gebracht. Aber schon zu Anfang 1894 brachen neue Unruhen aus. Unzufrieden mit dem Versuch Malietoas die bisher von den Eingeborenen verweigerte Kopfsteuer einzutreiben, erhoben seine Gegner den Sohn des verstorbenen Tamasese gleichen Namens zum Gegenkönige. Dies führte abermals zu blutigen Kämpfen, bei welchen die Aufständischen sich allerhand Grausamkeiten zu Schulden kommen ließen, wenn sie sich auch vor Malietoas Streitmacht zurückziehen mußten. Zu einer Bezahlung der Kopfsteuer seitens der Eingeborenen, wodurch allein dieselben zu den Kosten der Landesregierung beitragen würden, ist es überhaupt niemals gekommen, und wird es auch nicht kommen, solange die Regierung nicht imstande ist, den Widerstand gegen die Entrichtung dieser Kopfsteuer zu brechen. Und dies ist erfahrungsmäßig ohne Entfernung der Kriegswaffen aus dem Lande unmöglich.

Im Sommer 1898 wurde der Häuptling Mataafa auf den von zahlreichen Häuptlingen geäußerten Wunsch und nach stattgehabter Verständigung unter den drei Kabinetten gegen sein Versprechen, nicht wieder als Gegner der anerkannten Regierung Malietoas aufzutreten, nach Samoa zurückgebracht, wo er sich auch ruhig verhielt.

Nach dem Tode Malietoas kam es zur erneuten Königswahl und ging Mataafa aus derselben mit großer Majorität hervor. Gleichwohl ist die Rechtmäßigkeit seiner Wahl durch den von Washington geschickten Oberrichter Chambers bestritten worden, und hat dieser einen der in der Wahl unterlegenen Gegenkandidaten zum König designiert. Außerdem wird von anderen Vorgängen berichtet, bei welchen scharfe Meinungsverschiedenheiten über die vertragsmäßige Beschränkung der Konsulargerichtsbarkeit durch die Befugnisse des Oberrichters zwischen diesem und dem deutschen Konsul entstanden sind.

Außer den schon erwähnten Fanning- und Craig-Inseln wurden von Yankee-Händlern allmählich geräuschlos folgende kleine Südsee-Archipele und Inseln in Beschlag genommen: Howard- und Baker-Inseln (nördlich von Samoa), Massachusetts- und Midway-Inseln (norwestl. von Hawaii), die Inseln French, Frigate, Flinch, Tongarewa, Walther und die Weihnachtsinsel. Die unbedeutenden

Waaren, die dorthin abgehen, werden überwiegend von S. Franzisko besorgt. Im Frühling 1897 segelte eine kalifornische Gesellschaft, meist aus Deutsch-Amerikanern bestehend, aus, um eine sozialistische Ideal-Kolonie auf den Salomonsinseln zu gründen, das Unternehmen war jedoch ein völliger Fehlschlag.

Bei allen Kämpfen in der Südsee ist wenigstens das eine klar, daß die Polynesier, obwohl sehr begabt und bildungsfähig, leider einem gewissen Untergang geweiht sind, daß es sich daher in Zukunft blos noch um die Interessen der Weißen, um Zusammenstöße der Westmächte handeln kann. Die Yankees haben dabei den großen Vorteil, daß sie in allem, was Sprache und Sitte anlangt, durch die Briten von Australien und den Fidji, sowie von Hongkong aus unterstützt wurden. So ist das Stille Meer schon halb zu einer angelsächsischen See geworden[1]). Es widerstreben noch deutsche, französische und ostasiatische Einflüsse.

Vermittlung beim japanisch-chinesischen Krieg.

Als der Bruch zwischen Japan und China schon unheilbar geworden, versuchten die Engländer[2]) durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers Denby jr. eine gemeinsame Intervention der Großmächte unter Führung der Vereinigten Staaten herbeizuführen, ein Ansuchen, dem der amerikanische Vertreter keine Folge gab, aber nach Washington telegraphierte, daß China England und Rußland um ihre Vermittlung ersucht habe; eine Nachricht, die die Regierung der Vereinigten Staaten wahrscheinlich veranlaßte am 7. Juli ihrem Vertreter in Tokyo die Weisung zugehen zu lassen, zu sehen, was er thun könne, ein Schritt, der nur den Erfolg hatte, daß die japanische Regierung ihre Weigerung, ihre Truppen aus Korea von der Durchführung der von ihr verlangten Reformen zurückzuziehen, aufs neue betonte. Am 8. übermittelte Denby eine ebendahingehende Bitte Li Hung changs telegraphisch nach Washington, wo an demselben Tage der englische

---

1) Vgl. den im Sommer 1897 geschriebenen Abschnitt meiner Geschichte Formosas (S. 118), wo schon vor dem letzten Krieg auf die bedeutsame Ausdehnung der Yankees nach Ostasien zu hingewiesen wurde.

2) Das Folgende nach v. Brandt, Drei Jahre ostasiatischer Politik 115 ff.

Botschafter auf die Weisung Lord Kimberleys an den Staatssekretär Gresham die Anfrage richtete, ob die Vereinigten Staaten bereit sein würden, gemeinschaftlich mit England zur Erhaltung des Friedens zwischen China und Japan zu intervenieren, eine Anfrage, die Sir Julian Pauncefote dahin vervollständigte, daß er glaube, daß nur eine friedliche Intervention beabsichtigt sei. Gresham erwiderte jedoch darauf, daß die Vereinigten Staaten nur als ein freundlicher Neutraler intervenieren könnten, daß sie dies Japan gegenüber bereits gethan hätten und daß er nicht glaube, daß der Präsident sich für ermächtigt ansehen würde, in der Ausübung seiner guten Dienste weiterzugehen. Ein Versuch, den der chinesische Gesandte am 13. Juli in Washington machte, hatte keinen anderen Erfolg; Gresham erklärte auch ihm, daß die Vereinigten Staaten in Tokyo bereits ernste, aber freundschaftliche Vorstellungen im Interesse des Friedens gemacht hätten, daß die Vereinigten Staaten sich nicht mit anderen Staaten zu irgend einer Art von Intervention vereinigen könnten und daß ja China der auch schon von anderen Staaten betretene Weg, das Anerbieten, die Zwistigkeit durch einen freundschaftlichen Schiedsspruch beilegen zu lassen, offen stehe.

Mit dem Ausbruch des Krieges traten die Japaner in China und die Chinesen in Japan unter amerikanischen, die Chinesen in Korea unter englischen Schutz.

Im Oktober desselben Jahres machte die englische Regierung aufs neue den Versuch, eine Intervention der Mächte zwischen China und Japan herbeizuführen. Am 6. Oktober richtete der englische Geschäftsträger in Washington, Herr Goschen, auf Befehl seiner Regierung an den Staatssekretär die Anfrage, ob die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein würde, gemeinschaftlich mit England, Deutschland, Frankreich und Rußland zwischen China und Japan auf der Basis der Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas und der Zahlung einer Kriegsentschädigung durch das erstere zu vermitteln. Die am 12. erteilte Antwort lautete dahin, daß, während der Präsident ernstlich wünsche, daß China und Japan sich schleunigst über für beide gleich ehrenvolle und für Korea nicht demütigende Friedensbedingungen verständigen möchten, er sich nicht einer Vermittlung Englands, Deutschlands, Rußlands und Frankreichs anschließen könne.

Seitens der englischen Presse und ganz besonders der „Times“

ist seinerzeit der Vorwurf erhoben worden, daß der englische Vermittlungsvorschlag an der Ablehnung Deutschlands gescheitert sei und letzteres daher die Schuld an der Verlängerung des Krieges treffe. Der Verlauf der auf die Intervention bezüglichen Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten beweist, wie unbegründet dieser Vorwurf war; was Deutschland auf die auch an dasselbe gerichtete Aufforderung erwiderte, war eine Anfrage, wie man sich in England die Sache eigentlich vorstelle, wenn Japan die Vermittlung der Mächte zurückweise, und die darauf erfolgte Antwort läßt sich aus der Mitteilung ersehen, die bald darauf am 14. Oktober in Washington seitens des englischen Geschäftsträgers gemacht wurde, nämlich daß die beabsichtigte Intervention sich auf eine diplomatische Aktion beschränken und nur im Falle eine günstige Gelegenheit sich darbiete, unternommen werden solle.

Inzwischen wuchsen die militärischen und finanziellen Schwierigkeiten Chinas durch die Erfolge der Japaner in ungeahnter Weise und am 3. November wendeten sich Prinz Kung und die Minister des Tsungli-Yamen mit der Bitte um Vermittlung zwischen China und Japan an die Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Rußlands und der Vereinigten Staaten.

An den soeben erst auf seinen Posten zurückgekehrten Gesandten der Vereinigten Staaten, Oberst Denby, richtete die chinesische Regierung noch ein ganz besonderes Ansuchen, dessen Inhalt sich aus dem am 3. November von ihm nach Washington gerichteten nachstehenden Telegramm ergibt.

„Ich telegraphiere auf Kosten Chinas das Folgende: ‚Die Prinzen und Minister an Eure Excellenz Charles Denby. Gestern haben wir Eurer Excellenz eine Depesche, die chinesisch-japanische Frage betreffend, zugehen lassen, aber da Eure Excellenz erst kürzlich zurückgekehrt ist, mögen die einzelnen Punkte dieser Angelegenheit Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, und wir senden daher diese ergänzende Mitteilung. Der Kaiser wünscht die freundschaftlichsten Beziehungen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu unterhalten und zu befestigen, und ist ebenfalls abgeneigt, einen großen Krieg gegen Japan zu führen. Außerdem sagt der Vertrag von 1858 zwischen den Vereinigten Staaten und China: ‚Sollte irgend eine andere Nation ungerecht gegen China handeln oder dasselbe bedrücken, so werden die Vereinigten Staaten, nachdem sie von dem Falle

unterrichtet sind, ihre guten Dienste anwenden, um eine freundschaftliche Erledigung der Angelegenheit herbeizuführen,' was einen Beweis für die freundschaftlichen Gefühle (der Vereinigten Staaten) bildet, infolgedessen muß in dem gegenwärtigen Falle die schwierige Lage, in der China sich befindet, Ihnen vorgelegt werden. Will Ihre Regierung uns die große Gunst erweisen, zu intervenieren, um dem Kriege ein Ende zu machen und den Frieden wieder herzustellen? Eine solche That würde glücklich für China, glücklich für jedes Land sein.'

„Das Vorstehende ist eine besondere an Sie (den Staatssekretär) gerichtete Bitte. Heute rief das Yamen die Gesandten Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und mich zusammen, um uns zu ersuchen, unsere Regierungen telegraphisch um Intervention zur Herbeiführung des Friedens anzugehen. Sie bietet als Grundlage für die Verhandlungen die Unabhängigkeit Koreas und die Zahlung einer ratenweisen Kriegsentschädigung, deren Höhe durch die China freundlichen Mächte gemeinschaftlich bestimmt werden soll!

„Ich empfehle Vermittlung."

In Washington sah man die Bemühungen Chinas, auch andere Mächte zur Vermittlung zu veranlassen, ersichtlich nicht gern. In zwei, angeblich vor dem Eingang des von Peking am 3. abgesandten Telegrammes, das bis zum 6. gebraucht haben soll, um in die Hände des Adressaten zu gelangen, am 6. November nach Peking und Tokyo beförderten Telegrammen bot der Präsident der Vereinigten Staaten China und Japan seine Vermittlung an, China mit der Erklärung, daß er, veranlaßt durch die aufrichtige Freundschaft, die die Vereinigten Staaten stets China zu erweisen bemüht seien, seine guten Dienste zur Beendigung des Krieges unter für beide Teile gleich ehrenvollen Bedingungen anbiete, falls er annehmen könne, daß ein solches Anerbieten beiden Teilen gleich genehm sei, Japan mit dem Zusatz, daß bei einer Fortsetzung des Krieges zu Lande und zu Wasser ohne Unterbrechung es nicht unwahrscheinlich sei, daß andere in den Gegenden interessierte Mächte ein Japans späterer Sicherheit und Wohlergehen nicht günstiges Abkommen verlangen könnten. Der Präsident, der die freundschaftlichsten Gesinnungen der Achtung für Japan hege, weise den Vertreter der Vereinigten Staaten in Tokyo an, sich zu vergewissern, ob ein Anerbieten seiner guten Dienste im Interesse eines für

beide Nationen gleich ehrenvollen Friedens für die japanische Regierung annehmbar sein würde.

Zwei weitere Telegramme wurden am 6. resp. 8. von Washington nach Peking abgesandt, das erste, um mitzuteilen, daß der Präsident bereits im Oktober den englischen Vorschlag einer gemeinschaftlichen Vermittlung abgelehnt habe, und daß Chinas ähnliches an die europäischen Großmächte gerichtetes Ansuchen die Aktionsfreiheit des Präsidenten hindern könne, und der letztere hoffe, bald die Nachricht zu erhalten, daß seine beiden Mächten angebotene Vermittlung denselben annehmbar erscheine, worauf er denselben gern durch Verhandlungen in Washington oder auf anderem Wege behilflich sein werde. In dem zweiten erklärte der Präsident, daß, obgleich er vorziehen würde, allein zu handeln, er es doch nicht ablehnen würde, mit den anderen Mächten gemeinschaftlich die Höhe der Kriegsentschädigung festzusetzen, wenn Japan damit einverstanden wäre.

Oberst Denby fand bald, am 10. November, Gelegenheit, dem Yamen die Mitteilungen des Präsidenten zu übermitteln. Die anwesenden Minister, obgleich anfänglich anscheinend bereit, das Anerbieten des Präsidenten anzunehmen, erklärten schließlich doch, daß die chinesische Regierung zuerst die Antwort der anderen fünf Mächte — zu den früher genannten war auch noch Italien gekommen —, abwarten müsse, da es nicht klug sein würde, eine Politik einzuschlagen, die dieselben ignoriere, eine Bemerkung, die Oberst Denby zu der Äußerung veranlaßte, daß das Verfahren des Yamen, das sich erst ganz besonders an die Vereinigten Staaten und dann an fünf andere Mächte mit der Bitte um Vermittlung wende, sich widerspräche und geeignet sei, Verlegenheiten hervorzurufen, was die Minister zugaben, aber damit entschuldigten, daß die Lage eine solche sei, daß sie gezwungen wären, sich nach Hilfe umzusehen, wo sie dieselbe finden könnten.

In Japan verliefen die Verhandlungen weniger glatt; sie erlitten durch die Abwesenheit des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Mutzu, von Tokyo einige Verzögerung und erst am 17. November ging der amerikanischen Gesandschaft die nachstehende Verbalnote zu:

„Die Kaiserliche Regierung verfehlt nicht, die freundschaftlichen Gesinnungen zu würdigen, die die Regierung der Vereinigten

Staaten veranlaßt haben, ihre guten Dienste im Interesse des Friedens zwischen Japan und China anzubieten.

„Der durchgehende Erfolg, der so weit in dem Konflikt die Waffen Japans begleitet hat, würde die kaiserliche Regierung der Notwendigkeit zu überheben scheinen, die Mitwirkung einer befreundeten Macht anzurufen, um eine Beendigung der Feindseligkeiten herbeizuführen.

„Die kaiserliche Regierung hat nicht den Wunsch, ihre Siege über die Grenzen hinaus zu verfolgen, die ihr die gerechten und vernünftigen Früchte des Krieges sichern werden. Diese Grenzen können indessen nicht als erreicht bezeichnet werden, bis China sich in der Lage befindet, sich Japan direkt in der Frage des Friedens zu nähern."

Wohl um das Schroffe dieser Antwort zu mildern, teilte der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Herrn Dun, zugleich mit, daß für den Fall, daß China sich nach Japan in der Frage des Friedens zu nähern wünschen solle, dies durch die Vermittlung der amerikanischen Gesandtschaft in Peking geschehen könne.

In der That waren bei dem Friedensschluß wiederum die Yankees beteiligt, insofern die Chinesen durch den früheren Staatssekretär Foster, die Japaner durch Herrn Denison, einen amerikanischen Juristen, beraten waren. Die Beteiligung scheint sich allerdings wesentlich blos auf eine mehr formaltechnische Hilfe beschränkt zu haben, um den verschiedenen Schriftstücken die völkerrechtlich übliche Gestalt zu verleihen. Dennoch ist bei alledem höchst beachtenswert, daß, während in der Türkei außer in Egypten der Anspruch der Yankees, mitzuthaten, beharrlich zurückgewiesen wurde, dieselben in Ostasien stets eine den andern Westmächten gleichlaufende, ja zuweilen überlegene Rolle gespielt haben. Auch zeigt sich wiederum mit unverkennbarer Deutlichkeit, daß die Vereinigten Staaten schon lange vor dem Krieg mit Spanien sich als Weltmacht fühlten und insbesondere sich für berufen glaubten, in den ostasiatischen Verhältnissen mitzureden.

Bald nach Schimonosaki kam es zu zwei Zusammenstößen der Vereinigten Staaten mit ostasiatischen Mächten. Mit Siam wegen Beleidigung und Verletzung eines amerikanischen Bürgers; mit Japan über Hawaii. Die Königin Liluokalani wurde 1892 vertrieben, und auf Hawaii wurde die Republik ausgerufen.

Präsident Dole trat an die Spitze und setzte sich sofort mit Harrison in Verbindung. Dieser wollte Hawaii als Staat in die Union aufnehmen. Nun kam aber Cleveland ans Ruder und machte alle Angliederungsschritte wieder rückgängig. Ende 1894 brach ein royalistischer Aufstand aus zu Gunsten Liliuokalanis. Die Vereinigten Staaten hielten sich neutral. Mit dem Regierungsantritt Mac Kinleys rückte aber die Aufnahme Hawaiis sofort wieder in den Vordergrund. Resolutionen zu dem Ende wurden in Washington und Honolulu verfaßt. Zugleich begann man die bedrohlich anwachsende Einwanderung japanesischer Kuli zu beschränken. Dagegen erhoben die Japaner Einspruch und protestierten zugleich gegen die amerikanischen Gelüste auf Hawaii.

Rußland, das lateinische Amerika und Kanada.

Der Lebensnerv der Vereinigten Staaten ist bislang der republikanische Gedanke gewesen. Aus dem Bestreben, diesen Gedanken in der ganzen Welt zu verbreiten, sowie aus den glänzenden Erfolgen ihrer bisherigen Ausdehnung entsproßte die Hoffnung der Yankees auf die Weltherrschaft. In der That waren die Vereinigten Staaten nach der Mitte des 19. Jahrhunderts nach England der mächtigste Staat der Erde. Über die Engländer glaubten nach zwei glücklichen Kriegen die Yankees sich erhaben; so blieb als Feind, würdig ihrer Klinge, blos Rußland. Nun pflegte man zwar gerade mit den Russen innigste Freundschaft, allein tief im Volke wurzelte die sichere Erwartung, daß einst der Erdball zwischen Russen und Amerikanern geteilt wird und es dann mit der Freundschaft der Republik und des Despotenstaates ein Ende haben muß. Weht erst[1]) das sternbesäete Banner bis zum Kap Horn, stehen die Russen am Tajo, dann kommt der große Weltkampf, der den Despotismus zurückwirft in die asiatischen Steppen und den amerikanischen Gedanken siegreich macht über den ganzen Erdball.

Dieses sogenannte Manifest Destiny, die sogenannte offenbare Schicksalsbestimmung ist einer der Lieblingsgedanken des kühnen

1) Zum Folgenden vgl. F. von Löher, Beiträge zur Geschichte und Völkerkunde, 1885. Frankfurt, S. 361 f.

Handelsvolkes in der neuen Welt. Schon in den Vätern der Republik, den „großen" Amerikanern, blitzten solche Ideen ganz von ferne auf, wenn sie in Zukunftsträumen von ihres geliebten Landes Größe schwelgten; denn auch der kühlste Amerikaner hat noch etwas von der Phantasie des Irländers, die bekanntlich gleich mit Siebenmeilenstiefeln ins Blaue läuft. Allmählich hatte jene Anschauung der Dinge sich über das ganze amerikanische Volk verbreitet, Rußlands und Amerikas unaufhaltsames ungeheures Wachstum und ihr einstiger Riesenkampf mit einander war in den Vereinigten Staaten ein Volksgedanke geworden. Gepflegt und verbreitet haben ihn gerade viele der Gebildeteren unter den deutschen Einwanderern.

Vor vierzig Jahren trieb das Manifest Destiny in Amerika sein Spiel in allen Zeitungen, man sprach auch ungescheut davon in der Gesellschaft. Seitdem aber die Vereinigten Staaten den schweren Bürgerkrieg ihrer Negersklaven wegen zu bestehen hatten, erschraken sie, wenn wieder die Rede kam auf die Ausdehnung und Kosten ihres künftigen Weltkampfs, sie mit ihren lockeren Schlachthaufen. Und als die deutschen Kanonen vor Sedan, Metz und Paris erschallten, da steckten sie ihr Manifest Destiny in die Tasche und nahmen es nur noch hervor in heimlichen Stunden, um es zu beängeln und darüber zu sinnen, ob es sich nicht dennoch erfüllen könne.

Ähnlich ist es den Russen ergangen. Auch ihre Köpfe steckten tief im Nebel von Welteroberungsideen. Was wollten die kleinen Reiche von ganz Westeuropa ausrichten gegen die ungeheuere Macht des heiligen Rußlands? Der Riese brauchte sich nur zu erheben, und Alles zitterte und gehorchte. Diese Vorstellungen hatten bereits einen hohen Grad von Schärfe und Deutlichkeit erlangt. Von den russischen Großen, wie in der russischen Litteratur wurden sie mit Vorliebe, mit Begeisterung gepflegt, und aus dem Glauben daran nahm die russische Politik ihre Hartnäckigkeit. Die gemeine Masse des russischen Volks fühlt in sich einen unwiderstehlichen Drang nach Ausdehnung, es durchwogt sie eine dunkle Vorstellung von der weltgebietenden Macht des heiligen Rußlands und von seiner furchtbaren Kraft, welche alle Völker niederwerfen soll. Mit diesen nationalen Hoffnungen verbindet sich die slavische Idee, daß die Zukunft den Slaven gehöre. Nachdem das römisch-griechische Zeitalter vergangen und das germanische seine Lebenskraft ver-

loren habe, müsse der Träger der Weltgeschichte der Slavismus werden. Auch hier also ein Manifest Destiny, wie ja schon Disraeli Rußland mit den Vereinigten Staaten verglichen hat[1]). Auch ist die ganze Weise kolonialer Überlandausdehnung, sind alle Sitten und Zustände auffallend ähnlich in Sibirien und Westamerika.

Die Wiedergeburt des deutschen Reiches hat so russischen wie amerikanischen Weltherrschaftsplänen ein Ende gemacht. Dazu kamen innere Krisen und der Türkenkrieg in Rußland, sowie Bürgerkrieg und ein Erlahmen des republikanischen Gedankens in Amerika. Dagegen hat England sein weltweites Kolonialreich, dessen Zerfall man bereits voraussagte, während des letzten Menschenalters nicht nur unendlich vergrößert, sondern auch innerlich befestigt und seine Verteidigung verstärkt. Der Hochgedanke einer amerikanischen Weltherrschaft wich dem einer angelsächsischen, der Plan einer gewaltigen Yankee-Republik dem eines noch mächtigeren Nationalreiches. Man begann von einer Verbrüderung von Yankees und Briten, einem englisch-amerikanischen Gesamtreiche, einer gemeinsamen Seeherrschaft und schließlich doch wieder von einem allumfassenden Weltstaate zu reden. Gegen derartige Pläne stemmten sich die Iren und die Deutschen, sie tauchten jedoch periodisch immer wieder hervor.

Zuerst galt es indessen, in Amerika sich selber als Herrn zu erweisen. Das lateinische Amerika war zwar republikanisch (seit 1889 auch Brasilien), aber der Gegensatz von Rasse und Sprache, Religion und Sitte war stärker als die ohnehin nicht tiefgehende Ähnlichkeit der Verfassungsform. Da war nun vor allem die verdrießliche kubanische Frage immer noch nicht gelöst[2]). Die Perle der Antillen zu erobern, das war nach dem Bürgerkrieg volkstümlich. Auch dort waren Sklaven zu befreien — endgiltig wurde die Sklaverei auf Kuba erst 1880 aufgehoben — war eine der verhaßten Monarchie Europas zu bekämpfen und waren reiche Pflanzungen zu gewinnen. Ohnehin war der Handel der Insel schon zu $^2/_3$ in den Händen von New-Yorker und Bostoner Kapitalisten. Als Grund für eroberndes Vorgehen nannte man die Mißstände der spanischen Regierung, die zum Himmel schrieen.

1) Oben S. 84, vgl. auch S. 66.

2) Ausführliches über die neuesten kubanischen Zustände ist in den jüngst erschienenen deutschen Schriften von Zabel, Deckert, Mnifzech und Plüddemann, sowie unzähligen englischen zu finden.

Nun waren die Mißstände gar nicht so außerordentlich, nicht schlimmer jedenfalls als das Lynchen der Yankees oder die Wirtschaft der Nordstaaten in dem kürzlich überwältigten Süden. Am heftigsten wurde, und zwar auch von Kubanern, die Gewohnheit der Spanier verdammt, von den kubanischen Einkünften ihre außerkubanischen Gesandtschaften und Kriege zu bezahlen. Das ist ungerechtfertigt genug, allein es ist ganz genau dasselbe, was auch beispielsweise heutigen Tages das zivilisierte England thut. Die Engländer bezahlen nämlich aus den indischen Einkünften ihre Kriege in Birma und Australasien und einen Teil ihrer afrikanischen Kriege und haben so auf Indien eine Schuldenlast von 2,6 Milliarden Mark gehäuft. Allein ihrer eigenen Raubgewohnheiten, ihres Opiumverkaufes, ihrer Mißhandlung der Eingeborenen in allen Erdteilen vergessend, haben die Angelsachsen ein neues Völkerrecht aufgebracht. Wo nach ihrer Ansicht schlechte oder schwache oder ungenügende Verwaltung herrscht, da halten sie sich für berechtigt, das betreffende Land sich anzueignen, um bessere Verwaltung und die Segnungen der angelsächsischen Zivilisation einzuführen. So in Transvaal, in Portugisisch-Afrika, in Ägypten, in Mexiko, in Nicaragua und auf Kuba.

Der Wahn der Briten und Yankees, daß ihre Sitten und Einrichtungen die besten der Welt, und die fanatische Sucht, dieselben allen anderen Völkern aufzuzwingen, ist im Grunde nicht verschieden von der fanatischen Propaganda des Islams und der russischen Kirche. Das Angelsachsentum, das ist eine Religion.

Genug, als von neuem ein Aufstand in Kuba ausgebrochen war, der von 1868—1878 währte, da begannen auch von neuem die Freibeuterzüge von Nordamerika. Ein Yankee, Jordan, hatte zeitweilig den Oberbefehl über alle Insurgenten. Als 1873 dreiundfünfzig Leute von dem Yankee-Dampfer „Virginius" von den Spaniern erschossen wurden, drohten die Vereinigten Staaten mit Krieg. Die Sache wurde beigelegt, und frische Flibustier schwärmten nach Kuba, ohne daß die Bundesregierung sich sonderlich bemüht hätte, sie zu stören und ihre Abfahrt zu verhindern. Die Yankees wurden jedoch nicht mehr ganz so gut von den Insurgenten aufgenommen wie früher; man war nachgerade auf den Gedanken verfallen, der Insel eine volle Unabhängigkeit zu erkämpfen, Unabhängigkeit von Spanien und von Amerika. Präsident Grant, der einer Vergrößerungspolitik eifrigst das Wort

redete, hätte gern den Anfall Kubas gesehen. Da er diese Antilleninsel nicht haben konnte, warf er seine Augen auf eine andere, Hayti. Aus eigener Machtvollkommenheit, ohne ein einziges Mitglied seines Kabinets zu befragen, sandte er einen ihm ergebenen General nach Hayti, um die dortige Lage zu studieren und — es war im Voraus klar, in welchem Sinne — darüber zu berichten. Dem Kabinet legte er sodann den Bericht vor, mit der Bemerkung, daß, da einmal die Annexion Haytis bevorstehe, es gut sei, sich über die Verhältnisse der Insel etwas zu orientieren. Das war die erste Kundgebung des schweigsamen Präsidenten über seinen Plan. Die Minister fielen in eine tiefe und lange Meditation. Zuletzt sagte der Staatssekretär: Ja, ist es denn auch ganz sicher, daß wir überhaupt Hayti zu haben wünschen. Grant erwiderte kein Wort, sondern begnügte sich damit, heftig zu rauchen. Als das Stillschweigen wieder eine Weile gedauert, ging der Präsident ohne Weiteres zu einer anderen Angelegenheit über, und Haytis ward nie wieder gedacht.

Unter dem Vorsitz Blaines, jenes schillernden, ehrsüchtigen Staatssekretärs mit der verhängnisvollen Redegewandtheit, fand 1880 der zweite panamerikanische Kongreß statt. Der ursprüngliche Gedanke war, einen Zollverein gegen Europa zu schaffen und womöglich auch politisch die beiden Amerikas enger zu einigen, allein, wie beim ersten Kongreß, so verlief auch jetzt fast Alles im Sande. Es wurden lediglich einige minder wichtige Handelsverträge abgeschlossen, die durchaus nicht hindern konnten, daß in Südamerika britischer und deutscher Handel beständig erstarkte, während die Yankees zurückwichen. Auch die Verdienste, welche die Washingtoner Regierung durch Aussenden wissenschaftlicher Expeditionen nach Brasilien und den Laplata-Ländern erworben hatte, wurde allmählich durch die Forschungen der Deutschen und Engländer überstrahlt.

Durch die Reziprozitätsverträge, die Blaine mit einigen südamerikanischen Staaten und Hawaii abgeschlossen, sahen sich die westindischen Kolonien Englands gefährdet, da sie für den Zucker, ihr wichtigstes Ausfuhrerzeugnis, stark von den Vereinigten Staaten abhängig waren. Lord Granville verlangte infolgedessen 1884 Meistbegünstigung für jene Kolonien. In Washington lehnte man das ab, bot aber Reziprozität an. Das hätte die Kolonien dem Mutterland ab- und der Union zugewandt. So wurde das Anerbieten

zurückgewiesen[1]). Britisch Westindien geriet aber in die größte Not, dergestalt daß Chamberlain 1897 mit einer Reichshilfe von 2¹/₄ Mill. Mark beispringen mußte, ohne indes etwas wesentliches zu erreichen.

Durch das Einströmen europäischen Blutes und Kapitales hoben sich allmählich die lateinischen Staaten, obwohl sie fast ununterbrochen an Revolutionen und Finanzkrisen erkrankten. So kamen namentlich Chile und Mexiko zu beträchtlicher Blüte. Die Yankees sprachen zwar von einem Aufkaufen der Provinzen Sonora und Chihuahua, aber solange Diaz am Steuer ist, der viermal hintereinander zum Präsidenten gewählt wurde, ist Mexiko ein fester Damm gegen südliches Vordringen. Dagegen erwarben Newyorker Kapitalisten große Ländereien in Honduras, Colombia und Equador, in ähnlicher Weise vorgehend wie die Briten in Südafrika. Erst den Boden besitzen, dann macht sich der Rest von selber. Dann zog die alte Frage des mittelamerikanischen Kanals in verstärktem Maße die Aufmerksamkeit auf sich. Lesseps hatte den Panama-Kanal begonnen. Die Yankees stellten ihren Plan eines Nicaraguakanales dagegen. Ob wirklich eine Durchbohrung der Landenge dem Handel solch unermeßliche Vorteile schaffen würde, darüber waren die Meinungen auch in Amerika geteilt. Die großen Überlandbahnen strengten sich an, eine Durchbohrung zu verhindern, da ihnen ja dadurch das Wasser abgegraben wurde, und Volkswirtschaftler, die in ihrem Solde schrieben, suchten darzuthun, daß ein Kanal sich niemals rentieren würde. Durch derartige Sonderbestrebungen ward denn auch wirklich lange die öffentliche Meinung in den Vereinigen Staaten beeinflußt und der Beginn des Kanals verhindert.

Die beteiligten mittelamerikanischen Republikchen spielten selber bei all diesen Plänen die geringste Rolle. Wie schon Bolivar erkannte, so scheint es unmöglich, daß in den Tropen sich feste Staatswesen ausbilden.

Aufstände, gewaltsame Umwälzungen, Überfälle, militärische Diktaturen — das sind die Ereignisse in Central- und Südamerika in den letzten siebzig Jahren, und ein so vortrefflicher Kenner dieser Länder, wie Richard Harding Davis, faßt sein Urteil über die Regierungen derselben kurz und bündig also zusammen:

---

1) Fuchs, Die Handelspolitik Englands (1893 Leipzig) S. 56.

„Jedes dieser Länder, gleichviel wie es heiße, wird von einer New-Yorker Kolonialwarenfirma, einer deutschen Eisenbahngesellschaft oder irgend einem Handelshause in Berlin, London oder Bordeaux regiert . . . Als ich in Nicaragua war, führte ein kleines englisches Bankhaus gerade Krieg gegen den Finanzminister, den Minister des Auswärtigen, den Präsidenten der Republik — kurz gegen die ganze Regierung; während die Noten dieser kleinen Bank als vollwertig in Umlauf waren, mußten die Unterthanen durch den Polizeimann oder einen Soldaten gezwungen werden, das Papiergeld des Staates an Zahlungsstatt anzunehmen."

Man erinnert sich ferner an die großartige Stellung, die das Bankhaus Baring in Argentinien einnahm. Zuletzt verlor es freilich Milliarden und liquidierte, den Rothschilds die finanzielle Weltherrschaft hinfort überlassend. Ähnlich wollte noch kürzlich Honduras seine ganze Staatsschuld von 357 Mill. Mark (bei einem Handel von blos 12 Mill. jährlich!) einer Yankee-Bank übertragen.

Im Jahre 1891 kam es in Chile zu einem Krieg zwischen dem Diktator Balmceda und den Konservativen, die sich gegen ihn empörten. Dabei erlitten mehrere Yankees Schaden an Leib und Eigentum. Die Unionsregierung schickte Kriegsschiffe und stellte ein Ultimatum. Eine zeitlang waren die Dinge äußerst gespannt. Das Kabinet von Washington machte sogar, um einen Bundesgenossen gegen Chile im Kriegsfalle zu gewinnen, den halbbankrotten Argentiniern das Anerbieten, ihnen $1^1/_2$ Milliarden Franken zu leihen. Die Anleihe sollte allerdings in Silber begeben und die Zinsen in Gold gezahlt werden, sodaß die Interessen der Yankees in keinem Fall gelitten hätten. Das Anerbieten ward indes zurückgewiesen[1]). Der Zwischenfall mit Chile hatte aber die große Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten sich ihrer Schwäche zur See bewußt wurden. Kurz zuvor war allerdings gerade ein neuer Flottenplan angenommen worden, nun arbeiteten sie aber mit verdoppeltem Hochdruck daran, um die neue Flotte rasch zu erstellen. Von 1887—97 wurden beinahe 600 Mill. Mark zu dem Ende verbraucht.

Der japanisch-chinesische Krieg lenkte die Augen auf den Verkehr mit Ostasien. Diesen würde ein mittelamerikanischer Wasserweg sehr erleichtern; bereits richtete der japanische Gesandte eine

---

1) Mündliche Mitteilung eines Argentiniers.

Note an die Regierung, worin er sich für die Neutralität eines zu bauenden Kanales aussprach, nicht ohne dabei die japanischen Interessen stark zu betonen. Es waren nämlich damals bedeutende japanische Kolonisationen in Chiapas (Südmexiko), Guatemala und Brasilien im Werke, auch befanden sich in Guadeloupe 500 japanische Kuli (die einmal einen kleinen Aufstand machten), eine japanische Dampferlinie nach S. Diego in Südkalifornien, mit Zweiglinien nach mexikanischen Plätzen, wurde geplant, sodaß man in der That von japanischen Interessen in Mittelamerika reden konnte. Ja, ein japanischer Spion, der Arzt M., ging nach Kuba, um die militärische Stärke oder Schwäche der Spanier auszukunden. Die Staatsmänner des Mikado hegten damals Absichten auf die Philippinen. Von den großartigen Kolonisations- und Schiffahrtsplänen der Japaner, die der Ausfluß eines akut gesteigerten Selbstbewußtseins waren, ist allerdings bis zur Stunde sehr wenig ausgeführt worden, allein sie sind ein bedeutsames Symptom für eine mögliche zukünftige Entwicklung, zumal die Chinesen sich in ähnlichen Bahnen bewegen. Der Geologe Pumpelly hat schon in den sechziger Jahren eine Erschließung Mittel- und Südamerikas durch chinesische Arbeit befürwortet. Heutzutage sind von den nordchilenischen Küsten bis nach Mexiko und Barbados überall Chinesen als Kuli und Kaufleute. Auch am kubanischen Aufstande haben mehrere Chinesen teilgenommen und haben in den Reihen der Insurgenten gekämpft.

Da der Wasserweg in Mittelamerika noch im weiten lag, versuchten die Engländer eine neue Überlandverbindung zu schaffen, mit dem ausgesprochenen Zweck, den ostasiatischen Handel an sich zu reißen. Ein englisches Syndikat erwählte dazu Tehuantepec an der Südwestküste Mexikos und beschloß, dort einen Hafen anzulegen, der als Ausgangspunkt einer neuen Isthmusbahn dienen könne. Zugleich trachtete die Britische Regierung darnach, ihren Einfluß von der englischen Moskitoküste aus in Honduras auszubreiten. Ebenso dehnte sie schrittweise das Gebiet von Britisch Guyana aus. Da dies auf Kosten Venezuelas geschah, so erhob dieser Freistaat Einspruch. Der nützte jedoch nichts. Die Engländer fuhren fort, venezolanische Goldfelder an sich zu raffen, bis, durch die Klagen der Republik aufmerksam geworden, die Vereinigten Staaten Einhalt geboten. Am 17. Dez. 1895 erließ Cleveland eine drohende Botschaft, worin er den Engländern die Wahl zwischen Krieg oder Nachgeben stellte. Mit schallendem Jubel begrüßte

die größere Hälfte der Nation die gewappnete Kundgebung. Den Venezolanern aber war es gar nicht besonders recht, unaufgefordert in ein Schutzverhältnis zu den Vereinigten Staaten zu kommen. Ebenso wenig konnte es ihnen behagen, daß eine englisch-amerikanische Kommission eingesetzt wurde, die, ohne sich viel um die Wünsche Venezuelas zu kümmern, eigenmächtig die Grenze festsetzte. Schließlich blieb dem kleinen Freistaat nichts anders übrig, als dem Beispiel des großen Englands zu folgen, nämlich nachzugeben. In ganz Südamerika aber ward das Gefühl lebendig, daß die Vereinigten Staaten es auf eine Hegemonie beider Amerikas abgesehen hatten. Nun war aber eine Einigung Südamerikas gegen die Yankees nicht zu erzielen, auch ist die Schwäche der tropischen Freistaaten unheilbar. Von einer Hegemonie Chiles wollten seine feindlichen Nachbarn nichts wissen. Am ehesten ist noch durchzuführen, was jüngst zahlreiche Anhänger findet: ein Dreibund Chiles, Argentiniens und Paraguays, wozu vielleicht später Südbrasilien stoßen würde. Jedenfalls eine Kombination, die den Yankees nachhaltigen Widerstand entgegensetzen könnte.

Freilich würde bei einem Zusammenstoß auch europäische Mitwirkung in Betracht zu ziehen sein. Handel und Einfluß Englands, Deutschlands und Frankreichs fallen zur Zeit in Südamerika noch bedeutender in die Waagschale als die Wünsche der Yankees. Der Handel der Vereinigten Staaten mit Südamerika kommt erst in dritter, wenn nicht vierter Linie. Es betrug 1897 die Einfuhr nach der Union 107,4 Mill. Dollars, die Ausfuhr 33,8 Mill.[1]). Immerhin ist dieser Verkehr fast 8 % von dem Gesamt-Außenhandel der Vereinigten Staaten.

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu England hat sich oft geändert. Der Unabhängigkeitskrieg (1774—1783) ließ zunächst eine starke Erbitterung zurück. Jefferson aber hielt es bereits 1801 für möglich, ein Bündnis mit Großbritannien abzuschließen. Ein zweiter Krieg währte 1812—1814. Der zwischen den beiden Staaten aufblühende Handel ließ aber neuerdings freundschaftlichere Gefühle aufkommen. Man dachte 1837 und 1854 wieder an eine innigere Annäherung. Das gute Verhältnis ward jedoch durch die britische Begünstigung der Südstaaten und die Einfälle der Fenier in Kanada bedenklich getrübt. Andererseits

1) Review of the World's Commerce 147.

ward Grant mit hohen Ehren in London empfangen, und eine glänzende Reihe geschickter und gebildeter Yankees, die als diplomatische Vertreter oder Vergnügungsreisende oder auch, wie Waldorf Astor und Carnegie, als Grundbesitzer auf ihren Gütern sich in England aufhielten, hat viel dazu beigetragen, wenigstens die geselligen Beziehungen zwischen Union und England zu kräftigen. Dann aber kam wieder Streit wegen der Fischerei südlich von Neufundland und im Behringsmeer, sowie wegen Kanadas. Die Yankees hielten und halten es für gewiß, daß Kanada einst sich den „Sternen und Streifen" anschließen werde. Die Meinung in Kanada selbst aber ist geteilt. Eine demokratische Partei wünscht allerdings den Anschluß, die imperialistische aber ist dagegen. Merkwürdiger Weise sind auch die Franzosen für die britische Herrschaft, obwohl sie darin doch anfänglich eine Unterdrückung erblickt hatten und obwohl sie in der Faschodafrage für ihre Landsleute Partei genommen haben. Sie fürchten eben, daß Einverleibung in die Union für sie Entvolklichung bedeute, während sie jetzt große Freiheiten genießen. In Niederkanada, der Hochburg des französischen Elementes, ist französisch die Staatssprache und im Hauptparlament der Dominion ist ebenfalls französisch mit dem englischen gleichberechtigt. Wie großen Einfluß die Franzosen ausüben, geht auch daraus hervor, daß einer aus ihrer Mitte, Sir Wilfrid Laurier gegenwärtig (seit 1896) Premierminister ist. Neben Angelsachsen und Franzosen kommt als drittes Element noch die deutsche Einwanderung in Betracht, die sich letzthin namentlich nach Westkanada gewandt hat. Die Deutschen, etwa 450.000 stark bei einer weißen Gesammtbevölkerung von etwa 6 Mill., haben, da man ihnen 1894 die deutsche Schule entziehen wollte, gegen die Engländer Stellung genommen.

Vorläufig aber waren und sind wirthschaftliche Verhältnisse für die auswärtigen Beziehungen Kanadas maßgebend. Das Land[1]) war durch den 1890 erlassenen M'Kinley-Tarif der Vereinigten Staaten schwer bedroht und derjenige Teil der liberalen Partei, welcher überhaupt nach den Vereinigten Staaten hin gravitierte und die Zukunft Kanadas in der Vereinigung mit diesen erblickte, trat nun zunächst für den Abschluß eines Handelvertrages mit den Vereinigten Staaten auf dem Boden völliger Reciprocität,

1) Vgl. Fuchs, Die Handelspolitik Englands 283 f.

d. h. gegenseitigen Freihandels ein, mit anderen Worten: für einen Zollverein zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten. Daß ein solches Zollbündnis für Kanada in wirthschaftlicher Beziehung große Vorteile bieten würde, ist nicht zu leugnen, da es für seine landwirtschaftlichen Produkte ein großes Absatzgebiet in den Vereinigten Staaten finden würde. Dagegen würden allerdings die unter der Schutzzollpolitik der konservativen Regierung geschaffenen Anfänge eigener Industrie völlig geopfert werden müssen. Der Führer der Konservativen, der Premierminister M'Donald, erkannte aber sehr wohl, daß ein solches Zollbündnis mit den Vereinigten Staaten mit Notwendigkeit zu einem politischen Anschluß an diese, und zur Trennung vom Mutterlande, führen würde.

Denn ein Zollverein mit den Vereinigten Staaten mit Freihandel im Innern und Schutzzoll nach außen hin würde sich im Interesse der Vereinigten Staaten notwendig auch gegen das Vereinigte Königreich kehren müssen, würde also bedeuten, daß Kanada fremde Waren in zollpolitischer Beziehung günstiger behandelt, als die des Mutterlandes. Ob sich letzteres dieses aber gefallen lassen würde, erschien zweifelhaft. Denn wenn es zur Zeit den Kolonien auch völlige Freiheit in Erhebung von Zöllen ihm gegenüber läßt, so hat doch noch keine der Kolonien bisher eine differenziell ungünstige Behandlung des Mutterlandes versucht, und es wurde neuerdings vielfach nachzuweisen versucht, daß die bestehende Verfassung des Reiches nnd der Kolonien dies auch ausschließe. M'Donald, ein scharfer Gegner der Annexion Kanadas durch die Vereinigten Staaten und eifriger Anhänger der Bewegung für Imperial Federation, leistete daher diesen auf einen Zollverein mit den Vereinigten Staaten hinzielenden Bestrebungen lebhaften Widerstand. Am 2. Februar 1891 wurde das Bundesunterhaus (Dominion House of Commons) aufgelöst und es begann ein überaus lebhafter Wahlfeldzug, bei dem nichts geringeres als die politische Zukunft Kanadas, seine fernere Zugehörigkeit zum britischen Reiche oder sein dereinstiger Anschluß an die Vereinigten Staaten zur Entscheidung stand. Im Verlaufe desselben wurden hervorragende Politiker, Anhänger der liberalen Partei, durch politische Intriguen, in welchen sie die Annexion Kanadas betrieben hatten, schwer kompromittiert. Nach Macdonalds Behauptung sollten sogar die Kanada besonders bedrohenden Bestimmungen des M'Kinley-Tarifes,

zum Teil dem verräterischen Rat solcher kanadischer Politiker zu danken sein, die damit die Durchführung der Vereinigung Kanadas mit der Union zu erzwingen hofften.

Der erbitterte Kampf, den man in England mit der größten Spannung verfolgte — stand doch nicht weniger als die Zukunft des britischen Reiches auf dem Spiel — endete mit einem zwar nicht glänzenden aber doch entschiedenen Siege der konservativen Partei unter Macdonalds Führung. Dieser mußte jedoch den Sieg mit seinem Leben bezahlen, da die Strapazen des Wahlfeldzuges seine Gesundheit untergraben hatten.

Im September 1891 legte die kanadische Regierung dem Bundesparlament eine Adresse an die Königin vor. Man bat um Kündigung der Klauseln in den Handelsverträgen Englands, da diese Kanada hinderten, mit dem Mutterlande oder mit fremden Staaten, also insbesondere mit den Vereinigten Staaten, Zollvergünstigungen zu vereinbaren, und im Widerspruch stünden mit der Verfassung der Dominion von 1867, und der der Kolonie hier eingeräumten selbständigen Bestimmung ihrer Handelspolitik. Die Adresse fand in beiden Häusern des Bundesparlaments einstimmige Annahme, da die handelspolitische Freiheit, welche sie für Kanada verlangte, auch für die von der liberalen Partei in Kanada vertretene Handelspolitik Voraussetzung ist. Indes war es, wie die Debatte zeigte, nicht dieser Zweck, zu welchem die jetzige Regierung die Adresse einbrachte, sondern vielmehr der Wunsch nach Zollbegünstigungen seitens des Mutterlandes, wie sie die Mehrheit der kanadischen Bevölkerung zum Lohn für den Verzicht auf den Reziprozitätsvertrag mit den Vereinigten Staaten nunmehr verlangte. England war durch dieses Vorgehen Kanadas in eine unangenehme Lage versetzt: schlug es Kanada diesen Wunsch ab, so waren die politischen Folgen unberechenbar; erfüllte es sie, so gab es der Dominion ein zweischneidiges Schwert in die Hand, das auch einmal gegen das Mutterland gekehrt werden konnte.

Besonders wichtig aber waren verschiedene neue in Kanada gemachte Vorstöße, welche zeigten, wie brennend hier die Frage der Zollunion des britischen Reiches ist. Am 22. März hielt der Finanzminister der Dominion, Forster, eine bedeutsame Rede. Er teilte zunächst das endgültige Scheitern der in Washington geführten Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wegen eines neuen Reziprozitätsvertrages mit, welches deswegen erfolgte,

weil letztere Ausdehnung desselben auch auf die Manufakturen und Eingehung eines förmlichen Zollvereins verlangten, also eine differenzielle Behandlung Englands durch Kanada. Forster wies auf die Bedeutung hin, welche England als Absatzmarkt für Kanada habe und infolge der Verschiebung des Marktes in den Vereinigten Staaten nun erst recht gewinnen müsse und stellte endlich eine Herabsetzung der kanadischen Zölle gegen ihm gewährte Zollvergünstigung in Aussicht. Kurze Zeit darauf, am 7. April wurde im kanadischen Bundesparlament von der Opposition ein Antrag eingebracht, daß Kanada vollständige Freiheit im Abschluß von Handelsverträgen vom Mutterlande verlangen solle, wurde jedoch abgelehnt.

Endlich ward am 2. April 1892 die Antwort der englischen Regierung auf die kanadische Adresse vom vorhergehenden Jahre erteilt und ist am 22. April dem kanadischen Parlament vorgelegt worden.

Die Antwort schlug das Verlangen Kanadas nach Kündigung jener Klauseln ab mit der Begründung, daß die Aufhebung dieser Klauseln Kanada doch keineswegs die Freiheit der äußeren Handelspolitik geben würde, welche es zu verlangen scheine, nämlich die Freiheit, Differenzialzölle irgend welcher Art einzuführen. Das Recht hierzu sei den selbständigen Kolonien nie generell zugestanden worden. Ferner könnten die betreffenden Klauseln nicht allein gekündigt werden; die Verträge, deren Bestandteil sie bilden, seien von größter Wichtigkeit nicht nur für England, sondern auch für Kanada und die übrigen Kolonien, auf welche sich das Meistbegünstigungsverhältnis, welches England kraft derselben genießt, ebenfalls erstreckt, und welchen daher die Zollermäßigungen zu gute kommen.

Kaum acht Tage nach Vorlegung dieser ablehnenden Antwort im kanadischen Bundesparlament erfolgte nun hier ein neuer und energischer Schritt in der angestrebten Richtung. Am 28. April wurde nämlich eine Resolution angenommen, in welcher sich Kanada bereit erklärte, wenn das englische Parlament kanadischen Produkten im Vereinigten Königreich Zollvergünstigungen gegenüber denselben Produkten aus fremden Ländern gewähren würde, eine wesentliche Herabsetzung seiner Zölle auf britische Manufakturwaren eintreten zu lassen. Damit wurde von Kanada die früher oft wiederholte Behauptung widerlegt, daß die Kolonien für die Zollvergünsti-

gungen, die sie verlangten, nicht einmal bereit wären, Gegenleistungen zu gewähren.

Diese wichtige Resolution des kanadischen Parlaments wurde von der „Times" in einem viel bemerkten Artikel im ganzen sehr sympathisch begrüßt, jedoch verlangt, daß auch die anderen selbständigen Kolonien sich diesem Anerbieten Kanadas anschlössen: „there would be a strong body of public opinion in favour of meeting the offer, if possible, even at the cost of some departure from the rigorous doctrines of Free Trade."

Im englischen Oberhaus lenkte am 27. Mai wieder der Earl von Dunraven die Aufmerksamkeit auf diesen Beschluß des kanadischen Parlaments und empfahl in einer sehr geschickten Rede angelegentlichst die von Kanada angeregte Handelspolitik und zwar mit allen Konsequenzen für England, insbesondere auch der Einführung eines mäßigen Zolles auf fremdes Getreide. Der Vertreter der Regierung, Lord Balfour, lehnte aber auch hier das Eingehen auf derartige Vorschläge mit Entschiedenheit ab.

Seit 1883, in welchem Jahre eine Erhebung unter Aguero stattfand, hatte die kubanische Frage geruht. Mancherlei Verbesserungen waren in Verwaltung und sonst eingeführt worden. Die Perle der Antillen blühte mächtig auf. Überwiegend war allerdings diese materielle Blüte durch ausländisches Kapital, deutsches, britisches, französisches und amerikanisches, hervorgerufen. Der Handel der Insel erhob sich auf 670 Millionen Mark, denen man die 90 Mill. Zeylons entgegenstellen mag. Da brach Anfang 1895, ohne besonders hervorstechenden Grund, wiederum ein Aufstand aus. Der letzte und entscheidende von der ganzen, langen Reihe. Die Gründe zu der Erhebung scheinen in wirtschaftlichen Zuständen gelegen zu haben. Ein Jahrzehnt hindurch hatte man[1]) die Leiden des letzten Aufstandes noch zu sehr im Gedächtnis. Eine zeitweilige Hebung des Zuckergeschäfts durch gute Ernten und einen Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten, welcher durch besondere Begünstigungen der Zuckerproduzenten eine bedeutende Mehreinnahme sicherte, stellte überdies den Kubanern glücklichere Zeiten in Aussicht. Die Verhältnisse fingen an sich zu bessern, und so fand der Aufruhrgedanke kein Entgegenkommen.

1) Das Folgende nach Plüddemann, Der Krieg um Kuba 23 ff.

Das wurde aber ganz anders, als im Jahre 1894 die Vereinigten Staaten den Handelsvertrag mit Spanien aufhoben und sich mit Mc Kinleys Schutzzollschranken umgaben. Wiederum mußte ein Theil der Ingenios (Pflanzungen), deren Zahl sich langsam wieder vermehrt hatte, den Betrieb einstellen.

Wenn schon in allen Ländern die Masse des Volkes geneigt ist, jede wirtschaftliche Not der Regierung in die Schuhe zu schieben, und damit die Zahl der Mißvergnügten wächst, wie viel mehr auf Kuba, wo die spanische Mißwirtschaft seit Alters klar zu Tage lag. Schon 1894 kam es zu Krawallen und blutigen Auftritten. Im Geheimen aber entwickelten die Häupter der Mißvergnügten, welche jetzt nichts mehr von der Regierung hofften, eine viel gefährlichere Tätigkeit. Ein allgemeiner Aufstand, mit dem Zweck, sich vollständig frei und unabhängig von Spanien zu machen, wurde organisiert und diese Organisation von den kubanisch-nordamerikanischen Juntas durch reichliche Geldmittel unterstützt.

Im Februar 1895 fand die Erhebung zu gleicher Zeit in den Provinzen Matanzas und Santiago de Kuba statt; überall traten bewaffnete Banden auf, Flibustierexpeditionen aus den Vereinigten Staaten führten den Aufständischen Streiter und Waffen zu, fast ungehindert von den wenigen lahmen Kanonenbooten, welche in den kubanischen Gewässern stationiert waren. Die Leitung der ganzen Bewegung nahm General Gomez in die Hand, welcher sich schon in dem vorhergehenden Aufstande von 1868 bis 1878 ausgezeichnet hatte; als Oberbefehlshaber der Insurgenten wurde bald der aus Costarica eingetroffene Neger Maceo eingesetzt. Daß ein Neger den Oberbefehl hatte, führte dem Aufstande die Neger der Insel in hellen Haufen zu. Sie verband gar kein Gefühl der Zugehörigkeit mit Spanien und der spanischen Rasse und sie sahen in ihren Träumen wohl schon Kuba als eine Republik, in der die Negerrasse, wie auf Haïti, die herrschende war.

In Spanien versuchte man in letzter Stunde, den Geist der Rebellion durch Gewährung einiger der so lange versprochenen Reformen zu bannen. Es war aber zu spät. Schon im ersten Monat der Empörung erkannte der Generalkapitän Gallega, daß es sich nicht um vereinzelte aufrührerische Banden handele, sondern um eine allgemeine Erhebung, und er verhängte den Belagerungszustand über die Insel.

Als der Ernst der Sachlage in Spanien erkannt war, schickte

man den von seiner früheren Thätigkeit in Kuba bekannten und beliebten Marschall Martinez Campos als Generalkapitän hinüber. Derselbe forderte sogleich und erhielt beträchtliche Unterstützungen an Truppen, versuchte aber auch zu gleicher Zeit auf dem Wege der Verwaltungsverbesserung und des Entgegenkommens die Insurgenten zu gewinnen. Diese aber, wenngleich sie dem Marschall persönlich nicht mistrauten und seinem guten Willen, sowie seinen Amtshandlungen ihre Anerkennung nicht versagten, hatten zu schlechte Erfahrungen gemacht. Sie wußten, daß diesem Generalkapitän sehr schnell andere folgen würden, welche alle Errungenschaften wieder in Frage stellen würden. Andererseits kannten sie zu genau die Stärken und Schwächen des regulären Militärs und hüteten sich, mit ihm auf freiem Felde zusammenzutreffen. Sie suchten ihren Vortheil, durch Nachrichten aus allen Volksklassen und Gegenden unterstützt, in Überrumpelung kleinerer Detachements, durch Überfall marschierender Kolonnen im Gebirge und Busch, wo sie plötzlich wieder verschwinden konnten, und durch Zerstörung und Wegnahme von Regierungseigenthum.

Als man keine Erfolge sah, und da man das entgegenkommende Wesen und die liberale Gesinnung des Marschalls mit scheelen Augen ansah, während sich die spanische Nation in alter Überhebung als eine der mächtigsten und politisch reifsten wähnte, wendete sich das Vertrauen von Regierung und Volk von ihm ab. Man glaubte durch größere Energie und weniger Entgegenkommen mehr zu erreichen und sendete den nach dieser Richtung hin bekannten General Weyler im Juni 1896 als Generalkapitän nach Cuba.

Dieser schlug einen andern Weg ein. Er ließ die Insel durch zwei befestigte Linien, Trochas genannt, in drei Teile teilen. Die Trochas bestanden aus einer Reihe von Schanzen, Blockhäusern und sonstigen befestigten Punkten dergestalt, daß die einzelnen Posten und Positionen in Hörweite voneinander lagen, während die Zwischenräume durch Gräben, Verhaue und Drahtzäune gegen ein schnelles Durchbrechen größerer Abteilungen gesichert waren.

Die spanischen Streitkräfte wurden in größere Heeresabteilungen formiert, und es wurde versucht, die einzelnen Inselteile zwischen den Trochas und außerhalb derselben systematisch durch Abtreiben von Insurgentenbanden zu säubern. Zugleich ordnete der Generalkapitän die schärfsten Maßregeln gegen jede Unterstützung

der Aufständischen und jede der Regierung unbequeme Agitation und Meinungsäußerung an. Er ließ die Ortschaften und Felder verwüsten, die Viehherden wegtreiben, wo er glaubte, daß die Aufständischen und ihre Freunde darin Schutz und Lebensunterhalt finden könnten; Verdächtige wurden eingekerkert, die Hinrichtungen nahmen kein Ende.

Er erreichte sein Ziel ebensowenig wie sein Vorgänger. Die Insurgenten hielten auch jetzt nirgends Stand, sondern stoben vor dem Angriff der Truppenmassen auseinander, um sich hinter ihnen wieder zu sammeln, die Verbindungen zu unterbrechen, Proviantkolonnen wegzunehmen und die Truppen aus dem Hinterhalt zu beschießen. Sie rächten sich für die Zerstörung ihres Eigenthums durch Wiedervergeltung, für die Bluturteile durch Ermordung von Gefangenen und Verwundeten. Die gleichgültigen Elemente wurden ihnen in die Arme getrieben, frühere Freunde der spanischen Regierung wurden schwankend.

Die Insurgentenführer verboten, die Ernten hereinzubringen, um der Regierung keine Einkünfte zuzuführen. Widerstrebenden wurden ihre Häuser und Plantagen zerstört.

General Weyler hatte hundertfünfzehn Bataillone Infanterie, zweiundvierzig Schwadronen Kavallerie, zehn Batterien Gebirgsartillerie und mehrere Kompagnien Pioniere, im ganzen etwa hundertfünfundvierzigtausend Mann unter seinem Befehl. Diese Truppen litten bald derartig unter den klimatischen Krankheiten, der Ruhr, Málaria und dem gelben Fieber, daß ihm kaum mehr als die Hälfte zu den Operationen zur Verfügung stand. Auch dieser Rest litt unsäglich unter dem Mangel an Ausrüstung und Verpflegung, welche die auch in dieser Beziehung unfähige Verwaltung, die Heeresintendantur, nicht in genügendem Maße herbeizuschaffen verstand. So waren im November 1896 bei einem Bataillon nur 82 Marschfähige, da es den Leuten an Kleidern und besonders an Schuhwerk fehlte. Natürlich waren die Etappenverhältnisse schlecht organisiert, die Sanitätspflege vernachlässigt. Sogar dem General Weyler selber fehlte es zeitweise an Zelten und Lebensmitteln.

Der Handel der Vereinigten Staaten mit Kuba betrug 1893 an 103 Mill. Dollars. Die Insel blühte und versprach noch mehr für die Zukunft. Da brach der Aufstand aus, der von der Union moralisch, finanziell und durch Entsendung von Freiwilligen unter-

stützt wurde. Neunundfünfzig Flibustierzüge gingen nach der Perle der Antillen. Teils von den Aufständischen, teils von dem spanischen Heere ward Kuba von Grund aus verwüstet und im Jahre 1897 betrug der Unionshandel mit der Insel noch nicht 27 Mill. Dollars. Jetzt riefen die Yankees: Wir können die Mißverwaltung nicht länger mehr dulden, unsere Interessen leiden. Raffen wir uns auf zur Intervention! Cleveland, ein Mann von ungewöhnlicher Charakterstärke, der alle Präsidenten seit Lincoln weit überragt, hatte sich noch erfolgreich gegen alle Interventionswünsche gestemmt. Mac Kinley war bereits viel nachgiebiger.

Er sprach sich zwar in der Botschaft, mit der er am 6. Dezember den Kongreß eröffnete, gegen die Anerkennung der Insurgenten als kriegführende Macht aus und bezeichnete eine zwangsweise Einverleibung der Insel durch die Vereinigten Staaten als ungerecht. Er schloß aber mit den Worten: eine Intervention zu Gunsten der Insurgenten werde dann erfolgen, wenn Zustände eintreten, welche sie nach den Anschauungen der ganzen civilisierten Welt notwendig machen würden.

Der Inhalt der Botschaft befriedigte die Nordamerikaner nicht, ihr Ton war aber ein solcher, daß er den empfindlichen Stolz der Spanier stark reizte. Dazu die vielen unzweideutigen Beweise von Sympathie der Nordamerikaner den Rebellen gegenüber und die bekannte Thatsache, daß der Aufstand sich nur durch die kaum versteckte Hülfe der ersteren über Wasser hielt; das Alles verursachte häufige Kundgebungen der spanischen Bevölkerung in Europa, und selbst Bedrohungen nordamerikanischer Konsuln und Bürger, denn die Spanier fühlten sich provoziert und direkt geschädigt. Es fehlte sogar nicht an Stimmen — darunter die des Generals Weyler und des Thronforderers Don Carlos —, welche dafür Propaganda machten, dem für Spanien unerträglichen Zustande dadurch ein Ende zu bereiten, daß Letzteres an die Union den Krieg erkläre.

Von militärischen Erfolgen des General Weyler hörte man indessen nichts. Oft gar errangen die Aufständischen einige Vorteile: die Stadt Santa Clara war nahe daran, in ihre Hände zu fallen, und mehrere Male wurden in unmittelbarer Nähe von Habana erfolgreiche Zerstörungsunternehmungen gegen Eisenbahnzüge ausgeführt. Der Führer Maceo fiel zwar im Kampfe; an seiner Stelle fand aber der Aufstand in Garcia ein ebenso energisches Oberhaupt.

Man kam in Madrid schließlich zur Ueberzeugung, daß General Weyler doch nicht der richtige Mann sei, wechselte wiederum das System und schickte den General Blanco mit weitgehenden Vollmachten für Einführung vollständiger Autonomie — Kuba für die Kubaner lautete längst schon die Parole — nach der Insel ab. Dieser hob die drakonischen Gesetze des Generals Weyler auf, befleißigte sich der größten Mäßigung den Insurgenten gegenüber, trotzdem diese selbst Parlamentäre aufhängen ließen, und berief eine Junta von angesehenen Kubanern, welche die Grundzüge der autonomen Verwaltung ausarbeiten sollte.

Die Verleihung der vollständigen Autonomie, somit die begründete Aussicht, daß der Mehrzahl der kubanischen Klagen, wenn nicht allen, in Bälde abgeholfen werden dürfte, fing schon an, die Gemüther versöhnlicher zu stimmen, das allgemeine Elend hatte die Kampflust gedämpft, und es war alle Aussicht, daß endlich die spanisch-kubanischen Streitfragen zur Zufriedenheit der Betheiligten gelöst werden würden, da trat plötzlich der bisher latente Machtfaktor, das Bestreben der Vereinigten Staaten nach Machterweiterungen, in den Vordergrund.

Zunahme der Bevölkerung und der Staaten.

Die Ausdehnung der territorialen und politischen Macht der Yankees ward von einem ungeheuren industriellen und kommerziellen Aufschwung begleitet. Beides wäre nicht möglich gewesen ohne eine starke Zunahme der Bevölkerung. Diese aber war wesentlich durch die Einwanderung[1]) bedingt. Von 1820—1894 sind $17^1/_2$ Mill. Einwanderer nach den Vereinigten Staaten gelangt. Wir können für das ganze Jahrhundert 20 Mill. einsetzen. Rechnet man die Einwanderung ab, so erhält man für die Zunahme des einheimischen, weißen Elementes in Nordamerika keinen größeren Prozentsatz als für Europa. Zugleich ergibt sich, daß der größere

1) Vgl. darüber Th. Poesche's wertvolle Statistik, die unter dem Namen C. Ford's als Denkschrift des Treasury Departement „Immigration at ports of the Unites States" Washington 1895 erschienen ist.

Teil der jetzigen Unionsbevölkerung auf Europäer zurückgeht, die nach 1840 eingewandert sind[1]).

Die Bewegung der Unionsbevölkerung stellt sich folgendermaßen dar:

	Gesamtbevölkerung.	Schwarze.	Einwanderer.
1775	1.4 Mill.	—	—
1790	3.9 "	0.8 Mill.	—
1800	5.3 "	1 "	—
1810	7.2 "	1.3 "	—
1820	9.6 "	1.8 "	143.000 (unzuverlässig)
1830	12.8 "	—	
1840	17 "	—	599.000
1850	23.1 "	—	1.7 Mill.
1860	31.4 "	—	2.6 "
1870	38.5 "	—	2.3 "
1880	50.2 "	—	2.8 "
1890	62 "	7.6 Mill.	5.3 "
1891—98		beiläufig	3.3 "
1899 an	75 "	9 Mill.	

Die Zahlen für die Einwanderung sind bis in die neueste Zeit nicht absolut zuverlässig. Auch ist nicht zu vergessen, daß in ungünstigen Zeiten Viele teils zurückgewandert, teils nach andern Ländern wie Kanada, Argentinien, Hawaii, Südafrika weitergewandert sind. Viele britische Arbeiter kommen blos, um während des Sommers sich etwas zu verdienen, von den Italienern gehen in manchen Jahren drei zurück gegen vier, die anlangen.

1) Sering, Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas S. 85 kommt zu ganz anderen Ergebnissen, da er fälschlich eine jährliche Zunahme von 2% annimmt. Der Irrtum ist offenbar so entstanden, daß Sering die zehnjährige Zunahme um 0,2 einfach durch 10 teilte, um den Jahreszuwachs zu erhalten, statt die zehnte Wurzel aus 0,2 zu ziehen. Auch berücksichtigt er den Zuwachs der während einer Dekade Eingewanderten erst am Ende, nicht schon innerhalb des Jahrzehntes. Ebenso wenig berücksichtigt er, daß zu dem raschen Schwellen der einheimischen Bevölkerung sehr viel die Neger beigetragen, die für das Bilden eines nationalen Geistes doch nur Hemmnis waren. Endlich ist bei der deutschen und dänischen Jahreszahl für die Volksvermehrung 1.14 und 1.08 verdruckt für 1.014 und 1.008.

Den einzelnen Staaten nach ist die Einwanderung von 1820 bis 1894 folgendermaßen zu ordnen: Es kamen

aus	Österreich	0.7	Mill.
„	Dänemark	0.2	„
„	Frankreich	0.4	„
„	Deutschland	4.9	„
„	Italien	0.6	„
„	Schweden und Norwegen	1.1	„
„	England	2.6	6.7 Mill.
„	Schottland	0.4	
„	Irland	3.7	

In staunenswerter Weise haben die Yankees es verstanden, die Einwanderer aufzusaugen und volklich sich anzugliedern. Die ausgedehnte Binnenwanderung des Yankee selber ließ, wie dies Sering gut nachgewiesen hat, es nirgends zu der Ausgestaltung fester Fremdkörper kommen, weder zu einem imperium in imperio, noch zu kultureller Sonderbildung. So haben die Einwanderer, statt zu hemmen und zu hindern, bis vor kurzem nur dazu beigetragen, die Wucht des Angelsachsentums zu verstärken.

Bürger der Vereinigten Staaten ist jeder, der im Gebiet derselben geboren ist. Eingewanderte erhalten das volle Bürgerrecht, wenn sie fünf Jahre in den Vereinigten Staaten gewohnt und wenigstens zwei Jahre vorher die Erklärung abgegeben haben, Bürger werden zu wollen. Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.

Ursprünglich enthielt die Union nur die dreizehn Staaten, welche die Unabhängigkeitserklärung unterzeichneten. Dazu kamen bis 1867 folgende Staaten: 14) Vermont, 15) Kentucky, 16) Tennessee, 17) Ohio, 18) Louisiana, 19) Indiana, 20) Mississippi, 21) Illinois, 22) Alabama, 23) Maine, 24) Missouri, 25) Arkansas, 26) Michigan, 27) Florida, 28) Texas, 29) Iowa, 30) Wisconsin, 31) California, 32) Minnesota, 33) Oregon, 34) Kansas, 35) West-Virginia, 36) Nevada, 37) Nebraska. Ferner gehörten damals zu den Vereinigten Staaten als Territorien: Colorado, Neu-Mexiko, Utah, Washington, Dakota, Montana, Wyoming (jetzt ebenfalls Staaten), Kolumbia-Distrikt, Arizona, Idaho. Indianer-Gebiet und das von Rußland erkaufte Alaska sind erst später (1892 und Ende 1867) hinzugekommen.

Die Bewohner dieser Territorien genießen alle Rechte der Bürger, haben aber noch kein Stimmrecht in Angelegenheiten der

Nation. Die Verfassung muß eine republikanische und vom Kongreß bestätigte sein. Ein solches Territorium wird auf formelles Gesuch durch Kongreßbeschluß zum Staat erhoben, wenn der Kongreß die Einwohnerzahl für genügend erklärt. Früher war man mit 30000 Einwohnern zufrieden; ein bestimmtes Gesetz über die erforderliche Zahl gibt es nicht.

Verkehrspolitisches und kulturelles Wachstum.

Im Jahre 1890 besaßen die Vereinigten Staaten mehr als die Hälfte der Schienenwege der ganzen Welt. Das Verhältnis hat sich seitdem stark zu Ungunsten der Union verändert, weil Kanada und Japan und Indien und das Russische Reich ihre Eisenbahnen stark vermehrten, allein die Union hat ihrerseits seitdem nicht blos ihre eigenen Verkehrswege weiter ausgedehnt, sondern auch in anderen Staaten Bahnen gebaut. So haben die Yankees mit Beihilfe von französischem Kapital die Hauptlinie, die Mexiko nordsüdlich durchschneidet, und mehrere Querlinien ebendaselbst angelegt. Sie haben ferner an der Bahn von Chemulpo nach Soul sich beteiligt und hoffen zuversichtlich, die Konzession der Hankau-Kanton-Bahn zu erlangen. Huntington, der Cecil Rhodes des amerikanischen Westens, der Präsident der allmächtigen Southern Pacific, ein Mann, der auch in China und Ostafrika große Interessen hat, Huntington leitet eine Dampferlinie, die von S. Franzisko nach Panama und eine andere, die von Panama nach New-York geht. Außerdem gehen drei Yankee-Linien von New-York und Tampa nach Westindien und Mittelamerika, während Mexiko und die mittel- und südamerikanischen Republiken nicht einmal eine eigene Küstenschiffahrt zu entwickeln vermocht haben. Huntington ist weiterhin die Seele der zwei Dampfergesellschaften, die von S. Franzisko nach Ostasien den Handel vermitteln. Eine dritte Gesellschaft mit der gleichen Aufgabe, die Oregon railway and navigation Co., deren Aktien zum Teil in Berlin, läßt ihre Schiffe von Portland nach Ostasien laufen. Diesen drei und zwei britisch-kanadischen Gesellschaften steht blos eine japanische gegenüber, die Nippon Yusen Kaisha, deren Erfolg ganz unbeträchtlich ist. Der Deutsch-Kalifornier Spreckels, der Zuckerkönig des Westens, besitzt eine Linie, die von S. Franzisko nach Hawaii und Australien

führt. Außerdem bestehen zwei unabhängige Yankee-Linien nach Hawaii, zwei bis drei nach Alaska, eine nach Chile und ist ein ausgedehnter Segelverkehr von Yankee-Skippern nach allen Inseln der Südsee. Verkehrspolitisch beherrschen die Yankees gut die Hälfte des Stillen Meeres. Der Erwerb der Philippinen und einiger Ladronen wird noch viel dazu beitragen, diese Herrschaft zu festigen. Jedenfalls wird eine Sonderlinie nach Manila, vielleicht von San Diego aus, das sich gewaltig anstrengt, um San Franzisko seinen Handelsvorrang streitig zu machen, ins Werk gesetzt werden. Weit geringer ist der Yankee-Einfluß in dem Atlantischen Meere, wo er gegen den europäischen nicht in Betracht kommt. Es gibt jedoch eigene Yankee-Linien nicht blos nach Europa, sondern auch von New-York nach Südafrika, wo der nordamerikanische Handel gleich hinter dem britischen kommt und — zur Zeit der Thee-Saison — von New-York über Suez nach China. Gleichermaßen versuchen die Yankees in der Telegraphie sich zu emanzipieren. Sie besitzen bereits die meisten Kabel beider Amerikas. Kurz nachdem die britische Regierung beschlossen hatte, ein Kabel von Kanada nach Australien zu legen, bildete sich in New-York die Pacific Cable Co, um ein Kabel von Kalifornien über Hawaii nach Ostasien zu legen (Juli 1898). Das Kapital der Gesellschaft ist 10 Mill. Dollars, und zu ihren Mitgliedern gehörten Pierpont, Morgan, Kennedy Tod, George Bowdoin und Edmund Baglier. Präsident ist James Skrymses, der Leiter der Mittel- und Südamerikanischen Kabel-Gesellschaft. Als ein Hauptnutzen des zu legenden Kabels wird der angesehen, daß im Falle eines Kriegs mit England oder Frankreich, von wo alle Europa mit Amerika verknüpfenden Drähte ausgehen, noch ein Reservedienst via Rußland ermöglicht werde. Da das Kabel, dessen Länge auf beinahe 20000 Kilom. geschätzt wird, 12 Mill. Dollars kosten soll, so hat die Gesellschaft einen Regierungszuschuß von jährlich 1/2 Mill. Dollars verlangt, der zwanzig Jahre zu dauern hätte.

Parallel mit der Ausdehnung der Verkehrswege geht der Handelsaufschwung der Union. Der Gesamt-Außenhandel betrug in dem 1. 7. 1898 endenden Fiskaljahre rund 8 Milliarden Mark, also nicht viel weniger als der deutsche. Dabei belief sich die Aktivität der Bilanz auf 2450 Mill. Mark.

Der Handel der Union[1]) mit

Europa	war	1218	Mill.	Dollars,
Nordamerika (außer Union)	„	$120^1/_2$	„	„
Westindien	„	59[2])	„	„
Südamerika	„	137	„	„
Asien	„	$134^1/_2$	„	„
Ozeanien	„	47	„	„
Afrika	„	26	„	„

Der Hauptmarkt der Welt für Getreide, Büchsenfleisch und Erdöl ist die Union. Ihre Schienen gehen nach Sibirien und China, Fahrräder nach Japan und Europa, Maschinen, namentlich für bergmännischen Betrieb, nach Südafrika und Australasien. Die Industrie der Yankees ist nicht blos daran, den einheimischen Markt völlig zu versorgen, sondern macht bereits Eroberungen in Europa. Es gibt amerikanische Maschinenfabriken in Frankfurt, Turin, Venedig, Warschau. Sodann beginnt New-York, den Welt-Wechselverkehr zu kontrollieren und, statt wie früher überwiegend mit europäischem Kapital zu arbeiten, seinerseits in Europa Anlagen zu machen. Eine russische Anlage in New-York ist freilich gescheitert, dagegen hat die Macht der amerikanischen Versicherungsgesellschaften in Deutschland schon vor Jahren einen heftigen Kampf hervorgerufen, der mit ihrer Verdrängung endete. Die Eroberungen europäischen Kapitals in den Vereinigten Staaten sind aber zur Zeit noch bedeutender. So gehören so ziemlich alle Kupfergruben des Landes den Rothschilds, mindestens die Hälfte aller Bergwerke überhaupt und ein großer Teil der Brauereien ist mit englischem Gelde finanziert. Nicht minder besitzt das deutsche Kapital beträchtliche Anlagewerte in der Union. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß die Tendenz, europäische Kapitalisten durch Yankees zu ersetzen, im Steigen ist.

Der Aufschwung des amerikanischen, insbesondere des new-yorker Bankwesens gründet sich in erster Linie auf den Aufschwung der Schiffahrt in New-York und Boston. Gegenwärtig ist in New-York eine größere Tonnenbewegung jährlich als in London und

1) Review of the World's Commerce, Washington 1898, S. 26 ff. Für die freundliche Übersendung dieser wichtigen Statistik bin ich Herrn Emery, Direktor im Department of State, sehr zu Dank verpflichtet, wie überhaupt die Liberalität und Schnelligkeit der amerikanischen Regierung in Übermittlung von staatlich gedruckten Denkschriften nicht genug zu rühmen ist.

2) Ausnahmsweise niedrig wegen Kuba, vgl. oben S. 123.

der Wert der eingehenden Waren (1,3 Milliarden Dollars) größer als der Wert des Londoner Außenhandels (1,2 Mill.). In zweiter Linie stammt der Aufschwung der Banken von der steigenden Ausbeute von Mineralien, in denen die Union eine führende Stellung errungen hat. Seit 1848 hat die Union $^1/_3$ der Weltproduktion von Gold geliefert, 1898 hat sie mit beiläufig 240 Mill. Mark den zweiten Rang unter den Goldländern eingenommen und über $^1/_4$ der Weltausbeute gegeben. Die Union hat seit zwanzig Jahren der Welt die Hälfte ihres Silbers verschafft, sie bringt jährlich die Hälfte der Weltkupfer- und je $^1/_4$ der Weltblei- und Steinöl-Produktion hervor. In der Kohlenausbeute ist sie England fast gleich und in der Roheisenfabrikation überlegen. Entsprechend ist die Industrie gewachsen. Während dieselbe vor zehn Jahren zu den Erzeugnissen des Ackerbaues sich wie 1 : 3 verhielt, ist jetzt bereits das Verhältnis wie 2 : 5.

Infolge der großen Blüte aller Erwerbszweige war auch bis vor kurzem die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten bedeutend höher und ausgiebiger als in irgend einem anderen Lande. Nach den Ermittlungen, die der Sekretär des Arbeitsamtes (etwa gleich unserem Eisenbahn-Minister) Herr Carroll Wright im September 1898 angestellt hat, betragen die Durchschnittseinkommen qualifizierter Arbeiter:

in den	Vereinigten Staaten .	3920	Francs
„	England	2599	„
„	Frankreich	2323	„
„	Belgien	1796	„
„	Deutschland	1441	„

Die Vereinigten Staaten von Amerika an erster, Deutschland an letzter Stelle, der amerikanische Lohn fast dreimal so hoch, als der deutsche. Die Statistik hat allerdings den Fehler, daß sie eben blos von den Leuten die Löhne gibt, die wirklich Arbeit hatten und die große Zahl der Arbeitslosen nicht berücksichtigt. Auch kommt es bereits in New-York vor, daß in den sweating shops (häuslichen Kleinbetrieben) blos 33 Pfennig täglich ausbezahlt werden und daß pennsylvanische Kohlenförderer blos 15 Mark die Woche erhalten. Ein Farmarbeiter im Westen bekam letzthin kaum mehr als 42 Mark im Monate. Das Erwerbsleben hat einen starken Gegensatz zwischen ganz Armen und ganz Reichen gezeitigt; es hat die Neigung, den Kleinbetrieb zu unterdrücken und, nicht blos in der

Industrie, sondern auch in der Landwirthschaft, den Großbetrieb immer mehr zu vergrößern und zuletzt in Monopole umzuwandeln. Es gibt Einzelpersonen und Syndikate, die in Kalifornien oder Texas bis zu 15 Mill. Morgen Landes besitzen; Chikagoer Spekulanten (Armour, Leiter) suchen den Weltmarkt in Fleisch und Getreide zu kontrollieren; die ganze Eisenfabrikation der Vereinigten Staaten droht in die Hand einer einzigen Gesellschaft (Carnegie-Rockefeller) zu fallen, wie die Weltsteinölproduktion bereits thatsächlich gefallen ist.

Die Einwirkung des amerikanischen Erwerbslebens auf das europäische und ostasiatische ist nicht gering. Auch Deutschland ward vom Geschäftsbetrieb der Yankees wesentlich beeinflußt. Sie sind in der That uns in vielem voraus. Sie sind nicht fruchtbarer an Erfindungen wie wir, aber bei der Regsamkeit und dem öffentlichen Geiste, der bei ihnen herrscht, sind sie rascher daran, Erfindungen zu verwerten und sie allgemein nutzbar zu machen. So sind sie zweifellos in manchen Dingen des Verkehrs- und Elektrizitätswesens uns überlegen. Von ihnen stammen Schreib-, Schuhnäh- und Erntemaschinen. Während in Deutschland blos zwei bis dreihundert Schriftsetzmaschinen (type setting m.) im Gebrauch sind, hat die Union über dreitausend. Durch rationelleren Betrieb und die Häufigkeit von Getreide-Silos (die Fritz Correll jetzt bei uns einzuführen sucht) ist die amerikanische Landwirtschaft bei halbwegs günstigen Umständen[1]) weit einträglicher als in Europa. Die raschere Aufnahme und Nutzbarmachung von Erfindungen mag zum Teil auf der Vortrefflichkeit des amerikanischen Patentgesetzes beruhen, während beispielsweise das deutsche fast das schlechteste der Welt ist. Das Patentgesetz der Yankees zeugt insofern von selbständiger Originalität, als es nicht, wie das übrige Yankee-Recht auf dem englischen beruht, das im Patentwesen (1624 eingerichtet) den monopolistischen Geist der nackten Handelstheorie athmet — man bezahlt dem Staate und erhält dafür ein Ausbeutungsprivileg — sondern auf den Gedanken der französischen Revolution zurückgeht, der auf Grund der freien Schöpferthätigkeit jeden zum Herrn des von ihm geistig Hervorgebrachten erhebt. Während daher in Deutschland höchst ungerechtfertigter Weise aus den Ein-

1) Über ungünstige Bedingungen vgl. meinen Aufsatz: Kalifornische Zustände, Deutsche Rundschau 1897, Juli.

künften des Patentamts eine Steuerquelle gemacht wird, mithin der alte Merkantilismus herrscht[1]), betragen in Washington die Kosten eines Patents nur gerade genug, um die Kosten der Verwaltung des Amtes zu decken[2]). So kommt es, daß in Nordamerika mehr Patente ausgefertigt werden als in irgend einem anderen Staate und daß eine Erfindungsatmosphäre geschaffen wird, die auf den steigenden Wohlstand des Landes vorteilhaft einwirkt.

Wir gehen auf das Wachstum wissenschaftlicher Kultur in den Vereinigten Staaten über. Es gibt gegenwärtig an 390 Anstalten in den Vereinigten Staaten, die auf den Ehrennamen college oder university Anspruch machen. Die meisten davon kommen nicht einmal unsern Realgymnasien gleich, aber sieben bis acht nehmen den Rang unserer Hochschulen ein: Harvard, John Hopkins, Philadelphia, Chikago, Cornell, Ann Harbor, Leland Stanford und Berkely. Einigen wissenschaftlichen Anstalten der Yankees, wie dem Smithsonian Institute, dem Geologischen und dem Ethnologischen Amt in Washington hat sogar Europa gar nichts Ebenbürtiges an die Seite zu stellen. Namentlich in solchen Zweigen, zu deren erfolgreichem Betrieb großartige mechanische Unterlagen, kostbare Laboratorien und feinste Instrumente nötig sind, haben die Yankees Gutes und manchmal Besseres geleistet als die Gelehrten der alten Welt, so in Astronomie, Physik und Biologie. Nicht minder werden ihre Gynäkologen sehr gerühmt. Wenn auch die Methode dabei durchgängig auf europäisches Vorbild zurückgeht, so hat doch gelegentlich die Natur der neuen Welt selber dazu beigetragen, ganz Neues und Eigenartiges zu schaffen. Besonders stehen deshalb die Leistungen amerikanischer Botaniker und Geologen unübertroffen da. Auch hat die Geschichtschreibung eine Fülle hervorragender Talente gezeitigt, denen man klaren Überblick, gefällige Form und eindringende Forschung mit gutem Gewissen nachsagen kann. Was aber das beste Zeichen der wissenschaftlichen Gesundheit und Lebenskraft bei den Yankees ist: sie beginnen bereits, das von Europa Empfangene zurückzuzahlen und wie politische so auch wissenschaftliche Eroberungen über See zu machen. Geologische und zoologische Expeditionen gingen von den Vereinigten Staaten nach

1) In Berlin kostet ein Patent 41 mal mehr als in Washington.

2) Allerdings ist wegen der vertrackten Formalitäten des englisch-amerikanischen Rechtes die prozessualische Durchführung eines Patentstreites weit schwieriger als bei uns.

Mexiko, nach Südamerika, nach Australien, nach der Mongolei, nach Somaliland, nach Indien; archäologische nach Honduras und Guatemala, nach Griechenland, Aegypten, Syrien und Mesopotamien; astronomische nach Südamerika und Japan; ichthyologische nach Peru und der Behringstraße; ethnologische und linguistische nach fast allen außereuropäischen Ländern.

Auf sehr bedeutender Höhe steht gleichfalls die technische Kultur. Die neuzeitliche Dampfschiffahrt ist durch Amerika aufgekommen. Edison und Tesla haben trotz des landesüblichen Humbugs, mit dem sie sich umgeben und der bei uns leicht Verdacht weckt, doch wichtige Erfindungen zuwege gebracht. Viele in Europa erfundene Maschinen sind in Nordamerika besser und praktischer ausgestaltet worden. In allem Eisenwerk, im Bergbau, im Elektrizitätswesen nehmen die Vereinigten Staaten eine höchst achtbare Stellung ein. Durch ihre Schiffbauten beginnen die Crampton von Philadelphia und die von Irving Murray geleiteten Union Iron works von San Franzisko japanische und russische Besteller an sich zu ziehen. Im Brücken- und Häuserbau hat vollends die Yankee-Technik wahre Triumphe gefeiert. Man kann bereits von einem eigenen Gußstahl- und Glasstil sprechen, den die Yankees erfunden und selbständig entwickelt haben, zu einer Zeit, da ein eklektisches Geschlecht schon daran verzweifelte, den antiken und mittelalterlichen Baustilen endlich auch einmal einen modernen anzufügen.

Besonders schön ist freilich der neue Stil nicht. Überhaupt ist die Kunst der Yankees wie ja auch der Engländer schwächste Seite. Weder in Musik noch in den bildenden Künsten haben sie bislang etwas wirklich Geniales, Epochemachendes hervorgebracht. Dagegen sind sie in letzter Zeit für Konzerte, Theater und Kunstausstellungen wenigstens außerordentlich empfänglich geworden und sind ernstlich darauf aus, Umgebung und Lebensführung durch die Kunst zu veredlen, die allerdings noch gelegentlich recht barbarische Formen annimmt. Am ehesten ist noch in dem Yankee-Schrifttum Eigenart und Schöpferkraft zu beobachten. Alle Schriftsteller bis etwa 1860 tragen zwar unverkennbar europäisches Gepräge, und von einer wirklich nationalen Sonder-Litteratur haben sich nicht mehr als die ersten Anfänge aufgethan. Das wenige Originelle, das sich bis jetzt herausgestellt hat, wie die an ahnungsvollen Urwald und endlose Prairie gemahnenden formlosen, ungefügen Dich-

tungen Walt Whitman's, steht außerdem noch in Gefahr, durch den überaus regen Verkehr mit England und die fortschreitende Europaisierung Amerikas wieder erdrückt und aufgesogen zu werden.

Die kulturelle Einwirkung der Yankees auf die Welt ist schwer zu berechnen. Yankee-Sitten und -Anschauungen, Yankee-Verkehrs- und -Zeitungswesen haben zweifelsohne ganz Europa stark beeinflußt. Yankee-Schriftsteller wie Mark Twain und Howells werden in der ganzen Welt gelesen. Yankee-Missionäre verbreiten allerorten nicht blos rein christliche, sondern auch spezifisch amerikanische Kultur. Der Mormonismus gewinnt Anhänger in Skandinavien und die Adventisten der Vereinigten Staaten finden neue Jünger in Siebenbürgen. Gleichermaßen üben die Freidenker der Union, Payne und Ingersoll, auch in England Einfluß aus, und die amerikanischen Juden heben das Niveau ihrer orthodoxen Brüder in Sibirien. Wir sehen in unseren Städten American bars entstehen; in Paris, in Panama, in Mexiko, in Argentinien, in Japan und China werden Yankee-Zeitungen herausgegeben, in aller Herren Ländern treffen wir Yankee-Studenten und -Touristen. In Südafrika werden Bergingenieure aus Kalifornien hoch bezahlt, in Ostasien und Ozeanien werden Yankees als politische Berater zugezogen, in Kanada und Argentinien lassen sie sich als landbauende Kolonisten nieder. Unermeßlich ist der Strom der politischen Anschauungen, der von der transatlantischen Republik nach Europa, namentlich England fließt. Der Wunsch nach Amerikanisierung Europas ist nicht mehr so stark wie 1852, aber, wie Mark Twains „Yankee am Hofe Königs Arthurs" beweist, doch noch vorhanden.

Wie mehrfach betont, steht jedoch dem Einfluß der Vereinigten Staaten auf die alte Welt ein unvergleichlich viel stärkerer entgegen, den Europa auf die neue Welt ausübt. Die beständigen kulturellen Eingriffe, die derart von außen erfolgen, haben das Aufkommen einer nationalen Kultur in der Union beträchtlich erschwert. Trotzdem ist eine solche zustande gekommen. Die Gegensätze zwischen West und Ost, Nord und Süd sind nicht heftiger in den Vereinigten Staaten, als in Deutschland oder Italien[1]). Die Kluft ist sogar geringer. Denn während der Nordosten Deutschlands und der Südosten Italiens ganz überwiegend land-

1) Vgl. namentlich Sering a. O. 101 ff. und sonst.

wirtschaftlich ist und so dem industriellen Westen scharf widerstrebt, ist seit ein bis zwei Jahrzehnten im Süden und mittleren und äußersten Westen der Vereinigten Staaten eine umfangreiche Industrie emporgeblüht. Durch die ausgedehnten Binnenwanderungen der Yankees und yankeesierter Ausländer ist ferner die Lebensführung und Weltanschauung überall so ziemlich gleichmäßig geworden, ebenmäßiger jedenfalls als etwa in Baden und Ostpreußen, in Köln und in Posen. Der völligen Vereinheitlichung der Nationalkultur und gänzlichen Ausgleichung landschaftlicher Gegensätze wirkt indessen ein mächtiger Faktor entgegen, die mit dem Sondergeiste der Landschaften sich verschmelzende Einwanderung. Im mittleren Westen, namentlich Illinois, Wiskonsin und Jowa ist das deutsche Element sehr stark, in Minnesota und Nachbarstaaten das skandinavische, in den Mississippistaaten und Kalifornien das romanische, im Südosten die Schwarzen. Bis vor kurzem sind die Angelsachsen imstande gewesen, alle fremden Nationalitäten zu sich hinüberzuzwingen, aber der ungeheure Zustrom fremdrassiger Bevölkerung seit der Mitte des Jahrhunderts und noch mehr seit den achtziger Jahren — 1881 allein kamen über $^4/_5$ Mill., davon 251.000 Deutsche[1]) — und das gewaltige Wachstum der schwarzen Bevölkerung mußte sich doch zuletzt in einer weitgehenden Zersetzung des angelsächsisch-puritanischen Yankee-Grundstockes geltend machen. Man suchte dies zunächst durch Ausschließungs- oder Beschränkungsmaßregeln zu erreichen. Die Einwanderung der Chinesen ward gänzlich verboten, die der Weißen von Jahr zu Jahr mehr erschwert. Im Einklang mit der Schutzzollpolitik ward auch der Personenverkehr aufs äußerste behindert, dergestalt, daß sehr im Widerspruch zur freien, großherzigen Anschauung Washingtons und zur Humanitätsduselei, der die wütenden Todfeinde der Sklaverei ergeben waren, gegenwärtig eine an zopfigstes Mittelalter erinnernde Behandlung der Fremden in den Vereinigten Staaten beliebt wird, wie sie sonst blos noch, nicht im zivilisirten China, sondern in Tibet und der Türkei anzutreffen ist. Wie ja auch in ihrer Überschätzung der Frauen die in Atavismus und rückschrittliches Mutter-

---

1) So die amerikanische Statistik. Es ist erstaunlich, daß deutsche Fachmänner immer noch an der Zahl 220.000 festhalten, verführt durch die deutsche Reichsstatistik, welche damals die deutsche Auswanderung über Antwerpen, Amsterdam, Lehavre und Genua noch nicht berücksichtigte.

recht verfallenen Yankees den gynokratischen Tibetanern gleichen. Die Gefahr, von Ausländern im eignen Lande erdrückt zu werden, rief weiterhin einen akuten Rückfall der Vereinigten Staaten in enges, starres Angelsachsentum hervor, genau wie die steigende Besorgnis vor Entvolklichung die Magyaren zu wahnsinnigem Chauvinismus gereizt hat. So hat der Schwindsüchtige die größte Lebenslust. Der Fall der Anglo-Amerikaner lag und liegt freilich insofern besser, als ihnen fortwährend von England und Kanada Verstärkungen zufließen, während die Magyaren auf keinen Zuwachs von außen rechnen können. In der Angst um ihr Fortbestehen haben denn auch die Anglo-Amerikaner ein Bündnis mit England herbeiführen wollen.

Die Frage einer angelsächsischen Verbrüderung wird schon lange erörtert, lebhafter seit 1893, dem Jahre des britischen Kolonial- und Federationskongresses in Ottawa. Der Eisenkönig Carnegie, ferner White (verschieden von dem Gesandten in Berlin) und Stead, der begabte Allerweltsschwätzer der „Review of Reviews", Bryce, der gefeierte Urheber des pedantisch-trocknen, aber bis jetzt einzig dastehenden „American Commonwealth" gehörten zu den Wortführern der Verbindung. Carnegie, der von den Kapitalisten gepriesene, von den Arbeitern geschmähte Verfasser von „Triumphant Democracy" förderte dabei einen phantasievollen Vorschlag ans Licht, den man bei dem Zahlen- und Geschäftsmenschen von Pittsburg gewißlich nicht erwartet hätte. Er hielt es für möglich, eine völlige Verschmelzung von England und Nordamerika herbeizuführen, und riet, Washington zur Hauptstadt des geeinigten Staatengebildes zu erheben, da es $5^1/_2$ Tage je von Irland und Kalifornien entfernt sei! Statt der Einigung, die man bald als unausführbare Utopie erkannte, ward ein enges Bündnis vorgeschlagen, das man trotz Venezuelas für sehr aussichtsvoll hielt und an dessen Verwirklichung viele hochgestellte Männer hüben und drüben glaubten. Für die Freunde eines solchen Bündnisses war indessen hierbei störend: Die Abneigung derer um Bryan gegen das plutokratische, Goldwährung begünstigende Albion, die Schutzzollpolitik der Republikaner, das ewige Hervorheben der Blutverwandtschaft zwischen den beiden angelsächsischen Nationen, endlich die noch bei allen Parteien hochgehaltene und fortwirkende Warnung Washingtons vor auswärtigen Allianzen. Am heftigsten tobte der Streit um das Angelsachsentum. Offenkundige Thatsache ist, daß in den

Vereinigten Staaten das angelsächsische Element an Zahl schwächer ist als das irische und weit schwächer als das deutsche. Die Iren speien denn auch Feuer und Flamme gegen ein Bündnis. Die Deutschamerikaner wollen auch nichts davon wissen, doch fehlt ihnen das geschlossene Vorgehen, das die politisch besser geschulten Iren auszeichnet. Es ist übrigens nicht zu verkennen, daß thatsächlich der Angelsachse noch jetzt in Amerika die maßgebende Rolle spielt. Über $^3/_4$ der Staatsmänner, Offiziere und wichtigen politischen Wortführer in der Union sind angelsächsischer Herkunft. Ein Bündnis galt ja vorläufig trotz allem für kaum wahrscheinlich, allein die Möglichkeit eines solchen für den Fall etwa eines deutsch-amerikanischen oder englisch-russischen Krieges wurde doch bereits ins Auge gefaßt. Einstweilen äußerte sich gegenseitig das Wohlwollen in Gastmahlreden, Kundgebungen und begeisterten Gedichten, doch erhoben sich auch schon 1895 Stimmen für ein gemeinschaftliches Vorgehen Amerikas und Englands in Ostasien.

Endlich hat der national-britische Gedanke eines weltweiten Angelsachsenreiches seines Eindruckes auch auf die Anglo-Amerikaner nicht verfehlt. Insofern es sich darum handelte, die bisherige zentrifugale Strömung durch eine zentripetale zu ersetzen und die Kolonien wieder fester an das britische Mutterland zu fesseln, so konnte ein solcher Gedanke ebenso auf die durch Waffengewalt, wie auf die durch Handelsinteressen und Zollkrieg unabhängig gewordenen Kolonien, ebensogut auf die Vereinigten Staaten, wie auf Kanada und Südafrika angewandt werden. Thatsächlich hat das Beispiel Großbritanniens die Vergrößerung der Unionsmarine und die Ausdehnungspolitik der Union beeinflußt.

Auch im Innern des Landes machte sich übrigens seit den letzten Jahren ein Anschwellen militärischen Geistes bemerkbar. Allenthalben stiegen stattliche Kasernenbauten der Freiwilligenmiliz empor, man begann die Schuljugend militärisch zu drillen, hervorragende Männer wie Ex-Präsident Harrison, Gouverneur Greenhalge u. A sprachen sich dafür aus, den militärischen Geist im Volke zu pflegen. Man fand, daß das stehende Heer zu vermehren sei. Wenn nicht gegen den äußern, so gegen den inneren Feind. Als auf den Pittsburger Werken die Arbeiter sich aufrührerisch gebehrdeten, ließ Carnegie sich 400 Söldner von dem Detektiven-Condottiere Pinkerton kommen. Der Biedermann Pinkerton betreibt das einträgliche Geschäft, soldatisch ausgebildete Leute gegen

hohe Entschädigung an Unternehmer bei Ausständen auszuleihen. Eine staatlich erlaubte Organisation, um amerikanische Bürger niederzuschießen. Die Mietssoldaten wurden indes von den Arbeitern Carnegies zurückgeschlagen. Andere Aus- und Aufstände erfolgten bei den polnischen Kohlenarbeitern Pennsylvaniens, bei den elend behausten, schlecht genährten und von der Firma selbst bewucherten Leuten Pullmans, bei den Trambahnschaffnern Brooklyns; kurz, die stets wachsende Häufigkeit gefährlicher Arbeiterbewegungen veranlaßte die Besitzenden, nach ausreichenderem Militärschutz zu rufen. Es offenbarte sich übrigens bei diesen Vorgängen, wie die gepriesene republikanische Gleichheit bereits einer starken Zerklüftung, einer tiefgehenden Klassen-Ungleichheit gewichen war. Man rechnete nach und fand, daß $^{9}/_{10}$ des gesamten Nationalwohlstandes in den Händen von blos 3000 Familien, also ungefähr $^{1}/_{5000}$ der Bevölkerung, sich befinde. Ebenso war es in der Politik blos ein ganz kleiner Kreis besonders fähiger und besonders rücksichtsloser Männer, der die Geschicke der Staaten und der Städte bestimmte. Unvermerkt war die Republik zur Oligarchie entartet. Auf die Herrschaft der Wenigen aber folgt nach dem Gesetz des Aristoteles die Tyrannis.

Ursprünglich waren es in Amerika Pioniere, die wie Ariovists Scharen oder die Voortrekker der Buren lediglich zum Anbau, zum Siedeln Neuland suchten und deshalb nach Grenzerweiterung des Staates strebten. Darnach aber waren es die wenigen Reichen und Mächtigen, welche nach neuem Gebiets-Erwerb ausschauten, nicht um sich anzusiedeln, sondern um durch Handel und politischen Gewinn ihren Reichtum und ihre Macht zu mehren. Diese Wenigen waren es auch, die, beständig bestrebt, den Blick des Volkes nach außen abzulenken, die Annäherung an England und das Einmünden in die englische Weltmachtpolitik empfahlen.

Der Krieg mit Spanien.

Man wird zwischen den inneren Gründen zu dem Krieg um Kuba und der äußeren Veranlassung zu dem Ausbruch des Krieges zu unterscheiden haben. Kuba anzugliedern, galt als „manifest destiny“. Der Haupthandel der Insel war mit der Union. Ein

Eiland zu besitzen, das 1 Mill. Tonnen Zucker, mithin fast $^1/_8$ der Weltproduktion von Rohrzucker lieferte, mußte den großen Zuckerspekulanten der Union gefallen. New-Yorker Kapitalisten wie Astor und Havemeyer (beide von deutscher Abstammung) hatten bereits nach dem Muster früherer Vorgänge[1]) beträchtliche Summen der New-Yorker Junta der Aufständischen vorgeschossen, die sie reichlich verzinst zurückzuerhalten wünschten. Die Union wollte den Nikaraguakanal bauen und beherrschen; dazu war Kuba ein bequemer Stützpunkt. Fast zwei Millionen Arbeiter und Kleinbauern irrten brod- und erwerblos in den Vereinigten Staaten umher; mehrfach war es schon, wie im grotesk romantischen Zuge der Bettelarmee Coxey's nach dem National-Kapitol und im großen Chikagoer Eisenbahnausstand, zu ernsten Schwierigkeiten mit den sozialistisch organisierten Arbeitern gekommen: da mußte ein Krieg, der ja fast immer eine zeitweilig erhöhte Erwerbsthätigkeit zur Folge hat, eine hocherwünschte Ablenkung der Volksleidenschaften sein. Der Krieg mußte zugleich tropische Kolonien bringen, von denen man Zucker, Kaffee, Tabak und Gewürze erhalten würde. Man käme so dem Ideal der folgerichtigen Schutzzöllner näher, Alles im eigenen Lande zu erzeugen und dadurch in die Möglichkeit versetzt zu werden, einen undurchdringlichen Zollring zu schaffen, um ein sich selbst genügendes, alle Zonen umspannendes Gebiet und volle Unabhängigkeit vom Ausland zu erringen. Ein Gedanke also wie der des britischen Zollvereins. Vorläufig zwar ward der Gedanke nur wenig berührt, dafür sprach man um so mehr von der Pflicht der Humanität und höheren Gesittung, von der Befreiung der edlen, schmählich unterdrückten Insurgenten, von empörendem Zwange. Der Kampf für Menschlichkeit und menschenwürdige Zustände, wie ihn die Führer verlangten, war für die Meisten doch mehr als ein leeres Schlagwort; man war wirklich von der Nichtswürdigkeit der Spanier, insonderheit des „Schlächters" Weyler tief überzeugt. Die Scheußlichkeiten, wie sie von der Mehrzahl der gelben Presse und selbst von Senatoren geflissentlich verbreitet wurden, waren allerdings einfach erlogen, trotzdem ist nicht zu läugnen, daß die Spanier, wie in Barcelona und Manila, so auch, wenngleich in geringem Maße, auf Kuba häufig unnütze und empörende Grausamkeiten begingen, weshalb denn auch ihrer Kolonialherrschaft

1) Oben S. 54.

Niemand in Europa eine Thräne nachgeweint hat. Nicht minder aufrichtig war bei vielen Yankees der Wunsch, eine europäische Macht mehr aus der Neuen Welt zu verjagen und Despotismus durch Republikanismus zu ersetzen. Schließlich hatte die Jugend so viel von den kühnen Thaten des Bürgerkriegs gehört und fand, daß es bald Zeit zu einem neuen Kampfe, kurz, wollte sich auch einmal regen[1]). Dies Gefühl war bereits durch die Venezuela-Aufregung erweckt worden und bekam neue Nahrung durch die Nachricht von dem Vorgehen der Mächte in Ostasien, namentlich Deutschlands in Kiautschau. Genau wie die Franzosen Rache heischten für Sadowa, so trachteten die Yankees, teils deutlich bewußt, teils unbewußt, nach Kompensation für Kiautschau und Port Arthur. So war die öffentliche Meinung völlig vorbereitet auf den Krieg.

Das Pulverfaß war vorhanden, fehlte blos noch der zündende Funke. Fast wäre die Explosion schon erfolgt, als dem spanischen Gesandten in Washington, Dupuy de Lome, ein Brief abgefangen wurde, worin wenig schmeichelhafte Urteile über Mac Kinley und die ganze Wirtschaft zu Washington enthalten waren. Die Spanier verstanden sich indes dazu, einen anderen Gesandten zu berufen. Unterdes gingen die Wogen der Volkserregung immer höher. Auch in Spanien. Die Karlisten drohten mit einer Erhebung, wenn die Regierung weiter feigherzig die Beleidigungen der Yankees über sich ergehen lasse.

Da ging im Februar 1898 das Kriegsschiff Maine mit 253 Mann unter. Vermutlich infolge einer inneren Explosion. Die Yankees behaupteten, der Anstoß sei von außen gekommen. Die Spanier erboten sich, die Sache vor ein Schiedsgericht zu legen, allein die Yankees wollten hiervon nichts wissen. Der Glaube an spanische Perfidie war ihnen zu lieb, um ihn sich durch ein Schiedsgericht entreißen zu lassen. Die Springfluten der Volksentrüstung gingen hoch, und der Krieg schien unvermeidlich. Mac Kinley widerstrebte noch, nicht aus Charakterstärke, sondern weil die Union nicht gerüstet war. Wie Woodford, der redselige frühere Gesandte in Madrid, ausgeplaudert hat, war nur gerade genug Pulver an Bord sämtlicher Kriegsschiffe, um jedem Geschütz zwei Schüsse zu gestatten. So erhielt Woodford den Auftrag, durch jedes Mittel den

1) Dieser Grund wurde mir eigens von einem Kongreßmann angegeben.

Entscheid hinauszuschieben. In fliegender Eile ward Pulver nach Hongkong geschickt, wo es einen Tag eher ankam, als Dewey Segelordre nach Manila erhielt. Vergebens suchten Österreich und der Papst inzwischen zu vermitteln: am 19. April brach der Krieg aus, ward jedoch von seiten der Union erst am 23. förmlich erklärt.

Die ersten zwei Monate brachten in Westindien kein Ereignis von Belang. Dagegen zertrümmerte der wackere Admiral Dewey mit fünf Schiffen die schwache spanische Flotte bei Manila. Die starke Zahl der amerikanischen Schiffe zeigt übrigens, daß der Krieg schon längere Zeit von der Union beabsichtigt war, denn zu gewöhnlichen Zeitläuften und selbst während des japanisch-chinesischen Krieges waren nicht mehr als zwei Yankee-Schiffe in Ostasien stationiert. Anfang Juni fuhr Cerveras Flotte in den engen Hafen von Santiago. Ende Juni landete Shafter mit 18000 Mann in Daiquirre und Siboney. Am 1. Juli ward die Schlacht von S. Juan und el Caney[1]) geschlagen. Sie brachte zwar den Yankees (1500 Gefallene und Verwundete) größere Verluste als den Spaniern, allein die amerikanische Linie rückte ein bis zwei Kilom. vor. In einem Nachtgefecht errangen die Spanier wieder unbedeutende Vorteile. Die Lage blieb unentschieden. Da fuhr Cervera aus der schützenden Bai, auf den dreimal wiederholten Befehl Blancos, des Generalstatthalters, und ward am 3. Juli vernichtet. Die Niederlage der Flotte, nicht die Situation am Lande hat bewirkt, daß die Spanier in ihrem Mismut an Kapitulation dachten. Selbst dann wäre sie nicht vollzogen worden, wenn nicht der tüchtige Oberstkommandierende Miles gekommen

---

1) Obwohl der Verfasser selber im Kugelregen war, hält er es nicht für nöthig, die Schlacht oder die anderen Einzelheiten des Krieges näher zu beschreiben, da dies schon von Kontre-Admiral Plüddemann (Der Krieg um Kuba, Berlin 1899) und Graf Vandalin Mniszech (Der spanisch-amerikanische Krieg, Frankfurt 1899) befriedigend geschehen ist. Die Schlacht fing übrigens erst um $^1/_2$10 an, nicht $^1/_2$7, wie Plüddemann schreibt. Dies kleine Versehen und der oben S. 29, 1 erwähnte Irrtum sind aber auch die einzigen Fehler, die in dem ausgezeichneten Werke mir aufgefallen sind. Ebenso kann ich mich im allgemeinen der Auffassung von Graf Mniszech nur anschließen. Der polnische Graf mit alldeutscher Gesinnung gibt ja manchmal starken Tabak zu kosten und gefällt sich in sensationeller Schreibweise, aber seine herbe Kritik der Yankeestrategie und -Disziplin, sowie der namenlosen Zustände des Verpflegungs- und Sanitätswesens wird durch meine eigene Erfahrungen auf Kuba lediglich bestätigt.

wäre, den schwankenden, unfähigen Shafter zu energischem Vorgehen mitgerissen und durch diplomatische, bis jetzt noch nicht völlig klargestellte Mittel Toral zur Übergabe bestimmt hätte. Am 17. Juli kapitulierte Santiago. Die Aufständischen unter Garcia und Rabi wurden nicht zugezogen bei der Übergabe, und es begann hinfort eine Secession der Insurgenten, die seitdem immer schärfere Formen angenommen hat. Miles begab sich nach Portorico und schickte sich an, auf die Hauptstadt der Insel, San Juan, loszugehen, als ein Waffenstillstand abgeschlossen und die Friedensverhandlungen eingeleitet wurden. Noch bevor der Abschluß bekannt wurde, eroberte General Otis mit einem inzwischen über das Stille Meer geschafften Landheere am 1. August Manila. Bald darnach ward Hawaii annektiert. Durch den Frieden, dessen Bedingungen in Paris festgesetzt wurden, kam Kuba mit $1^1/_2$ Mill. Einwohnern Portorico mit 900000, die Sandwich-Inseln mit 120000 und die Philippinen mit acht bis neun Mill. an die Union. Außerdem Guam, eine Ladroneninsel. Wenige Monate darauf kauften die Yankees eine Insel von Kostarika als Stützpunkt für einen pazifischen Kabel. Frische Verhandlungen wegen Ankaufs von St. Thomas haben dagegen bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt. Dafür sprach man von amerikanischen Absichten auf Sokotra und ostasiatische Plätze, doch schweben diese Pläne vorläufig noch in der Luft.

Das Jahr 1898 bezeichnet den wichtigsten Einschnitt in der Geschichte ganz Amerikas. Die Vergrößerungspolitik der Yankees hat einen entscheidenden Schritt gethan, der im Gegensatz zu bisheriger Entwicklung, wenn auch nicht zu bisherigen Wünschen steht. Die Marquesas, Borneo, Formosa, die Liukiu-, die Fidji- und Sandwich-Inseln im Westen, die Raubstaaten der Berberei und Liberia im Osten Amerikas bezeichnen Probleme, die sich nie zu epochemachenden Fragen verdichtet und die nie auf die Entwicklung der Vereinigten Staaten erheblichen Einfluß gewonnen haben. Jetzt ist die ganze Axe und der Lebensgehalt der Union verändert. Früher beschränkte man sich auf die gemäßigte Zone, jetzt ist man in die Tropen vorgerückt; früher kam blos Nordamerika in Betracht, jetzt graviert die Unionspolitik nach Westindien und Nicaragua. Monroe und Adams hatten Amerika ein für allemal für das Thätigkeitsgebiet der Vereinigten Staaten erklärt; jetzt ward Ostasien mit einbezogen. Bislang waren wohl noch Fremde

in das Staatswesen aufgenommen worden, doch aber ganz überwiegend solche, die von Nordeuropa stammten und von den Yankees nicht allzu sehr abwichen; jetzt sollten Millionen von Menschen in Beziehung zu dem Staatsverband kommen, die fremder Rasse, fremder Sprache, fremder Sitte und Weltanschauung sind. Es kann nicht ausbleiben, daß unsere Erfahrungen in Polen, Dänemark und Lothringen auch den Yankees nicht erspart bleiben. Auch zeigte sich sofort, daß Expansion zu Eigenmächtigkeit, Centralisation und größeren Ausgaben für die Landesverteidigung führt. Der Präsident hat die Statthalter für die neuen Besitzungen ernannt, der Präsident bestimmt, wie viel Truppen nach Havana oder Ilo-Ilo kommen, der Präsident erläßt Zollverordnungen und setzt Zolleinnehmer ein. Er ist in allen Verfügungen, die sich auf die Kolonien erstrecken, so gut wie unumschränkt. Das Heer soll von 26 000 auf 100 000 Mann vermehrt werden, und es gibt Leute, die das für unzureichend halten. Die Vergrößerung der Flotte wird Hunderte von Millionen Mark kosten. Bedenkt man, daß die jetzige Pensionsliste mit ihren 640 Mill. Mark mehr Ausgaben erfordert, — 33 Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges! — als unser ganzes Landesverteidigungsbudget, so wird man sich eine Vorstellung davon machen können, welche Unsummen die Niederkämpfung der Aufstände, die zahlreiche Besetzungsarmee, das Anschaffen neuer Kriegsschiffe und die neuerdings platzgreifende Vermehrung der Pensionsliste verschlingen werde. Zumal so viele Mill. unterwegs verschwinden. So hat einmal ein unbedeutender Feldzug gegen 220 Papago-Indianer in Arizona zwei Jahre gedauert und 11 Mill. Dollars gekostet, blos um die Taschen der Armeelieferanten zu füllen. Zusammen werden die Ausgaben für Heer und Pensionen in Zukunft jährlich 310 Mill. Dollars betragen. Dagegen ist nicht zu verkennen, daß der Krieg einen neuen Zug in die Union gebracht hat, weitere Gedanken, neuen Lebensschwung und regere Thätigkeit auf allen Gebieten. Gegen die plutokratische Verödung, die seit dem Bürgerkrieg eingerissen war, ist immerhin der imperialistische Gedanke und sind die neuen, weltweiten Ziele ein kräftiges Gegengewicht. Es ist eine nützliche Erfahrung für einen Mann, der 5000 Dollars täglich einnimmt, zu bemerken, daß in der Achtung der Welt ein Commodore ihm vorgezogen wird, der diese Summe als Jahresgehalt empfängt.

In Kuba haben sich die Insurgenten in den Schmollwinkel

zurückgezogen. General Garcia, den sie zur freundschaftlichen Aussprache nach Washington sandten, ist dort gestorben. Inzwischen hat der Präsident mit der Ernennung des Generalmajors Brooke zum Militärgouverneur von Kuba einen glücklichen Griff gethan, da Brooke schon in Portorico großes Verwaltungstalent an den Tag gelegt hat. Es werden ihm 45 Regimenter Infanterie, 5 Regimenter Kavallerie und mehrere Batterien Artillerie, insgesamt 50 000 Mann, zur Verfügung gestellt. Der Präsident hofft, daß mit diesem starken Aufgebot von Militär bald wieder geordnete Zustände auf der Insel hergestellt werden können. Daß Herr Mac Kinley eine so starke Garnison für notwendig erachtet, hat erhebliches Befremden erregt. In den dem Präsidenten nahestehenden Preßorganen wird nun erklärt, bei der Garnisonierung der „Perle der Antillen" sei es angebracht, nach dem Sprichwort „Greif niemals in ein Wespennest" u. s. w. zu verfahren. Mit einem festen Griff werde man etwaige Umtriebe der kubanischen Intransigenten im Keime ersticken, gewähre man aber ihrer Thätigkeit Spielraum, so möge es noch lange währen, bis geordnete Zustände auf der Insel einkehrten.

Daß im Insurgentenheer, soweit dasselbe sich noch nicht aufgelöst hat, starke Mißstimmung gegen die Amerikaner herrscht, ist nicht zu bezweifeln. Das Versprechen, später völlige Unabhängigkeit zu gewähren, das der Präsident in seiner Botschaft gab, hat nur wenige befriedigt. Ein hochstehendes Mitglied der kubanischen Junta erklärte dasselbe einfach für einen „Yankee-Trick", darauf berechnet, die Insurgenten zum Niederlegen der Waffen zu bewegen, um dann eine Jahre lang währende Militär-Regierung auf Kuba einzuführen, die schließlich zu der Aufnahme der Insel in den amerikanischen Staatenverband führen müsse. Daß dies das schließliche Resultat der amerikanischen Verwaltungs-Aera auf Kuba sein muß, bezweifelt kein Mensch. Sobald nur einigermaßen Ordnung auf der Insel hergestellt ist, werden von Amerikanern geleitete, kommerzielle Unternehmungen in großer Zahl auf der Insel gegründet werden; die Beziehungen zwischen derselben und der Union werden enger werden als je, und die politische Einverleibung Kubas in den amerikanischen Staatenbund kann dann nur eine Frage weniger Jahre sein. Dieses Resultat wird von Niemandem sehnlicher gewünscht als von einem großen Teile der Kubaner selbst, nämlich denjenigen, welche Eigentum besitzen oder Geschäfte betreiben. Diejenigen Spanier, welche sich nicht zurück

in die Heimat begeben, sind ebenfalls zu Gunsten der amerikanischen Herrschaft, ebenso wie die meisten fremden Handeltreibenden. Eine unabhängige kubanische Republik erscheint eigentlich nur einem Teil des Insurgentenheeres und den kubanischen Politikern, die sich schon in Amt und Würden sahen, begehrenswert. Vielleicht werden sich auch diese Elemente bald unter dem amerikanischen Regiment wohl fühlen, denn es sollen grundsätzlich alle Ämter, außer den Spitzen der Verwaltung, mit Kubanern besetzt werden und außerdem werden größere öffentliche Arbeiten unternommen, die Hunderten von Mitgliedern des Insurgentenheeres lohnende Beschäftigung bieten dürften. Daß die Insurgenten noch erhebliche Schwierigkeiten machen werden, befürchtet man nicht; die Absendung der Armee von 50000 Mann erfolgt hauptsächlich aus dem Grunde, um den Intransigenten die Aussichtslosigkeit etwaiger Versuche, etwas gegen die Amerikaner zu unternehmen, recht klar vor Augen zu führen. Man darf nicht vergessen, daß die Spanier über 200000 Mann auf der Insel hatten. Vermutlich ist es jedoch jetzt leichter, die Insurgenten im Zaum zu halten, weil die Yankees ihnen nicht mehr helfen.

Die Wirkung des Krieges auf die innere Politik.

Widerspruchsvoll und heute noch nicht abzusehen ist die Wirkung auf die Parteien der Union. Sowohl Demokraten als auch Republikaner waren für den Krieg gewesen. Da aber eine republikanische Regierung den Krieg begonnen und durchgeführt hat und die Früchte davon in einträglichen Commissionen und gutbezahlten Ämtern ernten will, so wendet sich die Demokratie gegen die Expansionspolitik und betont ihr altes Dogma von der Dezentralisation. Jedoch auch in der republikanischen Partei und besonders bei den Mugwumps gewinnt die Abneigung gegen überseeische Erwerbungen immer mehr Boden. Die Mugwumps entsprechen am ehesten unserer nationalliberalen Professorenpartei; es sind gebildete Patrioten, die namentlich auf eine gesunde Verwaltung hinarbeiten, es mangelt jedoch die straffe Organisation; ihr Hauptorgan ist die von Godkins geleitete „Nation". Die Gegner der Expansion weisen darauf hin, daß der Krieg lediglich den Kubanern habe die Freiheit verschaffen sollen und daß der

Kongreß ausdrücklich jede Eroberungsabsicht vor der Kriegserklärung verläugnet habe. Zuerst seien die Insurgenten unvergleichliche Helden gewesen, Märtyrer, Freiheitskämpfer, edelmütige, aufopfernde, großdenkende Patrioten und jetzt wären sie auf einmal elendes Gesindel, faule diebische Kerle, feige Wichte, mark- und ehrlose Nichtsnutze und Schlemmer, zuchtlose Schwarm- und Rottengeister. Alles das, um die immerwährende Besetzung Kubas zu rechtfertigen. Zudem hätte man letzthin immer schärfere Gesetze erlassen, um unwissende Einwanderer von den Vereinigten Staaten fernzuhalten und so die Union vor einem gefährlichen Proletariat zu bewahren, und nun schütte man scheffel- und tonnenweise ganze Millionen fremder Ignoranten, die in Glauben, Sprache, Sitte und Lebenshaltung völlig von den Nordamerikanern verschieden, in die bereits genügend bunte und vielrassige Union, der noch immer die Negerfrage wie ein Pfahl im Fleische stecke. Endlich die künftig unvermeidlichen Verwicklungen mit europäischen Mächten, von denen man bislang frei geblieben und gegen die Washington in seiner Abschiedsbotschaft ausdrücklich gewarnt.

Es bildeten sich mithin zwei neue Parteien in den Vereinigten Staaten, eine für und eine gegen Expansion. Wortführer der Jingos sind der tüchtige Historiker und Staatsmann Lodge von Massachussetts und die gedankenlosen Schreier Morgan von Alabama und Hall von Texas, lauter Senatoren, außerdem so ziemlich alle Flottenoffiziere, allein durchaus nicht alle oder auch nur die Mehrzahl der Offiziere der Landarmee. Die Gegner der Ausdehnung sind vornehmlich durch die Antiimperialist-Ligue vertreten, zu der Cleveland, Bischof Potter, Karl Schurz und Carnegie gehören; es gehören ferner die meisten Iren und Deutschen zu den Gegnern. Am 28. August wurde in Saratoga eine zwanglose, nichtverbindliche Versammlung gehalten, um sich über die Lage auszusprechen und Rats über die Zukunft zu pflegen. Alles was Namen hatte, die hervorragendsten Beamten, Richter, Bankiers, Eisenbahnkönige, Professoren und Geistliche strömten herbei. Richter Großcup sprach sich für die Vergrößerung und überseeische Ausdehnung des Vaterlandes aus; die wichtigste Rede dagegen hielt Karl Schurz[1]). Die

1) Aus der fast gleichlautenden Rede, die Schurz später (4. 1. 1899) vor der Universität von Chikago hielt, möge hier ein deutscher Auszug folgen: „Es war der lauterste Ehrgeiz eines jeden wahren Amerikaners, unserer Regierung zum höchsten Grade der Vollkommenheit zu verhelfen, was Gerechtig-

Verhandlungen trugen viel dazu bei, den amerikanischen Bürger über die wahre Sachlage und namentlich die Rassenverhältnisse in

---

keit, Rechtschaffenheit, gesicherten Frieden, Gewährleistung der Menschenrechte und fortschrittliche Civilisation anbetrifft; das Problem der Volksregierung auf der breitesten Grundlage zu lösen und damit unsere Republik zum Vorbild und Leitstern der Welt zu machen.

Wir haben an die Unterdrückten aller Nationen die Einladung ergehen lassen, hier ein Asyl zu suchen und sich mit uns der Segnungen freier Einrichtungen zu erfreuen. Millionen von ihnen sind dieser Einladung gefolgt, und wenn uns Einzelne auch nicht so willkommen waren, wie Andere, so wurden sie durch den assimilierenden Einfluß amerikanischer Lebensweise in unserem gemäßigten Klima, das die Arbeitslust angeregt und den Geist gesitteter Freiheit nährt, doch zu guten Amerikanern; in den meisten Fällen schon in der ersten, ausnahmslos in den späteren Generationen. Durch die mannigfachen Blutkreuzungen, welche unsere bunte Einwanderung bedingte, wurden wir ein wirklich einheitliches Volk mit gemeinsamen politischen Anschauungen und Idealen, den gleichen Interessen, Gesetzen und Zielen — in einem Wort, eine Nation. Allerdings ging dieser Verquickungsprozeß auch nicht stets glatt ab, aber nur ein Problem, dasjenige des Rassenhasses zwischen Weißen und Schwarzen, namentlich wo die letzteren in großer Zahl ansässig sind, konnte bislang noch nicht im Einklang mit dem Geist unserer freien Einrichtungen praktisch gelöst werden und droht daher, schwerwiegende Verwickelungen herbeizuführen.

Wir rühmten uns der wunderbaren Zunahme unserer Bevölkerung, unseres Reichthums, unserer Macht und Civilisation; des unerschöpflichen Reichthums der Hülfsquellen unseres Landes, das imstande ist, eine dreimal größere Bevölkerung zu beherbergen, als unsere gegenwärtige. Obwohl wir keine Kolonien und nur eine kleine Flotte hatten, so dehnte sich unser Welthandel doch in bislang unübertroffener Weise aus. Wir eroberten einen ausländischen Markt nach dem anderen, und zwar nicht nur für unsere Farmprodukte, sondern auch für viele Produkte unserer Manufaktur-Industrie, mit Aussicht" auf unbeschränkte weitere Ausdehnung.

Friede herrschte innerhalb unserer Landesgrenzen und für die Gefahr eines Angriffes von außen lag auch nicht einmal der leiseste Schatten vor. Wenn wir es für angebracht erachteten, unsere Stimme im Rathe der Nationen zu erheben, so lauschte man uns mit Achtung; ja selbst die mächtigste Seemacht legte uns gegenüber einen viel tieferen Respekt an den Tag als sie in ihren Beziehungen zu anderen Nationen zu zeigen gewohnt war. In unserer kontinentalen Veste galten wir als unbesieglich, wenn nicht als ganz und gar unverwundbar. Wir pflegten uns dessen zu rühmen, daß wir nicht nur keine theuren großen Heere und Flotten besäßen, sondern daß wir derselben überhaupt nicht bedürften. In diese segensreiche Ausnahme setzten wir unseren Stolz, denn sie bildete den Neid der ganzen Welt. Mit mitleidigem Bedauern sahen wir auf andere Nationen herab, die unterwürfig

Westindien und Luzon aufzuklären. Es wurde wenigstens darnach nicht mehr verlangt, die Philippinen ernstlich als selbstständigen

---

unter der Last beständig größer werdender bewaffneter Rüstung seufzten, und dankten dem Geschick dafür, daß es uns vor so traurigen Zuständen bewahrt hatte.

Dies waren vor einem kurzen Jahre noch unsere Ansichten, unser Ehrgeiz und unser Stolz. Hätte der Zar von Rußland damals seinen Friedensvorschlag gemacht, so wäre derselbe von jedem Amerikaner als ein Triumph des von uns gegebenen Beispiels mit Begeisterung aufgenommen worden. Wir hätten vielleicht sogar den Anspruch erhoben, daß nicht dem russischen Monarchen, sondern unserer Republik die Führerstelle bei einem so bedeutenden Schritt im Weitermarsch der Civilisation zukomme.

Da brach der Krieg mit Spanien aus. Ein paar wuchtige Hiebe genügten, um den schwachen Feind hülflos zu unseren Füßen niederzustrecken. Die ganze Scene schien dann wie durch einen Zauberschlag verändert. Nach der feierlichen Erklärung unserer Regierung wurde der Krieg lediglich zur Befreiung von Kuba unternommen, als ein Krieg im Interesse der Menschlichkeit, nicht der Eroberungssucht. Unsere leicht errungenen Siege weckten jedoch diese Sucht. Warum auch nicht? so hieß es. War die Laufbahn unserer Repuplik nicht fast von ihrem Beginn an eine Laufbahn von Gebietserweiterung? Hat sie nicht Louisiana, Florida, Texas, die großen, uns durch den mexikanischen Krieg zugefallenen Gebiete und hat sie nicht Alaska verschluckt und dieselben gut verdaut? Waren diese Landesteile nicht viel größer, als diejenigen die jetzt annektirt werden sollen? Wenn die Republik das Alte zu verdauen im Stande war, warum nicht auch das Neue — worin liegt der Unterschied?

Wenn wir die Frage mit unparteiischen Augen betrachten, so werden wir bald genügend großen Unterschied erkennen, um ihn uns als Warnung dienen zu lassen. Am schwersten fallen die folgenden fünf Punkte ins Gewicht:

1. Alle unsere früher erworbenen Gebietserweiterungen lagen auf unserem Kontinent und grenzten, mit Ausnahme von Alaska, an unser Gebiet.

2. Sie waren nicht in der tropischen, sondern der gemäßigten Zone gelegen, wo demokratische Institutionen ihren Lebensboden finden und wohin Bestandteile unserer Bevölkerung in großen Schaaren auswandern konnten.

3. Sie waren sehr dünn bevölkert, ja sie hatten thatsächlich nicht Bevölkerung genug, um in dieser Hinsicht neuen Ansiedlungen im Weg zu stehen.

4. Sie konnten auf die gewöhnliche Weise in der Erwartung als Territorien organisiert werden, daß sie späterhin, nachdem sie eine der unseren ähnliche, wenn nicht gleiche Bevölkerung haben würden, als sich selbst regierende Staaten in den Staatenbund eintreten würden.

5. Sie benötigten weder zu ihrer Unterwerfung unter unsere Herrschaft, noch zu ihrer Verteidigung gegen etwaige ausländische Angriffe eine nennenswerte Vergrößerung unserer Armee oder der Flotte.

Gebietsstrecken wie diese könnten wir, seit die Sklaverei vernichtet ist. uns ruhig ohne Unterlaß zulegen, ohne befürchten zu müssen, dadurch in irgend

Staat der Union anzugliedern. Die Resolution, die von der Versammlung zuletzt gefaßt wurde, ging dahin, daß man der Verant-

welcher Weise unsere demokratischen Einrichtungen oder den Frieden der Republik zu gefährden; ohne befürchten zu müssen, uns des unschätzbaren Vorzuges verhältnismäßig unbewaffneter Sicherheit auf einem zusammenhängenden Kontinent zu berauben, dessen Ecken von einem unternehmenden Feind ja wohl etwas aufgekratzt werden können, der aber mit einer Bevölkerung, wie der unserigen, sonst unverwundbar ist. Selbst von Alaska kann, obwohl sein Besitz zur Zeit noch als von zweifelhaftem Werthe betrachtet werden muß, doch wenigstens gesagt werden, daß sein größter Teil auf diesem Kontinent liegt und es dereinst, wenn sich die Bewohner der britischen Besitzungen mit uns zu vereinigen wünschen, ganz und gar innerhalb unserer Landesgrenzen zu liegen kommen wird.

Vergleichen wir nun in Bezug auf diese wichtigen Punkte unsere alten Erwerbungen mit denen die wir jetzt machen sollen.

Sie sind kein Kontinent, stoßen nicht an unser derzeitiges Gebiet an, sondern Meere trennen sie von uns — ja, die Philippinen sind sogar viele Tausend Meilen weit von unserer Küste entfernt. Alle liegen sie in den Tropen, wohin ein nördlicher Menschenschlag, wie die Angelsachsen, oder im Allgemeinen zu sprechen, Leute von germanischem Blut, nie massenhaft zu bleibendem Aufenthalt auswandern. Sie sind mehr oder weniger dicht bevölkert, einzelne ihrer Teile sogar so dicht wie Massachusetts, und die Einwohner setzen sich fast ausschließlich aus Rassen zusammen, die an tropisches Klima gewöhnt sind — spanische Kreolen mit Negern vermischt in Westindien, Malayen, Tagalen, Filipinos, Chinesen, Japaner, Negritos und verschiedene andere, mehr oder weniger barbarische Stämme auf den Philippinen.

Werfen wir die Frage auf, ob wir hoffen dürfen, diese Länder und ihre Bevölkerung jemals unserem Regierungssystem anpassen zu können, so antworten uns die Befürworter der Annexion ganz vergnügt, daß wir sie schon „amerikanisieren" würden, hätten wir sie erst. Das mag nun heißen, daß eine genügend große Anzahl von Amerikanern dorthin auswandern wird, um den Charakter jener Völker so zu beeinflußen, daß wir ihn unserem eigenen assimilieren können.

Dies aber ist das reine Hirngespinst. Allerdings mögen wir ja, ist es uns redlich darum zu thun, verschiedene heilsame Errungenschaften in jenen Ländern zu verzeichnen haben, aber es giebt da Etwas, was zu thun wir außer Stande sein werden. Wir können das tropische Klima nicht jener Eigenschaften entkleiden, welche von jeher Angehörige nördlicher Rassen, zu denen auch wir gehören, davor zurückschrecken ließen, in großer Anzahl zu bleibendem Aufenthalt dorthin auszuwandern, wie sie nach Ländern in gemäßigter Zone ausgewandert sind und noch auswandern. Es ist dies nicht nur eine Theorie, sondern eine, durch allgemeine Erfahrung bestätigte Thatsache.

Es ist wahr, daß man in den tropischen Regionen hier und da zerstreut Personen anglo-sächsischer oder anderer nordischer Abstammung findet — Kauf-

wortlichkeit sich nicht entziehen dürfe, Ordnung auf den neugewonnenen Inseln zu schaffen, jedoch hoffe, nach erfüllter Pflicht

---

leute, Bahnbauer, Spekulanten, Maschinisten und hier und da auch einen Ackerbauer; aber ihre Zahl ist klein und die große Mehrzahl von ihnen gedenkt wieder in ihre Heimat zurückzukehren, sobald sie den Zweck erreicht haben, der sie in die Tropen gebracht: mehr oder weniger reich zu werden.

So sehen wir denn auch jetzt, daß *Geschäftsleute, denen reiche Mittel zur Verfügung stehen*, ihr Auge auf „unsere neuen Besitzungen" geworfen haben, wo sie Zweiggeschäfte zu gründen oder Fabriken, die mit eingeborenen Arbeitern betrieben werden sollen, zu errichten beabsichtigen; ferner *Syndikate* und „Improvement Companies", welche die Hülfsquellen jener Länder zu erforschen gedenken, *Spekulanten* und „Promoters", die bereit sind, jeden sich etwa darbietenden Vorteil wahrzunehmen — der „Freibrief-Grabscher" ist ja den Berichten nach auch schon dort — Viele mit legitimen, Andere mit weniger legitimen Absichten, Alle aber mit der Erwartung, mehr oder weniger von der Macht unserer Regierung begünstigt zu werden; kurz, der Kapitalist beabsichtigt, dorthin zu gehen oder seine Agenten dorthin zu senden, da er es in den meisten Fällen vorzieht, sein neues geschäftliches Unternehmen von unseren, ihm mehr zusagenden Regionen zu dirigieren. Aber, wie der Arbeiter nördlicher Abstammung in der Vergangenheit nie in großer Anzahl nach jenen Ländern ausgewandert ist, um ihre industrielle wie ackerbauende Arbeit zu verrichten und sein dauerndes Heim dort aufzuschlagen, wird er dies auch jetzt nicht thun. Der Grund dazu ist nicht ausschließlich darin zu suchen, daß infolge der Konkurrenz mit einheimischer Arbeit der Lohnsatz gewöhnlich ein sehr niedriger ist, sondern auch darin, daß sie unter den dortigen klimatischen Verhältnisse nicht fortkommen können.

Anerkanntermaßen aber ist es die arbeitende Masse, welche überall den Kern der Bevölkerung bildet und sie ist auch der wahre Grundstein demokratischer Regierung. Da nördliche Rassen aber die Arbeit tropischer Zonen nicht verrichten können, so können sie auch nicht solche Grundsteine sein. Es ist eine unanfechtbare und sehr bezeichnende Thatsache, daß selbst die Briten, die besten Kolonisatoren der Weltgeschichte, in *Tropengegenden* zwar *Regierungen* einrichteten, und zwar ziemlich *absolute*, daß sie aber nie imstande waren, dort demokratische Gemeinschaften mit anglo-sächsischem Typus, wie diejenigen von Amerika oder Australien, zu gründen.

Die Hoffnung, unsere „neuen Besitzungen" in diesem Sinn amerikanisieren zu können, ist demnach eine absolut trügerische, denn die unwandelbaren Naturgesetze stehen ihr im Weg. Was immer wir auch zur Besserung ihrer Lage thun werden, die Bevölkerung der spanischen Antillen wird numerisch in erdrückender Mehrzahl spanische Kreolen und Neger, auf den Philippinen Filipinos, Malayen und Tagalen bleiben. — Manche von ihnen recht geschickt und verständig in ihrer Art, aber die große Mehrheit nicht nur in Abstammung und Sprache, sondern auch in Lebensgewohnheiten, Überlieferung, Denkweise, Prinzipien und Bestrebungen uns absolut Fremde, so daß namentlich

von der Verantwortung enthoben zu werden. In der großen Bevölkerung selber siegte die Ausdehnungspartei. Die Wahlen des

---

von politischer Cooperation keine Rede sein könnte. Außerdem würden sie unter dem Einfluß ihres tropischen Klimas nicht imstande sein, sich den Angelsachsen zu assimilieren und daher *für immer und ewig ein hoffnungslos fremder Bestandtheil unserer Bevölkerung* sein, — in vieler Hinsicht sogar noch hoffnungsloser als die Farbigen, die jetzt mitten unter uns leben.

Was sollen wir denn mit solchen Bestandteilen unserer Bevölkerung eigentlich anfangen? Sollen wir jene Länder im Einklang mit dem Geiste unserer Konstitution in Territorien umwandeln, in der Hoffnung, sie dereinst als Staaten in den Bund aufnehmen zu können? Werden sie mit unseren übrigen Staaten gleichberechtigte Glieder des Bundes, so erhalten sie damit nicht nur das Recht, sich selbst zu verwalten, sondern sie beteiligen sich an der Verwaltung der ganzen Republik, indem sie Senatoren und Congreßabgeordnete in unsere nationale gesetzgebende Körperschaft entsenden.

Gegen diese Bedenken wird der Einwand erhoben, daß diesem Uebelstand dadurch abgeholfen werden könne, daß die neuen Besitzungen einfach nur als abhängige Provinzen von uns verwaltet und regiert würden. Ich will hier nicht darauf eingehen, ob unsere Konstitution uns dies gestattet, und nur darauf hinweisen, daß wir damit in sehr ernster Weise von den Regeln abschweifen würden, die uns bei unseren früheren Gebietserwerbungen als Richtschnur dienten. Wer aufrichtig sein will, der muß zugeben, daß hier von einem Vergleich mit dem Distrikt Kolumbia oder Alaska nicht die Rede sein kann. Wir würden einfach in einem großen Gebiet mit einer Bevölkerung von 10 Millionen Seelen eine permanente willkürliche Regierungsform einrichten, und dies mit der Aussicht, daß ihnen noch viele andere folgen werden, sobald wir einmal die Bahn der Eroberungspolitik betreten haben.

Führen wir ein solches System ein, so *werden wir, zum erstenmal wieder seit Aufhebung der Sklaverei, zwei Arten von Amerikanern haben*: Amerikaner erster Klasse, welche im Einklang mit den Prinzipien unserer alten Konstitution das Recht haben, sich an der Regierung zu beteiligen, und Amerikaner zweiten Grades, die von den Amerikanern des ersten Grades durch Kongreßgesetzgebung und den nationalen höchsten Vollzugsbeamten in arbiträrer Weise regiert werden — von individuellen „Masters“, die sich ihnen unter dem Gesetz nicht zustehende Machtbefugnisse anmaßen, gar nicht zu reden.

Damit wäre ein Unterschied geschaffen, der nicht besser — ja sogar noch *schlimmer — sein wird, als derjenige, der vor 125 Jahren zwischen den Engländern des* ersten und den Engländern des zweiten Grades bestand, d. h. zwischen König Georg und seinem Parlament *und den amerikanischen Kolonisten*. Jener Unterschied rief den großen Schlachtgesang der Menschenrechte — die amerikanische Unabhängigkeitserklärung — ins Leben, ein Dokument, das wie ich zu meinem Bedauern sagen muß, infolge des Eroberungs-Rausches in den Augen einiger unserer Mitbürger an Reiz bedeutend eingebüßt zu haben scheint. Ihr Grundprinzip war, daß „Regierungen ihre ge-

3. Nov. fielen für die Republikaner, die Anstifter des Krieges, sehr günstig aus und zeigten dadurch, daß auch der Durchschnitts-Yankee der Ansicht huldigt: mein Vaterland muß größer sein.

---

rechte Machtbefugnis von der Zustimmung der regierten Völker erlangen", und man sagt uns jetzt, daß wir, da wir jenes Prinzip nicht immer streng befolgen, es ganz und gar über Bord werfen sollten. Wollen wir uns aber als wahre Anhänger demokratischer Prinzipien bekennen, so ist es unsere Pflicht, auf dem Pfad weiter zu schreiten, dessen Endziel die volle Verwirklichung jenes Prinzips ist und nicht denjenigen zu betreten, der abseits von diesem Endziel führt. Thun wir dies doch, so verwandeln wir die „Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk", für die Abraham Lincoln gelebt und gewirkt hat, in eine Regierung eines Teiles des Volkes, des starken Teiles, der den anderen, den schwächern Teil, regiert. Das Aufgeben dieser fundamentalen Prinzips mag ja anfänglich nur auf mehr oder weniger weit entfernt liegende Dependenzen Bezug zu haben scheinen, schließlich aber kann nicht fehlen, daß die Folgen davon sich auch bei unserer heimischen Regierung unheilvoll bemerkbar machen. Ich möchte dem amerikanischen Volk hier die Warnung zurufen, daß eine Demokratie ihren Glauben nicht in so weitgehendem Maß verleugnen und lange König über ein Volk von Unterthanen spielen kann, ohne in sich selbst eine Denkweise und Handlungsweise aufkommen zu lassen, die ihrer eigenen Lebenskraft, in erster Linie aber jenen ihrer Klassen höchst gefährlich wird, die bei der Vertheidigung ihrer Rechte am schutzlosesten sind. Mögen die Armen und Diejenigen, welche ihr tägliches Brot mit der Arbeit ihrer Hände erwerben müssen, sich wohl und reiflich bedenken, ehe sie eine Zustimmung zu einer Politik geben, die mit vollständiger Überlegung das Prinzip des gleichen Rechts bei Seite setzt.

Ich möchte mich übrigens nicht so verstanden wissen, als ob ich glaubte, daß alle unsere neuen Erwerbungen abhängige Provinzen bleiben würden, obwohl dies z. B. mit den Philippinen wahrscheinlich der Fall sein würde, während andere zweifellos schließlich Staaten werden würden. In Porto Rico lassen ja jetzt schon unternehmende Politiker ihre Stimmen laut werden, in dem Verlangen, daß die Insel möglichst schnell zu einem Territorium umgewandelt und dann ebenfalls möglichst bald als Staat in den Bund aufgenommen werde. Mag sich Niemand damit täuschen, daß sie darauf etwa lange warten könnten. Wurde nicht schon mehr als ein Territorium, das für einen Staat kaum reif war, in den Staatenbund gezerrt, wenn die ausschlaggebende Partei im Congreß der Ansicht war, daß sie dadurch im Senat, im Abgeordnetenhaus und im Collegium der Electoralwähler an Stärke zunehme? Es kann uns passiren, daß wir Porto Rico in den Staatenbund aufgenommen sehen, ehe wir noch Zeit haben, uns die Augen auszureiben.

Man mag mir einwenden, daß an dem kleinen Porto Rico ja schließlich wenig gelegen sei, aber kann sich ein klardenkender Mensch verhehlen, daß wir nicht bei Porto Rico Halt machen werden, befinden wir uns erst einmal im Zug urteilsloser Gebietserweiterung? Würden nicht dieselben Gründe,

Ganz neuerdings haben sich allerdings, zum Teil durch die Greuel auf den Philippinen und die Haltung des Senates veranlaßt, die Gegner der Gebietsausdehnung wieder vermehrt. Den

---

die uns veranlaßten, uns Porto Rico zu Gemüth zu führen, auch dafür geltend gemacht werden, daß die Inseln San Domingo mit Haiti, und Cuba, welche zwischen Porto Rico und unserer Küste liegen, in fremden Händen eine Gefahr für uns sein würden und daß wir sie ebenfalls an uns zu nehmen gezwungen seien? Wird doch schon jetzt offen davon gesprochen, daß die Annexion von San Domingo eine Notwendigkeit für uns sei, und jeder Befürworter von Gebietserweiterung erklärt unverblümt, daß die Annexion von Kuba nur eine Frage der Zeit sei. Glaubt vielleicht Jemand, daß jene Inseln, einmal annektirt, nicht Staaten des Bundes werden würden? Dies würde uns drei, möglicherweise vier neue Staaten mit einer Bevölkerung von 3,500,000 spanischer und französischer Creolen und Neger, sechs oder acht neue Senatoren und von 15 bis 20 neue Abgeordnete im nationalen Repräsentantenhaus geben.

Aber auch hier würden wir noch nicht Halt machen. Haben wir erst den Nicaragua-Kanal gebaut und, anstatt ihn zu neutralem Besitz zu machen, als unser Eigentum erklärt, so werden wir uns leicht einreden können, daß unsere Kontrolle über den Kanal so lange nicht eine absolut gesicherte ist, als wir nicht das ganze, sich bis zu ihm hinab erstreckende Gebiet besitzen, sodaß es nicht in die Hände einer ausländischen, uns womöglich feindseligen Macht kommen kann. Scheint diese Idee so abenteuerlich, daß sie nicht verwirklicht werden könnte? Sie ist thatsächlich nicht halb so abenteuerlich und extravagant, als die Idee, die 9000 Meilen von uns gelegenen Philippinen mit dieser Republik zu verschmelzen. Schon jetzt ist der Vorschlag aufgetaucht, auf die eine oder andere Weise auf beiden Seiten des Kanals zum Zweck militärischen Schutzes Gebietsstreifen von mehreren Meilen Breite zu erlangen. Aber dies wird zweifellos bald als nicht genügend erklärt werden, namentlich, wenn ausländisches Gebiet dazwischen liegt. Das müssen wir auch haben und wir werden uns dann an Mexiko und verschiedene kleine Republiken von Central-Amerika heranmachen, mit einer Bevölkerung von zusammen etwa 14 Mill. Seelen, meistens Mischlingen von Spaniern und Indianern. Jenes Gebiet würde in wenigstens 15 Staaten parzelliert werden können, die zu 30 Senatoren und Dutzenden von Kongreßabgeordneten berechtigt sein würden. — Die Macht der Ereignisse wird das amerikanische Volk immer weiter treiben, wie es bei Napoleon der Fall war, als er seine Laufbahn zielloser Eroberungen begann. Dies ist der Imperialismus, wie er jetzt befürwortet wird. Wünschen wir seine Auswüchse zu verhindern? Dann müssen wir gleich zum Anbeginn Halt machen, noch ehe wir Porto Rico nehmen. Wenn wir jene Insel nehmen, von den Philippinen ganz zu schweigen, dann haben wir uns auf die schiefe Ebene gestellt und werden weiter und weiter rollen, nicht mehr Herren unseres eigenen Willens, bis wir den Boden erreicht haben. Und wo wird jener Boden sein? Wer weiß es?

So soll der Kongreßabgeordnete Cyrus A. Sulloway von New Hamp-

obengenannten Stimmen der Gebildeten gegenüber verhält sich indessen die große Masse des Volkes durchaus abenteuer- und expansionslustig. Der Karren ist im Rollen. Man fühlt sich als das größte Volk der Erde und will seine Größe auch die anderen fühlen lassen. Stillstand sei Rückgang. Die Angelsachsen sind einmal, so führte Senator Ingalls aus, ein hartes, habsüchtiges Erobervolk, denen der Erdhunger angeboren ist. Sie müssen vordringen, herrschen, unterjochen. Uebrigens ist ihre Verwaltung freier und gerechter als die aller anderen Völker, also dient ihre Herrschaft auch zum Besten und Wohle der Menschheit. Ganz in Ingalls' Sinne werden denn auch bereits Stimmen in Amerika laut, die eine Annexion des holländischen Inselasiens fordern. Warum? Weil es „manifest destiny"[1]) und weil die holländische Verwaltung oberfaul und tyrannisch. Wo immer die englisch redenden Nationen glauben, daß die Regierung in irgend etwas zu wünschen läßt, so leiten sie daraus für sich ein Recht der Dazwischenkunft und der Eroberung ab. Mit wunderbarer Uebereinstimmung kündigten Walker in Mexiko und Nikaragua, Jameson im Transvaal, Salisbury in Kreta und die Yankees in Kuba sich als Reformer und Schützer der Unterdrückten an.

Falls, wie zu erwarten, die Expansionspartei siegt, so muß das auf die Verfassung der Vereinigten Staaten einen bedeutsamen Rückschlag ausüben. Anknüpfend an die Bestrebungen, die Einwanderung zu erschweren und namentlich die von Asiaten auf das geringste Maß zu beschränken, wird der Kongreß wohl schwerlich den Tagalen, Bisayern und Sulu, und wahrscheinlich auch vor-

---

shire sich vor Kurzem wie folgt geäußert haben: „Der Angelsache betritt das neue Gebiet mit der Bibel in der einen und einem Schießgewehr in der anderen Hand. Der Eingeborenen jener Gebiete, die er mit Hülfe der Bibel nicht bekehren kann, daß sie sich seinen Märkten zuwenden, entledigt er sich mit dem Gewehr. Es ist dies nur ein weiterer praktischer Beleg für die Wahrheit der Thatsache, daß nur der Bessere und Stärkere am Leben bleibt". Mit anderen Worten, wenn Ihr nicht anbetet, wie wir befehlen, und uns einen vorteilhaften Handel verschafft, müssen wir Euch niederschießen. Der blutigste der alten spanischen Eroberer hätte vor vier Jahrhunderten nicht besser sprechen können. Doch haben solche Worte im freien Amerika einen seltsamen Klang."

1) Auch die Japaner erklärten 1895, daß offenbar das Geschick ihnen ganz Australasien zugedacht habe, welches seiner natürlichen Beschaffenheit nach nur ein Anhängsel des japanischen Inselreiches darstelle.

läufig nicht den Westindern Bürgerrechte verleihen wollen. So bleibt blos eine Kolonialverwaltung übrig, die auf mehrere Jahre hinaus einen ausschließlich militärischen Charakter haben wird. Eine derartige Verwaltung aber zu ermöglichen, die Washington und die Konstitution in keiner Weise vorgesehen hat, muß die Unionsregierung ganz erhebliche Änderungen erleiden. So wird die Straße der Zentralisation, deren Verschärfung stets von den Republikanern gewünscht wurde, unausweichlich betreten. Namentlich wird man dem Präsidenten bedeutend mehr Befugnisse geben müssen. Er kann nicht wie der Premierminister von England und selbst der von Frankreich auf eigene Verantwortung mit fremden Staaten Vereinbarungen treffen, das wird aber, da jetzt täglich auswärtige Fragen von Belang an ihn herantreten, nicht mehr zu umgehen sein[1]). Es wird ferner das bisher so wenig beachtete militärische Element stärker hervortreten. Die Schar der Kolonialbeamten wird das Beamtenheer vergrößern und der Beutejagd der Politiker neue Nahrung geben.

Am meisten Gefahr aber droht der jetzigen Verfassung der Vereinigten Staaten von der Möglichkeit der Militärdiktatur. General Miles hatte vor dem Präsidenten und einem erlesenen Kommittee einen erbitterten Streit mit dem Oberstquartiermeister Eagan. Er beschuldigte ihn und zwar mit Recht, daß er seine Pflicht schmählich vernachlässigt. Eagan antwortete, das sei eine gemeine Lüge, die nebst einer ganzen Lagerkloake seinem Widersacher in den Schlund zurückgestoßen werden sollte! Die Mackinley-clique nahm sich seiner Eagans an, das Volk aber erklärt sich für Miles. Eine Bewegung entstand, die Miles zum Präsidentschaftskandidaten für 1900 erheben wollte. So rasch freilich wird die Militärdiktatur nicht kommen. Aber ist nicht auch in Athen und Florenz die Tyrannis ganz allmählich ein- und durchgeführt worden? Und unter dem Mantel der Gesetzmäßigkeit? Pisistratus erschien, als er bereits allmächtig, sogar vor Gericht, als er zivilrechtlich belangt wurde, um seine Achtung vor dem Gesetze darzuthun. Ähnliches könnte man von Miles' kluger Urbanität auch erwarten. Übrigens betont auch Ranke ausdrücklich, wie lange noch selbst unter Augustus, der doch die Diktatur bereits als eine Erbschaft angetreten,

1) Das sah schon am 18. 7. 1898 der Boston Herald in seinem Leiter „Die Regierung und der Imperialismus" ein.

die republikanischen Formen gewahrt wurden. Gefördert wird die Diktatur durch die Unbeständigkeit der neuweltlichen Verhältnisse, die steigende Macht oligarchischer Monopole und die Verschärfung der Rassenkämpfe. Eine Nation wird in letzter Linie durch eine gemeinsame Überlieferung, durch den Besitz gemeinsamer Freuden und Leiden zusammengehalten. Nun fehlt aber gerade den Vereinigten Staaten, was sich auch in Kunst und Litteratur zeigt, eine feste und gemeinsame Tradition von wirklicher Kraft und Dauer. Sie war gerade daran, sich zu entwickeln, aber durch das Hereinziehen spanischer Katholiken und die Deutschenhetze wird sie wiederum zerstört. Eine Olirgarchie aber hat schon seit länger bestanden und spitzt sich immer mehr zu. Auf die Oligarchie aber folgt laut Aristoteles nur zu leicht die Tyrannis, der zumal in Amerika, so Militär wie Volk aus Haß gegen die übermütigen Kapitalisten geneigt sein würden. Endlich hat der Widerstand der Rassen noch immer die Willkürherrschaft begünstigt. Dem unerhörten Anwachsen des Rassenbewußtseins in der alten Welt, in Japan, in Südafrika, in Luzon kann auch die neue Welt sich nicht entziehen. Der Krieg um Kuba und der Zulaß von Millionen von Spaniern und spanischen Bastarden ist das Todesurteil für die Rassen- und Kultur-Einheit der Union. Zugleich wurden durch das übertriebene und ausschließliche Betonen des Angelsachsentums und die mit England erstrebte Freundschaft ganz naturgemäß die anderen Volkheiten zur Rückwirkung und zum heftigen Widerstande angestachelt. Gegen England waren Iren und Deutsche die treuesten Anhänger der Union; Freundschaft mit England und Ausdehnungspläne würden Iren und Deutsche dauernd verstimmen.

Alles dies ist geeignet, die Möglichkeit einer Diktatur, die ja auch im ganzen lateinischen Amerika so fruchtbaren Boden findet, näher zu rücken. Immerhin ist jedoch, wie schon in der Einleitung betont wurde, ein Rückschluß aus ähnlichen Vorbedingungen auf gleiche Folgen stets mißlich. Der republikanische Gedanke ist immer noch sehr stark in den Vereinigten Staaten. Wie England könnte auch hinfort die Union unter gesetzlichen Formen von vierzig bis fünfzig Staatsmännern so regiert werden, daß deren Macht nicht greifbar ans Licht tritt.

Der Friedensvertrag.

Die Ermahnungen von Schurz und seinen Gesinnungsgenossen fielen auf unfruchtbaren Boden. Der Präsident wies die Bevollmächtigten in Paris an, nicht nur die Abtretung Portorikos, sondern auch der Philippinen zu fordern. Am 5. Januar 1899 ist der am 10. Dezember 1898 in Paris unterzeichnete spanisch-amerikanische Friedensvertrag dem Senat zugegangen.

Artikel I.

Spanien gibt allen Anspruch auf Souveränetät über und sein Besitzrecht auf Kuba auf. Da die Insel nach der Räumung seitens Spaniens von den Vereinigten Staaten zu besetzen ist, werden diese, solange die Occupation dauert, alle die völkerrechtlich, aus der Thatsache der Occupation resultirenden Verpflichtungen zum Schutze des Lebens und Eigenthums übernehmen und erfüllen.

Artikel II.

Spanien tritt den Vereinigten Staaten die Insel Portoriko, sowie die anderen jetzt unter spanischer Souveränetät stehenden Inseln in Westindien und die Insel Guam in den Marianen oder Ladronen ab.

Artikel III.

Spanien tritt den Vereinigten Staaten die unter dem Namen Philippinen-Inseln bekannte Inselgruppe ab, alle Inseln einbegreifend, welche innerhalb folgender Linien liegen: Eine Linie, welche von Westen nach Osten längs des 20. Grades nördlicher Breite und mitten durch den Schiffahrtskanal von Baschi läuft[1]), vom 118. zum 127. Grade östlicher Länge zum 4°45′ Grade nördlicher Breite, zum Schnitt mit der Linie 19 Grade und 35 Minuten östlicher Länge, zu 7°40′ nördlicher Breite, entlang dieser Linie bis zum Schnitt mit dem 116. Meridian, von dort in direkter Linie zum Schnitt des 10. Breiten- und 118. Längengrades und längs des letzteren bis zum Ausgangspunkt. Die Vereinigten Staaten werden Spanien binnen drei Monaten nach Austausch der Ratifizierungen dieses Vertrages die Summe von 20,000,000 Dollars zahlen.

---

1) Der Kanal schneidet aber den $21^1/_2{}^0$!

Artikel IV.

Die Vereinigten Staaten werden zehn Jahre lang vom Datum des Austauschs der Ratifikationen des Vertrages an spanische Schiffe und Waaren in den Philippinen-Häfen zu denselben Bedingungen zulassen, wie Schiffe und Waaren der Vereinigten Staaten.

Artikel V.

Die Vereinigten Staaten werden nach Unterzeichnung dieses Vertrages nach Spanien auf dessen Kosten die spanischen Soldaten zurückschicken, welche bei der Eroberung von Manila von den amerikanischen Truppen zu Kriegsgefangenen gemacht wurden. Die Waffen der betr. Soldaten sollen ihnen wiedergegeben werden. Spanien wird nach Austausch der Ratifikationen zur Räumung der Philippinen und der Insel Guam schreiten, unter ähnlichen Bedingungen, wie sie von den Kommissären vereinbart wurden, die zum Arrangement der Räumung Portorikos und der anderen Inseln in Westindien unter dem Protokoll vom 12. August 1898 ernannt wurden, welches in Kraft bleibt, bis seine Bestimmungen gänzlich ausgeführt sind. Die Zeit, binnen welcher die Räumung Guam's und der Philippinen zu beenden ist, soll von den beiden Regierungen festgesest werden. Fahnen, nicht eroberte Kriegsschiffe, Handwaffen, Geschütze aller Art mit Lafetten und Zubehör, Pulver, Munition, Vieh und Vorräthe aller Art der spanischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande auf den Philippinen und Guam bleiben Eigentum Spaniens. Schwere Festungsgeschütze sollen auf ihren Plätzen bleiben bis 6 Monate nach Austausch der Ratifikationen und die Vereinigten Staaten mögen solches Material in der Zwischenzeit von Spanien kaufen, wenn ein zufriedenstellendes Abkommen zwischen den beiden Regierungen getroffen wird.

Artikel VI.

Spanien wird nach Unterzeichnung des Vertrages alle Kriegsgefangenen freilassen und alle Personen, welche in Verbindung mit den Aufständen auf Kuba und den Philippinen und dem Krieg mit den Vereinigten Staaten wegen politischer Vergehen eingesperrt wurden. Als Gegenleistung werden die Vereinigten Staaten alle Kriegsgefangenen freilassen und es auf sich nehmen, die Freilassung der spanischen Gefangenen

aus den Händen der Insurgenten auf Kuba und den Philippinen zu erlangen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird nach Spanien und die spanische Regierung wird nach den Vereinigten Staaten, Kuba, Portoriko und den Philippinen die entlassenen Gefangenen heimsenden.

Artikel VII.

Die Vereinigten Staaten und Spanien geben gegenseitig alle Ansprüche auf Schadenersatz, nationalen oder individuellen, der Regierung oder ihrer Bürger gegen die andere Regierung auf, die seit Beginn des vergangenen Aufstandes auf Kuba oder vor Austausch der Ratifikationen entstanden sein mögen, einschließlich der Kriegskosten. Die Vereinigten Staaten werden die in diesem Artikel aufgegebenen Ansprüche ihrer Bürger gegen Spanien begleichen.

Artikel VIII.

In Gemäßheit der Bestimmungen der Artikel I, II und III dieses Vertrages gibt Spanien in Kuba, auf Portoriko und anderen westindischen Inseln und auf der Insel Guam und auf dem Philippinen-Archipel alle Gebäude, Werften, Kasernen, Forts, Bauten öffentlicher Straßen und anderes Eigentum, welches nach Gemäßheit des Gesetzes der öffentlichen Domaine und als solche der Krone von Spanien gehören, auf und tritt dieselben ab. Und es wird hiermit erklärt, daß das Aufgeben und die Abtretung, worauf der vorhergehende Paragraph sich bezieht, in keiner Weise die Eigentumsrechte beeinträchtigen kann, welche gesetzlich zum friedlichen Eigentumsbesitz von Provinzen, Munizipalitäten, öffentlichen oder Privat-Etablissements, kirchlichen oder Civil-Körperschaften oder irgendwelchen anderen Associationen gehören, die gesetzlich befähigt sind, in den besagten abgetretenen Gebieten Eigentum zu erwerben oder zu besitzen, oder von Privat-Individuen, welcher Nationalität diese auch angehören mögen. Das besagte Aufgeben oder die Abtretung schließt alle Dokumente ein, die ausschließlichen Bezug auf die aufgegebene oder abgetretene Souveränetät haben und die in den Archiven Spaniens existieren. Von solchen Dokumenten in solchen Archiven, die sich nur teilweise auf besagte Souveränetät beziehen, soll auf Ersuchen eine Abschrift des betr. Teils geliefert werden. Die gleiche Regel soll zu Gunsten Spaniens befolgt werden, was Dokumente betrifft, die sich in den Archiven der oben erwähnten Inseln befinden. In dem besagten Aufgeben oder der

Abtretung sollen auch solche Rechte mit inbegriffen sein, welche die Krone Spaniens und ihre Behörden in Bezug auf die amtlichen Archive oder Aufzeichnungen, exekutiver wie richterlicher Art, in den besagten Inseln besitzen, welche Bezug haben auf besagte Inseln oder auf die Rechte und das Eigentum ihrer Einwohner. Solche Archive und Aufzeichnungen sollen sorgfältig aufbewahrt werden und Privatpersonen sollen ohne Unterschied in Übereinstimmung mit dem Gesetze das Recht haben, beurkundete Abschriften der Kontrakte, Testamente und anderer Instrumente zu verlangen, die in Exekutiv- oder richterlichen Archiven, sei es in Spanien oder auf besagten Inseln, enthalten sind.

Artikel IX.

Spanische Unterthanen, Eingeborene, die in dem Gebiet wohnen, über welches Spanien durch den gegenwärtigen Vertrag sein Souveränetätsrecht aufgibt oder abtritt, können in dem Gebiete verbleiben oder aus demselben weggehen und behalten in beiden Fällen alle ihre Eigentumsrechte, einschließlich des Rechtes, solches Eigentum zu verkaufen oder sonst über dasselbe oder den Erlös dafür zu disponieren; sie sollen auch das Recht haben, ihre Industrien, ihren Handel und ihren Beruf weiter zu betreiben und in dieser Hinsicht den Gesetzen unterworfen sein, welche auf andere Ausländer Anwendung finden. Wenn sie in dem Gebiet bleiben, so können sie ihre Angehörigkeit zur spanischen Krone beibehalten, wenn sie innerhalb eines Jahres, vom Austausch des Friedensvertrages an, eine Erklärung, spanische Unterthanen bleiben zu wollen, vor einem Gericht abgeben. Falls sie eine solche Erklärung nicht abgeben, so soll angenommen werden, daß sie auf ihre Angehörigkeit zu Spanien verzichtet und die Nationalität des Gebietes angenommen haben, worin sie wohnen. Der bürgerliche und politische Status der eingeborenen Einwohner der hiermit an die Vereinigten Staaten abgetretenen Gebiete soll durch den Kongreß festgestellt werden.

Artikel X.

Den Einwohnern der Territorien, deren Souveränetät Spanien aufgibt oder abtritt, soll freie Ausübung ihrer Religion gesichert werden.

Artikel XI.

Die Spanier, welche in den abgetretenen Gebieten wohnen, sollen in Civil- und Kriminalsachen der Jurisdiktion der Gerichte des Landes unterworfen sein, worin sie wohnen, nach Maßgabe der dort bestehenden Gesetze, und sie sollen das Recht haben, vor solchen Gerichten zu erscheinen und dasselbe Verfahren zu befolgen wie die Bürger des Landes, welchem die Gerichte angehören.

Artikel XII.

Die gerichtlichen Verfahren, welche zur Zeit des Austausches der Ratifikationsexemplare dieses Vertrags in den Gebieten anhängig sind, über welche Spanien seine Souveränetät aufgibt, sollen nach folgenden Regeln erledigt werden: 1. Gerichtliche Urteile, die vor dem bezeichneten Datum entweder in Civilprozessen zwischen Privatpersonen oder in Kriminalfällen abgegeben werden und bei welchen es unter dem spanischen Gesetze keine Appellation und kein Revisionsrecht gibt, sollen als definitiv betrachtet und in herkömmlicher Form durch eine kompetente Behörde in dem Territorium vollstreckt werden, in welchem solche Urteile bis dahin in Ausführung gebracht wurden. 2. Civilprozesse zwischen Privat-Individuen, welche am besagten Datum unerledigt sind, sollen vor dem Gericht zum Austrag gebracht werden, an welchem sie zu jener Zeit anhängig waren, oder vor einem Gericht, das an Stelle des ersteren tritt. 3. Kriminalprozesse, welche zu besagtem Datum von Spanien gegen Bürger der Territorien anhängig waren, über welche Spanien durch diesen Vertrag seine Souveränetätsrechte aufgibt, sollen unter derselben Jurisdiktion bis zu einem definitiven Urteil zum Austrag kommen; nachdem aber das Urteil gesprochen ist, soll dessen Ausführung der zuständigen Behörde des Ortes überlassen werden, in dem der Fall sich ergeben hat.

Artikel XIII.

Die Respektirung der Eigenthumsrechte, die durch Erwerbung von Verlagsrecht oder Patente durch Spanier auf der Insel Kuba, auf Portoriko, den Philippinen und anderen abgetretenen Gebieten zur Zeit des Austausches der Ratifikationsexemplare dieses Vertrages erworben waren, soll fortdauern. Spanische wissenschaftliche, litterarische und Kunstwerke, welche

die öffentliche Ordnung der in Rede stehenden Territorien nicht gefährden, sollen auch ferner in die betr. Gebiete während eines Zeitraumes von zehn Jahren vom Tage des Austausches der Ratifikations-Exemplare des Vertrages zollfrei eingeführt werden können.

Artikel XIV.

Spanien erhält die Befugniß, Konsular-Ämter in den Häfen und Orten der Territorien zu errichten, über welche es durch den gegenwärtigen Vertrag seine Souveränetätsrechte abtritt.

Artikel XV.

Die Regierung eines jeden der beiden Länder gewährt den Handelsfahrzeugen des anderen Landes, was Hafen-Gebühren, Eingangs- und Klarierungs-Zölle, Lichter-Gebühren und Tonnen-Zölle betrifft, die Gleichstellung mit seinen eigenen, nicht im Küstenhandel engagierten Handelsfahrzeugen. Dieser Artikel kann zu irgend einer Zeit nach vorhergehender sechsmonatlicher Kündigung von jeder der beiden Regierungen rückgängig gemacht werden.

Artikel XVI.

Irgend welche Verpflichtungen, welche durch diesen Vertrag von den Vereinigten Staaten in Bezug auf Kuba übernommen werden, beschränken sich auf die Zeit der Occupation der Insel; die Regierung der Vereinigten Staaten wird aber nach Beendigung der Okkupation irgend einer Regierung, welche auf der Insel errichtet werden wird, die Übernehmung derselben Verpflichtungen anrathen.

Artikel XVII.

Der vorstehende Vertrag soll von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unter dem Beirath und der Zustimmung des Senats der Vereinigten Staaten und von Ihrer Majestät der Königin-Regentin von Spanien ratifiziert werden, und die Ratifikations-Exemplare sollen innerhalb sechs Monaten, vom Datum des Vertrags an und womöglich vor dieser Zeit ausgetauscht werden. Zur Beurkundung dessen haben die resp. Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt. In Duplo ausgefertigt in Paris am zehnten Dezember im Jahr des Herrn Ein Tausend acht hundert und achtundneunzig. William

R. Day, Cushman K. Davis, William P. Frye, George Gray, Whitelaw Reid; Eugenio Montero Rios, B. De Abarzuza, J. De Garnica, W. R. De Villa Urrutia, Rafael Cerero.

Diplomatischem Gebrauche zufolge kann dieser Vertrag von dem amerikanischen Senat und den Cortes nur im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Aenderungen an demselben würden neue Friedensverhandlungen notwendig machen.

Internationale Verwicklungen.

Kaum sind die Vereinigten Staaten zu einer Weltmacht erwachsen, so zeigt sich auch ihr Einfluß in den internationalen Angelegenheiten. Zunächst in Westindien und Ostasien. Der Bau und die Beherrschung des Nikaraguakanales, jenes wichtigste Problem, auf das Einige geradezu den ganzen kubanischen Krieg zurückzuführen, tritt von neuem in Vordergrund. Bezeichnend ist, daß die Befürworter des schleunigen Baues nicht die Handels-, sondern die strategischen Vorteile des Kanales betonen. Das Schlachtschiff Oregon, das beim Ausbruch des Krieges von Kalifornien um das Kap Horn nach Santiago aufkreuzte und dazu 43 Tage brauchte, hätte durch den Isthmus blos 17 Tage nötig gehabt. Zum Schutz der Philippinen und zum Eingreifen durch rasche Flottensendung sei der Kanal gleichfalls unentbehrlich.

Die beiden Hälften Amerikas sind durch einen schmalen Landrücken mit einander verbunden, der im allgemeinen um so niedriger wird, je schmäler er wird. Aber doch nur im Allgemeinen. Mehrere Gebirgsketten streichen von Nordwesten nach Südosten und brechen ab, wenn sie die atlantische Küste erreicht haben. Zwischen ihnen sind tiefe Einsenkungen. Diejenigen südlich der Sierra von Nicaragua wird durch zwei Seen bezeichnet, die einen erheblichen Teil von ihr ausmachen. Was an Landrücken noch stehen geblieben ist, ist ganz flach, bis auf einen einzigen schmalen Bergzug wesentlich flacher als die gleichfalls ziemlich starke Einsenkung bei Panama. Bei Panama ist übrigens nicht einmal die allerschmalste Stelle, diese liegt etwas östlich davon zwischen dem Golf von S. Blas und Chepo. Dort ist das Gebirge aber viel zu hoch. Bei Panama nähern sich die beiden Ozeane in der Luftlinie auf 55 km. Die für den Kanalbau günstige Linie ist 75 km lang. In der Mitte dieses schmalen Landrückens erhebt sich eine Gebirgskette Cubbra von

100 m Höhe; deren Sockel erreicht auf eine Ausdehnung von 35 km eine Höhe, die nirgends unter 55 m bleibt; eben dieser Gebirgszug bildete den Hauptriegel, durch den der Lessepssche Kanalbau zurückgehalten wurde.

Grundverschieden liegen die Verhältnisse in der Einsenkung im südlichen Nicaragua. Hier beträgt die Luftlinie zwischen beiden Ozeanen 235 km, und die für den Kanalbau geeignetste Linie 272 km. Von dieser entfallen jedoch 90 km auf den schiffbaren Nicaragua-See und 100 k auf den San Juan-Fluß, den man durch Aufstau schiffbar machen kann. Es bleiben also nur noch 82 km als wirklicher Kanalbau herzustellen, nur 7 km mehr als beim Panama-Kanal. Was aber das Wesentlichste ist: hier ist der sich in den Weg stellende Gebirgssockel nur 5 km breit, ein Vorteil, der so groß ist, daß es gar nichts dagegen verschlägt, daß der ganz schmale Kamm sich bis auf 125 m erhebt. Die Erhebung mit Ausnahme dieses kleinen Gebirgszuges ist ganz geringfügig.

Lesseps wollte einen Durchstich im Niveau, wie er im Suez-Kanal und im Nordostsee-Kanal gegeben ist. Das veranlaßte ihn und den unter seinem Einfluß stehenden internationalen Pariser Kongreß von 1879, der Panama-Linie den Vorzug zu geben. Denn einen Durchstich im Niveau kann man in Nicaragua nicht machen. Ein solcher würde den See, dessen Spiegel 35½ über dem Meere liegt, trocken legen und den San Juan-Fluß unbenutzbar machen. Das eine Verhängniß des Herrn v. Lesseps war, daß er in Panama den Durchstich auch nicht vollziehen konnte. Teils war die Bewältigung des Gebirgssockels doch viel schwieriger, als er sich gedacht hatte, teils aber erwies sich das Gestein, selbst wo das Kanalbett ausgehoben war, als nicht haltbar für so hohe Böschungen, sodaß diese immer wieder nachstürzten und von dem Tropenregen in die Tiefe gewaschen wurden. Das andere Verhängniß war, daß 1400 Millionen Franken in gewissenloseſter Weise vergeudet wurden, ohne daß dafür geleistet wurde, was zu leisten gewesen wäre. Um mit den allenfalls noch erschwinglichen Geldern wenigstens etwas herzustellen, gestaltete Lesseps seinen Plan um und kam auf einen Schleusenkanal zurück. Um mit einem solchen das Gebirge zu überschreiten, muß man auf der Scheitelstrecke Wasser genug haben. Das war jedoch beim Panamakanal in der trockenen Jahreszeit durchaus unsicher. So wäre daher der Betrieb Unterbrechungen ausgesetzt gewesen, selbst wenn das Werk vollendet wäre. Es ist

allbekannt, daß die 1400 Millionen vergeudet waren, ehe auch nur der Schleusenkanal halbfertig war.

Der Nicaragua-See wird als ein geschlossenes, nach zwei Seiten Ausgänge besitzendes Bassin und als Kriegshafen mit dem Marmara-Meer zu vergleichen sein, nur mit dem einen wichtigen Unterschiede, daß beim Marmara-Meer der eine Ausgang in das immerhin abgeschlossene Becken des Mittelmeeres, der andere in die vollkommene Sackgasse des Schwarzen Meeres führt, während der Nicaragua-Kanal auf der einen Seite in den freien Atlantischen, auf der anderen in den freien Pazifischen Ozean führt. Die Bedeutung für den Handel wird aber offenbar sehr übertrieben und läßt sich mit der des Suez-Kanals gar nicht vergleichen. Die durch den amerikanischen Kanal erschlossene Ländermasse ist klein im Vergleich zu der durch den Suez-Kanal zugänglich gemachten. Obschon der erstere weit erheblichere Abkürzungen des Weges bewirkt, als der Suez-Kanal, wird doch der zu erwartende Verkehr ungleich geringer sein. Ob er die hineingesteckten Gelder rentabel machen wird, ist schwer zu beurteilen. Die amerikanischen Kapitalisten haben es nicht geglaubt, denn sie haben noch keiner der verschiedenen Kanalgesellschaften das nöthige Geld zur Verfügung gestellt. Als aber 1879 Europa unter Führung von Lesseps an die Ausführung des Panama-Kanals herantrat, gründete der ehemalige amerikanische Präsident Grant eine Gesellschaft zur Erbauung des Nicaragua-Kanals. Da Grant im Punkt der Geldgeschäfte schon in bösem Rufe stand, so hielten sich die Kapitalisten zurück, ebenso scheiterten zwei spätere Gesellschaften, die sich in der Hoffnung auf amerikanische Regierungshilfe gebildet hatten. Noch 1894 lehnte das Repräsentantenhaus die vom Senate bewilligten 70 Millionen Dollar ab. Als die damalige Gesellschaft bankerott geworden war, entstand eine neue, welche jetzt die Sache in der Hand hat. Jetzt wird es aber Ernst, denn nun hat der Bundessenat der Vereinigten Staaten schon die Vorlage angenommen, daß von den 100 Millionen Dollars Aktienkapital die Union 92½ Millionen Dollar übernimmt. An die englischen Rechte will man sich dabei nicht kehren.

Präsident Mac Kinley hat in seiner letzten Botschaft bemerkt, der Kanal solle nicht nur mit amerikanischem Gelde gebaut werden, sondern auch unter alleiniger Kontrole der Vereinigten Staaten stehen. Diese Forderung ist aber mit dem am 19. April 1850

zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen Vertrage, nicht vereinbar, dessen erster und wichtigster Artikel folgendermaßen lautet:

„Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erklären hiermit, daß weder die eine noch die andere jemals für sich selbst erlangen oder aufrechterhalten werde irgend eine ausschließliche Kontrole über den zu bauenden Schiffskanal. Sie kommen überein, daß keine von Beiden jemals irgend welche Befestigungen, die den Kanal beherrschen würden, oder in der Umgebung desselben errichten oder erhalten oder besetzen, und daß sie nichts kolonisiieren und keinerlei Herrschaft über Nicaragua, Costa Rica, die Mosquitoküste oder irgend einen Teil Central-Amerikas übernehmen oder ausüben werden. Auch wird keine Regierung von irgend einem Schutze, den sie gewährt oder gewähren könnte, sowie von einer Allianz mit irgend einem Staate oder einem Volke Gebrauch machen, um solche Befestigungen zu errichten oder zu erhalten, oder Nicaragua, Costa Rica, die Mosquitoküste oder irgend einen Teil Central-Amerikas zu besetzen oder zu kolonisieren oder eine Herrschaft über dieselben auszuüben."

Artikel II des Vertrages setzt fest, daß im Falle eines Krieges zwischen den beiden Contrahenten, Schiffe derselben bei der Durchfahrt durch den Kanal „frei von Blokade, Festhaltung oder Wegnahme" sein sollen. Artikel III stellt die Personen, die am Kanal arbeiten unter den gemeinsamen Schutz beider Regierungen. Im Artikel IV versprechen beide Teile ihre guten Dienste, damit der Kanal gebaut und an jedem Ende des Kanals ein Freihafen errichtet werde. Im Artikel V verpflichten sich die beiden Mächte, den Kanal, wenn er gebaut ist, zu beschützen und „die Neutralität desselben zu garantieren". Die Artikel VI—IX enthalten weitere Bestimmungen, um die Herstellung des Kanals zu erleichtern, der „zum Nutzen der Menschheit, unter gleichen Bedingungen für Alle" gebaut werden soll. Dieser Vertrag hat noch heute Gültigkeit und es ist nicht einzusehen, wie die Amerikaner eine einseitige Kontrole über den zu bauenden Kanal unternehmen könnten, ohne den Vertrag zu verletzen. Man hat zwar früher in den Vereinigten Staaten die Versuche Englands zur Errichtung eines Schutzstaates an der Mosquitoküste als eine Verletzung des Clayton-Bulwer-Vertrages darzustellen versucht, allein mit Unrecht, denn England verzichtete im Vertrage von Managua (1860) auf das strittige

Gebiet zu Gunsten der Republik Honduras. In England wiederum wurde der im Jahre 1884 zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua abgeschlossene Vertrag zum Bau eines Kanals für unvereinbar mit dem Clayton-Bulwer-Vertrage gehalten und der Vereinigte Staaten-Senat lehnte denn auch im Januar 1885 den Vertrag ab. England kann also auch jetzt nicht einfach bei Seite geschoben werden, sofern es sich um den staatlichen Schutz handelt, den die Vereinigten Staaten dem Kanal gewähren sollen. Mit der im Vertrage mit Nicaragua 1868 bestimmten Neutralität des Kanals wird man sich nach Ansicht des Senators Morgan derart abfinden, daß der Kanal neutral sein soll für alle Nationen, mit Ausnahme derjenigen, mit der die Vereinigten Staaten gerade im Kriege sind. Das, meint man, wäre nur billig für eine Wasserstraße, die mit Mitteln der Union gebaut würde.

Die Vormachtstellung, die in Westindien den Yankees zufiel, beeinflußte weiterhin die Bevölkerungen der anderen, einst spanischen Inseln. In Jamaika regte sich die Sehnsucht nach Unabhängigkeit oder nach Anschluß an die Union. Trinidad wollte angegliedert sein. Hayti dagegen, das schon Grant einstecken wollte, fühlt sich in seiner Unabhängigkeit bedroht. Sehr wichtig ist ferner die neue Lage für die deutschen Wünsche in Amerika. Wir wollen Kolonien in Südbrasilien gründen und möchten eine Flottenstation in Westindien haben, vielleicht St. Thomas von den Dänen kaufen. Diese Absichten haben, bevor noch ihre Ausführung auch nur einen Schatten vorauswarf, nicht verfehlt, die Eifersucht zu erregen. Die Brasilianer unterrichten sich sehr genau über unsere Entwürfe und Vorkehrungen, und der Yankee-Expansionist, Kapitän Mahan, der Verfasser der so sehr geschätzten nnd vermutlich etwas überschätzten „Seemacht in der Geschichte" und Mitglied des Fünfmänner-Kriegrats im Sommer 1898, hat in einem glänzenden Aufsatze[1]) seinem Volk ein Schreckbild deutscher Ausdehnungssucht gemalt, das auf die leicht zu entflammenden Yankee-Gemüter gewiß einen unauslöschlichen Eindruck gemacht hat. Mahan erklärt, die Union könne kein Deutschbrasilien gestatten, und wenn infolge Vertrages mit Holland wir in Curaçao (an der venezolanischen Nordküste) einen unübertrefflichen Kriegshafen erhielten, so sei das eine Gefahr für die Vereinigten Staaten. Natürlich würde

1) Harper's Monthly, 1898 Juni.

auch eine deutsche Festsetzung in oder Übernahme von Niederländisch-Indien von den Herren der Philippinen mit den lebhaftesten Ausbrüchen von Mißvergnügen begrüßt werden. Wie in Vorahnung künftiger Nebenbuhlerschaft ist denn auch bereits die ganze Union in einer höchst gehässigen Deutschenhetze begriffen, deren Anstifter zwar hauptsächlich gegen das Reich, zugleich aber auch gegen die Deutschamerikaner ihre scharfen und gelegentlich vergifteten Pfeile abschießen. Der eifrigste Hetzer ist der Silberminen-Millionär Hearst, der Besitzer der einflußreichsten Zeitung des Westens, des „Examiner" von S. Franzisko, und der größten Zeitung ganz Amerikas — sie erscheint in täglich $^5/_4$ Millionen Abzügen — des „Journal" von New-York.

Ebenso wurde die feindselige Gesinnung von den Engländern geschürt, die sich einmal wieder in der Rolle von Freunden der Vereinigten Staaten gefielen. Die Rolle war aus sehr vielen Erwägungen hervorgegangen. Man wünschte die Unterstützung der Yankees in Ostasien und Samoa und ihr Entgegenkommen in Jamaika und Kanada. Sehr bald nach dem Fall Santiagos verlangte eine starke Gruppe in dem britischen Jamaika nach Angliederung an die Vereinigten Staaten; das Bestreben des Washingtoner Kabinettes, ausschließlich Kontrolle über den Nikaraguakanal zu üben, barg neuen Zündstoff. In Kanada waren wegen der Fischerei und der Alaskagrenzen unaufhörliche Schwierigkeiten. Die Engländer verstärkten denn auch ihre Stellung in Neufundland, hißten in Baffinsland die britische Flagge und begannen eine halbstrategische Bahn von der Hudsonbai nach dem Stillen Meere. Äußerlich aber erschöpften sie sich, um den tiefgreifenden Zwiespalt zu verdecken, in Höflichkeiten und Freundschaftsergüssen. Die Yankees waren's zufrieden[1]).

1) Vergleiche Frankfurter General-Anzeiger 25. 2. 1899: Solange ein dritter die Zeche zahlt, bleiben die anderen beiden die dicksten Freunde. Erst wenn das Geld aus der eigenen Tasche kommen soll, nimmt die Gemütlichkeit leicht ein Ende. Die in Kanada eingesetzte britisch-amerikanische Ausgleichskommission hat über dieser nicht gerade neuen Erfahrung sechs Monate lang beraten. Solange die englische und amerikanische Presse auf Kosten des Ansehens Deutschlands ihre Lügen in die Welt setzen konnte oder die Reklamejäger der „Gesellschaft" hüben und drüben sich auf Festbanketten beweihräuchern und das übrige Publikum zum Narren machen durften mit ihrem angloſächsischen Freundschaftssalbadern, da war alles eitel Freude und die bekannten scharfhörigen Leute vernahmen schon die Hochzeitsglocken, welche die Vermäh-

Wie in Kanada, so hofften die Engländer und Yankees auch in *Samoa* zuversichtlich auf innige Freundschaft und gemeinsames

---

lung von Miß Britannia und Onkel Jonathan einläuteten. Und auch, als es sich darum handelte, Spanien selbst die Philippinen zu nehmen, war England Freigebigkeit und Uneigennützigkeit in einer Person und schürte und stachelte die chauvinistischen Eroberungsgelüste der Yankeevettern mit plumpen Schmeicheleien und leeren Freundschaftsbeteuerungen. Mitten in diesem Freudenrausch beschloß man denn auch, allen Streit mit Kanada zu schlichten. Doch nach dem Rausch kam die Rechnung und diese wirkt ja oft ernüchternd, wenn man sie selber zahlen soll.

Die englisch-amerikanische Kommission trat zumeist auf Betreiben des kanadischen Premierministers Ende August zusammen und hat in *keiner Streitfrage zwischen Kanada und der Nachbarrepublik eine Einigung zu erzielen* vermocht. An Material fehlte es wahrlich nicht. Denn ganz wie im „veralteten, umnachteten“ Europa bringen die modernen, erleuchteteren Staaten Amerikas die kleinlichsten Scheerereien zwischen einander fertig. Kanada und seine Nachbarin haben sich vollends seit Jahren das Leben nach besten Kräften sauer gemacht. Da ist, zuerst der *Streit um die Robbenschlägerei im Beringsmeer*. Die Pelzrobben sind in ihrer Dummheit schon lange auf den verständigsten Ausweg verfallen und sterben mit möglichster Schnelligkeit aus. Die Aktenbündel der Diplomaten und Sachverständigen vermehren sich um so erfreulicher, aber trotz aller Schiedsgerichte steht die Frage auf dem alten Fleck. Die amerikanische Pelzgesellschaft, welche das Monopol des Robbenschlags auf den Paarungsstätten der Tiere besitzt, will den Fang im offenen Meer gänzlich verboten sehn. Die kanadischen Fischer aber können den Tieren nur hier nachstellen und wollen sich diese Erwerbsquelle nicht nehmen lassen. Durch eine Entschädigung von einer oder zwei Millionen Mark hätte die Regierung in Washington die Kanadier seit Jahren auskaufen können. Aber damit wäre ja der Zank aus der Welt geschafft. Auch die Kommission hat gegen ihre bocksbeinige Rechthabereien nichts auszurichten vermocht. Die Robben, wie gesagt, bleiben die klügsten. Ein anderer *Fischereistreit* existiert an der atlantischen Küste. Die ergiebigsten Fischbänke gehören Kanada. Für die Erlaubnis, daß amerikanische Unterthanen daselbst dem Fang obliegen und kanadische Häfen anlaufen dürfen, verlangt man die Aufhebung der Sperrzölle gegen kanadische Fische. Natürlich ist unter Mac Kinleys Regierung daran nicht zu denken.

Der gegenseitige *Arbeiterzuzug* über die Grenzen hat zu Repressalien geführt, die einen schon mehr mittelalterlich anmuten. In den Vereinigten Staaten darf niemand landen, der bereits einen festen Arbeitskontrakt in der Tasche hat. Diese Bestimmung war zunächst nur auf Europäer und Chinesen gemünzt. Bald aber dehnte man das Verbot auch gegen kanadische Unterthanen aus und wies viele Tausende zurück, welche zur Arbeit die Grenze zu überschreiten pflegten. Kanada antworte darauf mit einem allgemeinen Verbot gegen amerikanische Arbeiter, ob unter Kontrakt oder nicht, und Washington hat letzhin diese Chikane übertrumpft und Kanadiern das Recht des

Vorgehen. Die Hoffnung schien zunächst sich zu verwirklichen, zumal die Gemeinsamkeit sich gegen einen dritten, den Deutschen, richten konnte. Später aber sah sich Großbritannien veranlaßt, für Deutschland Partei zu ergreifen.

Staatssekretär v. Bülow äußerte sich im Februar 1899 über die Lage auf Samoa folgendermaßen:

„Durch die Generalakte von 1889 war auf Samoa eine Dreiherrschaft hergestellt zwischen Deutschland, England und Ame-

---

Landerwerbs in Alaska abgesprochen. Die Kommission hat über diese Auffassung von nachbarlicher Freizügigkeit das aufgeklärte Amerika abermals nicht zu belehren vermocht. Alaska, das jüngste Dorado, bildet einen anderen Zankapfel. Als die Vereinigten Staaten jenes Eisland den Russen abkauften, übernahmen sie auch den Vertrag derselben mit England, daß ihnen eine gewisse Inselreihe und zum Schutz derselben ein vom Ocean gerechnet zehn Seemeilen breiter Küstenstreifen gehören solle. Nun, an solcher Bestimmung giebt es doch gewiß nichts zu streiten. Ein Dutzend Geometer hätten die Grenzen längst festlegen können. Allein bei den unschuldig ausschauenden Aufgaben fällt man schon in der Schule meist gründlichst rein. Denken wir einmal jenes Abkommen auf unsere friesische Inselkette angewandt. Wo fängt da die Nordsee an, bei den Dünen um Norderney oder erst an der friesischen Küste? Vielleicht hilft ein Leser den Regierungen in Washington und Ottawa auf den richtigen Weg. Die Yankees behaupten natürlich, die zehn Meilen müßten von der Festlandsküste ab gemessen werden. Denn auf diese Weise würden sie alle wertvollen Häfen und Aufbruchsplätze nach Klondike in ihrem Besitz behalten. Die Kanadier wollen ebenso verständlich den Maßstab schon auf dem Inselstrand einsetzen. Der Kommission ist auch nichts gescheiteres eingefallen, als ein abermaliges Schiedsgericht darüber vorzuschlagen, was die Yankees dankend ablehnten. Sie sind ja vorläufig im Besitz des Landstrichs!

Unüberwindbare Hindernisse stellten sich schließlich der wichtigsten Frage entgegen, der zollpolitischen Annäherung der beiden Nachbarn. Dieses Resultat lag auf der Hand. Seit 30 Jahren haben nicht weniger als 16 Kommissionen diesem Übel abzuhelfen gesucht und bei so vielen Ärzten ist die Krankheit natürlich bis zum wütenden Zollkrieg ausgeartet. Dem allgemeinen Handelsaustausch hat man dadurch nur wenig Abbruch thun können. Die geographische Zusammengehörigkeit beider Staaten läßt sich nicht durch Zollzäune trennen. Rohstoffe wie Kohlen, Baumwolle, Holz kann Kanada eben nur aus der Union beziehen, und selbst Fabrikerzeugnisse halten die ferne europäische Konkurrenz aus. Die Verluste des Zollkrieges haben sich in Kanada fühlbarer gemacht als in der wirtschaftlich so vielfach größeren Union. Dazu kommt, daß der Holzzoll, welchen die Kanadier vor allen anderen beseitigt haben wollen, gerade von einem der machtvollsten Trusts in den Vereinigten Staaten verteidigt wird, und Präsident Mac Kinley ist wahrlich der letzte Mann dazu, sich mit den „Holzbaronen“ und ihrer Sippe zu verfeinden.

rika. Wenn schon ein Kondominium zu Unzuträglichkeiten zu führen pflegt, ist dies bei einem Tridominium in noch höheren Maße der Fall. Seit dem Inkrafttreten der Generalakte fehlte es auf Samoa nicht an Reibereien zwischen den Vertretern der verschiedenen Mächte. Dazu kommt der unruhige Charakter der Bevölkerung. Schon seit 1891 zeigte sich eine tiefergehende Gährung auf Samoa. Im vorigen Jahre brach ein offener Bürgerkrieg zwischen den Anhängern Malietoas und Mataafas aus. Infolge des Eingreifens deutscher und englischer Seestreitkräfte wurde Mataafa auf eine Marschallinsel überführt. Ein neuer, 1894 ausgebrochener Aufstand endigte nach dem Eingreifen deutscher und englischer Schiffe mit der Unterwerfung Tamaseses. Im vorigen Jahre beantragten die drei Konsuln die Zurückführung Mataafas nach Samoa, Malietoa sprach sich in derselben Richtung aus. Die Mächte stimmten der Zurückführung zu. Die drei Konsuln erklärten, der Tod Malietoas solle kein Hindernis für die Rückberufung Mataafas sein. Mataafa kehrte auf einem deutschen Kriegsschiff zurück. Seiner Einsetzung als Nachfolger Malietoas stellte sich die Gegenpartei entgegen, die Tanu, den unmündigen Sohn Malietoas, als Thronkandidaten proklamirte. Beide Parteien appellierten an die Entscheidung des Oberrichters, welcher sich für Tanu aussprach. Infolge dessen kam es im April zum offenen Kampf, wobei die Mataafapartei siegte. Die drei Konsuln erkannten das fait accompli und die durch die Anhänger Mataafas gebildete provisorische Regierung an. Die endgültige Regelung der Thronfrage steht bei den Mächten."

Die Konsuln der drei Berliner Vertragsmächte hatten in der That sich auf Mataafa als Nachfolger des verstorbenen Königs Malietoa Laupefa geeinigt und bei der Wahl, welche, wie der Vertrag es vorschreibt, „von den Eingeborenen in Gemäßheit der Gesetze und Gewohnheiten von Samoa" vorgenommen wurde, ward Mataafa auch mit erdrückender Majorität erwählt. Oberrichter Chambers (Amerikaner) erklärte diese Wahl aber für ungültig und entschied sich für den halberwachsenen Sohn des verstorbenen Königs, Malietoa Tanus (den Jüngeren). Dies empörte die Anhänger Mataafa's, sie erhoben sich. Malietoa's und Tamasese's Truppen waren etwa 2000 Mann stark, während Mataafa's weit zahlreicher waren. Der Kampf wehrte mehrere Tage lang, und auf beiden Seiten fielen über 100 Mann. Schließlich

suchten die Anhänger der beiden neuerwählten Könige in den Bergen Zuflucht, während die Könige selber und ihre ersten Häuptlinge auf das britische Kriegsschiff „Porpoise“ flohen. Mataafa war Herr der Situation. Dr. Raffel, der deutsche Präsident der Munizipalbehörde, und Herr Rose, der deutsche Konsul, erkannten Mataafa bis auf Weiteres als König an und gaben bekannt, daß sie als öffentliche Beamte fungieren würden. Der Kommandeur der „Porpoise“ wurde benachrichtigt, daß Malietoa und Tamasese, falls sie landen sollten, sofort verhaftet werden würden. Oberrichter Chambers flüchtete an Bord des britischen Kriegsschiffes „Porpoise“, worauf Dr. Raffel sich zum Oberrichter proklamirte und das verschlossene Justizgebäude gewaltsam öffnen ließ. Nun wurden britische Marinesoldaten gelandet, der amerikanische Oberrichter Chambers wieder in sein Amt eingesetzt und auf dem Gebäude die britische und amerikanische Flagge gehißt.

Bei dieser Sachlage muß es auf den ersten Blick Verwunderung erregen, warum Oberrichter Chambers die Wahl des von den drei Konsuln indorsirten und von den Eingeborenen ordnungsmäßig erwählten Mataafa für ungültig erklärt hat. Artikel III des Berliner Vertrages, der von den Befugnissen des Oberrichters handelt, schreibt in Abschnitt 6 vor: „Für den Fall, daß in Zukunft in Samoa Streitfragen entstehen sollten mit Bezug auf die rechtmäßige Wahl oder Einsetzung des Königs — soll eine solche Streitfrage — der Entscheidung des Oberrichters von Samoa unterbreitet werden, welcher schriftlich zu entscheiden hat“ u. s. w. Dem Vertrage nach liegt demnach die Sache so, daß die Wahl des Königs durch die Eingeborenen zu erfolgen und etwaige Streitfragen dabei durch den Oberrichter zu entscheiden sind. Weder eine Einigung der Konsuln noch eine Bestätigung durch den Oberrichter sind vertragsmäßige Erfordernisse für die Gesetzmäßigkeit und Gültigkeit der Königswahl. Es ist daher nicht recht erfindlich, warum Oberrichter Chambers, nachdem Mataafa mit überwältigender Majorität und außerdem auch noch mit Zustimmung aller drei Konsuln erwählt war, sich noch in die Sache hineinmischte. Wenn dem Oberrichter das Recht zustände, jedes Mal den Ausschlag zu geben, wenn mehrere Thronprätendenten vorhanden sind, dann brauchte überhaupt keine Wahl stattzufinden, sondern der Oberrichter könnte einfach den König ernennen. Im Vertrage wird aber im Gegenteil immer wieder betont, daß stets

„auf die samoanischen Gewohnheiten" Rücksicht genommen werden soll. Auch das Verhalten des deutschen Präsidenten des Munizipalrats, Dr. Raffel's, wird getadelt und in der That scheint derselbe insofern zu weit gegangen zu sein, als er die Thür des Justizgebäudes gewaltsam öffnen ließ. Ob er indessen auch darin gefehlt hat, daß er sich zum Oberrichter proklamirte, dürfte zum mindesten zweifelhaft sein, denn in Abschnitt 2 des bereits erwähnten Artikels III des Vertrages heißt es: „Die Befugnisse des Oberrichters sollen im Falle, daß dieses Amt aus irgend einem Grunde unbesetzt ist, durch den Vorsitzenden des Munizipalrats ausgeübt werden, bis ein Nachfolger ordnungsmäßig ernannt und eingesetzt worden ist". Nun mag Dr. Raffel der Ansicht gewesen sein, daß Oberrichter Chambers, als er an Bord der „Porpoise" ging, den samoanischen Boden verließ und sich auf britischen Boden begab, der Sitz des Oberrichters daher vakant wurde.

Das beste wäre, wenn das Triumvirat der drei Großmächte aufhörte. Der Plantagenbesitz der Deutschen ist viermal so groß wie derjenige der Engländer und fast siebenmal so groß wie derjenige der Amerikaner, an Steuern bringen die Deutschen das Fünffache des Anteiles der Engländer und das Neunfache desjenigen der Amerikaner auf, der Schiffsverkehr ist zu zwei Dritteilen in deutschen Händen. Die Interessen der Vereinigten Staaten auf den Inseln sind ganz unbedeutend. Eine Kohlenstation haben die Vereinigten Staaten in Pago-Pago und in verschiedenen Präsidentenbotschaften ist erklärt worden, daß die großen Verwaltungskosten, die auf die Vereinigten Staaten entfallen, zu den dortigen Interessen in argem Mißverhältnis stehen. Die Verein. St. würden nichts verlieren, wenn sie aus dem Berliner Vertrage ausscheiden, und dieser Ansicht scheint man in Washington zuzuneigen. Deutschland und England bliebe es dann überlassen, sich untereinander zu verständigen.

Durch die Niederlage Spaniens erlitt zugleich die römische Kirche, die in der Pyrenäenhalbinsel ihre festesten Stützpunkte hat, eine bedeutende Niederlage. Während aber die katholischen Orden von dem erhaltenen Schlage sich schwerlich erholen werden, dienen die Katholiken Westindiens und Manilas dazu, die 12 Mill. nordamerikanischer Katholiken bedeutsam zu verstärken. Der Papst stellt in den Vereinigten Staaten bereits eine Macht dar, die schwer genug wiegt, um eine eigene Partei hervorgerufen zu haben, die sich lediglich gegen den wachsenden Einfluß des Ultramonta-

nimus richtet, nämlich die A. P. A. (American Protection Association) welche behauptet, nicht weniger als 4 Mill. erwachsene Männer zu Anhängern zu haben. Die spanischen Katholiken aber werden nicht nur die Zahl der nordamerikanischen Glaubensgenossen verstärken, sondern werden auch im Gefolge der Deutschen der von Keane und Ireland erstrebten ecclesia americana entgegenarbeiten.

So hat der Krieg um Kuba das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Deutschland, zu England, zu Mittelamerika und Westindien, zu Kanada, zur Südsee und zum Papste wesentlich geändert. Nicht minder tiefgreifend, wenn auch weniger auffallend wird der Umschwung in den Beziehungen zu Südamerika sein. Vorläufig nehmen dort die Revolutionen ungestört ihren gewöhnlichen Gang, allein der wachsende Gegensatz gegen die Nordamerikaner wird doch wohl zu größerer Einigkeit führen, wie derselbe vielleicht schon bei der Schlichtung der unlösbar scheinenden Verwicklungen zwischen Chile und Argentinien mitgewirkt hat. Ebenso sieht Japan in den Yankees nicht mehr Freunde und Förderer, sondern gefährliche Angreifer, die dem Mikadoreiche Hawaii und Luzon weggeschnappt haben. Weitere Veränderungen des bisherigen Gleichgewichts, die der letzte Krieg veranlaßt, bereiten sich im schwarzen Erdteile vor.

Die Yankees in Afrika.

Der schottisch-amerikanische Oberst Mac Murdo erhielt von der portugiesischen Regierung die Konzession zum Bau einer Bahn von Lourenzo Marques an der Delagoabucht bis nach Komati an der Transvaalgrenze. Der Oberst gründete ein aus Briten und Amerikanern bestehendes Syndikat und stellte die Bahn 1887 fertig. Die portugiesische Regierung erklärte jedoch, die Bedingungen der Konzession seien nicht erfüllt, und konfiszierte die Bahn. Mac Murdo starb, aber seine Erben reichten bei den Regierungen von Washington und London Klage ein und verlangten Schadenersatz. Die Sache wurde 1891 einem Berner Schiedsgericht überwiesen und ist noch nicht erledigt, wird es vor 1900 auch wohl kaum werden. In jedem Falle haben die Vereinigten Staaten einen Anhalt, sich in die südafrikanischen Verhältnisse einzumischen und

am Indischen Ozean festen Fuß zu fassen. Bis jetzt hat die Union keinen einzigen Kohlenhafen auf dem weiten Wege von New-York nach Ostasien und würde daher kein Mittel scheuen, einen solchen Hafen zu erhalten. Als der amerikanische Konsul in Madagaskar, der Kreole Waller, von den Franzosen 1895 angeblicher oder wirklicher Umtriebe halber verhaftet wurde und es zu Schwierigkeiten mit der Pariser Regierung kam, wurde bereits mehrfach auf die großen Interessen hingewiesen, welche die Union im Indischen Meere habe, und neuerdings ward der Erwerb der Insel Sokotra von seiten der Union in gleichem Sinne angeregt. In Madagaskar haben die Yankees $^3/_{10}$ des Gesamthandels, nach Ostafrika schicken sie ihre Kalikos, in Südafrika haben sie bereits uns Deutsche überholt und stehen mit ihrem Handel nur noch den Engländern nach. Nach Johannesburg kommen Maschinen von Chikago, St. Louis und Pittsburg, Getreide von Kalifornien und Holz zum Ausbau der Minen von Washington und Oregon. Auch sind auf den Goldminen viele, meist sehr hochbezahlte Yankee-Ingenieure, wie Hays Hammond und Hamilton Smith, die mit den Engländern sympathisieren und ihnen auch bei dem Jamesonzuge halfen.

Nach Liberia[1]) war 1895 eine Auswandererschar von den Vereinigten Staaten abgegangen. Die Schar bestand aus Negern, die acht Schiffe füllten. Man hätte denken sollen, den Machthabern von Monrovia wäre ein derartiger Zuzug intelligenter Rassegenossen als Verstärkung gegen die $1^1/_2$ Millionen wilder Schwarzer im Inneren Liberias nur willkommen gewesen. Allein, die neue Schar brachte nur Verwirrung, zumal es der liberianischen Regierung an gutem Willen fehlte. Der hohle Übermuth von Freigelassenen, der den Bewohnern von Haiti die wohlverdiente Züchtigung durch Deutschland einbrachte, richtete sich in Liberia zunächst gegen die landheischenden schwarzen Brüder, sodaß viele von ihnen zurückwanderten, dann aber auch gegen eine Großmacht, gegen England. Britische Unterthanen aus Sierra Leone wurden vergewaltigt und eine Drohnote ging von London nach Monrovia, vor der die Liberianer die Segel streichen mußten. Die Demütigung verdroß sie gewaltig. Furcht kam hinzu. Die britische Nigergesellschaft und verwandte Interessenten weisen nämlich darauf hin, daß es für Großbritannien angezeigt sei, sich den vorherrschenden

1) Vgl. oben S. 16.

Einfluß in Liberia zu verschaffen, da aus dieser Republik die als Matrosen und Pflanzungsarbeiter unentbehrlichen Kru stammen. Auch zeigten die Franzosen Absichten auf das im Norden und Osten von französischem Gebiete umschlossene Liberia. So geriet man auf den Gedanken, sich wiederum an den alten Freund, der solange zur Seite gestanden, an die Union zu wenden. Bischof Hertser, der Träger der obersten Kirchengewalt in Liberia, besuchte dementsprechend im Januar 1899 den Präsidenten Mac Kinley und das amerikanische Marineministerium und ersuchte um Schutz. Da der Präsident nicht gleich darauf eingehen wollte, bot der Bischof Monrovia den Yankees als Hafen und Kohlenstation an. Die Flottenoffiziere hörten mit großer Begier auf das unerwartete Anerbieten. Auf dem Wege von New-York ostwärts nach den Philippinen würde man so einen Ruhe- und Stützpunkt erhalten und zugleich eine ausgezeichnete Basis für Unternehmungen gegen Südamerika, namentlich Brasilien haben. Für den Handel mit Mittelafrika, dessen Träger zum Teil die Vereinigten Staaten (Unionsneger) werden könnten, ergäben sich vollends die besten Aussichten.

Auch in der wissenschaftlichen Erforschung Afrikas sind die Yankees nicht zurückgeblieben. Von Stanley abgesehen, der zwischen England und Amerika zwittrig schwankt, hat Astor Chanler mit Geschick und Thatkraft die Massaisteppen und die Gallasländer durchforscht, Donaldson Smith hat Somaliland, Frau Sheldon das Kilimandscharo-Gebiet und Glave den Kongostaat durchzogen. Im Anschluß an derartige Reisen haben gelegentlich reiche Yankees sich auch praktisch für Mittelafrika interessiert. So hatte die britische Ostafrika-Gesellschaft Kapital von Huntington, dem Präsidenten der Southern Pacific, einem der wohlhabendsten und mächtigsten Leute ganz Amerikas. Nicht minder spekulieren viele Yankees in Transvaaler Goldminen. Einige Zeit hat sogar eine eigene Monatsschrift „Africa“ in Chikago bestanden, die sich ausschließlich mit amerikanischen Interessen in ganz Afrika beschäftigte.

Endlich werden amerikanische Gedanken durch eine beträchtliche Schar von Yankee-Missionaren verbreitet, die in vereinzelten Fällen — ich nenne vor allem Eli Chatelain's Studien über Angola — wissenschaftlich Wertvolles heimbringen.

Im Jahre 1895 bestand die Absicht, nach dem Muster von „Freiland“ von Chikago aus einen Idealstaat nordöstlich vom

Kenia anzulegen, und waren damals zu diesem Ende bereits Verhandlungen mit dem britischen Kolonialamte eingeleitet worden.

Der Handel der Vereinigten Staaten mit Afrika stellt sich folgendermaßen dar für 1896/97:

	Einfuhr nach der Union.		Ausfuhr aus der Union.	
Britisch-Afrika . .	1,5	Mill. Doll.	13	Mill. Doll.
Kanarische Inseln .	0,05	"	0,3	"
Französisch-Afrika .	0,25	"	0,3	"
Madagaskar . . .	0,01	"	1,7	"
Aegypten	7	"	0,3	"
Tripolis	0,1	"	—	"
Rest	0,6	"	0,6	"
	9,5	Mill. Doll.	16,2	Mill. Doll.
1895/96	11,2	"	13,9	"

Der erste Posten bezieht sich fast ausschließlich auf Südafrika und ist überwiegend Durchgangsverkehr nach dem Transvaal.

Der deutsche Handel in Afrika betrug 1896:

	Einfuhr von Afrika		Ausfuhr nach Afrika	
	23,8	Mill. Doll.	16	Mill Doll.
der belgische	4,6	"	5,4	"
der französische . . .	63,2	"	81,4	"
der britische	82,7	"	134,6	" [1])

Es ergiebt sich hieraus, daß der amerikanische Handel im dunklen Erdteil zwar keine überragende Rolle spielt, aber doch den Belgiens, das so starke Interessen in Afrika hat, weit überflügelt, und dem deutschen nur wenig nachsteht.

China und die Philippinen.

Für Europa ist nächst dem Nicaraguakanal am wichtigsten die neue Stellung, die Amerika in Ostasien gewonnen hat. Schon nach dem japanisch-chinesischen Krieg schlugen viele amerikanische Blätter vor, China gemeinschaftlich von Großbritannien und den Vereinigten Staaten verwalten zu lassen. Allerdings stand und steht der amerikanische Handel in Ostasien gleich nach dem britischen. Der amerikanische betrug nämlich 1896/97 mit China 32, mit

1) Die Zahlen des Textes nach Review of the World's Commerce (Washington 1898) S. 107.

Japan 37 Mill. Dollars, mit den Philippinen 5, mit ganz Asien 80 Mill., mit Ostasien allein, Siam abgerechnet, 75 Mill. Dollars. Der Handel der Union mit Ostasien beläuft sich daher auf $^{15}/_{16}$ ihres Gesamthandels mit dem größten Erdteil, obwohl die Ostasiaten blos $^{5}/_{8}$ der Gesamtbevölkerung bilden. Die Thatsache ist wichtig genug, weil sie zeigt, daß England in seinen südasiatischen Besitzungen wenig von den Yankees zu fürchten hat, daher ohne kommerziellen Schaden mit ihnen in Asien Hand in Hand gehen kann. In der That verstärkte sich die Tendenz zu einem anglo-amerikanischen Bündnis in den letzten Jahren insbesondere im Hinblick auf eine gemeinschaftliche Expansion in Ostasien, zu der die Fortschritte der Russen und Deutschen eingestandenermaßen gewaltig angereizt haben.

Die Vereinigten Staaten waren stark an der Aufschließung Chinas beteiligt gewesen. Sie hatten einmal sogar unter Commodore Armstrong Befestigungen von Kanton bombardiert und erobert. Dann aber halfen sie der kaiserlichen Regierung gegen die Taipings und versuchten es, den Besitzstand von China gegen die Eroberungspläne der Westmächte zu garantieren, China zu neutralisieren[1]). Sie besaßen Einfluß genug, das himmlische Reich zum Aufgeben seiner Ansprüche auf die Liukiu zu bewegen, und waren 1894/95 bereit, den Frieden mit Japan zu vermitteln, nicht ohne die ausdrückliche Erklärung, daß sie lieber allein die Vermittlung übernehmen und es ungern sähen, wenn solche auch anderen Mächten übertragen würde[2]). So sehr glaubte man in China an die Uneigennützigkeit der Vereinigten Staaten, daß es noch zwei Jahre später Militärinstrukteure aus der Union haben wollte, „weil diese keine feindlichen Absichten auf China hege und nicht die Verteidigungsmittel auszuspionieren suche". Unterdessen bildete sich eine mächtige Gesellschaft von Yankee-Kapitalisten in New-York, um den Handel mit China zu befördern und das Land auf jede Weise zu erschließen (China Exploitation Society). Carnegie legte eine Eisenwerkniederlage in Schanghai an. Zahlreiche amerikanische Syndikate bewerben sich um die Konzession zur Bahn Hankau-Kanton. Letzthin aber ist geradezu von dem Anteile die Rede, der bei der Zergliederung Chinas den Vereinigten Staaten zufallen müßte. Man denkt an Tschili.

1) Oben S. 78. 2) S. 99. 101.

Durch den Besitz von Manila sind die Yankees die Nachbarn der Franzosen in Indochina, der Briten in Neuguinea, Borneo, Malakka und Hongkong, der Holländer auf allen Sundainseln, der Deutschen in Neuguinea (und Karolinen?), der Japaner in Formosa geworden. Kein anderer Erwerb hat einen solchen Rattenkönig von internationalen Berührungen und Verwicklungen heraufbeschworen.

Manila war vermutlich schon dem Ptolemäus[1]) als Maniola bekannt. Die Schiffe sollten dort am Magnetberge hängen bleiben, was man auf die reißenden Strömungen und die schwierigen und seichten Anfahrten in den ungemein zerklüfteten Buchten der Philippinengruppe beziehen mag. Die ersten Siedler auf den Philippinen waren Zwerge, von denen noch Überreste gegenwärtig leben. Dann kamen wohl große Schwarze (Melanesier), hierauf die Igorroten, welche den formosanischen Tayal gleichen und wie sie die Einehe pflegen. Man hat die Igorroten als wilde Tagalen[2]), als verwilderte Chinesen oder Japaner[3]), auffassen wollen. Wie haltlos derartige Vermutungen sind, ergibt sich allein schon aus den wenigen Sprachproben, die wir von den Igorroten besitzen[4]), insofern diese völlig von allen anderen ost- und südostasiatischen Sprachen abweichen. Der Name Igorrote ist übrigens von den Spaniern auf alle wilden Philippiner und Formosaner übertragen worden, während die zivilisierten Eingeborenen als „Indios“ bezeichnet werden. Die letzteren sind malayischen Ursprungs und zerfallen auf den Philippinen in mindestens vier große Hauptgruppen: die Tagalen und tagalisierte Stämme, zusammen etwa 1,4 Mill.; die Bisaya in der Mitte des Archipels; die Sulu im äußersten Süden; die Bikol in der Halbinsel Kamarinas. Im ganzen kann man 52—55 Stämme zählen.

Von der ältesten Geschichte ist nichts bekannt. Früh scheinen Inder, vielleicht von Kambodja, das schon im zweiten Jahrhundert indische Ansiedelungen hatte, und mit ihnen der Buddhismus ge-

---

1) VII 2, 31 Vgl. meine Geschichte Formosas 48. Nach der Rekonstruktion Kapitän Gerini's in N. Branch of the R. Asiat Soc. 1897 ist das benachbarte sinus Theriodes des Pt. die Formosastraße.

2) K. Th. Machert, Die Tagalen: Feuilleton der Rhein.-Westf. Zeitg. 24. 1. 1899.

3) Foreman, The Philippine islands 1890.

4) Im Correo Sino-Anamita 1895.

kommen zu sein. Um 1200 bestand bereits ein chinesischer Handel mit Luzon und den nördlich davon belegenen kleinen Inselgruppen[1]). Gegen 1500 kamen mohammedanische Malayen, besetzten die Suluinseln, auf denen sich dann ein Sultanat aufthat, und griffen Mindanao an. Seit 1571 faßten die Spanier festen Fuß auf den Philippinen, hatten aber gleich zu Anfang ihrer Herrschaft gegen Mohammedaner, Chinesen und Japaner hart anzukämpfen. Sie blieben Sieger, hatten aber noch vier große Chinesenaufstände in Blut zu ersticken. Durch den Handel mit Mexiko, Kambodja, China und Formosa blühte Manila mächtig empor und ward der Markt dreier Welten. Man sah dort in den Straßen um 1600 spanische Soldaten und Mönche, chinesische Kuli, armenische, griechische und Parsi-Kaufleute, Kling-Matrosen von der Koromandel, Sklaven von der Mosambik- und Angolaküste, endlich die verschiedensten Rassen der Eingeborenen. Die Herrschaft kam aber bald in die Hände der geistlichen Orden, die zwar viel für die Bildung und Hispanisierung der Tagalen thaten, allein den Handel und die Regierung zu mittelalterlich-rückschrittlich betrieben[2]). So sank Manila wieder. Die Engländer eroberten 1762 vorübergehend die Stadt. Im 19. Jahrh. wurde zwar der Handel allen Völkern eröffnet, doch nicht ohne viele Verschränkungen und lästige Quengeleien. Vor dem letzten Aufstand betrug der Gesamthandel der Philippinen fast $^1/_4$ Milliarde Mark (170 Mill. Ausfuhr, 73 Mill. Einfuhr). Den ersten Platz nimmt dabei England ein, dann kommt Spanien, an dritter Stelle Deutschland und erst an vierter die Vereinigten Staaten; hierauf Norwegen, Japan, Frankreich. Der neuerdings frisch aufstrebende Handel ward jedoch durch zahlreiche Aufstände gestört, deren längster 34 Jahre dauerte. Der letzte begann 1895. Auf den 1. Sept. dieses Jahres war eine tagalische Vesper geplant, der die 15 000 Spanier Manilas zum Opfer fallen sollten. Der Anschlag ward indes früh genug verraten und die Verschwörung unter empörender Grausamkeit niedergezwungen. Der Argwohn kam auf[3]), jedoch kaum mit Recht, daß die Japaner dabei ihre Hand im Spiel hatten. Entstanden waren die Aufstände durch

---

1) Tschao Yukua in meiner Geschichte Formosas 44.

2) Blumentritt in der Monatschrift „Ostasien“ Sept. Okt. 1898.

3) Thirion, Convoitises japonaises et colonies européennes in Correspondent (Halbmonatsschrift) 25. April 1897.

die Habsucht der Beamten, unter denen Weyler hervorragte — er ließ sich stets zu seinem Geburtstage reich beschenken, führte dies dann auch für die Ehrentage seiner Frau und Kinder ein, und wenn er länger Statthalter geblieben wäre, so sagte man, würde er auch die Geburtstage seiner Urgroßeltern gefeiert haben — und entstanden ferner durch den Haß gegen die spanischen Priester. Auf Weyler war Blanco gefolgt — beide sind später nach Kuba — und dann Polavieja und Primo de Rivera. Da zwar die Verschwörung, aber nicht der daran sich knüpfende Aufstand niedergeschlagen werden konnte, so ward zuletzt der Hauptführer der Tagalen, Aguinaldo, ein 26jähriger Jüngling von großem Feuer und Talente, durch eine starke Summe (etwa $^4/_5$ Mill. Mark) bestochen. So war der Aufstand endlich fast erloschen, da kamen die Amerikaner.

Der Mut, mit dem die Tagalen, der führende Stamm unter den Eingeborenen der Philippinen, den Spaniern und nachher selbst einem Zwiespalt mit der mächtigen Republik des Westens ins Auge sahen, um ihrem schönen Vaterlande die Freiheit zu sichern, kann nicht verfehlen, Teilnahme für sie zu erwecken. Allerdings[1]) bilden unter den Tagalen selbst wieder die Mischlinge das treibende Element. Von diesen sind die chinesischen Mischlinge sehr zahlreich (man zählte bereits 1867 über 200 000), und es scheint die Vermischung des chinesischen und des tagalischen Blutes ein sehr glückliches Ergebnis zu haben. Denn die chinesischen Mestizen pflegen körperlich rührig zu sein, die Trägheit der tagalischen Rasse zu überwinden und einen höheren Intellekt mit einer feineren Genußfähigkeit zu vereinigen. Sie wenden sich hauptsächlich den kaufmännischen Berufen zu, und als ein Beweis ihrer Rührigkeit darf hervorgehoben werden, daß das größte Bankhaus in Manila, die Firma Tuason, schon seit Generationen im Besitze solcher Mischlinge ist. Was die Kinder von Weißen und Tagalinnen angeht, so übertrifft ihre Zahl bei weitem die in der amtlichen Zählung angegebene. Daß viele als „Indios" genannte Eingeborene dieser Klasse angehören, ist schon daraus zu schließen, daß, wie bereits Jagor bemerkt hat, in den Gegenden, wo Spanier häufig sind, die Eingeborenen im allgemeinen eine hellere Gesichtsfarbe zeigen.

1) Zum folgenden Machert a. O. Plüddemann 69 ff. Blumentritt, Deutsche Rundschau 1897; Ostasien, April und Mai; die Zeit 18. 3. 1899.

Sind doch die Tagalinnen gewöhnlich stolz darauf, die Geliebte eines Weißen zu sein, und schämen sich der aus einer solchen Verbindung entstammenden Kinder keineswegs. Die spanischen Mestizen pflegen als kleine Grundbesitzer zu leben oder die Beamtenlaufbahn einzuschlagen. Aus einer dieser beiden zahlreichen Mischrassen stammt die Mehrzahl der Tagalenanführer, die heute die Freiheit der Philippinen als Losung ausgeben; ohne die Mischung mit anderen Rassen hätten die Tagalen sich zweifelsohne nie zum Entschlusse aufzuraffen vermocht.

Indes kann man ihnen Begabung und Entwickelungsfähigkeit keineswegs absprechen. Sie sind mit Recht als die hauptsächlichen Träger der Zivilisation im ganzen Archipel bezeichnet worden, von einer natürlichen Kraft der Rasse zeugt der Umstand, daß sie auf Kosten der anderen eingeborenen Stämme der Philippinen unausgesetzt vordringt. Ihre eigentliche Heimat ist Zentral-Luzon, aber auch außerhalb dieses Gebietes sind erhebliche Teile dieser Insel sowie andere Eilande der Philippinen, die ursprünglich von anderen malayischen Stämmen bewohnt waren, völlig „tagalisiert" worden, und Tagalen findet man überall in den Philippinen, von Luzon bis Mindanao, ansässig. Ihr Bildungszustand hat sich wesentlich gebessert, seitdem die Geistlichkeit, die die Vermittlerrolle zwischen den spanischen Behörden und den Eingeborenen sehr ungern preisgab, ihren Widerstand dagegen hat fallen lassen, daß die Tagalen Spanisch lernten. Heute findet man zahlreiche Tagalen als Schreiber in den Regierungsämtern, und Bastian fand zum Beispiel in der Provinz Laguna, daß verhältnismäßig sehr viele Tagalen des Lesens und Schreibens mächtig waren. Der höchste Ehrgeiz tagalischer Eltern ist es, ihren Sohn als Geistlichen zu sehen, und so findet man unter den Pfarrern neben vielen Mestizen auch zahlreiche Tagalen. Aber sie genießen einen schlechten Ruf: es wird berichtet, daß sie nicht anders leben als die italienischen und deutschen Kleriker vor dem machtvollen Eingreifen Gregors VII. und daß in den tagalischen Pfarrhäusern der Ruf „Papa" keineswegs selten oder auch nur heimlich ertöne.

Denn in der Seele des Tagalen wohnen zwei Feinde, die gefährlicher sind, als der Spanier und der Amerikaner. Das sind seine Neigung zur Trägheit und seine Sinnlichkeit. Als die Spanier das Land eroberten, fanden sie die Tagalen in kleinen zersplitterten Ansiedelungen; sie mochten sich nicht zusammenschließen, weil ein

abgesondertes Hinvegetieren ihr Ideal bildete. Dem vereinten Wirken der Behörden und der Geistlichkeit, die den einheimischen Adel geschickt in ihr Interesse zu ziehen verstanden, gelang es, die Eingeborenen in größeren Pueblos oder Barrios zu sammeln; aber wie oft entflohen zahlreiche Tagalen aus ihren Dörfern in die undurchdringliche Bergwildnis, wo ihnen die spanische Polizei nichts mehr anhaben konnte. Der Naturmensch ist eben in dieser Rasse noch heute stark und durchbricht gar oft den dünnen Firnis, den die Kultur über die elementaren Neigungen gelegt hat. Auch körperlich verleugnen die Tagalen den freien Wald- und Naturmenschen noch keineswegs. Die auffallende Beweglichkeit ihrer Zehen, die sie ihre Füße gleich den Händen gebrauchen läßt, erinnert noch an die Zeiten, da sie sich vor Gefahren behende kletternd auf die Bäume ihres Urwaldes flüchteten; und ihr außerordentlich entwickelter Geruchssinn ist ebenfalls ein Erbe ihrer Urzeit; erzählt man doch, daß tagalische Diener aus einem Dutzend frischgewaschener Hemden das Eigentum ihres Herrn sofort herausriechen, und tagalische Liebende tauschen Kleidungsstücke aus, um sich an dem „Dufte" zu erfreuen. Kein Wunder, daß diese dem Naturzustande noch so nahe stehenden Menschen ihre Sinne nicht beherrschen lernten. Wie in ihrer alten Heidenreligion die Keuschheit nicht geschätzt war, so legen auch heute, wo doch das Christentum schon Jahrhunderte lang bei ihnen durchgedrungen ist, weder Männer noch Frauen darauf Wert. Selbst ein Ehebruch wird sehr leicht genommen; dem Verführer geschieht gar nichts, die Frau kommt mit einer tüchtigen Tracht Prügel davon.

Harmloser sind einige andere Leidenschaften, die den Tagalen durchwegs eigentümlich sind. Neben dem Kauen des Bethels (Buya), den der Tagale leidenschaftlich liebt und in den Kramläden der Bethelmädchen oder Bayeras ersteht, ist da vor allem die Leidenschaft für die Hahnenkämpfe zu nennen. Sein Hahn ist dem Tagalen das Höchste; ihm widmet er mehr Sorgfalt, als seinen Kindern; er ist das Erste und das Letzte, was er am Tage besorgt und liebkost. Er nimmt ihn mit aufs Feld, wo er arbeitet, erlabt sich dort an seinem Anblicke und streichelt ihn; er trägt ihn auf seinen Spaziergängen unterm Arme mit sich. Einen Hahn, der schon einige Zeit ihm gehört, verkauft der Tagale nicht mehr; einen Hahn zu kaufen (und ein guter kostet oft 40—70 Pesas) hat er immer Geld, auch wenn er sonst nichts hat. Mit derselben Leiden=

schaft fröhnen sie dem Kartenspiele, das nur zu gewissen Stunden erlaubt ist, weil die Tagalen sonst Tag und Nacht über den Karten hocken würden, die schon manchem von ihnen all sein Hab und Gut gekostet haben. Gerade bei indolenten Rassen findet man ja derlei Leidenschaften nicht selten. Auch das Theater zählt zu den Liebhabereien der Tagalen. Bei den Kirchenfesten finden unter freiem Himmel die großen Vorstellungen statt, die stets den Kampf der Christen gegen die Mohammedaner zum Gegenstande haben. Tage und Nächte lang ziehen sie sich hin, Hunderte von Personen wirken mit, und alles wird mit der größten Ausführlichkeit dargestellt, so daß z. B. ein Gefecht mindestens eine Stunde in Anspruch nimmt, wobei denn die Schauspieler immer mehr in Wut geraten und es oft zu einem sehr realistischen Blutvergießen kommt. Die Zuschauer aber harren unentwegt — nachts bei Fackelschein — aus, essen und schlafen auf ihren Plätzen und weichen nicht eher von der Stelle, als bis die Christen gesiegt haben. Dabei nehmen sie leidenschaftlichen Anteil an dem Stücke, und die Darsteller der Ungläubigen werden mit einem Hagel von Flüchen und Verwünschungen überschüttet.

Wie man hieraus ersieht, sind die Tagalen eifrige Katholiken, und an Skapulieren, Heiligenbildern, Reliquien, Prozessionen und dergleichen mehr können sie sich nicht leicht genug thun. Doch lebt unter der Hülle der christlichen Formen das Heidentum noch immer fort, und oft äußert es sich in naiver Weise. So, wenn sich die Tagalen für eine Hochzeit vom Geistlichen Weihrauch zu verschaffen wissen und ihn dann unter dem den Ahnengeistern heiligen Baume zu Ehren dieser „Nonos" verbrennen. Denn die Nonos wohnen nach ihrer Meinung noch jetzt auf Bäumen und Bergen; und wer an einem solchen vorübergeht, wird stets rufen: „Mit deiner Erlaubnis." Das altheidnische Totenmahl findet noch jetzt regelmäßig, freilich unter dem Vorwande, Rosenkränze zu beten, statt; neun Tage lang wird es gehalten und artet mit seinen Völlereien und Tänzen oft zur Orgie aus. Dabei wird dem Toten vors Haus Wasser hingestellt, damit er sich bei seiner am dritten Tage nach dem Hinscheiden erfolgenden Rückkehr in seine Hütte die Füße waschen könne. Auch seine alten Götter glaubt der Tagale noch in Wirksamkeit, nur daß sie jetzt zu Gespenstern geworden sind, die in das Leben der Menschen oft feindlich eingreifen. So steigt, wenn eine Tagalin ein Kind erwartet, ihr Mann auf das Dach

des Hauses und haut und ficht dort mit seiner Lanze eifrig in der Luft herum, um den Unholden Patianac und Usuang, die der Mutter und dem Kinde gefährlich sind, den Zugang zu verwehren. Andrerseits haben die Tagalen die spanisch-christliche Vorstellung angenommen, daß der Tod eines unschuldigen und darum der Seligkeit sicheren Kindes nur ein Gegenstand der Freude sei und begraben daher die Kinder unter großen Lustbarkeiten und Tänzen. Freilich sind sie überhaupt geneigt, sich Gelegenheit zu derlei Äußerungen zu schaffen. Sie tanzen gern; ihr Nationaltanz Comintun, der pantomimisch eine Liebeserklärung von dem Ausdrucke des einfachen Wohlgefallens bis zu der heftigsten Leidenschaft darstellt, wird zu einer eigentümlich romantischen Musik mit Eifer ausgeführt; auch die Tänze der Weißen: Bolero, Walzer u. s. w. haben sie gern; die Frauen behalten dabei ihre eigenartigen Pantoffeln, die Chinelas, deren Oberfläche kaum die Zehen bedeckt, an den Füßen. Der Musik sind sie sehr ergeben, und die aus Tagalen bestehenden Militärkapellen werden allgemein gerühmt.

Als die Spanier das Land eroberten, waren die Tagalen bereits im Besitze einer eigenen, in manchen Beziehungen recht hoch entwickelten Kultur, und es zeugt von dem in neuester Zeit sichtlich gewachsenen Nationalgefühle der Tagalen, daß sie sich in den letzten Jahrzehnten dieser ihrer Vergangenheit mit vieler Liebe angenommen und sich auch wissenschaftlich eifrig mit ihr beschäftigt haben. Auch die Visayer haben mit den Tagalen viel gemein. Ihre Gebräuche und ihre Religion, die Anlagen ihrer Hütten und ihre Unsittlichkeit zeigen ihre nahe Verwandtschaft mit jenen. Doch haben sie in Haartracht und Kleidung Besonderheiten, zeichnen sich auch durch ihre Unreinlichkeit und Trunksucht vor den Tagalen unvorteilhaft aus. Aber auch sie besaßen zur Zeit der conquista bereits eine eigene hohe Kultur. Daß diese zur Zeit der Spanier wesentliche Fortschritte gemacht habe, wird man kaum sagen können.

Von der Gesamtbevölkerung der Philippinen, die etwa 9 Mill. beträgt, machen die Tagalen noch nicht $^1/_6$ aus. Aus ihrer Mitte sind hervorragende Gelehrte, wie Dr. Rizal, beredte Rechtsanwälte und reiche Banquiers hervorgegangen, aber zu einer geordneten Selbstverwaltung sind sie kaum fähig. Sie selber freilich gedenken eine Rolle wie die Japaner zu spielen. Am 24. Mai 1898 erließ Aguinaldo nämlich folgende Kundgebung:

„Infolge des Friedensvertrages mit Don Pedro Paterno

lieferte ich die Waffen der Insurgenten aus. Es wurde indes das Versprechen nicht erfüllt, solche Reformen einzuführen, die uns auf die Höhe anderer gebildeter Völker wie unserer Nachbarn der Japaner gehoben hätten, welch letztere in der kurzen Zeit von zwanzig Jahren ihre Lebenskraft gezeigt haben, wie solches sich in dem Ergebnis des japanisch-chinesischen Krieges offenbart hat[1])." Auch der Schluß der Kundgebung verdient Aufmerksamkeit. „Jetzt, da die große und mächtige Nation von Nordamerika gekommen ist und ihre Uneigennützigkeit erwiesen hat durch die Beschützung des Volkes und Förderung der Freiheit, habe ich den Befehl über solche Truppen übernommen, die eine edelmüthige und erhabene Sehnsucht nach der Errichtung einer diktaturmäßigen Regierung hegen. Gesetze werden unter meiner Verantwortlichkeit erlassen werden, bis zur Zeit da die Erfordernisse des Feldzuges die Bildung einer republikanischen Versammlung und Ernennung eines Präsidenten und Kabinettes gestatten werden, in deren Hände ich dann den Oberbefehl über unsere Inseln niederlegen will."

Als Aguinaldo, namens der Philippinen, mit den Amerikanern beim Kriegsanbruche einen Bündnisvertrag zu Singapore abschloß, da wurden von Seiten der Filipinos den Amerikanern alle jene politischen und materiellen Vorteile freiwillig zugestanden, die ein Mutterland von einer autonomen Kolonie nur erhoffen kann: das Protektorat über die philippinische Republik, Handelsvorteile, die Zusicherung, daß der Staat alles Kriegs- und Flottenmaterial nur aus der Union beziehen werde. Dann sollten auch in den ersten Jahren des jungen Staates amerikanische und europäische Delegirte die Kontrole über das Finanzgebahren und das Justizwesen ausüben.

Man kann nichts Vorteilhafteres, Einfacheres und Billigeres für die Interessen Amerikas, der Philippinen und der an dem philippinischen Handel beteiligten europäischen Mächte sich vorstellen, als die Durchführung jenes Vertrages von Singapore. Alle Wünsche und Ansprüche fanden in demselben Befriedigung, und insbesondere dem politischen Ehrgeize und den Wünschen der Handels- und Industriellenkreise der Union war vollständig Rechnung getragen. Gestützt durch die Autorität der freundschaftlich gesinn-

1) Wegen des schauerlichen Stiles klage man Aguinaldo, nicht den Übersetzer an.

ten Unionsregierung, würde bei dem mehr praktisch angelegten Charakter der Filipinos das Eingebornen-Gouvernement eine neue Aera des Glückes, der Zufriedenheit und des Fortschrittes im Archipel geschaffen haben.

Wenn auch Mac Kinley dem Vertrag von Singapore nicht seine Signierung zuteil werden ließ, so wurde dieser doch bis in den Spätherbst des Jahres 1898 von den Amerikanern de facto anerkannt. Dewey behandelte die „Insurgenten" als verbündete Macht, er übergab ihnen die spanischen Gefangenen, und wie er sich der Filipinos annahm, das beweist am besten der „Zwischenfall" mit dem deutschen Kriegsschiff „Irene" in der Bucht von Subig. Und wenn auch der Kommandant der Landtruppen, General Merritt, durch schroffes Auftreten die persönliche Eitelkeit der philippinischen Generale vielfach verletzte, so blieb das „staatsrechtliche Verhältnis" (wenn man sich so ausdrücken darf) zwischen Yankees und Filipinos doch dasselbe: alle Handlungen der amerikanischen Befehlshaber ließen nur eine einzige Deutung zu, nämlich jene, daß die Philippinen einen autonomen Staat unter amerikanischem Schutze bilden sollten. Denn wie sollte man es anders deuten, wenn die Amerikaner sogar in den von ihnen besetzten Territorien es ruhig gestatteten, daß die Wahlen für den constituierenden Nationalkongreß von Malolos stattfinden konnten, für denselben Nationalcongreß, dessen Aufgabe es war, die Unabhängigkeit zu proklamieren und dem Lande an Stelle der von der Diktatorialregierung Aguinaldos provisorisch dekretierten Verfassung eine definitive Verfassung zu geben?

Die Filipinos konnten unter solchen Umständen nichts anderes glauben, als daß dem Lande die Unabhängigkeit von den Amerikanern zuerkannt wurde, wofür zum Danke und zugleich als Faustpfand gegen fremde Annexionsgelüste Manila unter amerikanischer Verwaltung und mit amerikanischer Besatzung verbliebe. Zwar begannen die in der amerikanischen und europäischen Presse auftauchenden Gerüchte über die Annexionsabsichten der Union die Filipinos zu beunruhigen, aber erst der Befehl Deweys, daß die philippinischen Schiffe nicht mehr die Nationalflagge der philippinischen Republik hissen durften, sowie die Verhandlungen der Friedenskonferenz zu Paris öffneten den Filipinos die Augen. Immer noch aber hofften die Filipinos auf eine friedliche Lösung der Frage, vertrauend auf die Klugheit und den „praktischen"

Sinn, die freiheitlichen Traditionen und den Republikanismus der Amerikaner.

Dieses Vertrauen erwies sich als völlig unbegründet, nicht nur das Vertrauen der Filipinos selbst, sondern auch der im Archipel seßhaften europäischen Kaufleute. Letztere hatten in den Eingaben an ihre Regierungen sich für die amerikanische Annexion ausgesprochen. Sie hatten dabei freilich zweierlei Dinge vorausgesetzt, die nicht eingetroffen sind: 1. daß die Filipinos sich ohneweiters unterwürfen, 2. daß die Amerikaner, nachdem sie soviel Zeit gehabt, die philippische Frage zu studieren, dem Lande ein festes Regierungsprogramm offenbaren würden, ein Regierungsprogramm, das geeignet gewesen wäre, den Ehrgeiz und die berechtigten Ansprüche der Filipinos auf Selbstverwaltung zu befriedigen; mit einem Worte, daß die Yankees trachten würden, sich im Inlande eine starke mächtige und einflußreiche Partei zu bilden. Es geschah aber nichts von alledem.

Sofort nach der Einnahme von Manila beeilten sich die Filipinos, die Republik auszzurufen und Emilio Aguinaldo zum Präsidenten zu wählen. Aguinaldo setzte ungesäumt eine Regierung ein, berief auch nach Malolos eine Art Volksvertretung und organisirte die ganze Landesverwaltung derart, daß überall, wo eben nicht gegen die Amerikaner gekämpft wird, volle Ordnung aufrechterhalten erscheint. Den Amerikanern gegenüber, die ihn formell nicht anerkennen, wußte er doch eine so imponirende Stellung einzunehmen, daß sie sogar wieder mit ihm unterhandeln mußten, als sie die Freilassung der spanischen Priester und Beamten verlangten, so daß sie ihm eine Art faktischer Anerkennung nicht versagen konnten. Aguinaldo erklärte, er sei im Besitz des Landes, Spanien habe kein Recht, dasselbe abzutreten, da es bereits depossedirt sei, und den Amerikanern mache er Wortbruch zum Vorwurfe, da sie erklärt hätten, nur als Befreier und nicht als Eroberer dem philippinischen Volke zu Hilfe zu kommen. General Otis suchte nun, die Philippinen für die amerikanische Herrschaft durch eine Proklamation „An das Volk der philippinischen Inseln" zu gewinnen. Diese Proklamation wurde jedoch von Aguinaldo sofort mit einer Gegenproklamation beantwortet, in welcher er gegen die Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten der Philippinen sowie gegen die Bezeichnung des Generals Otis als „Militärgouverneur" Protest erhebt und für

die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes nachdrücklich eintritt. Alle Bemühungen der Vereinigten Staaten, Aguinaldo unschädlich zu machen, waren erfolglos. Er entwickelte eine rastlose Thätigkeit als Volkstribun und Heerführer. Einer seiner letzten Schachzüge gegen die Amerikaner bestand darin, daß er gegen den amerikanischen Generalkonsul in Hongkong, Wildman, eine Klage auf Zahlung von 47 000 Dollars erhoben hat. Bei diesem Prozesse ist es ihm um die öffentliche Konstatierung der Thatsache zu thun, daß die amerikanische Regierung und deren Funktionäre seit Beginn des Krieges vorgaben, nur die Erringung der Unabhängigkeit der Philippinen anzustreben, daß sie Aguinaldo gegenüber damals nichts von einer Absicht auf den Besitz der Insel eingestanden hatten und daß er es mit Wissen der Vereinigten Staaten unternommen habe, für die vollständige Unabhängigkeit der Insel zu kämpfen. Die obenerwähnte Summe wurde beim Generalkonsul Wildman als „Treasurer of the Independence-fund“ im Juni v. J. deponiert und wird jetzt vom Chef der unabhängigen philippinischen Regierung reklamiert. In einer zweiten Proklamation an die Filipinos und die Fremden klagt Aguinaldo die Amerikaner abermals des Treubruches an und macht sie für das Blutvergießen verantwortlich, das sie heraufbeschwören.

„Der Krieg mit den Amerikanern zwingt uns, Leben und Heim zu verteidigen, koste es, was es wolle. Sonst würden wir auf Gnade oder Ungnade ihren Kanonen überliefert sein. Die Amerikaner achten weder Ehre noch Eigentum, sondern metzeln barbarisch Frauen und Kinder ab. Manila ist Zeuge der furchtbarsten Ausschreitungen gewesen. Eigentum und die Ersparnisse des Volkes sind mit dem Bajonett konfisziert worden. Wehrlose Eingeborene sind niedergeschossen worden. Diesen Ruchlosigkeiten schlossen sich andere Handlungen der Barbaren an. Der Rassenhaß wurde von den Amerikanern schlimmer geschürt als in Karolina. Man erwarte kein Mitleid oder irgend welche Rücksichtnahme von den Amerikanern. Zündet vielmehr die heilige Flamme der Vaterlandsliebe an, führt einen heiligen Krieg für Eure Unabhängigkeit, sonst seid Ihr nur würdig, Sklaven, Pariahs und Idioten zu sein. Erklärt vor der gesitteten Welt, daß Ihr bis in den Tod kämpfen wollt gegen amerikanischen Verrat und brutale Gewalt. Laßt sebst die Weiber in den Kampf ziehen, wenn es nöthig ist. Die Angaben und die Versprechungen der Amerikaner sind Heuchelei. Sie

wünschen nur das Erbteil unserer Rasse als Beute. Dann wollen sie eine Herrschaft einführen, welche aufreizender und barbarischer ist, als sie in der Vergangenheit bestand. Wir besitzen Elemente der Stärke, welche uns befähigen, den Einfall zurückzuweisen und das ausländische Joch abzuschütteln. Keine menschliche Macht kann dem Willen des Volkes, welches von Sklaverei nichts wissen will, Widerstand leisten. Das Leben ist ohne Ehre und Freiheit wertlos." Die Proklamation schließt mit einem Appell an die Schatten der Märtyrer und der Voreltern der jetzigen Philippiner, das jetzige Geschlecht zu inspirieren. „Das Land ist einig, trotz General Otis und phantastischer gegenteiliger Träume." — Ein in Singapore lebender Amerikaner bemerkte in ähnlichem Sinne zu dem Kriege auf den Philippinen: „Dieser sogenannte Menschlichkeitskrieg scheint ein grausamer Krieg der Unmenschlichkeit zu sein, welcher dem benebelten Gefühl der Jingos entsprungen ist. Mittels emsiger Heuchelei soll die ruchlose Habsucht der Politiker verdeckt werden, welche Aemter wollen, ohne Rücksicht darauf, wie tief sie die Ehre Amerikas in Mord und Verbrechen eintauchen."

Die völlige Unfähigkeit der Amerikaner, die philippinische Frage anders als durch Blut und Eisen zu lösen, trat damit offen zu Tage. Zunächst begannen die Yankees das „väterliche Regime" in Manila den Filipinos ad oculos zu demonstrieren. Die Spanier hatten auch ihre Verwaltung „väterliches Regime" genannt, und in der That begannen nun die Amerikaner ihr spanisches Vorbild nachzuahmen, ja zu übertreffen. Die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen erinnerten an die spanische Regierungspolitik, aber die Brutalität, mit welcher die amerikanischen Soldaten die Eingeborenen, besonders Frauen belästigten, hatte man an den spanischen Soldaten nicht erlebt, auch vermochten die spanischen Offiziere bei der europäischen Militärdisciplin Ausschreitungen einzelner Soldaten hintanzuhalten, was bei der geringeren Subordination des amerikanischen Militärs zu erzielen nicht möglich scheint.

Bei dem völligen Mangel eines Regierungsprogrogrammes und einer zielbewußten Politik, bei der kraß zutage tretenden Unkenntnis der Landesverhältnisse seitens der Amerikaner war der bewaffnete Zusammenstoß der Yankees und Filipinos nur eine Frage der Zeit. Es ist unter solchen Umständen gleichgiltig, auf welcher Seite der erste Schuß losging. Schon während der Belagerung Manilas kam es zu Mishelligkeiten. Sofort nach der Einnahme

setzte es Reibereien und blutige Zusammenstöße. Im Herbst ward bereits eine Schlacht geliefert, in der beide Teile nicht unbedeutende Verluste erlitten. Dabei bestand das seltsame Verhältnis fort, daß die Spanier von beiden zwistigen Parteien ihrerseits befehdet wurden. Während auf Kuba sich schon während des Krieges zeigte, daß z. B. Insurgenten-Ärzte lieber gefangenen Spaniern als verwundeten Yankees behilflich waren und später ganz allgemein Kubaner und Spanier gegen die Yankees zusammenhielten, war auf den Philippinen der Unterschied der Rassen und gegenseitiger Haß so groß, daß auch nach den Pariser Friedensverhandlungen noch Tagalen und Spanier einander aufs bitterste befeindeten und, wenn gefangen, aufs härteste behandelten. Das wunderliche Dreiecksverhältnis wiederholte sich überall, wo noch unbezwungene spanische Garnisonen der Rückberufung harrten; nirgends schärfer als in Ilo-Ilo, wo noch im Dezember Kampf Aller gegen Alle herrschte und im Januar 1899 die Tagalen einzogen vor den Augen der sie von der Seeseite her bedrohenden Yankees. Fortwährend gingen Verstärkungen von Amerika nach den Philippinen ab. Die Spanier beklagten sich darüber, daß nach dem Beginn des Waffenstillstandes die Yankees den status quo eigenmächtig veränderten, allein die Verstärkungen waren gar nicht gegen sie, sondern gegen die Tagalen gerichtet. Übrigens werden die Tagalen keineswegs die einzigen Feinde der Amerikaner bleiben; höchst wahrscheinlich werden sich auch die Visaya erheben, und die wilden Bergstämme und jene muhammedanischen Fanatiker, die Sulu werden aller Voraussicht nach ein weiteres Jahrzehnt in Unbotmäßigkeit und Anarchie verharren.

Die fremden Kaufleute, die auf den Philippinen ansässig sind, sind gegen die Tagalen und gegen jede einheimische Herrschaft, in der sie blos Zuchtlosigkeit und völlige Zerrüttung alles Handels erblicken können. Sie waren deshalb auch während der Tagalen-Aufstände für die Spanier, wenn auch einzelne Einheimische, wie der edle Rizal, sich Achtung und Liebe erwarben. Andrerseits war ihnen naturgemäß weder die Herrschaft der geistlichen Orden noch die hohen Zölle und kleinlichen Chicanen, mit denen der Handel gedrückt wurde, besonders sympathisch. Die Kaufleute sind daher für die amerikanische Herrschaft, wenn auch Viele von ihnen es lieber gesehen hätten, wenn ihr eigenes Vaterland die blühenden Inseln gewonnen hätte. Derartige Wünsche wurden von seiten

der gelben Yankee-Presse namentlich den Deutschen nachgesagt und wurde auf Grund dessen eine bösartige Deutschenhetze in den Vereinigten Staaten entfesselt. Es kann indeß als erwiesen gelten, daß die gehässigen Verleumdungen und Übertreibungen, die im Hinblick auf diese heikle Sache in die Welt gesetzt wurden, auf absichtlicher Erfindung beruhen. Eine besonders auffallende Rolle spielt dabei der amerikanische Konsul in Honkong, Rounseveld Wildman, ein deutscher Renegat, der als gewandter Erzähler von Malayen-Märchen und australasiatischen Jagdabenteuern, sowie als geschickter Zeitschriften-Herausgeber [1]) sich einen Namen gemacht hat. Gefällige Vermittlerin aller Erfindungen aber war die englische Presse, die auch nach dem freundschaftlichen Delagoa-Abkommen keine Gelegenheit versäumt, wo sie den Deutschen ein Bein stellen kann. Die Engländer haben den Krieg zwischen Japanern und Chinesen und den zwischen Türken und Griechen verschuldet. Nun trachten sie darnach, uns mit den Amerikanern zu verfeinden. Die „englische Preß-Kanaille" ist es ja auch gewesen, die nach dem Ausspruche Dupuy de Lome's, des spanischen Gesandten in Washington, den Haß zwischen Yankees und Spaniern geschürt und den Krieg vorbereitet hat. Durch die Erklärungen, die Staatssekretär von Bülow am 11. Februar im deutschen Reichstage abgab, wurde zwar die Fieberhitze der amerikanischen Gehässigkeit etwas herabgemindert, aber traten zugleich die thatsächlich bestehenden Differenzen, die allerdings überwiegend zollpolitischer Art sind, nur umso schärfer hervor. Den Drohungen der Yankees konnte entgegengehalten werden, daß ihre Ausfuhr zu uns doppelt so stark ist, als ihre Einfuhr aus Deutschland, sodaß ein Zollkrieg ihnen mehr schaden würde, als uns. Jedenfalls aber brauchen wir nicht immer einseitig nach amerikanischer Gunst zu haschen, brauchen nicht immer zu fragen:

„Leser, wie gefall ich Dir?"

sondern können ruhig wie der witzige Logau im Eingang seiner Satiren hinzusetzen:

„Leser, wie gefällst Du mir?"

Wir erkennen gern an, wie es auch in gegenwärtiger Schrift geschehen ist, was an der Yankee-Kultur zu rühmen ist: ihr großartiges Verkehrswesen, ihren technischen Aufschwung, die bei uns unerhörte Freigebigkeit in Schenkungen zu Universitäten, Büchereien, Museen, öffentlichen Parks und anderen gemeinnützigen Din-

---

1) Er leitete mehrere Jahre das Overland Monthly von S. Franzisko.

gen, die edle Geselligkeit der besten Kreise, die Thatenlust und den Unternehmungsgeist des Kaufmannes, den wissenschaftlichen Ernst vieler Gelehrten, das kraftvolle Selbstbewußtsein aller und die Bürgertugenden der besseren Klassen. Allein wir verurteilen die Geistesöde und Selbstüberhebung, die den Yankees noch anhaftet; wir glauben, daß in Allem, was das Leben anmuthig, inhaltreich und lebenswert macht, sie mehr von Europa zu lernen haben als umgekehrt; wir halten insbesondere dafür, daß städtische[1]) und staatliche Verwaltung in der alten Welt weit besser als in der neuen geordnet ist; wir verdammen endlich den gewohnheitsmäßigen, willkürlichen Rechtsbruch, der die vielen Flibustierfahrten aus den Vereinigten Staaten veranlaßt und der die Eroberung von Florida, von Kalifornien und den anderen mexikanischen Territorien, von Nikaragua, von Spanisch-Westindien und den Philippinen begleitet hat, und verdammen nicht minder die Heuchelei, die stets nur aus Humanitätsgründen zu handeln vorgibt, während sie aller Humanität ins Gesicht schlägt.

Die Zustände auf den Philippinen sind infolge der amerikanischen Dazwischenkunft schlimmer denn je geworden. Am 7. Februar steckten die Tagalen Manila in Brand. Seitdem unaufhörliche Kämpfe, in denen die Yankees, trotz ihrer an Louis Napoleon und die Chinesen in der Mandschurei erinnernden Siegesbulletins, durchaus nicht immer erfolgreich geblieben sind. Kurz, durch die Schuld der Yankees, durch ihre Hybris ist es so weit gekommen, daß, wenn heute eine fremde Macht sich der Filipinos gegen die Yankees annehmen wollte, sie gewiß dazu mehr Recht besäße, als die Union zur Zeit ihres Ultimatums an Spanien auf Kuba.

Wollen die Yankees die Annexion aufrecht erhalten? Dann haben sie die Aussicht, einen jahrelangen Buschkrieg zu führen, denn mit der Zersprengung des Linienheeres und der allfälligen, aber unwahrscheinlichen Unterwerfung Aguinaldos und einiger Notabeln wäre nicht der Krieg, sondern das erste der vielen Kapitel des Feldzuges abgeschlossen. Denn gegen die Annexion müssen sich die Filipinos aller Farben und Kasten erklären, weil die amerika-

1) Man braucht nicht erst an Tammany zu erinnern. Auch in einfachen, fast mechanischen Dingen, wie in dem hygienischen Betrieb, sind die Amerikaner stark zurück. Keine einzige Stadt der Union hat brauchbares Trinkwasser; Chikago versorgt sich geradezu aus Kloaken. (Spatzier, Pharmazeutische Post, Wien. 26. 3. 1899.

nischen Angelsachsen Farbige und Creolen als Nigger behandeln und sich die Eingeborenen aller Schattierungen diese sociale Achtung und brutale Mißhandlung nie gefallen lassen können und werden. Was ein Buschkrieg in jenen Himmelsstrichen bedeutet, darüber können die Amerikaner sich bei den Holländern erkundigen, welche seit mehr als einem Vierteljahrhundert mit den Atschinesen Krieg führen und noch immer nicht die Herren des Landes geworden sind. Die Annexionspolitik erfordert nach dem Urteil Blumentritts die Unterhaltung einer Besatzung von mindestens 100 000 bis 120 000 der so kostspieligen und im Tropenklima so wenig widerstandsfähigen amerikanischen Soldaten. Wollen sie eingeborene Truppen aufstellen, so wird es ihnen wie den Spaniern ergehen, das heißt, diese Soldaten werden die Waffen, die sie von den Amerikanern erhalten haben, gegen diese kehren. Die Sache wird nicht nur heidenmäßig viel Geld kosten, sondern auch die Hintermänner dieses ganzen Imperialismus, die großen Zucker- und Tabakbarone, schmählich enttäuschen, denn von einem Aufblühen des Handels kann im Zustande permanenten Bürgerkrieges keine Rede sein, und je länger der Krieg dauert, desto mehr muß die Bevölkerung verwildern, und damit auch jene Schonung des fremden Eigenthums ein Ende nehmen, welche bisher bei den Filipinos zu beobachten war.

Noch dem Berichte des Generaladjudanten ist bis zum 10. März der Gesammtverlust der Amerikaner auf Kuba, Portoriko und den Philippinen vom 1. Mai 1898 bis zum 18. Februar 1899 folgender: In Kämpfen gefallen 329; den Wunden erlegen 125; infolge Krankheiten gestorben 5277.

Diese Zahlen, die übrigens selbst in der Union kein Vertrauen erwecken, da man das doppelte und dreifache der Zahlen für richtiger hält, sind zwar ganz unbedeutend im Verhältnis zu der Volksfülle der Union, trotzdem reden sie eine deutliche Sprache. Der schlimmste Feind der Nordamerikaner wird immer das tropische Klima bleiben. Schon allein deshalb wird es ihnen nie gelingen, Kubaner und Tagalen sich anzuähnlichen. Gehen doch auch die Engländer in Jamaika beständig vor der dunklen Rasse zurück. Dazu die ungeheuren Kosten eines Busch- und Guerillakrieges, der offenbar erst in seinen Anfängen ist. Bis zum Waffenstillstand im August 1898 soll der Krieg den Vereinigten Staaten schon $2^1/_2$ Milliarden Mark gekostet haben, das künftige Heeresbudget wird

die Hälfte davon jährlich ausmachen, — mehr als in irgend einem anderen Staate der Welt —, das Gesamtbudget wird dadurch auf 3,3 Milliarden Mark anschwellen. In letzter Stunde ist allerdings der Ansatz für das stehende Heer von 100,000, wie gefordert, durch den Kongreß auf 65,000 vermindert worden, und auch sonst ist der Ausdehnungshochflut eine schwache Ebbe gefolgt. Wir glauben indes nachgewiesen zu haben, daß die ganze Entwicklung der Vereinigten Staaten zu weiterer Ausdehnung hindrängt, und halten die gegenwärtige Ermattung der Expansionslust für vorübergehend.

„Nach dem Gesetz, nach dem du angetreten,
So mußt du sein, du kannst dir nicht entfliehn.“

Die Yankees müssen die Suppe, die sie sich auf den Philippinen eingebrockt haben, nun auch ausessen. Was das für sie bedeute, dafür gibt die Erfolglosigkeit der Spanier, die in drei Jahrhunderten noch nicht dazu gelangt sind, die Hochburgen der Igorroten in nächster Nähe Manilas zu bezwingen, gibt das Ringen der Holländer in Sumatra und der Japaner in Formosa einen Anhalt. Man wende nicht die Ohnmacht und Mißwirtschaft der Spanier ein, denn auch sie waren einst stark und hatten treffliche Statthalter wie Legaspi und Dasmarinas, allein warum konnten sie ganz Westindien gewinnen, aber nicht den Trotz der Visaya und Sulu brechen? Die Holländer hatten bessere Finanzen, gerechtere Verwaltung und geeignetere Kriegsschiffe als die Spanier und doch haben sie hunderte von Millionen Gulden im Kampfe gegen die Atschinesen ausgegeben und dennoch ist ihre Herrschaft in Ostsumatra noch nicht völlig befestigt. Den Japanern aber kostete Formosa 1/4 Milliarde Mark und 25,000 Mann ihrer Kerntruppen; durch fünf Aufstände ward seit der japanischen Besitzergreifung die Insel durchwühlt und ist noch nicht ganz befriedet. Auf den Philippinen sind aber die Schwierigkeiten noch gigantischer, und die 45,000 Yankeetruppen, die nach Luzon geschickt worden sind, haben sich bereits als unzureichend erwiesen, wie ja auch trotz fortwährenden Siegens General Otis unaufhörlich nach Verstärkung ruft.

Die Yankees gingen davon aus, die Gleichheit aller Menschen zu lehren und einen Idealstaat voll friedlichen, selbstzufriedenen Glückes anzustreben. Sie enden mit der Überzeugung von der unverbesserlichen Ungleichheit der Menschen und mit einer gewalt-

thätigen Erobererpolitik. Sie begannen mit Freiheit in allen Dingen, Freiheit des Handels und Verkehrs, Duldung anderer Religionen, Rassen und Staaten. Sie sind angelangt bei ausgeprägtestem Schutzzoll, bei wachsender Feindschaft gegen die Katholiken, bei entschiedenem Angriffe gegen fremde Rassen und Staaten. Sie schlossen zuerst die Chinesen von der Einwanderung und vom Bürgerrecht aus, dann unterdrückten sie, nicht durch Gesetz, aber durch die That, die Rechte eben der Schwarzen, für die sie so nutzlos und thöricht den großen Bürgerkrieg gekämpft, und zuletzt beschränkten sie durch jedes kleinlichste Mittel den Zustrom derselben weißen Einwanderer, den sie früher so sehnlich gewünscht. Ein immer mehr sich verschärfendes Abschließungssystem geht mit der Weltpolitik der Union Hand in Hand. Als Krönung der fortschreitenden Exklusivität und Zentralisation fehlt blos noch die Diktatur.

Die Weltmachtspläne der Vereinigten Staaten können nicht verfehlen, auf die alte Welt zurückzuwirken. Gesteigerte Rüstungen, wirtschaftlich und militärisch, werden die Antwort auf das Vorgehn der Yankees sein. Die Neigung, große, weltumspannende Staatengebilde zu gründen, wird gefördert werden. Dem britischen Reich, Rußland und den Vereinigten Staaten gegenüber, sehen sich kleinere Staaten in die Notwendigkeit versetzt, sich zu mächtigen Gruppen, die als Gegengewicht dienen könnten, zusammenzuschließen. So will Japan ganz Ostasien, Chile ganz oder halb Südamerika, Deutschland das festländische, nicht-slavische Europa vereinigen. Die schwächeren Staaten, die einer solchen Zukunftsgruppe anzugehören hätten, trugen zwar bis jetzt durchgehends Bedenken, eine Hegemonie anzuerkennen, die sie für unausweichlich halten, während die stärkeren Staaten es für vorteilhafter erachten, mit den geschlossenen Großmächten von Fall zu Fall zu paktiren, da sie von den minder tüchtigen Genossen doch keine genügende Hilfe erhoffen. Durch das unaufhaltsame Anwachsen der Rassengegensätze und das Verschärfen des Wirtschaftskrieges wird indes die Frage um Sein oder Nichtsein so zugespitzt werden, daß schließlich geringere Zwistigkeiten und Unterschiede zurücktreten müssen. In letzter Linie wird vielleicht die germano-romanische Gruppe Kontinental-Europas sich mit dem Romanismus Südamerikas und den Tataren Ostasiens gegen Angelsachsen und Slaven verbünden.

Carl Georgi, Universitäts-Buchdruckerei.

[illegible] Verſuche, die Deutſchland [illegible] Kurfürſten bis zur Gegenwart angeſtellt hat, nur ſorgfältigſte berückſichtigt.

— — Geſchichte Südafrikas.

1897. VIII und 148 Seiten. Preis 3 Mark.

„. . . Eine Erkenntnis der politiſchen Vergangenheit und Gegenwart, eine Geſchichte Südafrikas, iſt eines der dringendſten Erforderniſſe. Eine befriedigende Geſchichte exiſtirt aber noch nicht einmal in engliſcher, geſchweige denn in deutſcher Sprache.“ . . .